bremer
kassiber
stadtzeitung
für politik, alltag, revolution

Nr.28 (februar/märz 1996)

5 Mark

Themen: DASA & Dolores * Lesben/Frauen, linke Presse und politische Zensur * Sexueller Mißbrauch von Jungen: Auch Indianer kennen Schmerz * Interview zu Beugehaft und Solidaritätsarbeit * Raves * u.v.a.m.

Schwerpunkt: "Zukunftsfähiges Deutschland" - ein Technokratenmärchen * Kritik der Nachhaltigkeits-ideologie * Greenpeace als Institution der globalen Öffentlichkeit

Editorial

In ihrem neuesten Bericht kritisiert *amnesty international* rassistische und Folterpraktiken deutscher PolizistInnen, u.a. den Einsatz von Brechmitteln gegenüber mutmaßlichen Dealern in Bremen - betroffen sind fast nur schwarze Männer - als "*grausam, unmenschlich und erniedrigend*". Moniert wird ferner, daß die Bremer Staatsanwaltschaft die Untersuchung der angezeigten Mißhandlungen nicht mit der Schnelligkeit geführt habe, die eine entsprechende UN-Konvention vorschreibt. Wie schon im kassiber 25 prophezeit: Die rassistischen Sonderbehandlungen durch Polizei und Justiz bleiben in Bremen prinzipiell folgenlos. Und siehe da, Ende Januar wurden die Verfahren gegen die 'betroffenen' Beamten und Polizeiärzte eingestellt.

Ralf H. Borttscheller (CDU), Innensenator der großen Koalition und oberster Dienstherr dieser Polizisten, weiß sich mit dem vermeintlich linksliberalen Henning Scherf (SPD), Präsident des Senats und Justizsenator, einig: Die Brechmittel werden auch künftig eingesetzt. Daß der Law-and-order-Politiker Borttscheller noch 'ne Ecke härter ist als sein Vorgänger van Nispen, zeichnete sich schon im Herbst ab: Ausländische StudentInnen über 23 Jahre bekamen auf Erlaß Borttschellers keine Aufenthaltsgenehmigung, der *Kurdisch-deutsche Verein 'Hevalti'* wurde verboten und von der Polizei gestürmt, die *Bremer Evangelische Kirche,* die genauso wie Bremer SPD-PolitikerInnen mit kurdischen Politikern diskutierte, wurde flugs in die Sympathisantenszene der PKK verortet etc.pp. (s. auch **Das Abc des Rechtsstaates** auf der Rückseite). Borttscheller bediente sich dabei der Polizei als eine Art Privatarmee, wie es der grüne Bürgerschaftsabgeordnete Arendt Hindricksen formulierte.

Das trifft sicherlich auf die zumindest in den Regionen nördlich des Weißwurstäquators neue Maßnahme zu, mit großem Polizeiaufgebot den Verdacht der "*üblen Nachrede gegen Personen des politischen Lebens*" (§ 187a StGB) zu verfolgen. Am 17. Januar wurden die Wohnungen zweier vermeintlicher Mitarbeiter des *Anti-Rassismus-Büros* (ARAB) durchsucht, danach das gesamte *Sielwallhaus,* das - trotz bzw. wegen der Anwesenheit von Staatsschutz und neuem Politstaatsanwalt - wider besseren Wissen zu "*Büro- und Nebenräume(n) des sogenannten 'Antirassismusbüro Bremen'*" (Zitat Durchsuchungsbeschluß) gemacht wurde. Von übler Nachrede betroffen fühlten sich Borttscheller und Bundesinnenminister Kanther, "*die im politischen Leben des Volkes stehende Personen sind*" (ebd.), durch ein Flugblatt: "*Durch die Verwendung der Wörter 'Deportation und Massendeportation und Schreibtischtäter' werden bei Lesern des Flugblattes Assoziationen dahingehend gefördert, das politische Wirken des Bundesinnenministers und des Senators für Inneres sei mit den entsetzlichen Verbrechen gegen die Menschlichkeit durch die Täter des Dt. Nationalsozialismus in der Zeit zwischen 1933 und 1945 vergleichbar. Diese Formulierungen sind geeignet, das öffentliche Wirken der Verletzten [!] durch Untergrabung des Vertrauens erheblich zu erschweren.*" (ebd.) Um uns nicht ebenfalls evtl. ein Beleidigungsverfahren einzufangen (für große kriminelle PolitaktivistInnen ist das schließlich ein bißchen wenig), überlassen wir die Bewertung hier unseren LeserInnen.

Diese ganze peinliche Angelegenheit hatte allerdings auch für uns ein übles Nachspiel, gibt es doch anscheinend beim polizeilichen Staatsschutz Beamte, die statt des adäquaten Sammelns von Briefmarken o.ä. dazu übergegangen sind, die technischen Geräte (Computer etc.) auch aus einem u.a. vom *Verein zur Verbreitung unterdrückter Nachrichten* (VzVuN) und der *kassiber*-Redaktion genutzten Raum im Sielwallhaus zu horten. Nicht nur, daß die am 2.Oktober 1994 beschlagnahmten Gegenstände noch nicht zurückgegeben wurden, diesmal wurde erneut abgeräumt: Wir weisen aus gegebenem Anlaß auf den dieser Ausgabe beigelegten **Spendenaufruf** hin.

Nicht vergessen werden sollte, daß Spenden auch weiterhin für die Verfahren im Zusammenhang mit dem 13.06. benötigt werden (Konten: s. Magazin). Zwar wurden die im sog. radikal-Verfahren festgenommenen vier Männer inzwischen unter Auflagen wieder freigelassen, aber die Prozesse stehen noch an: **Es gibt viel zu tun. Jetzt erst recht!** Zum anderen werden drei weitere Männer und eine Frau immer noch mit Haftbefehl gesucht und sind daher abgetaucht. Zwei aus Bremen haben geschrieben: **Briefe von Matthes und Jutta.** An dieser Stelle viele Grüße an die beiden und an alle anderen Gesuchten!

Ende November wurde Ulf B. nach fast fünf Monaten Beugehaft aus dem Knast entlassen. Er hatte sich geweigert, im o.g. Verfahren gegen einen Freund und Genossen auszusagen. Mit Ulf und zwei Frauen haben wir ein **Interview zu Beugehaft und Solidaritätsarbeit** sowie der Bedeutung der Aussageverweigerung geführt: **"Und das war klar: Es war Sommer und ich wollte sowieso nicht in den Knast ..."** Daß Sommer und Herbst 1995 dann doch ganz anders als geplant verliefen, war auch Ergebnis eines Diskussionsprozesses, dessen Konsequenzen vor allem Ulf selbst zu tragen hatte: Denn "*es war eben auch nicht so, daß ich gedacht hab': Logisch, Anna und Arthur halten's Maul, dann mach' ich das auch ...*"

Um die *radikal* geht es *auch* im Artikel **Worte als Waffen? Lesben/Frauen, linke Presse und politische Zensur.** Zwar existieren diverse Texte, Bücher etc. über politische Zensur, staatliche Repression, Kriminalisierung - aber nie wird mit frauenspezifischem oder feministischem Blick geguckt. Die Autorinnen machen hier eine erste Bestandsaufnahme und den Versuch, die Frage der politischen Zensur auf Frauen zuzuspitzen. Im zweiten Teil des Artikels wird der Umgang der *radikal*-Redaktion mit Frauen-, Lesben- und feministischen Inhalten in der Zeitung untersucht: **Zensur in der Linken? Feministische Inhalte in der radikal.**

Einladung

Die kassiber-Redaktion lädt ein zu einem

Treffen mit interessierten LeserInnen

am Donnerstag, den 29.Februar 1996, um 19.30 Uhr im Sielwallhaus (Sielwall 38).

Auf dem Treffen kann und soll über Artikel dieser Ausgabe diskutiert werden. Außerdem besteht natürlich die Möglichkeit, (grundsätzliche) Kritik an der Zeitung bzw. bestimmten Artikeln zu äußern. Freuen würden wir uns auch über Anregungen zur Verbesserung der inhaltlichen und layoutmäßigen Gestaltung des *kassibers,* genauso wie über Angebote zur Mitarbeit (Artikel schreiben, Photos machen o.ä.).

Die Redaktion

Um hartes Brot handelt es sich zweifelsohne beim Artikel **DASA & Dolores: Deutsche Waffen - deutsches Geld.** Der Abdruck war in der Redaktion durchaus umstritten: Weniger, weil Thesen der Autor(inn)en strittig blieben, sondern aufgrund des Stils, der es vielen LeserInnen unmöglich machen könnte, den Sinngehalt des Artikels zu erfassen. Es muß allerdings dazu gesagt werden, daß es sich bei diesem Text um ein - aus Zeitgründen - nur leicht überarbeitetes Vortragsmanuskript handelt, und wir uns vor allem aufgrund der Aktualität des Themas zum Abdruck in dieser Ausgabe entschlossen haben.

Zum **Schwerpunkt "Von ökologischer Biederkeit, Walen und Atomen":** Schwer in Mode ist momentan die von BUND und Miserior in Auftrag gegebene Studie "*Zukunftsfähiges Deutschland - ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung*". Der BUKO kritisiert vor allem die im Nachhaltigkeitsdiskurs suggerierte Hoffnung auf zivilisatorische Bändigung des Kapitalismus angesichts globaler Zerstörungsszenarien und fehlender herrschaftskritischer Alternativen: **"Zukunftsfähiges Deutschland" - Ein Technokratenmärchen.** Ein weiterer Artikel kritisiert den Ansatz der ÖkologInnen und Alternativen, die sowohl das Mann-Frau-Verhältnis als auch das Verhältnis zwischen Industrieländern und Dritter Welt hauptsächlich als moralische und nicht als materielle Verhältnisse verstehen: **Eine Kritik der Nachhaltigkeitsideologie: Effektivierter Industrialismus.** Gefragt sind nicht gutgemeinte Reformvorschläge, sondern der schwierige Verständigungsprozeß über eine soziale Bewegung,

die den Kern des Problems angreift. Der dritte Artikel widerlegt die Hoffnung auch vieler alternativ-ökologischer Frauen und Männer, daß *Greenpeace* Focus oder gar möglicher Ersatz dieser sozialen Bewegung sein könnte: **Greenpeace als Institution der globalen Öffentlichkeit.**

Zu einigen **Interna:** Mit der Fertigstellung dieses *kassibers* verlassen zwei Frauen die Redaktion, ein Mann hat das schon Ende letzten Jahres getan. Unsere sensationslüsternen LeserInnen müssen wir hier enttäuschen - die Ursachen liegen nicht in einem politischen Bruch mit den verbliebenen Redaktionsmitgliedern, für alle drei waren - unterschiedlich gewichtet - weniger inhaltliche bzw. strukturelle, sondern vor allem persönliche Gründe ausschlaggebend, nicht mehr im Zeitungsprojekt mitarbeiten zu können bzw. zu wollen. Nun heißt es, nac
sammenarbeit, zumindest vorerst Abschi
GenossInnen: schade, schade. Wir habe
(zwei?) Person, die Hoffnung, daß sich di
Du weißt schon, wer gemeint ist!

Die Eingeweihten wissen es, die anderen
Die Redaktion ist damit drastisch geschr
ge schon seit vergangenem Herbst klar
Reihe von Gesprächen mit Frauen un
eventuellen Einstieg in die Redaktion bz
gebote (Artikel schreiben, Photos mac
dings mit relativ wenig Erfolg. Zw
letztgenannte Form der Zusammenarb
kommen, doch müssen das zum einen
zum anderen muß die Redaktion grö
scheinen des *kassibers* längerfristig
daher interessierte LeserInnen um dis
nötigenfalls über unseren Briefkasten

Außerdem haben wir uns zu einer, zum
liche Projekte, unkonventionellen Ma
sofort findet jeweils zwei bis drei Wo
jeweiligen Ausgabe ein **Treffen mit i**
statt, wo über die Artikel und die Ze
werden kann und soll (s. Kasten auf

Zwar haben wir uns schon des öfter
unserem Briefkasten zu selten zum
von politischen Gruppen bzw. Einz
destotrotz konnten wir einige uns zu
nicht abdrucken. Dies ist aber wenig
regelmäßig über 80 bis 90 Seiten *ka*
nicht alle lesen könnten (wer tut da
Solidarität mit den DruckerInnen u
rablen finanziellen Lage geschul
einigen uns namentlich bekannten
Nichtabdruck von Artikeln bzw. d
Bei drei Texten ließ sich die Aut
klären. Die ersten beiden wurden a
lität gestrichen: Erstens ein Text *au*
die am 16.November mit Stellwän
schiedenen Orten in Bremen an d
mus erinnerten; zweitens eine Pro
FrauenLesben-Plenums zum He
1995. Nicht veröffentlicht haben w
Plakatentwurf ("Vertrauen ist der
bekannten Künstlers: Zwar war
hierbei um eine gute Idee hande
(kleinen) Begleittext unverständl
ist ein gravierendes Problem, wa
duktionsfähig: Farbig markierte
bis schwarz, d.h. wir benötigen ge
Schwarzdruck - und bitten dar
ähnliches Problem ergab sich b
tonomen Lesben ihre Stellwa
Farbfotos können wir nichts bz
daher alle AktivistInnen, nach M
bzw. uns bei Farbfotos die Neg

Der *VzVuN* und die *kassiber*-R
Fax-Nummer 0421-75682 zu er

Die Redaktion, 6.Februar 1995

Inhalt

Magazin

Was bisher geschah * BGS-Jahresbericht 1994 * "KZ wieder öffnen" * "Neue Bescheidenheit" * Impressum * Termine 4

Bremen

...Lesben/Frauen, linke Presse
12

Spendenaufruf

Am 17.Januar 1996 wurde erneut ein u.a. vom »Verein zur Verbreitung unterdrückter Nachrichten« (VzVuN) genutzter Raum im Sielwallhaus, Sielwall 38, von der Polizei im Rahmen einer Hausdurchsuchung aufgebrochen und durchsucht. Auch dieses Mal wurden verschiedene technische Geräte (PC und Festplatten) sowie Zubehör beschlagnahmt, die vom VzVuN und der kassiber-Redaktion zur Herstellung des »bremer kassiber - stadtzeitung für politik, alltag, revolution« genutzt wurden. Genauso wie bei der Hausdurchsuchung am 2.Oktober 1994 und derjenigen im März 1993 war das Vorgehen der Polizei durch den entsprechenden Durchsuchungsbefehl nicht gedeckt: Weder wurden darin die Namen »VzVuN« bzw. »kassiber« erwähnt, noch wurde bekannt, daß Verfahren gegen den Verein, die Zeitung oder einzelne RedakteurInnen laufen.

Tatsache aber ist,
*** daß bei den genannten Durchsuchungsaktionen auch im u.a. vom VzVuN genutzten Raum, an dessen Tür etc. beträchtliche Schäden angerichtet wurden und**
*** daß die bei den Durchsuchungen beschlagnahmten Gegenstände (insgesamt 2 PC, 2 Festplatten, 1 Monitor, 1 Drucker, mehr als 100 Disketten mit Programmen und Texten sowie diverse schriftliche Unterlagen) bisher immer noch nicht zurückgegeben wurden.**

Wir sehen dieses polizeiliche Vorgehen darin begründet, daß versucht werden soll, unsere Arbeit, insbesondere das Erscheinen der linksradikalen Zeitung »kassiber« zu behindern bzw. zu verhindern.

Wir rufen daher zu Spenden auf das unten genannte Konto auf, um den durch die Repressionsmaßnahmen erlittenen Schaden, der nur in geringem Maße durch den Verkauf der Zeitung gedeckt werden kann, beheben zu können, insbesondere, um entsprechende technische Geräte wiederbeschaffen zu können.

Spendenkonto: Rote Hilfe, Stichwort »kassiber«, Konto-Nr. 481912206, Postbank Hamburg (BLZ 200 100 20).

****

Redaktion bremer kassiber, c/o Verein zur Verbreitung unterdrückter Nachrichten (VzVuN), St.-Pauli-Straße 10, 28203 Bremen

26.September

Aktion gegen Zwangsröntgen

Rund 30 Männer und Frauen protestieren mittags vor der *Radiologischen Klinik des Zentralkrankenhauses St.-Jürgen-Straße* gegen das hier erzwungene Röntgen von jugendlichen Flüchtlingen zur Feststellung ihres Alters. Die vom Leiter der Radiologie, Prof. Jürgen Freyschmidt, und seinem Oberarzt Dr. Adjalley erstellten Gutachten auf der Basis der Skelettröntgenaufnahmen kommen in der Regel zu dem Ergebnis, daß die Jugendlichen älter sind als bei Stellung ihres Asylantrages angegeben. Die Flüchtlinge werden dann von der Staatsanwaltschaft wegen Betruges und "*schwerer mittelbarer Falschbeurkundung*" angeklagt. Ende August wurde trotz öffentlicher Proteste ein weiterer junger Mann - "*notfalls unter Einsatz körperlicher Gewalt*" - zwangsgeröngt. DemonstrantInnen und anwesende PressevertreterInnen werden von der Klinikleitung belogen: Ihr sei nichts über diese in ihrem Haus vorgenommene "*Körperverletzung*" bekannt. Und Kollege Freyschmidt habe, so der ärztliche Direktor Prof. Hans Gunschera, noch am Vormittag versichert, daß "*so etwas bei ihm seit 1993 nicht stattfinde*". Die Arbeitsgemeinschaft *Pro Asyl* kündigt an, Strafanzeige gegen Freyschmidt wegen Körperverletzung zu stellen.

Berufsverbot unzulässig

Mit zehn gegen neun Stimmen urteilt der *Europäische Gerichtshof für Menschenrechte* in Straßburg, daß das Land Niedersachsen mit der Entlassung einer der *Deutschen Kommunistischen Partei* (DKP) angehörenden Lehrerin gegen das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung verstoßen hat. Die Studienrätin Dorothea Vogt (46) aus Jever hatte geklagt, weil sie 1987 aufgrund des sog. Radikalenerlasses aus dem Schuldienst entlassen worden war und erst 1991 nach der Aufhebung des Erlasses durch die SPD/Grünen-Landesregierung wieder eingestellt wurde. Über eine Entschädigung wurde in Straßburg noch nicht entschieden, erst sollten sich das Land und die Klägerin auf eine Summe einigen. Die beiden aber haben deutlich unterschiedliche Vorstellungen: Während die AnwältInnen Dorothea Vogts 1,3 Millionen Mark Entschädigung fordern, ist Niedersachsen lediglich zur Nachzahlung entgangenen Gehalts (170.000 Mark) und zur Übernahme eines Teils der AnwältInnenkosten bereit. Ist in Presseberichten zunächst von möglichen Schadensersatzforderungen der über 100 niedersächsischen Berufsverboteopfer der 70er und 80er Jahre in Höhe von zehn Millionen Mark die Rede, erklärt die Staatssekretärin im Kultusministerium, Renate Jürgens-Pieper, Mitte Oktober, daß außer der Klägerin keine/r Entschädigung erhält - keine Klage, keine Kohle: Offiziell zugegeben wurde, daß 19 weitere LehrerInnen wegen "*extremistischer Aktivitäten*" entlassen wurden, 84 BewerberInnen wurden deswegen nicht eingestellt.

29.September

Demo gegen Abschiebungen (I)

Mehrere hundert Männer und Frauen, die Mehrzahl von ihnen Flüchtlinge, demonstrieren am Nachmittag anläßlich des *Internationalen Tags des Flüchtlings* der UN für Menschenrechte für Flüchtlinge, gegen Rassismus und gegen Abschiebungen. Die Demonstration, zu der ein Bündnis linker, antirassistischer und MigrantInnengruppen aufgerufen hatte, zieht vom Bahnhofsvorplatz durch die Innenstadt zum Abschiebeknast in der Osterwache, wo die Abschlußkundgebung stattfindet.

30.September

Atommüll über bremische Häfen (I)

Etwa ein Dutzend Frauen und Männer von *Greenpeace* ketten sich in Bremerhaven vor dem Zolltor Weddewarden an zwei zuvor gestoppte Lastwagen, um so gegen den "*Atommüll-Tourismus ins Ausland*" zu protestieren. In den auf den LKW befindlichen Containern wird hochradioaktiver Müll aus dem Hahn-Meitner-Institut (Berlin) vermutet, der nach Schottland verschifft werden soll. Die Ketten werden schließlich von der Polizei mit Bolzenschneidern durchtrennt, die Lastwagen fahren ins Hafengebiet.

9.Oktober

Gegen Zwangsröntgen und Brechmittel

Die Delegiertenversammlung der *Ärztekammer Bremen/Bremerhaven* lehnt das Zwangsröntgen von jugendlichen Flüchtlingen und den Einsatz von Brechmitteln bei mutmaßlichen Drogendealern als mit dem ärztlichen Berufsethos nicht vereinbar ab. Das Zwangsröntgen wird sowohl aus ethischen als auch aus wissenschaftlichen Gründen abgelehnt. Auch der von der Gesundheitsbehörde unter bestimmten Voraussetzungen gebilligte Brechmitteleinsatz (s. kassiber 25 und 26) sei ethisch nicht vertretbar, auch gebe es dafür keine medizinischen Gründe, die Beweise für den Handel mit Drogen auch auf anderem Weg zu erlangen seien. Auch Gesundheitssenatorin Tine Wischer (SPD) mag sich am 11.Oktober nicht in die Tradition deutscher RassebiologInnen stellen: Ihr Ressort lehne die Alterfeststellung mithilfe der Röntgenaufnahmen als wissenschaftlich nicht haltbar ab. Ihre Argumente zum Brechmitteleinsatz hat sie aber offensichtlich aus den umfangreichen Akten von Polizei und Justiz übernommen, die schließlich auch nicht sagen, daß sie Flüchtlinge nur ein bißchen mißhandeln oder foltern wollen: "*Sie dürfen nur vergeben werden, wenn es medizinisch angezeigt ist, dann verschluckte Drogen im Körper nicht zu lebensgefährlichen Vergiftungen führen.*"

BGS-Jahresbericht 1994

Anläßlich der Vorlage des BGS-Jahresberichts für 1994 gab Bundesinnenminister Kanther am 29.August bekannt, daß 1994 31.065 illegal eingereiste MigrantInnen (42 Prozent weniger als 1993) festgenommen wurden: 14.788 Männer, Frauen und Kinder an der Grenze zu Polen, 11.321 an der zu Tschechien; demgegenüber kamen nur 161 aus den sog. Schengen-Staaten. Weiterhin habe man 1.788 "SchleuserInnen" registriert, die insgesamt 5.279 MigrantInnen die Einreise in die BRD verschaffen wollten. Beim Bundesgrenzschutz (BGS) arbeiten rund 40.000 Frauen und Männer, davon 4.780 an den östlichen Grenzen, 1.700 mehr als 1993.

25.Oktober

OVG: Kein Asylanspruch für KurdInnen

Der *2.Senat des Oberverwaltungsgerichts (OVG) Bremen* entscheidet, daß KurdInnen aus der Türkei nicht allein schon wegen ihrer Volkszugehörigkeit Anspruch auf politisches Asyl haben, sie müßten vielmehr in jedem Einzelfall ihre politische Verfolgung glaubhaft machen. Aufgehoben werden damit zwei Urteile des Verwaltungsgerichts, das seit dem Frühjahr 1994 - wie einige andere deutsche Gerichte - die Auffassung vertreten hatte, daß KurdInnen nicht nur im Osten vor politischer Verfolgung nicht sicher seien, sondern es auch die "*Fluchtalternative Westtürkei*" nicht gebe. In die Berufung war der Bundesbeauftragte für Asylangelegenheiten gegangen, nachdem zuvor das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge die kurdischen Männer als politische Flüchtlinge

nicht anerkannt hätte. Diese Entscheidungen wurden durch die damals neue Rechtssprechung des Verwaltungsgerichts aufgehoben. Beim OVG liegen derzeit die Akten von rund 60 weiteren kurdischen Flüchtlingen, beim Verwaltungsgericht sind es mehrere hundert.

26.Oktober

Antifaschistische Aktionen (I)

Vor dem Versammlungsraum der konstituierenden Sitzung der *Bremerhavener Stadtverordnetenversammlung* protestieren einige AntifaschistInnen gegen die drei Abgeordneten der faschistischen Deutschen Volksunion (DVU). Auch in Bremerhaven regiert jetzt eine große Koalition - mit 35 von 48 Abgeordneten in der Stadtverordnetenversammlung. Versuche von Bündnis 90/Die Grünen, mit der CDU zu koalieren waren zuvor gescheitert. Nicht wegen inhaltlicher Divergenzen, denn so Michael Teiser, stellvertretender CDU-Landesvorsitzender: "*In 75 Prozent aller Fragen gab es Übereinstimmung zwischen uns und den Grünen. Knackpunkt war die knappe Mehrheit*" (25:23 Stimmen).

30.Oktober

Hoppensack bleibt im Amt

Sozialsenatorin Wischer (SPD) stellt das Gutachten von Oberstaatsanwalts Hans-Dieter Jeserich (Celle) zum Tod des kurdischen Flüchtlings Celal Akan der Öffentlichkeit vor. Der starb am 26.Juni an einer Leberzirrhose infolge chronischer Hepatitis, weil die hiesigen BürokratInnen ihm eine eventuell lebensrettende - allerdings etwa 300.000 Mark teure - Lebertransplantation verweigerten (s. kassiber 27). Jeserich wirft in seinem 120seitigen Gutachten Sozial-Staatsrat Hans-Christoph Hoppensack (SPD) vor, sich nicht wie ein Verwaltungschef, sondern wie ein Sachbearbeiter verhalten zu haben: "*Der Staatsrat hätte die Sachbehandlung in der senatorischen Behörde als konkrete Einzelfallentscheidung beanstanden und die Vorlage an ihn ... zurückweisen müssen.*" Statt dessen stellte Hoppensack irrelevante Fragen: "*Die vom Staatsrat am 15.11.94 formulierten Fragen waren nicht geeignet, die Sachentscheidung zu fördern. Objektiv ist die Entscheidungsfindung durche diese Fragen und durch seine weiteren Anmerkungen vom 17.12.94 verzögert worden.*" Außerdem seien "*die Akten zwischen Ende Dezember '94 und dem 26.6.95* (in der Behörde) *weitgehend außer Kontrolle geraten*". Besondere Schuld treffe ferner die mit dem Fall befaßte Referatsleiterin. Die aber sei im Frühjahr 1995 stark überlastet gewesen und habe noch nicht über genügend Verwaltungserfahrung verfügt. Deshalb solle sie nicht disziplinarisch belangt werden. Für die Sozialsenatorin heißt das, daß "*der Tod des Asylbewerbers am Ende einer Verkettung unglücklicher Einzelgeschehnisse*" stand: "*Unter Würdigung der Gesamtumstände ... sehe ich keinen Grund, dem Staatsrat das Vertrauen zu entziehen. Auf seine wertvollen Erfahrungen, Fähigkeiten und Kenntnisse zu verzichten, wäre unverhältnismäßig.*"

"Neue Bescheidenheit"

Nach einer im August erschienenen Studie der *Arbeiterkammer Bremen* sind die realen Nettogewinne der Unternehmen zwischen 1980 und 1994 um mehr als 80 Prozent gestiegen. Außerdem seien ihnen die fälligen Gewinnsteuern im gleichen Zeitraum um fast die Hälfte erlassen worden. Demgegenüber hätten sich westdeutsche ArbeiterInnen und Angestellte in diesen 15 Jahren "*mit einer Mini-Steigerung von knapp drei Prozent bescheiden*" müssen, die reale Nettolohn- und Nettogehaltssumme (unter Berücksichtigung von Abzügen und Preissteigerungen) lag nur 2,9 Prozent über der 1980. In neun von 15 Jahren sank diese Summe netto preisbereinigt. Auch 1995 werde sich der Reallohnverlust mit etwa einem Prozent fortsetzen. Dies liege vor allem am "*weiterhin ungebremsten*" Anstieg der Verdienstabzüge: Die stiegen in elf von 15 Jahren stärker als die Bruttolöhne und -gehälter.

Die Untersuchung mit dem Titel "*Auskommen mit dem Einkommen?*" attestiert der westdeutschen Bevölkerung eine "*pessimistische Grundstimmung*", deren Ursachen vor allem die hohe Arbeitslosigkeit und die schrumpfenden Realeinkommen seien. ArbeiterInnen und Angestellte in Westdeutschland haben offensichtlich die UnternehmerInnenpropaganda gefressen, das Schicksal des "*Standorts Deutschlands*" hänge von ihren Löhnen und Gehältern ab, und üben sich in der "*neuen Bescheidenheit*". Die Studie der *Arbeiterkammer* aber widerlegt das Gerede, daß dem "*Wirtschaftsstandort Deutschland*" von der Lohnkostenseite her Gefahren drohten. Seit 1980 sind in neun von 15 Jahren die Lohnstückkosten schwächer, die Stückgewinne aber stärker gestiegen als das Wirtschaftswachstum. Von 1980-94 stiegen die Lohnstückkosten um 35,7 Prozent, die Stückgewinne aber um 75,2 Prozent - und das Wirtschaftswachstum um 35,6 Prozent. 1994 waren die Lohnstückkosten erstmals seit 1980 negativ, d.h. sie sanken nicht nur relativ, sondern auch absolut und nominal. 1995 werde sich der Abstand zwischen Lohnstückkosten und Stückgewinnen "*weiter kräftig vergrößern*".

31.Oktober

Kapelle-Hof besetzt (I)

Johann Bätjer, Besitzer des am 4.September von etwa einem Dutzend junger Männer und Frauen besetzten *Kapelle-Hofs* in der Blocklander Hemmstraße 35, erscheint dortselbst nebst Anwalt und einigen Bütteln, um den BesetzerInnen eine Räumungsfrist von einer Woche zu stellen. Angeblich hätten diese am vorangegangenen Wochenende durch herumliegendes Gerümpel die landwirtschaftliche Nutzung des Geländes behindert. Zwei Tage später verlängert Bätjer diese Frist nach Verhandlungen mit Uni-Prof. Wilfried Wagner vom vor einigen Monaten gegründeten Freundeskreis Hof Kapelle auf den 25.November. Den BesetzerInnen soll so Gelegenheit gegeben werden, ihre *antifaschistischen Kulturtage* unter dem Motto "*über die Normalität im Wahnsinn*" am 21./22.November zu veranstalten. Das Baudenkmal soll jetzt doch nicht mehr abgerissen werden, demnächst will Bätjer mit Bio-Bauer Hannes Schettler-Wiegel über eine mittelfristige Nutzung des Hofes verhandeln.

1.November

Anschlag auf türkische Einrichtung (I)

Auf einen türkischen Sport- und Kulturverein in Bremerhaven verüben unbekannte TäterInnen am frühen Morgen einen Brandschlag. Das Feuer wird gelöscht, bevor größerer Schaden entsteht.

Schlampig gearbeitet

Der ehemalige Oberstaatsanwalt Hans-Georg von Bock und Polach, bis zum Sommer Abteilungsleiter und stellvertretender Amtsleiter in der Staatsanwaltschaft sowie Justizpressesprecher, bevor ihn sein alter Kumpel aus gemeinsamen Penäler-Zeiten, Ralf H. Borttscheller (CDU), zum Innenstaatsrat machte, hat in seiner ehemaligen Wirkungsstätte offenbar das hinterlassen, was er mit seinen Bütteln bei zahlreichen Hausdurchsuchungen anzurichten pflegte: ein ziemliches Durcheinander. Und als hätte von Bock und Polach aufgrund seiner schlagzeilenträchtigen Ermittlungsmethoden gegen (bzw. für) den CDU-Politiker Pflugradt nicht schon genug Scherereien, kommt das ganze auch noch durch eine gezielten Indiskretion an die Öffentlichkeit. Bremens Generalstaatsanwalt Jankecht muß eingestehen, daß er einen Oberstaatsanwalt beauftragte, "*den Zustand des Dezernats zum Zeitpunkt des Ausscheidens* (von Bock und Polachs, Anm.) *im Rahmen der Dienstaufsicht zu prüfen*". Des einen Leid, der andren Freud: "*Außer Kontrolle geraten*", d.h. "*nicht auffindbar*", ist eine Akte zur Strafanzeige von Bundesfinanzminister Theo Waigel gegen Aktivisten des *Anti-Rassismus-Büros* (ARAB), Waigel, 1994 Gast des Bremer Schaffermahls, fühlte sich beleidigt, weil ihn das ARAB auf Plakaten als Handtaschenräuber darstellte. Das Verfahren ist inzwischen verjährt. Unerledigt blieben etwa 130 weitere Verfahren, darunter viele im Zusammenhang mit den nationalistischen Einheitsfeiern am 3.Oktober 1994 in Bremen - auch hier sind die meisten inzwischen verjährt.

Greiftrupp

Offizieller Dienstantritt der neuen *Beweissicherungs- und Festnahme-Einheit* (BFE) der Bremer Bereitschaftspolizei. Schon seit einigen Wochen üben die 30 Freiwilligen, 26 Männer und vier Frauen: Kampfsport, Ausdauertraining, psychologische Schulung, Rechtsbelehrungen. Ziel der BFE ist es, so Polizeioberrat

Die BFE schreitet ein: In geschlossener Formation bewegen sie sich in Richtung Demo.

Klaus Penge, stellvertretender Leiter der Bereitschaftspolizei, "*Störer und Gewalttäter bei Großveranstaltungen möglichst früh zu erkennen. Die Straftaten werden dokumentiert und die Täter aus der Menge rausgegriffen.*" Gemeint sind natürlich DemonstrantInnen, wie beim Pressetermin anschaulich vorgeführt wird: "*Chaoten*" schmeißen Steine, die BFE stürmt in die Demo und taucht wenige Sekunden später mit gefesselten "*Randalierern*" wieder auf. Und damit die Truppe nur anderen weh tut, dabei aber selbst keine Blessuren erleidet, sind die PolizistInnen mit Kunststoffschutz an Brust, Rücken, Armen und Beinen ausgerüstet, ferner mit Funkgerät im neuen Helm, Fotoapparat und Mini-Videokamera.

3.November

Polizeieinsatz auf Unigelände

Der nach Ansicht des AStA "*erste Polizeieinsatz gegen protestierende StudentInnen auf dem Campus in der Geschichte der Universität*" findet gegen 19 Uhr vor der sog. Keksdose statt. Dort haben sich Frauen und Männer aus linken und antirassistischen Gruppen versammelt, um gegen eine "*Kulturveranstaltung*" des *Türkischen Zentralverbandes im Lande Bremen*, einem Sammelbecken verschiedener türkisch-nationalistischer, religiösfundamentalistischer und faschistischer Vereine, zu protestieren. Doch soweit soll es nicht kommen. Der Einsatz der Polizei-Hundertschaft eine Stunde vor Veranstaltungsbeginn erfolgt überfallartig, ohne Vorwarnungen werden zahlreiche DemonstrantInnen niedergeknüppelt, mehrere Migrant(inn)en erleiden Verletzungen, ein türkischer Student muß mit einem Nasenbeinbruch und Schädelprellungen ins Krankenhaus. Nach Angaben der Polizei erfolgte der Einsatz, um die blockierten Eingänge durch Abdrängen der DemonstrantInnen freizumachen, weil entsprechende Aufforderungen nichts genutzt hätten. Schlagstöcke seien, wenn überhaupt, nur von einzelnen BeamtInnen "*in Notwehr oder zur Gefahrenabwehr*" angewendet worden. Und der *Türkische Zentralverband*, der sich wie immer Mühe gibt, dem Klischee des faschistischen Dumpfmeiers zu entsprechen, meint: "*Wer Andersdenkende durch Gewaltanwendung zum Schweigen zu bringen versucht, ist selbst ein Faschist.*"

7.November

Verfahren gegen Hoppensack eingestellt

Die Bürgerschaft lehnt mit der Dreiviertel-Mehrheit der großen Koalition einen Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab, den Senat aufzufordern, Sozial-Staatsrat Hoppensack in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen. Die große Koalition hat inzwischen auch die 'Gewaltenteilung' bürgerlicher Demokratien aufgehoben und läßt die Sozialpolitikerin Steinhöfel (SPD) verkünden, daß die Staatsanwaltschaft das Ermittlungsverfahren gegen Hoppensack einstellt: "*Eine Mitschuld oder Mitverantwortung Hoppensacks am Tod von Celal Akan gibt es nicht.*" Und überhaupt wäre der Flüchtling ohnehin gestorben, wie ein Schreiben der Universitätsklinik Kiel belegen soll. Demnach hätte der Celal Akan mindestens ein bis zwei Jahre auf ein Spenderorgan warten müssen. Sozialsenatorin Wischer ist trotzdem immer noch ganz betroffen: Die Bearbeitungszeit des Falle sei, es ist ihr anzumerken, "*quälend lang*" gewesen. Doch nicht nur für Tine, sondern auch für die Angehörigen und deshalb "*entschuldige ich mich*". Nu is aber gut, die Sache muß eine Ende haben: Die kolportierten disziplinarischen Maßnahmen auf unterer Behördenebene wird es nicht geben, verkündet Holger Bruns-Köster (wie die meisten BehördersprecherInnen ehemaliger taz Bremen-Schreiberling), Sprecher der Sozialbehörde, am 15.November. Einem von der AFB Ende August geforderten parlamentarischen Untersuchungsausschuß hatte Bündnis 90/Die Grünen übrigens die - für die Beantragung stimmenmäßig notwendige - Zustimmung verweigert, vermutlich um ihrer in den Fall involvierten Klientel Scherereien zu ersparen.

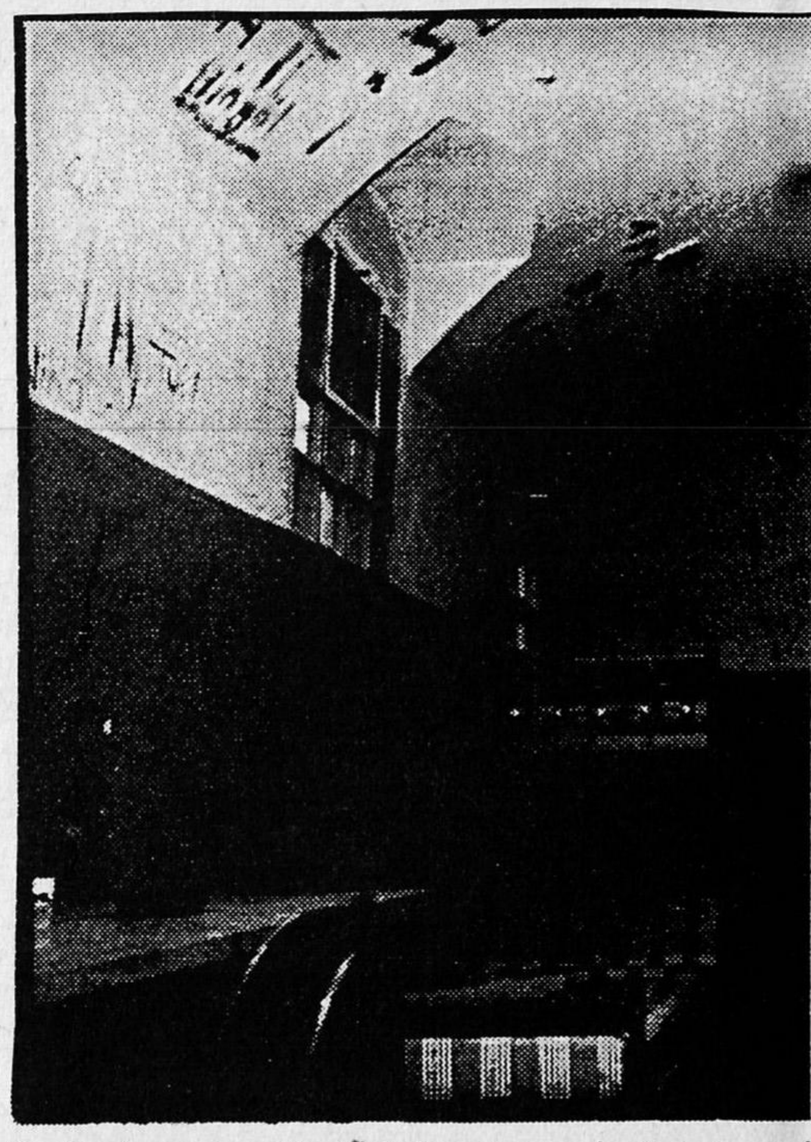
9.November

57 Jahre Reichspogromnacht

Zahlreiche Männer und Frauen nehmen an der traditionellen Gedenkstunde mit Kranzniederlegung der vier Bürgerschaftsparteien anläßlich des 57.Jahrestages der Reichspogromnacht am Mahnmal (Dechanatstraße/Ecke Landherrenamt) teil. Im Mittelpunkt der zentralen Bremer Veranstaltung, die zwei Tage zuvor in der Israelitischen Gemeinde in der Schwachhauser Heerstraße stattgefunden hatte, stand ein Vortrag Siegfried Jägers (Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung/DISS) zum Thema "*Gefährliche Erbschaft: Auf dem Weg zur Normalisierung von Rassismus und Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland*".

Abschiebung "im Schnellverfahren"

Der *Bremer Aufruf gegen Abschiebung* protestiert gegen die geplante Abschiebung des Kurden Riza Kamen, seiner Ehefrau und des 16jährigen Sohnes. Riza Kamen hatte einen hier gestellten Asylantrag zurückgezogen, nachdem einer seiner Söhne in der Türkei verhaftet worden war. Er wollte in die Türkei zurück, um den Verhafteten auszulösen, der aber fast gleichzeitig wieder freigelassen wurde. Also stellte Riza Kamen einen Asylfolgeantrag, der wenig später abgelehnt wurde. Obwohl er gegen diese Ablehnung geklagt hat, wurde der Kurde am 8.November verhaftet und in den Abschiebeknast Ostertorwache gebracht. Riza Kamen droht jetzt die Abschiebung "*im Schnellverfahren*", ohne daß das Verfahren abgewartet wird. Merve "Wir-handeln-nach-Recht-und-Gesetz"-Pagenhardt von der Innenbehörde plädiert wie gehabt für die Abschiebung: Die Klage Riza Kamens, der wegen politischer Aktivitäten von der Türkei bereits einmal zu sieben Jahren und acht Monaten Haft verurteilt wurde, habe keine aufschiebende Wirkung, er müsse den Ausgang in der Türkei abwarten.

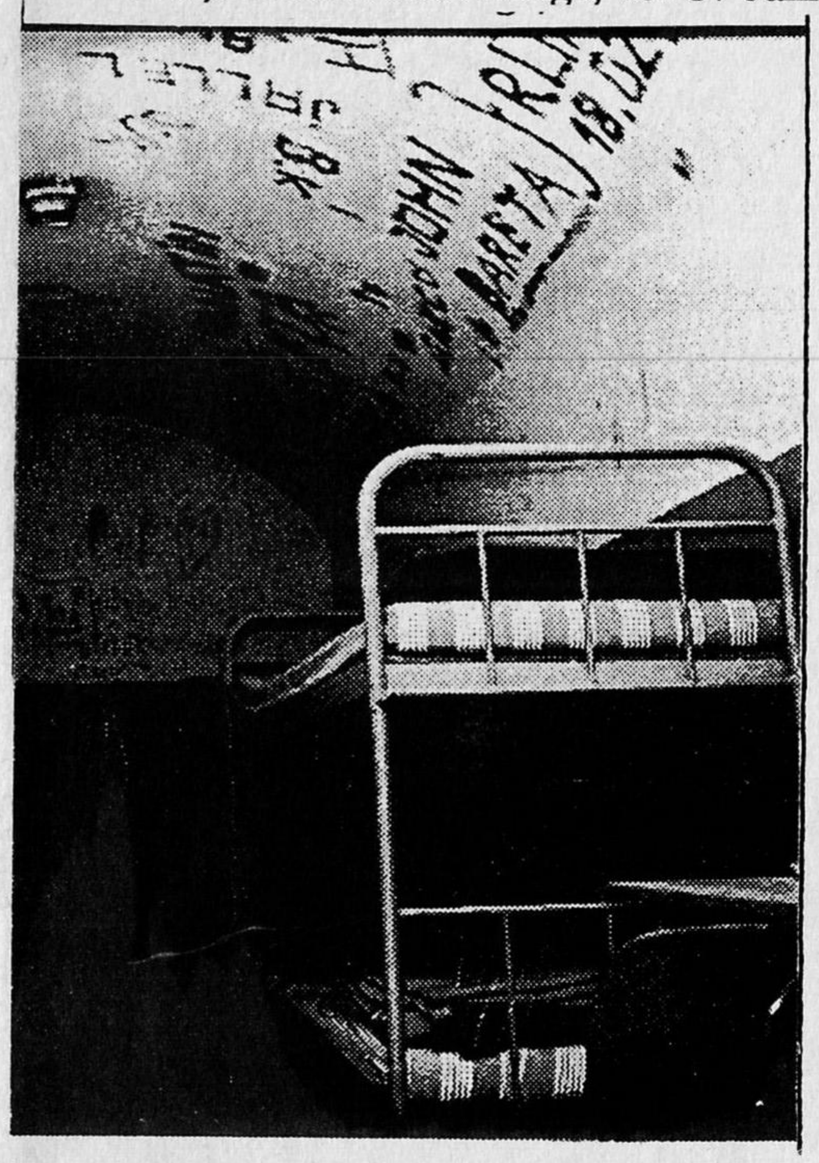


Der fast fensterlose Abschiebeknast unter der Ostertorwach

12.November

Gegen Ausbeutung von Frauen

Das *Philippine Women's Forum*, ein Netzwerk von in Deutschland lebenden Filipinas, protestiert gegen die "*Vermarktung von billigsten Arbeitskräften zu unsozialen Bedingungen*" durch Fredesvinda Lange. Die hat im September in der Parkallee 117 die "*erste Au-pair-Vermittlung in Deutschland für philippinische Mädchen*" eröffnet. Diese "*Mädchen*" sind zwischen 18 und 25 Jahre alt, bewandert in der Hausarbeit und Kinderbetreuung und nicht sehr verwöhnt, was Arbeitszeit und Feierabend angeht: "*So lange noch Arbeit da liegt, wird sie gemacht - das ist bei uns so üblich.*" Das Angebot gilt zwar nicht für alleinstehende Männer, aber für Familien mit Kindern ist es ein durchaus reizvolles und gar nicht mal teures Angebot: "*Wenn sie 500 Mark im Monat verdienen - das ist viel, viel Geld bei uns*" (auf den Philippinen). Fredesvinda Lange, vor 37 Jahren



ıe

ın Manila geboren, lebt seit Anfang der 80er Jahre mit deutschem Gemahl und zwei Kindern in Bremen und kassiert als Vermittlungsgebühr einen "Monatslohn" - von den Frauen. Ihre Agentur betreibt sie gemeinsam mit der in der phlippinische Hauptstadt lebenden Mutter, die dort die Formalitäten für die künftigen Au-pair-Mädchen erledigt.

13.November

Abschiebestopp für NigerianerInnen

In Bremen wie in einigen anderen Bundesländern gilt ab sofort ein Abschiebestopp für Flüchtlinge aus Nigeria, deren Asylantrag abgelehnt wurde. Die Maßnahme ist eine Reaktion auf die Hinrichtung von neun Aktivisten der Autonomiebewegung der Ogoni-Volksgruppe durch das nigerianische Militärregime. Der Abschiebestopp gilt bis zur Innenministerkonferenz am 14./15.Dezember in Erfurt, bis zu der ein einheitliches bundesweites Vorgehen abgestimmt werden soll.

14.November

Kurdischer Verein "Hevalti" verboten

Innensenator Ralf H. Borttscheller (CDU) läßt den *Kurdisch-deutschen Verein für Völkerfreundschaft - Hevalti* - verbieten. Zuvor hatten am frühen Morgen PolizistInnen die Wohnungen der drei Vorstandsmitglieder, anschließend die Vereinsräume in der Faulenstraße durchsucht. Anschließend wurden die Räume versiegelt, das Vereinsvermögen beschlagnahmt. Bei der Durchsuchung seien Bilder des PKK-Chefs Abdullah Öcalan, Sammelbüchsen mit Enblemen der Nationalen Befreiungsfront Kurdistans ERNK sowie "*Propagandamaterial*" beschlagnahmt worden, kurz gesagt: die Büttel räumten die *Hevalti*-Räume leer. Anlaß der Razzia seien, so Borttscheller, "*massive Hinweise (gewesen), daß Hevalti eine PKK-Tarnorganisation ist*", anders gesagt: "*Nach den Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden handelt es sich bei Hevalti um eine Organisation, die darauf ausgerichtet ist, die Aktivitäten der verbotenen PKK für Bremen zu organisieren und durchzuführen.*" "*Einer der großen Mosaiksteine dieses Falles*" sei die vor einem Jahr erfolgte Verhaftung Sait Bilgins, der als Sozialarbeiter im Verein beschäftigt war und dem vorgeworfen wird, PKK-Funktionär für den Raum Bremen zu sein. Weiterhin soll er ein abtrünniges PKK-Mitglied ermordet haben

Demo gegen Studiengebühren

700 StudentInnen demonstrieren am Nachmittag von der Universität in die Innenstadt gegen die geplanten Studiengebühren und die von Bundesbildungsminister Rüttgers geforderte Verzinsung der BaföG-Darlehen. Vom 6.-10.November hatte eine bundesweite *Aktionswoche gegen Zins-BaföG und Studiengebühren* stattgefunden.

15.November

"Hevalti"-Räume besetzt

Rund 100 kurdische Männer und Frauen besetzen einen Tag nach dem Verbot des Vereins *Hevalti* die von der Polizei versiegelten Räume. Einige Besetzer drohen, sich im Falle einer polizeilichen Räumung selbst anzuzünden. Am späten Nachmittag finden in Zelten (die die Jugendinititiative Sielwallhaus zur Verfügung stellte - und die im übrigen noch nicht zurückgegeben wurden) vor den Vereinsräumen Verhandlungen der BesetzerInnen mit Vertretern aller vier in der Bürgerschaft vertretenen Parteien (SPD, Bündnis 90/Die Grünen, AFB und CDU) statt, in denen es zunächst um Ersatzräume für den Verein geht. Am darauffolgenden Abend enden die Verhandlungen mit folgendem 'Kompromiß': Die Polizei räumt nicht, weil die KurdInnen das Gebäude freiwillig verlassen. Dafür wird in den Hevalti-Räumen ein neuer Verein gegründet, dem als Gründungsmitglieder Vertreter der Bür-

gerschaftsfraktionen der SPD, der AFB und von Bündnis 90/Die Grünen angehören

Kein Druckfehler

Ob der zuständigen Redakteurin in freudiger Erwartung kommender Ereignisse das Herz auf der Zunge (bzw. in den Fingern) lag oder sie - als überzeugte Antimilitaristin - verdeutlichen wollte, was Oberstleutnant Günter Menzel, Presseoffizier der Bundeswehr in Bremen, eigentlich sagen wollte, wir wissen es nicht. Keinesfalls aber war der vom Weser-Kurier tags darauf bemühte "*Druckfehlerteufel*" am Werk, der Menzel in einem Leserbrief u.a. folgendes sagen ließ: "*Die neuen Aufgaben der Bundeswehr ergeben sich daraus zwingend zusammen mit den Freunden im Bündnis, - niemals mehr allein -, an Friedenssicherung und -erhaltung mitzuwirken und zu helfen, wie jetzt im ehemaligen Jugoslawien, nichtarischen Ungeist zu stoppen und Friedensverhandlungen zu erzwingen.*" Wenn es der Herr Oberstleutnant sich nach der Veröffentlichung nicht noch kurzfristig anders überlegt hat, hatte er "*militaristischer Ungeist*" geschrieben.

DSU-Funktionär: KZ wieder öffnen

Bei der Wahl einer neuen Jugendamtsleiterin forderte der Fraktionsvorsitzende der DSU, Adalbert Gloyna, während der Kreistagssitzung des Landkreises Spree-Neiße (Brandenburg) am 23.August, die ehemaligen Konzentrationslager in Sachsenhausen und Buchenwald wieder zu öffnen. Die entsprechende Äußerung erfolgte nach Angaben der Pressesprecherin der Kreisverwaltung in einer Sitzungspause, offenbar, weil sich Gloyna darüber ärgerte, daß die neue Jugendamtsleiterin auch schon zu DDR-Zeiten einen Posten in der Verwaltung gehabt hat. Die Kreistagsabgeordneten stimmten anschließend in namentlicher Abstimmung mit 42 gegen zwei Stimmen dafür, gegen den DSU-Funktionär einen Strafantrag wegen Volksverhetzung und verfassungsfeindlicher Äußerungen zu stellen.

Suizide in Abschiebehaft

Die folgende Liste wurde zu der Ausstellung "Verfolgt, vergessen - Flüchtlinge in Abschiebehaft" vom Jugendclub Courage (Köln) erstellt. Stand: Ende August 1995.

Suizide in Haft

Nazmieh Chabrour (Palästina), 23 Jahre, erhängt, 23.7.93, JVA Plötzensee (Berlin)
Quelle: taz, 31.7.93

Daniel Lopez (Angola), 27 Jahre, erhängt, 1.10.93, JVA Trier
Quellen: off limits, Nr.6, Oktober 1994; taz, 18.10.93

Emmanuel Ehi (Nigeria), 26 Jahre, erhängt, 8.12.93, JVA Regensburg
Quellen: Süddeutsche Zeitung, Januar 1994; off limits, Nr.6, Oktober 1994
(nach Pro Asyl lautet der Name Osazuwa Omah)

Emanuel Thomas Tout (Sudan), 23 Jahre, erhängt, 25.12.93, Abschiebehaftanstalt Herne
Quellen: taz, 29.12.93; Flüchtlingsrat NRW; Pro Asyl

Owusu Mensa (Ghana), 26 Jahre, erhängt, 5.5.94, JVA Stadelheim
Quelle: Pro Asyl

Zhuo Zhe Gun (China), 43 Jahre, erhängt, 2.6.94, JVA Volkstedt (Halle)
Quellen: taz, 4.6.94; Pro Asyl

Abdullah J. (Marokko), erhängt im Oktober 1994, Polizeigewahrsam Ludwigsburg
Quelle: Pro Asyl

Amar Tahir (Algerien), erhängt, 20.1.95, JVA Wittlich
Quellen: junge Welt, 1.2.95; Pro Asyl

Abijou Tilaye (Äthiopien), 37 Jahre, erhängt, 26.2.95, JVA Würzburg
Quellen: taz, 11.3.95; Frankfurter Rundschau, 5.4.95; Pro Asyl

N.N. (Marokko), 22 Jahre, erhängt, 12.3.95, Jugendgefängnis Wiesbaden
Quelle: junge Welt, 14.3.95

Gibrel Kassimoi (Togo), 27 Jahre, erhängt, 8.4.95, Abschiebehaft Hamburg (Selbsttötung wird angezweifelt)
Quellen: off limits, Nr.9, Mai 1995; Pro Asyl

N.N. (Zaire), 30 Jahre, erhängt, 11.6.95, JVA Volkstedt (Halle)
Quellen: Kölner Stadtanzeiger, 12.6.95; junge Welt, 14.6.95; Pro Asyl

Louis I. (Nigeria), 29 Jahre, erhängt, 16.8.95, JVA Wolfenbüttel
Quelle: junge Welt, 18.8.95

Suizide wegen drohender Abschiebung

Kwaku Agyei (Ghana), 35 Jahre, erhängt, 4.1.93, Unterkunft, Mosach
Quelle: Pro Asyl

Son Ha Hoang (Vietnam), 27 Jahre, Selbstverbrennung, 27.1.94, Ostpark München
Quellen: Flüchtlingsrat NRW; Pro Asyl

N.N. (Sri Lanka), 26 Jahre, erhängt, 3.7.94, Hattorf (Landkreis Osterode)
Quellen: taz, 8.7.94; Pro Asyl

Gabriel Juliao Mavonda (Angola), 21 Jahre, von Baugerüst gesprungen, 9.7.94, Berlin
Quellen: taz, 18.7.94; ZAG, Nr.12, September 1994

Yohannes Alemu (Äthiopien), 28 Jahre, ertrunken, 10.2.95, Regensburg
Quelle: Pro Asyl

Ahmed Polap (Kurde), 23 Jahre, vor die S-Bahn gesprungen, 17.4.95, München
Quelle: Pro Asyl

Jaswant Singh (Indien), 33 Jahre, erhängt, 19.5.95, Bezirkskrankenhaus Regensburg
Quelle: Pro Asyl

Todesfälle vor, während und nach der Abschiebung

Kola Bankole (Nigeria), 34 Jahre, gestorben nach Knebelung durch BGS und "Beruhigungsspritze", 30.8.94, Rhein-Main-Flughafen, Frankfurt
Quellen: taz, 2.9.94; junge Welt, 2.9.94; Pro Asyl

Kuldeep Singh (Indien), ermordet durch Flughafenpolizei, 29.5.94, Neu-Dehli, nach Abschiebehaft in Wuppertal
Quellen: off limits, Nr.6, Oktober 1994; Pro Asyl

Celal Akan (Kurde), gestorben 26.6.95, Behörden verweigerten die Kostenübernahme für eine Operation, Bremen
Quelle: junge Welt, 18.8.95

Jugendklub Courage, Bismarckstrae 40, 50672 Köln; T.: 0221-520936

Bremer Rüstungsindustrie

Die *STN Atlas Elektronik GmbH* erhält als Generalunternehmerin der zehn Minenjagdboote der Bundesmarine "Klasse 332" vom Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung den Auftrag, in Zusammenarbeit mit der Rüstungswerften-"Arbeitsgemeinschaft" *ARGE MJ 332* zwei weitere Schiffe dieser Klasse zu bauen. Zur ARGE gehören die Werften Abeking & Rasmussen (Lemwerder), Friedrich Lürssen (Bremen) und Krögerwerft (Schacht-Audorf/Rendsburg). Das Auftragsvolumen beträgt 330 Millionen Mark.

17.November

Abschiebung gescheitert

Der Versuch, einen algerischen Mann nach Algerien abzuschieben, scheitert, weil sich der 25jährige im Flugzeug mit einer Rasierklinge an der Halsschlagader verletzt. Abdelouahab H. wird zunächst in einem Krankenhaus behandelt, dann auf die Krankenstation des Gefängnisses Oslebshausen verlegt. Die *Asylgruppe Ostertor* hatte zuvor vergebliche gegen die Abschiebung protestiert, fehlte dem Flüchtling doch nur ein Dokument aus Algerien, damit er auch für deutsche Behörden als verheiratet gilt. Vor zwei Monaten hatte der 25jährige nämlich bereits eine deutsche Frau geheiratet, allerdings nach islamischen Recht. Am 22.November wird ein weiterer Abschiebeversuch unternommen: BGS-Beamte fahren mit dem Flüchtling zum Frankfurter Flughafen. Sein Anwalt, der von der geplanten "Geheimanschiebung" erst in letzter Minute erfährt, kann mit einem Eilantrag bei Gericht, dem "in letzter Minute" stattgegeben wird, die Deportation verhindern. Am 27.November schließen Ausländerbehörde und Anwalt folgenden "Kompromiß": Abdelouahab H. wird - auf seine Kosten - abgeschoben, darf aber (frühestens nach einem Monat) wieder einreisen, um hier zu heiraten.

19.November

Demo gegen geplantes Zementwerk

Rund 250 Frauen, Männer und Kinder demonstrieren in Gröpelingen gegen den geplanten Bau eines Zementwerks im Industriehafen (Kap-Horn-Straße). Die DemonstratInnen befürchten, daß sich danach ein grauer Schleier über den Bremer Westen legen werde, ohnehin sei die dortige Luft durch Betriebe im Hafengebiet stark verschmutzt. Tags darauf werden etwa 4.000 Unterschriften unter eine Protestresolution beim Hafensenator übergeben.

23.November

"Regelanfrage abgeschafft"

Die *Parlamentarische Kontroll-Kommission* (PKK!) schafft die sog. Regelanfrage für BewerberInnen für den öffentlichen Dienst Bremens, vor fast 25 Jahren mit dem "Radikalenerlaß" eingeführt, generell ab. Nach Angaben des PKK-Vorsitzenden Horst Isola (SPD) habe es "in den vergangenen Jahren ohnehin keinerlei Erkenntnisse gegeben, um einen Bewerber aufgrund mangelnder Verfassungstreue abzulehnen".

25.November

Kapelle-Hof-Besetzung beendet

Die etwa zehn jungen Frauen und Männer, die am 4.September den Kapelle-Hof in der Blocklander Hemmstraße 35 besetzt hatten, räumen das 1741 errichtete Gebäude freiwillig. Für die Nutzung des maroden Fachwerkhauses, das abgerissen werden sollte, soll sich ein ernsthafter Kaufinteressent gefunden haben, der den Hof an einen Ökobauer verpachten will.

Spendenkonten

für die Verfahren im Zusammenhang mit dem 13.6.95:

- Spendenkonto: Rote Hilfe, Stichwort "13.6.", Konto-Nr. 481912206, Postbank Hamburg (BLZ 200 100 20)
- Spendenkonto für Frauen und Lesben: "Soli", Konto-Nr. 10684850, Sparkasse in Bremen (BLZ 290 501 01)

3.Dezember

Antisemitische Parolen

Unbekannte TäterInnen beschmieren das derzeit im Umbau befindliche künftige jüdische Gemeindehaus (ehem. amerikanische Kirche) in Bremerhaven-Lehe mit antisemitischen Parolen und faschistischen Symbolen.

6.Dezember

Demo für Ausbildungsplätze

Rund 2.000 SchülerInnen, StudentInnen und Auszubildende demonstrieren am Nachmittag in der Innenstadt unter dem Motto "*Deine Einstellung zählt ... Aufstehn für Ausbildung und Arbeit*" für mehr und bessere Ausbildungsplätze. Gefordert wird außerdem eine gesetzliche Ausbildungsplatzabgabe für ausbildungsunwillige Betriebe.

10.Dezember

Kinderarmut

16.734 Kinder und Jugendlich bis zu 17 Jahren bekommen im Lande Bremen Sozialhilfe. Das sind rund 15 Prozent aller Jungen und Mädchen dieser Altersgruppe; von den sieben- bis zehnjährigen Kindern sind sogar 20,2 Prozent SozialhilfeempfängerInnen. Auffällig sei, so der Senat weiter in seiner Antwort auf eine kleine Anfrage der SPD-Fraktion ("Kinderarmut in Bremen"), daß die Gruppe der bis zu sechsjährigen SozialhilfeempfängerInnen von 1989-93 um über 40 Prozent gewachsen ist.

15.Dezember

Demo für Integrationsklassen

Jungen und Mädchen vom *Schulverbunds Lesum* demonstrieren vor dem Landesamt für Schulpraxis für den Erhalt ihrer drei Integrationsklassen. Dort tagt ein Unterausschuß der Bildungsdeputation und legt sich auf die bereits bekannte Position fest, wonach nach dem 6.Jahrgang die Bremer Integrationsklassen, in denen 'behinderte' Kinder mit nicht-'behinderten' Kindern gemeinsam unterrichtet werden, wegen "finanzieller Engpässe" wieder aufgeteilt werden sollen. Eine Ausnahme soll es nur für die derzeitigen 7. und 8.Klassen der Schule an der Regensburger Straße geben, die bis zur 10.Klasse fortgeführt werden sollen.

17.Dezember

Demo gegen Stackkamp-Trasse

Mehr als 400 Frauen und Männer aus Hemelingen und Arbergen demonstrieren gegen den von der großen Koalition geplanten Autobahnzubringer zu den dortigen Industriebetrieben. Der seit zehn Jahren geplante Tunnel, der die Wohnquartiere im Bremer Osten vom Schwer-

Impressum

bremer kassiber
Herausgegeben vom Verein zur Verbreitung unterdrückter Nachrichten (VzVuN).

V.i.S.d.P.: J.Kranz, Sebaldsbrücker Heerstraßé 234, Bremen.

Redaktionsanschrift: VzVuN, St.-Pauli-Straße 10/12, 28203 Bremen

Fax: 0421-75682

Texte bitte als MS-Word, Winword (2.0) oder ASCII-Dateien auf Diskette - mit einem Ausdruck - an die Redaktionsanschrift (für Rückfragen bitte Adresse, Telefon-Nr. o.ä. beilegen).

Eigentumsvorbehalt
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem oder der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Eine "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Eigentumsvorbehalts. Wird die Zeitschrift nicht ausgehändigt, so ist sie dem Absender mit den Gründen der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird diese Zeitschrift der oder dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur die, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

radikale Zeiten

Zeitung gegen die Verfahren wegen radikal, K.O.M.I.T.E.E., AIZ und RAF

Die Zeitung kann bezogen werden über folgende Adresse:

Redaktion "Radikale Zeiten", c/o Informationsdienst Schleswig-Holstein, Bahnhofstraße 44, 24534 Neumünster
T.: 04321-46542
Fax: 04321-43459
E-Mail: ID-SCHLESWIGHOLSTEIN@BIONIC.ZERBERUS.DE

VerteilerInnenpreise:

- Einzelexemplar: DM -,50 (Porto: DM 1,50)
- bis 30 Exemplare: je DM -,40 (Porto: DM 3,--)
- bis 100 Exemplare: je DM-,30 (Porto: DM 7,-)
- ab 100 Exemplare: je DM -,20 (Porto: DM 10,--)

Bitte im voraus auf untenstehendes Konto überweisen bzw. bar/per Verrechnungsscheck der Bestellungen beifügen:
M. Kellermann, Konto-Nr. 2421789900, Bank für Gemeinwirtschaft (BLZ 212 101 11)

lastverkehr befreien soll, wird von SPD und CDU neuerdings wieder als zu teuer eingestuft. Die DemonstrantInnen bezweifeln diese Rechnung, müßten doch für die Trasse u.a. eine Allee mit 200 Jahre alten Bäumen, der Kindergarten Osterhop, die dortige Grundschule und die Bezirkssportanlage Hemelingen plattgemacht werden. Insbesondere die Finanzierung von Ersatzgebäuden und Entschädigungen für Grund und Boden kämen so teuer, daß die Trasse nicht preiswerter als der Tunnel sein könne.

18.Dezember

Rassistische "23-Jahre-Regelung" vom Tisch

Nach Protesten vor allem von Seiten der Universität zieht Innensenator Borttscheller seinen "*hausinternen Erlaß*" zurück, ausländischen StudentInnen, die älter als 23 Jahre sind und in Bremen ein Studium beginnen wollen, wegen ihres Alters eine Aufenthaltsgenehmigung zu verweigern. Unklar bleibt, wieviele angehende StudentInnen von dieser rassistischen Anweisung, der jede gesetzliche Grundlage fehlt, betroffen waren; in den Akademischen Auslandsämtern von Universität und Hochschule sind eine Reihe von Fällen bekannt. Eine andere ungesetzliche Bremer Sonderregelung war bereist am 9.November gekippt worden: Ausländische DoktorrandInnen, die an den Hochschulen des Landes Bremen promovieren wollten und eine Aufenthaltsgenehmigung benötigten, erhielten dieses Visum von der Ausländerbehörde nur, wenn sie von staatlichen Stellen ihres Heimatlandes den Nachweis erbrachten, daß ihre Arbeit im Interesse ihrer Herkunftsnation sei. Matthias Güldner, Referatsleiter Ausländerintegration in der Sozialbehörde: "*Ich kenne kein anderes Bundesland, das mit ausländischen Studenten und Wissenschaftlern so umgeht. Solche bremischen Alleingänge müssen auf die Betroffenen, die irgendwann in ihre Heimat und dort in der Regel in Spitzenpositionen zurückkehren, angesichts ohnehin nicht gerade ausländerfreundlicher Verhältnisse wie zusätzliche Schikanen wirken.*"

19.Dezember

Hausdurchsuchungen (I)

In Bremen wie in vier anderen Städten finden auf Anordnung der Bundesanwaltschaft (BAW) zwei Hausdurchsuchungen statt. Um 6 Uhr wird die Wohnung eines Mannes und seiner Mitbewohnerin wegen des "*Verdachts auf Unterstützung einer kriminellen Vereinigung*" - gemeint ist die *radikal* - statt: Mitgenommen werden die Computeranlager der Mitbewohnerin sowie zwei Reisetaschen, die bei dem Beschuldigten gefunden wurden. Der Mann wird anschließend auf der Wache erkennungsdienstlich behandelt und vom Staatsschutz verhört. Der Frau werden Fotos vorgehalten und sie wird gefragt, ob sie jemanden erkennen würde. Sie 'erkennt' daraufhin einen Freund des Beschuldigten, dessen Wohnung dann gegen 15 Uhr - wegen "Gefahr im Verzug" - durchsucht wird. In Abwesenheit des Betroffenen werden ein Computer, Disketten, mehrere Zeitschriften und ein Kalender beschlagnahmt. Bei beiden Durchsuchungsaktionen ist ein Staatsanwalt der BAW anwesend (s. "Erneut bundesweite Razzien durch das BKA" in dieser Ausgabe).

Demo gegen Hinrichtungen in Nigeria

Rund 300 Männer und Frauen demonstrieren am Nachmittag unter dem Motto "*Shell-Boykott sofort - Shell-Import ist Mord*" ihre Solidarität mit den Volksbewegungen in Nigeria. Gefordert wird der Stopp 19 weiterer dort geplanter Hinrichtungen und ein Shell-/BP-Boykott bis zum Sturz des Abacha-Regimes. Zu der Demonstration, die vom Hauptbahnhof durch die Innenstadt zieht, hatte u.a. die *Kampagne für Demokratie in Nigeria*, das *Panafrikanische Forum*, die *Gambien Society* und das *Flüchtlingskomitee Embrica Marcel* aufgerufen.

Was bisher geschah

20.Dezember

Borttscheller goes crazy

Innensenator Borttscheller läßt über den Senatspressedienst verbreiten, daß "*Verhalten und Äußerungen leitender Mitarbeiter der Bremer Evangelischen Kirche (BEK)*" daraufhindeuteten, "*daß die Sympathisantenszene der Kommunistischen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) bis in die Leitungsebene der BEK reicht*". Den Anlaß dieser an die Terrorismushysterien der 70er Jahre erinnernden Poltereien boten eine Veranstaltung der BEK mit Vertretern des kurdischen Exilparlaments am 17.November im Haus Kirchliche Dienste sowie Artikel in der *bremer kirchenzeitung* und im *Evangelischen Pressedienst*. Dort sei für die PKK Partei ergriffen oder ihre Aktivität verharmlost worden. BEK-Vertreter Louis-Ferdinand von Zobeltitz weist daraufhin, daß die BEK der Gewaltfreiheit verpflichtet sei und man sich bei der Veranstaltung von "terroristischen Anschlägen" der PKK distanziert habe. Allerdings distanziere man sich ebenso auch von militärischen Angriffen der Türkei auf die kurdische Zivilbevölkerung. Mit der Tagung habe man eine Gesprächsmöglichkeit schaffen wollen und das Haus zur Verfügung gestellt. Für einzelne Äußerungen könne man nicht die Kirche verantwortlich machen. Von Zobeltitz vermutet hinter Borttschellers Hetzkampagne die Kritik am Kirchenasyl, das Gemeinden derzeit armenischen ChristInnen gewähren. Weswegen Borttscheller nicht auch Henning Scherf (SPD), Präsident des Senats, und SPD-Bürgerschaftsabgeordneten Barbara Klöpper und Barbara Wulff, die sich im Rathaus bzw. in der Bürgerschaft ebenfalls mit den drei Mitgliedern des kurdischen Exilparlaments getroffen hatten, in die Sympathisantenszene verortet, bleibt unklar.

Willi Leow

mAGazIN

Bis 14.Februar

Ausstellung "Das welterste Institut für Sexualwissenschaft". Das Institut wurde 1919 von dem Arzt Magnus Hirschfeld in Berlin gegründet und gilt als erster Versuch der Etablierung einer Sexualwissenschaft. 1933 wurde das Institut und mit ihm die Idee einer Sexualreform von den Nationalsozialisten zerschlagen. Die von der Berliner Magnus-Hirschfeld-Gesellschaft produzierte Ausstellung gibt anhand von bisher unveröffentlichten Dokumenten, Fotos und Objekten Einblick in die Arbeit des Instituts [V: SchwulLesbische Studien]. Universitätsbibliothek.

Bis 15.Februar

Ausstellung "Deutsche in der Résistance". Die Résistance kämpfte im von der faschistischen deutschen Wehrmacht besetzten Frankreich gegen den Nationalsozialismus. Die Ausstellung wurde erstellt von der DRAFD (Verband Deutscher in der Résistance, in den Streitkräften der Antihitlerkoalition und der Bewegung "Freies Deutschland" e.V.). Verantwortlich für die Ausstellung ist die Arbeitsstelle "Nationalsozialismus und Zeitgeschichte" an der Carl-von-Ossietzky-Universität. Foyer der Universitätsbibliothek, Oldenburg.

Fr, 16.Februar

Konzert mit "Steakknife" (Kaiserslautern) und "Anger of Bacterias" (Vechta). Freizeitheim Friesenstraße.

Konzert mit "Queerfish" & "Extra Stars", anschließend Party [VeranstalterIn: Antifaschistisches Komitee]. Alhambra, Hermannstr. 83, Oldenburg.

Mo, 19.Februar

Kanal 4 Dokumentation: "Deutsch & frei". Neue Geschichten aus dem Erzgebirge - von Ludwig Grimm. Im Erzgebirge nach der Wende: Es herrscht Aufbruchstimmung. Eine "Miss Angelika" wird gewählt und die DSU - angeführt von einem Maschinenschlosser - erhält die meisten Stimmen bei der Volkskammerwahl. Der Direktor des Volkskundemuseums erzählt von Heimatbergen und die Burschen errichten einen Galgen für die "Wendehälse". Allerorten singt man das alte Lied "Deutsch und frei woll' mer sei..." Im Erzgebirge im Jahr 7 nach der Wende: Keine Miss-Wahlen mehr und kaum noch DSU. Der Maschinenschlosser ist ausgetreten und Dezernatsleiter im Landratsamt. Der Museumsdirektor wurde wegen Stasikontakten entlassen, die Burschen sind erwachsen geworden. Allerorten singt man das alte Lied "Deutsch und frei woll' mer sei..." SAT 1, 24.20 Uhr.

Was lesen in schwezen Zeiten?

Di, 20.Februar

Nach Oklahoma: Faschismus in den USA und die Amerikanisierung der europäischen Nazibewegung [V: Antifaschistisches Komitee; ReferentIn: Jonathan Mozzochi (Coalition for Human Dignity), Portland/Oregon]. Die Veranstaltung ist Teil einer Reise durch rund zwölf Städte und wird von mehreren Antifa-Zeitungen unterstützt. Bürgerhaus Weserterrassen, Osterdeich 70b, 19 Uhr.

Do, 29.Februar

GegenStandpunkt & Diskussion. Die politische Vierteljahreszeitschrift *GegenStandpunkt* lädt ein zur öffentlichen Diskussion ihrer Thesen (Thema: s. Tagespresse). Bürgerhaus Weserterrassen, Osterdeich 70b, 19 Uhr.

kassiber-Treffen mit interessierten LeserInnen. Auf dem Treffen kann und soll über Artikel dieser Ausgabe diskutiert werden. Außerdem besteht natürlich die Möglichkeit, (grundsätzliche) Kritik an der Zeitung bzw. bestimmten Artikeln zu äußern. Freuen würden wir uns auch über Anregungen zur Verbesserung der inhaltlichen und layoutmäßigen Gestaltung des kassibers, genauso wie über Angebote zur Mitarbeit (Artikel schreiben, Photos machen o.ä.). Sielwallhaus, Sielwall 38, 19.30 Uhr

bremer kassIBER stadtzeitung

linksradikal * schwarz/weiß * autonom

bremens einzige internationalistische lokalzeitung

In Bremen alle zwei bis drei Monate u.a. erhältlich im:

Ostertor/Steintor: Buchladen im Ostertor, BBA-Infoladen, Cinema, Eisen, Hagazussa, Infoladen Umschlagplatz, Kafé Lagerhaus, La Baguette, Lemans, off course, Piano, Tupac Amaru, Überschall
Neustadt: Buchladen Neustadt, Falstaff, Naturkrauter, VivoLo-Vin
Findorff: Dicker Engel, "Z"
Walle: El Mundo, Horizont
Universität: Universitätsbuchhandlung, Weltladen

Oder:
Sechs Ausgaben per **Schnupper-Abo frei Haus.** Dazu 35 Mark in Scheinen oder gebräuchlichen Briefmarken (keine Schecks) an: V.z.V.u.N., St.-Pauli-Straße 10/12, 28203 Bremen.

Do, 14.März

Dokumentarfilme g(w)egen Rassismus (Titel: s. Tagespresse). Kairo, Reuterstraße 9-17, 18.30 Uhr

Management - Motor oder Hemmschuh der Rüstungskonversion? [V: Projekt "Konversion in Betrieb und Gesellschaft", Bremische Stiftung für Rüstungskonversion und Friedensforschung, IG Metall, Kooperation Universität Arbeiterkammer, Hans Böckler-Stiftung; R: Eberhard Petri (Sprecher des Arbeitskreises Wirtschaft des Bündnis 90/Die Grünen Bayern)]. Barkhof, Parkallee 39 (Raum 1070), 18 Uhr.

GegenStandpunkt & Diskussion. Die politische Vierteljahreszeitschrift *GegenStandpunkt* lädt ein zur öffentlichen Diskussion ihrer Thesen (Thema: s. Tagespresse). Bürgerhaus Weserterrassen, Osterdeich 70b, 19 Uhr.

Worte als Waffen?

Lesben/Frauen, linke Presse und politische Zensur

Bei der Vorbereitung auf das Thema 'Politische Zensur und FrauenLesben' ist uns aufgefallen, daß es noch keine Veröffentlichungen dazu gibt. Es existieren diverse Texte, Broschüren, Flugis und Bücher über politische Zensur, staatliche Repression, Kriminalisierung - aber nie wird mit frauenspezifischem oder feministischem Blick geguckt.

Einigen AutorInnen fällt das immerhin auf, so heißt es beispielsweise in dem Buch *Aufruhr, Widerstand gegen Repression und 129a* (1991): "*Da unsere Gruppe mehrheitlich aus Frauen besteht, verließ sich jede einzelne gerne auf das Verantwortungsbewußtsein der anderen. Dabei haben wir aus den Augen verloren, daß eine feministische Auseinandersetzung mit Repression andere Gesichtspunkte beleuchtet, als wenn mann zum gleichen Thema schreibt. Und so sehen wir uns mit dem Resultat konfrontiert, patriarchale Qualitätskriterien bei der Auswahl der AutorInnen unhinterfragt übernommen zu haben. Auf diese Weise fehlen im Buch wichtige Darstellungen, Analysen, Einschätzungen, Perspektiven. Hoffentlich kommen sie in nachfolgenden Diskussionen zum tragen.*"

Hier machen wir also eine erste Bestandsaufnahme und den Versuch, die Frage der politischen Zensur auf Frauen zuzuspitzen.

Was ist eigentlich Zensur? Eine Begriffsklärung

Im Grundgesetz steht in Art.5, Abs.1, Satz 3: "*Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt*".

Das klingt erst einmal ganz einfach - ist es aber nicht. Als Zensur im verfassungsrechtlichen Sinne gilt in Deutschland lediglich ein autoritärer Eingriff vom Staat. Dieser staatliche Eingriff vor der Veröffentlichung und Verbreitung eines Geisteswerkes, die sog. Vorzensur ist verboten. Keine Zensur im verfassungsrechtlichen Sinne ist, wenn z.B. ein Verleger JournalistInnen die Veröffentlichung bestimmter Rechercheergebnisse untersagt. Auch die sog. Nachzensur, also Kontroll- und Repressivmaßnahmen nach der Veröffentlichung, ist im verfassungsrechtlichen Sinne keine Zensur. In der Praxis kann dies bedeuten, daß Materialien beschlagnahmt, Redaktionsräume oder Buchläden durchsucht, DruckerInnen, SetzerInnen oder RedakteurInnen verhaftet werden. Druckwerke werden wieder eingestampft oder es müssen Passagen geschwärzt werden. Dabei stützt sich der Staatsschutz in seiner Begründung auf folgende Paragraphen:

- 111 Öffentliche Aufforderung zu Straftaten
- 126 Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung von Straftaten
- 140 Belohnung und Billigung von Straftaten
- 130 Volksverhetzung
- 90a Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole
- 129 Mitgliedschaft, Werbung oder Unterstützung einer kriminellen Vereinigung (zu diesem Paragraphen später mehr)

Aktuelle Beispiele für dieses Vorgehen sind:

- Im Sommer 1995 wurden die *taz*-Räume in Bremen durchsucht, um ein Bekennerinnenschreiben der *Roten Zora* zu finden.
- Am 18.März 1995 und am 29.September 1995 wurde die Redaktion der *jungen Welt* (jW) durchsucht. Die jW hatte eine Erklärung der Gruppe K.O.M.I.T.E.E. abgedruckt. In diesem Zusammenhang wurde auch die Berliner *taz* und Räume von Redakteuren zu Hause durchsucht.

Doch auch über diese direkten staatlichen Eingriffe hinaus findet Zensur statt - strukturelle Zensur. Gemeint sind spezifische Mechanismen bürgerlicher Medienproduktion. Oder einfacher gesagt: Nicht alle Nachrichten haben die gleiche Chance, in die Öffentlichkeit zu kommen. Es geht um die Frage, wer eigentlich entscheidet, welche Nachrichten, wie, in welcher Länge und wann in die Medien, d.h. Radio, Fernsehen, Zeitung, gelangen.

So werden beispielsweise für Rundfunkfrequenzen Gebühren erhoben, die sich Alternativsender nicht leisten können. Wirtschaftliche Überlegungen treten in den Vordergrund, Auflagenzahlen müssen erhöht werden, das Image der Zeitung zu diesem Zwecke dem Markt angepaßt werden. Zu struktureller Zensur gehören auch Demonstrations-, Informations- und Veranstaltungsverbote, wie z.B. am 3.Oktober 1994 in Bremen. Aus Angst vor staatlicher Repression findet häufig Selbstzensur statt, ist die Schere schon im eigenen Kopf.

In diesem Beitrag soll es nun um politische Zensur im engeren Sinne, d.h. um staatliche Eingriffe und Angriffe auf die Meinungsfreiheit gehen.

Auffällig ist der enge Zusammmenhang von politischer Zensur und dem 129. Der 129 verfolgt die Mitgliedschaft, Werbung für oder Unterstützung einer kriminellen Vereinigung. Seit 1976 existiert der 129a, der die Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung beinhaltet. Das besondere an diesen Paragraphen ist, daß sie nicht eine konkrete Tat, sondern die Gesinnung unter Strafe stellen. Und Gesinnung zeigt sich eben vor allem in literarischen Veröffentlichungen. Außerdem beinhaltet der 129 Werbung für eine kriminelle Vereinigung, wobei nicht Werbung von Mitgliedern, sondern Sympathiewerbung gemeint ist. Als Unterstützung oder Werbung wird z.B. verfolgt:

- das Veröffentlichen von Erklärungen und Diskussionsbeiträgen von bewaffneten Gruppen,
- die Verteilung von Hungerstreikerklärungen,
- das Sprühen von Parolen.

Der 129 wird in der Linken auch Zensurparagraph genannt. Er dient vor allem der Einschüchterung. Die meisten Verfahren wegen 129 werden nämlich eingestellt.

Kurzer historischer Abriß oder: Seit wann gibt es Zensur und warum wurde sie erfunden?

Zensur ist laut Lexikon "*die Verhinderung nichtkonformer oder unkontrollierter Meinungsbildung in der Bevölkerung*". Das Wort Zensur kommt aus dem antiken Rom, der Zensor wachte dort über die Einhaltung der Gesetze und Bräuche. Die Zensur von literarischen Erzeugnissen wurde als erstes systematisch von der katholischen Kirche betrieben. Die absolutistischen Staaten nahmen sich die Kirche als Vorbild und richteten Zensurbehörden ein. Zensurverordnungen wurden erlassen. Es bestand offensichtlich immer schon große Angst vor der Macht des geschriebenen Wortes. Die bestehende Ordnung könnte ja publizistisch unterwandert werden. Es ging und geht bei Zensur also um Herrschaftssicherung, Zensur war und ist Mittel 'rebellische Untertanen' zu disziplinieren.

1550 wurde ein deutscher Index der verbotenen Bücher erstellt und das heute noch bestehende Impressum wurde erfunden. Ein Verantwortlicher bzw. eine Verantwortliche sowie der Druckort mußten angegeben werden, was eine Nachzensur ermöglichte. Die 30er und 40er Jahre des 19.Jahrhunderts standen ganz im Zeichen des Aufbegehrens und des Widerstandes gegen die Obrigkeit. Diese reagierte mit Repression. Es kam zu massiven Verfolgungen, Durchsuchungen und Haftstrafen. Bekannte Beispiele für die Kriminalisierung von Schriftstellern sind Georg Büchner und

Heinrich Heine, die radikale Kritik an den bestehenden Verhältnissen übten und schließlich außer Landes flohen.

An dieser Stelle fragen wir uns spätestens, was denn nun mit den Frauen war und ergänzen damit die linke Geschichtsschreibung über politische Zensur. Denn, und das wird eben nie erwähnt, es gab in dieser Zeit vor der 1848 Revolution in Deutschland auch eine Reihe von politischen Zeitschriften, die von Frauen herausgegeben wurden. Ihre Themen waren: Kritik an der Monarchie und den Feldzügen, männliche Bevormundung, das Wesen der Ehe, politische Kommentare und Nachrichten und Informationen über Fraueninitiativen und Frauenvereine. Diese Zeitungen wurden größtenteils beschlagnahmt, verboten. In Sachsen wurde sogar ein eigenes Gesetz erlassen, das Frauen die verantwortliche Redaktion sowie die Herausgabe einer Zeitschrift untersagte.

1850 hatte die Reaktion gesiegt, das bedeutete eine reaktionäre Unterdrükkungspolitik vor allem gegen die Linke und die Arbeiterbewegung. Die politischen Arbeitervereine wurden verboten. Und auch die erste organisierte Bewegung von Frauen in Deutschland wurde mundtot gemacht. 1850 wurde in allen Staaten des Bundes ein Gesetz erlassen, das "*Frauenpersonen*" die Mitgliedschaft in einem politischen Verein und sogar schon den Besuch einer politischen Versammlung verbot. Diese gesetzliche Form politischer Entmündigung, diese prinzipielle Verhinderung politischer Aktivitäten von Frauen, blieb mehr als ein halbes Jahrhundert, in Preußen und Bayern bis 1908, in Kraft. Arbeiterinnenvereine, die es immer wieder im 19.Jahrhundert gab, wurden verfolgt und von der Polizei aufgelöst. Die bürgerlichen Bildungsvereine, die von Frauen gegründet wurden, blieben unbehelligt.

Erst in der Weimarer Republik wurde mit dem Paragraphen 118 die Freiheit der Meinungsäußerung in Wort, Schrift und Bild garantiert. Eingeschränkt wurde dieses Recht aber durch das Republikschutz-Gesetz, einem Vorläufer des heutigen 129. Teil dieses Geseztes war der Ehrenschutzparagraph, der "*Schmähung der Republik, ihrer Symbole, ihrer Politiker und ihrer Rechte*" unter Strafe stellte. Die Republikschutzgesetzgebung wurde nicht ausschließlich gegen Links angewandt, aber 75 Prozent der Urteile wurden gegen die KPD gefällt, linke Zeitschriften beschlagnahmt, die Rote Fahne der KPD neunmal verboten.

1933, nach der Machtübernahme durch die Nazis, wurden die kommunistischen und die sozialdemokratischen Parteien samt ihrer Publikationen verboten. Die Bücherverbrennungen 1933 eröffneten eine neue Periode in der Geschichte der deutschen Zensur. Die Presse wurde vereinheitlicht, gleichgeschaltet und dem Propagandaministerium unterstellt. Redakteure wurden verfolgt und verhaftet. Politische und gewerkschaftliche Vereinigungen wurden zerschlagen, die oppositionelle Intelligenz ermordet oder ins Exil vertrieben. Die gesamte Presse wurde zu einem Propagandainstrument des Faschismus.

Nach dem Faschismus konnten alte Nazi-Propagandisten ihre Tätigkeit als Journalisten wieder aufnehmen. Eine Kontinuität, die in allen Bereichen des öffentlichen Lebens zu finden ist. Reifenberg war beispielsweise der Hauptschriftführer der Frankfurter Zeitung und nach dem Krieg Chefredakteur der FAZ. Die alliierten Siegermächte bestimmten über die Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. Die "Einführung demokratischen Verhaltens" wurde über totale Zensur durchgeführt. Alle Veröffentlichungen mußten den alliierten Behörden vorgelegt werden.

1949 wurde das Grundgesetz festgelegt und darin der bereits erwähnte Artikel 5, der die Pressefreiheit garantieren soll. In den 50er Jahren, in den Zeiten des sog. Kalten Krieges kam es zu massiver Kommunistenverfolgung. Die Kontakte in die DDR wurden kriminalisiert und das kommunistische Pressewesen zerschlagen. 1956 wurde die KPD verboten.

In den 60er Jahren entwickelte sich eine immer breiter werdende Gegenöffentlichkeit. Neue Zeitungen entstanden, vergessene und unterschlagene antifaschistische Texte wurden neu aufgelegt. Frauen wurden laut, die sog. neue Frauenbewegung entstand. Diese Gegenöffentlichkeit ist bis zum heutigen Tag mit Zensur als staatlichem Instrument der Herrschaftssicherung konfrontiert. Die Angst vor der 'Bedrohung der inneren Sicherheit' durch 'staatsfeindliche Gedanken' und innenpolitische GegnerInnen hat Tradition. Auch heute noch gibt es Zeitschriften- und Bücherverbote, Anklagen gegen VerlegerInnen und AutorInnen, Verfolgung von BuchhändlerInnen und Druckereien in dieser sich demokratisch deklarierenden BRD.

Politische Zensur gegen Fraueninhalte, -aktionen, -publikationen, -kollektive

Es gibt also, obwohl Zensur offiziell nicht stattfindet, umfangreiche Verfolgungsmaßnahmen. Plakate, Zeitschriften und Bücher sowie deren AutorInnen, RedakteurInnen, DruckerInnen, HerstellerInnen, VerteilerInnen, BuchhändlerInnen - aber auch LeserInnen, Kommunikationszentren, Knastgruppen - sind betroffen.

Wir möchten jetzt einige Beispiele anführen, von denen Frauen oder Fraueninhalte betroffen waren.

- 1974 wurde das Buch *Mädchen, Sexualaufklärung - Emanzipatorisch* (Raith-Verlag) von Antje Kunstmann durch die Münchener Staatsanwaltschaft eingezogen. Begründet wurde diese Maßnahme mit Vergehen nach 184 StGB ("Verbreitung pornographischer Schriften") und 6 Gesetz über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften. Ein weiteres Beispiel in diesem Zusammenhang ist das Buch *A women's touch,* das Texte und Fotos zu lesbischer Erotik enthält und im Wiener Frauenbuchladen aufgrund des Pornographiegesetzes beschlagnahmt wurde. Die Begründung lautete, das Werk sei obszön, da es "*intensives lesbisches Unzuchttreiben*" darstelle. Hier also ist es der Pornographieparagraph, mit dessen Hilfe politische Zensur gegen Frauen ausgeübt wird, die sich mit Sexualität beschäftigen.
- 1975: Zehn Tage nach Ablehnung der Fristenlösung des 218 durch das

Bundsverfassungsgericht verübten *Frauen der Revolutionären Zellen* in Karlsruhe einen Anschlag auf das Gericht. Ein Darmstädter Amtsrichter erstattete Anzeige gegen die Zeitschrift *Informationsdienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten* mit der Begründung, der Ton der Zeitschrift werde immer frecher. Gegenstand der Anzeige war die Dokumentation der Erklärung der *Frauen der Revolutionären Zellen* zum Anschlag auf das Bundesverfassungsgericht.

- 1980: Am 19.Februar begann gegen drei Frauen des Verlags *Frauenpolitik* in Münster ein Prozeß nach 90a (Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole). In der Zeitschrift *Protokolle* hatten sie eine Erklärung der Druckerei *Fantasia* zu einer Hausdurchsuchung und Verhaftung von zwei DruckerInnen dokumentiert.

- 1982 wurde eine Frau während einer Hausdurchsuchung gezwungen, sich nackt auszuziehen. Es ging um die Veröffentlichung von Solidaritätserklärungen von einer Veranstaltung zum Hungerstreik. Ein Beispiel dafür, daß staatliche Repression auch sexistisch geprägt ist.

- 1985 wurden vor dem Amtsgericht Stuttgart zwei Verfahren gegen die Zeitschrift *s'Blättle* verhandelt. In der Juni-Ausgabe 1984 war ein Artikel der *Roten Zora* über den Siemens-Konzern, die Arbeitsbedingungen in dessen verschiedenen Niederlassungen und eine detaillierte Zusammenstellung von Siemens-Beteiligungen an der Rüstungsproduktion abgedruckt. Das Verfahren endete mit Freispruch, da dem presserechtlich Veranwortlichen eine gezielte Werbung im Sinne des 129a nicht nachgewiesen werden konnte.

- 1987: Im Februar wurden in Hamburg die Räume der Lokalredaktion der *taz* und die Wohnung eines freien Mitarbeiters vom BKA durchsucht. Unter dem Vorwurf des Verdachts nach 129a wurde nach einer Dokumentation der *Roten Zora*, einer Erklärung zu einem Anschlag auf das Humangenetische Institut der Uni Münster, bei dem auch Materialien gestohlen wurden, gefahndet.

- Im Juni 1987 durchsuchte die Staatsschutzabteilung Fd7 den Hamburger *Frauenbuchladen* und die Wohnung einer Frau, die mit dem Buchladen in Verbindung stand. Hintergrund dieser Durchsuchung war, daß dort eine Veranstaltung zu Frauen im Knast stattfand, daß eine Frau sich mit politischen Gefangenen schrieb und daß einige Tage vorher zum Tode von Ulrike Meinhof Bücher im Fenster ausgestellt wurden.

- 1988: Der *BBA-Laden* in Bremen wurde im Auftrag des Oberlandesgerichtes (OLG) Hamburg durchsucht. Gesucht wurden die unbekannten Verfasser und Hersteller der *Info-Zeitung für den organisierten Durchbruch*. Dort war ein Bekennerinnenschreiben der *Roten Zora* zu den Brandanschlägen auf die Bekleidungsfirma Adler abgedruckt.

- 29.11.88: In Hamburg wurden gleichzeitig der Frauenbuchladen *AIZAN*, der Buchladen *Café und Buch* und eine Privatwohnung durchsucht. Ziel der Ermittlungen ist die Zeitschrift *e-coli.bri* Nr.4, die nach Ansicht der Ermittlungsrichter für die *RZ* und die *Rote Zora* warb. Acht Ermittlungsverfahren nach 129a wurden eingeleitet. Nachdem sie dort nicht fündig wurden, passierte lange Zeit nichts, bis dann im Februar 1989 das OLG Hamburg die Beschlagnahmeverfügung wieder aufhob und die Verfahren einstellte.

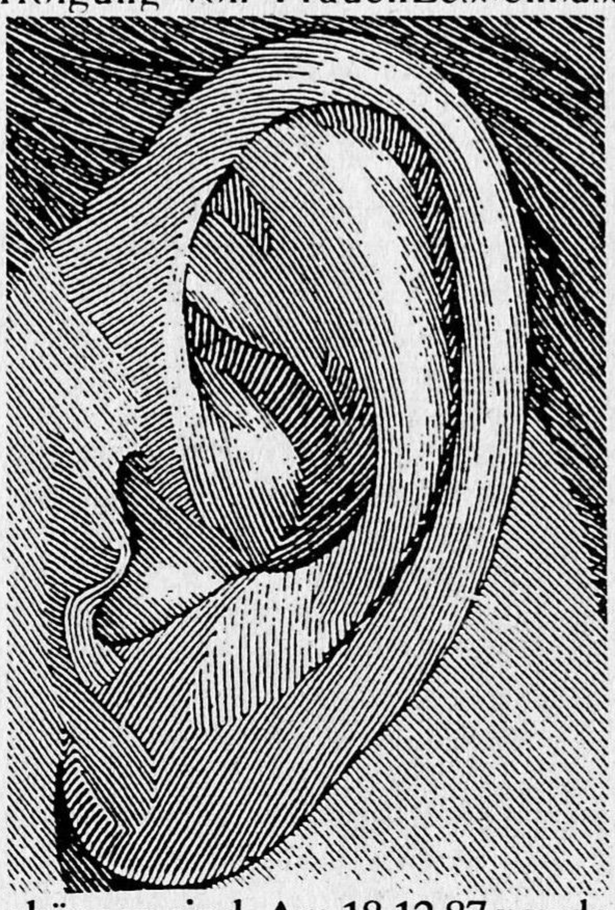
- 1994: Im Sommer wurde Ulrike Meinhofs Film *Bambule* über Mädchen im Fürsorgeheim im Fernsehen ausgestrahlt. Der Film lag 24 Jahre im Giftschrank des Südwestfunks und wurde bis dahin nie gesendet. Die Verantwortlichen der Sendeanstalt hatten ihn 1970, nach der Befreiung von Andreas Baader durch Ulrike Meinhof, aus dem Programm genommen. Ein Beispiel für Selbstzensur, in diesem Falle durch den Sendeleiter.

- 1995: Im Juli läßt der Bundesgesundheitsminister auf Druck konservativer Kreise die Aufklärungsbroschüre *Starke Mädchen* einstampfen. Begründet wurde dieses Vorgehen damit, daß erstens in den Passagen über Schwangerschaftsabbruch nicht ausreichend der *"Verpflichtung des Staates zum Schutze des ungeborenen Lebens"* nachgekommen worden sei, d.h. Abtreibung nicht verurteilt wurde.

Zweitens seien Lesben zu positiv dargestellt worden. Es waren allerdings schon einige Exemplare der Broschüre im Umlauf, die dann, beispielsweise durch die *Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau* (ZGF) in Bremen, weiter verteilt wurden.

Ulla und Ingrid

Es fehlen in dieser Aufstellung die Ereignisse um Ulla Penselin und Ingrid Strobl. Auf die möchten wir jetzt etwas ausführlicher eingehen, da sie ein Beispiel für die Verfolgung von FrauenLesbenzusammenhängen sind. Am 18.12.87 wurde von der Bundesanwaltschaft (BAW) und dem Bundeskriminalamt eine bundesweite Durchsuchungsaktion durchgeführt: Mit der Begründung eines Verdachts auf Unterstützung oder Mitgliedschaft in der terroristischen Vereinigung *Rote Zora* bzw. *Revolutionäre Zellen* wurden 33 Privatwohnungen, Arbeitsstätten und das Essener *Genarchiv* durchsucht, 12 Personen vorübergehend festgenommen und erkennungsdienstlich behandelt, zwei Frauen - Ulla Penselin und Ingrid Strobl - verhaftet.



Ulla Penselin, die lange im Rahmen der *Frauen gegen Bevölkerungspolitik* aktiv war und an der Zeitung *e-coli.bri* mitarbeitete, wurde vorgeworfen, an zwei konspirativen Treffen teilgenommen zu haben und daher Mitglied der *Roten Zora* zu sein - eine konkrete Tat wurde ihr nicht angelastet. Ingrid Strobl, einer engagierte Feministin, die bis 1986 bei der *Emma* mitarbeitete und Themen wie z.B. Sextourismus, Flüchtlingspolitik und Faschismus behandelte, wurde vorgeworfen, einen Wecker gekauft zu haben, der zum Anschlag auf die Lufthansa-Verwaltung (Oktober 1986) benutzt wurde. Die Anklage lautete, sie habe über Themen berichtet, zu denen militante Aktionen verübt worden seien; diese Themen seien daher *"anschlagsrelevant"*. Eine massiver Angriff auf die Möglichkeiten eines freien Journalismus!

Dieser Staatsangriff richtete sich hauptsächlich gegen Frauen und Frauengruppen, die sich öffentlich kritisch mit Gen- und Reproduktionstechnologien, Bevölkerungspolitik, Frauenhandel, Sextourismus oder mit Flüchtlingspolitik und Asylgesetzgebung beschäftigten. Inhaltlich richtete sich der Widerstand der Frauen u.a. gegen Genmanipulation, vorgeburtliche Diagnostik, gegen die Gefahren der Embryoverwertung und Menschenzüchtung. Die gesellschaftliche Akzeptanz der Gen- und Reproduktionstechnologien sollte erschwert werden. Das *Genarchiv* beispielsweise hat eine klar ablehnende Position und sieht keine positiv nutzbaren Anwendungsbereiche von Gen- und Reproduktionstechnologien.

Der Widerstand war breit:

- aus unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bereichen, vorwiegend von Frauengruppen, trafen Solidaritätserklärungen ein,
- es gab eine große Frauendemonstration in Essen,
- UnterstützerInnenkonten wurden eingerichtet,
- es gab eine Reihe von Veranstaltungen in verschiedenen Städten,
- es entstand starkes Interesse an den kriminalisierten Inhalten, v.a. an der Gen- und Reproduktionstechnologie,
- die als "anschlagsrelevant" bezeichneten Inhalte wurden erst recht veröffentlicht und verbreitet,
- es wurde um Lehraufträge für Ingrid Strobl gekämpft. In Bremen z.B. seit Anfang 1989, im Wintersemester 90/91 erhielt sie ihn dann.

Gen- und Reproduktionstechnologien sind erst durch Ulla und Ingrid ins Bewußtsein gemischter linker Gruppen

gelangt. Der Vollständigkeit halber: Am 22.8.88 wurde der Haftbefehl gegen Ulla Penselin aufgehoben. Es hätte sich ergeben, daß die einzelnen Indizien, die belegen sollten, daß Ulla Penselin Mitglied in der *Roten Zora* war, "*auch eine andere Deutung zulassen*". Am 22.10.90, nach drei Jahren U-Haft, wurde Ingrid Strobl wegen Beihilfe zu Sprengstoffexplosionen zu drei Jahren Haft verurteilt. Der Terrorismus-Vorwurf wurde also fallen gelassen, was Edith Lunnebach, ihre Verteidigerin, auf die breite Kritik der Öffentlichkeit zurückführte.

Fazit und Fragen

- 1. Es gab immer schon politische Verfolgung von Frauenveröffentlichungen. Eine genaue Geschichte davon wäre allerdings noch zu schreiben.
- 2. Wenn FrauenLesben über Sexualität oder über Lesben veröffentlichen, also 'klassische' Themen der Frauenbewegung, werden sie mit Hilfe des Pornographieparagraphen zensiert.

3. Die staatlichen Übergriffe sind für Frauen anders, da sie immer mit Sexismus verbunden sein können.

4. Frage: Wird fundamentale feministische Staatskritik nicht so ernst genommen wie radikal-linke, autonome, fundamentale Staatskritik? Warum ist nie ein Beitrag aus den *Feministischen Beiträgen zu Theorie und Praxis,* die beispielsweise in dem Band *Vater Staat* ziemlich grundsätzlich den Staat anprangern, verfolgt worden? Ist es tatsächlich allein die Frage der Militanz, die die Staatsschützer eingreifen läßt - oder wird Männern Militanz eher zugetraut als Frauen?

5. Frage: Sind Frauen weniger militant als Männer oder wird ihre Militanz eher verharmlost oder gar nicht erst publik?

Zensur in der Linken? Feministische Inhalte in der radikal

Die Zeitschrift *radikal* hat eine 20jährige Geschichte. Zuerst war sie stark auf Berlin, ihrem Erscheinungsort, und die dortige HausbesetzerInnenszene bezogen. Mit zunehmender Kriminalisierung (Durchsuchungen, Verhaftungen, Beschlagnahmung und Überwachung) wurde das Erscheinen erschwert, bis 1984 das Redaktionskollektiv das Erscheinen ganz einstellte. Im Herbst 1984 erschien die *radikal* zum ersten Mal aus dem Untergrund, mit dem Konzept, weiterhin revolutionäre Inhalte, also auch Anschlagserklärungen, zu veröffentlichen. Die Repressionen gingen weiter, nun auf VerteilerInnen und Buchläden konzentriert. Gegen 153 Ausgaben liefen bis heute insgesamt 150 Ermittlungsverfahren.

Am 13.6.95 wurden ein neuer Kriminalisierungsversuch durch die BAW gestartet. Im Zuge von über 50 bundesweiten Hausdurchsuchungen (die auch das K.O.M.I.T.E.E.mmitee und die AIZ betrafen), wurden vier Männer verhaftet, drei Männer und eine Frau werden gesucht. Ihnen wird vorgeworfen, an der Herstellung der radikal beteiligt gewesen zu sein. Doch nicht nur das. Die BAW konstruiert für die Beschuldigungen die *radikal* und die Redaktion als kriminelle Vereinigung, ein Novum im Pressewesen der BRD.

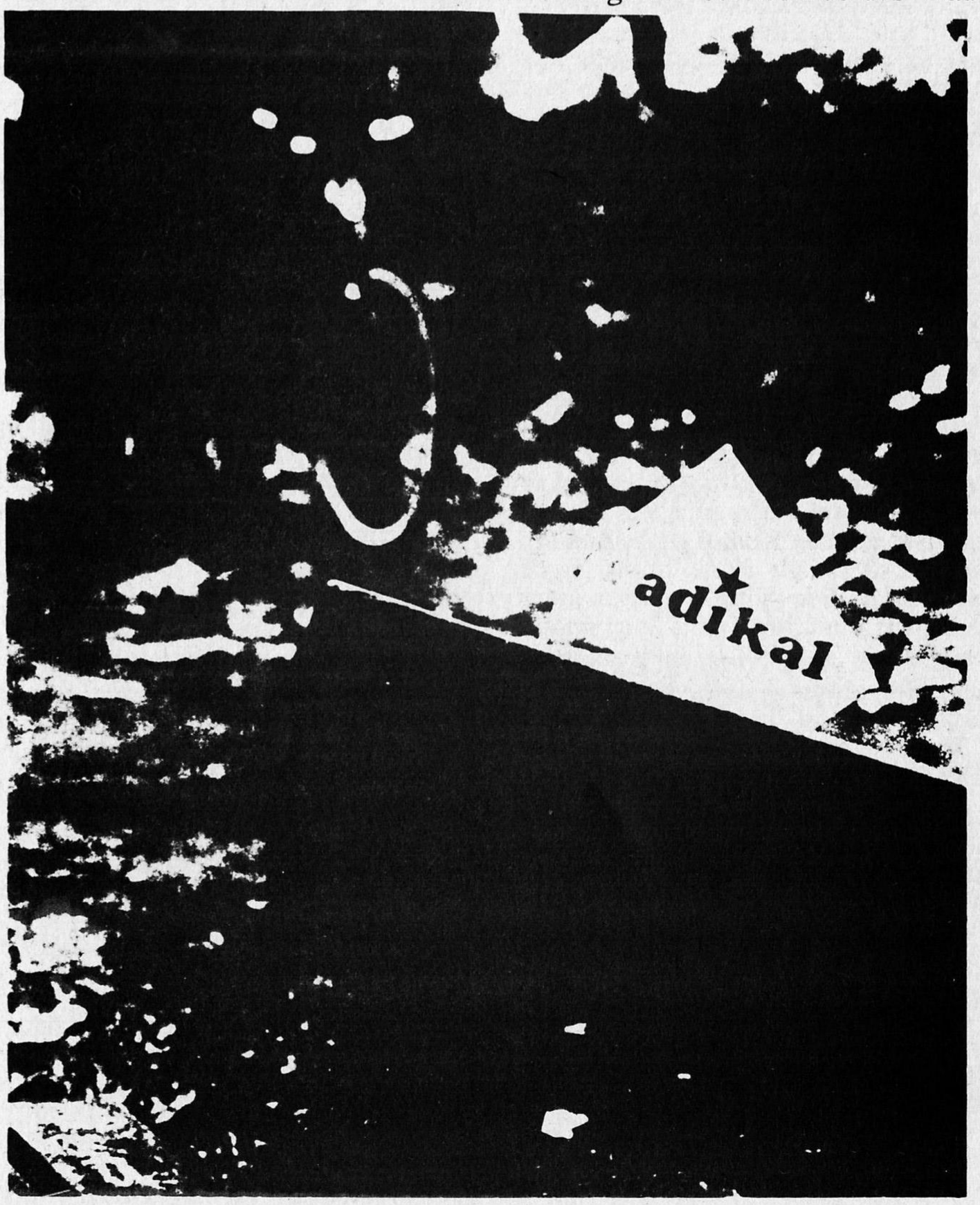
Uns hat an dieser Stelle nicht die staatliche Repression, sondern der Umgang der *radikal*-Redaktion mit Frauen-, Lesben- und feministischen Inhalten in der Zeitung interessiert, da die *radikal* vertritt, Beiträge aus der radikalen Linken unzensiert zu veröffentlichen. Für die Auswertung einiger Ausgaben (untersuchte Hefte: 120, 132, 137, 138, 140, 142, 144, 145, 146, 147, 148, 150, 152, 153) der *radikal* haben wir folgende Fragen gestellt:

- Gibt es darin frauenspezifische und/oder feministische Artikel und wie ist ihr Anteil an der Zeitung?
- Werden Frauenaspekte in 'gemischten Themen' beachtet?
- Seit wann gab es eine Frauenredaktion ('einige Frauen aus der radikal'), weswegen ging die Gruppe raus?
- Wie ist die Kritik der Frauen aus der radikal an den Genossen, gibt es Kritik aus der Szene an Mackerverhalten?

Die Frage, ob Lesben vorkommen, ist schnell beantwortet: Die Bezeichnung taucht ab Ende der 80er Jahre einige wenige Male auf, inhaltlich ist von Lesben nicht die Rede.

Eine Sprachanalyse (Mackersprache) und Bildanalyse (Mackerbilder) haben wir ausfallen lassen, nur erwähnen wollen wir, daß solch eine Analyse einige grobe und subtile Sexismen entlarven würde.

Anfang der 80er Jahre gab es wenig frauenspezifische Inhalte in der Zeitung, wie die Ausgabe Nr. 120 vom September 1983 beispielhaft zeigt. Dieses Heft zeigt zwar (bewaffnete) Frauen auf dem Titelbild, der Anteil an Frauenthemen ist trotzdem gering. Es gibt einen Artikel zu Vergewaltigung (das ist einer von acht Inhaltsartikeln) und das Bekennerinnenschreiben der *Roten Zora* zu ihrem Anschlag auf den Flughafen-Service-Bus des Frauen-



händlers Günter Menger. In den Kurzmeldungen aus verschiedenen Städten gibt es einen Aufruf von Hunsrück-Frauen, ein Schreiben nach einem Stinkbombenanschlag auf zwei Sexshops in Bremen und ein Solibrief von Hunsrück-Frauen an Knastfrauen. Die große Mehrheit der Meldungen hat jedoch nichts mit Frauen zu tun.

Nr. 138 (zwei Hefte) von 1989 hat den Schwerpunkt Hungerstreik. In dem 1. Heft, dem Heft zum Hungerstreik, ist fast nichts zu lesen über Frauen in Knästen und Frauen im Hungerstreik. Es wurde sich große Mühe gegeben, die abgehaltenen Hungerstreiks in den ganzen Knästen der BRD aufzulisten. Aus der Liste geht hervor, daß gerade im Frauenknast Plötzensee in Berlin sehr ausdauernd gestreikt wurde und sich viele sog. soziale gefangene Frauen mit den politischen solidarisierten und am Hungerstreik teilnahmen, so daß zeitweise 40 bis 50 Frauen hungerstreikten. Die Haftverbesserungen, die sie erzielten, sind beachtlich (weniger Briefzensur, längere Umschlußzeiten etc.) und versickern unkommentiert im Heft.

Das zweite Heft der Ausgabe Nr. 138 ist eine Überraschung. Ein Text zum 1. Mai in Kreuzberg ist mit einem kritischen Kommentar zu Frauen während des ersten Mais *("spontane Massenmilitanz an einem 1.Mai [ist] notgedrungen erstmal männerdominiert")* und einem Geschichtsteil über die Arbeiterinnenbewegung versehen. Folgendes Zitat aus dem zweiten frauenspezifischen Artikel dieses Hefts (Titel 'This is not a love song') könnte der Auftakt gewesen sein zur Gründung einer Frauengruppe in der *radikal: "... würde dann wohl eher die These stimmen, daß die meisten autonomen Männer nach wie vor ihr eigenes Tun und Handeln nicht reflektieren, da sie kein grundsätzliches Interesse an antipatriarchalen Inhalten haben."* (S.15) Später sagen die Autorinnen, daß die Beschäftigung mit Sexismus in der radikalen Linken 'unterentwickelt' und 'unhinterfragt' sei: *"dies ändert sich nicht durch linksradikale Inhalte, die flott den antipatriarchalen Aspekt mit reinquetschen."* Ihre Kritik am Militanzbegriff autonomer Männer formulieren sie folgendermaßen: *"Gemischte Norm meint auch das Mystifizieren vom direkten Kampf gegen Bullen - am besten Brust an Brust, Mann gegen Mann."* (S.12). Die Autorinnen schildern konkret, wie ein 1.Mai für Frauen aussehen könnte. Außerdem liest frau in diesem Heft auffällig viele Meldungen zu Sexismus, der Verbindung von Sexismus und Rassismus und einiges zu Ingrid Strobl.

Im Heft Nr.140 vom Juni 1990 beginnt die Arbeit der Frauenredaktion, die sich *"einige Frauen aus der radikal"* nennt. Sie richten ihre Erklärung zu ihrem Politikverständnis *"an die Genossinnen"* mit der die Bitte - ohne daß sie sie zur Mitarbeit in einem gemischten Projekt auffordern wollten - um feed back, Ideen und Phantasien. Sie erklären, daß sie *"Frauenkämpferinnen"* mit *"Klassenhaß"* seien und *"einige Männer"* liebten. In dem Artikel werden Lesben erwähnt, doch die Verfasserinnen beklagen sich, daß es in gemischten Strukturen so wenig heterosexuelle Frauen gäbe, die eigene Frauenstrukturen erkämpften. Ihre Analyse gemischter Zusammenhänge sieht so aus: *"Wir kennen genügend Männer, die vollmundig Lippenbekenntnisse machen, aber in der Praxis ein erbärmliches Licht abgeben."* In Bezug auf ihre geplante Mitarbeit in der *radikal* denken sie, *"daß Frauenkampf auch mächtig an politischer Bedeutung gewinnt, wenn er (sie?) sich mehr in die allgemeinen politischen Debatten einklinkt"*. Sie finden, daß die *radikal* hervorragenden Platz biete, sich einzumischen. Sie wollen keine eigene Frauenseite, sondern eigenständige Artikel. In allen übrigen Artikeln soll sich der antisexistische und antipatriarchale Ansatz durchziehen. Langfristig fänden sie eine 'Frauenradi' gut.

Hier einige Beispiel, was die Frauenredaktion in den nächsten zwei Jahren lieferte: feministische Positionen zur Antifa, feministische Positionen zur RZ, Texte zu sexistischer Gewalt und Sexismus in der Szene, Artikel zu Gegengewalt von Frauen, eine Serie zu Sexarbeiterinnen in der BRD, Diskussionen zu Nationalismus und Frauen.

Ab dem Heft Nr.148 (November 1993) ist es mit dem Traum vorbei: *"Um es kurz zu machen: Wir verkünden unseren Ausstieg aus dem Projekt radikal! ... Wir sehen in dem Projekt für uns keine weitere Arbeitsgrundlage mehr, möchten das aber hier nicht weiter ausführen."* Hierauf folgt ein Hinweis auf das Intro in der Nummer 146, das aber leider nichts zu feministischer Kritik an der *radikal* oder Genossen enthält. Will die sich zurückziehende Frauenredaktion ihre Diskussionspunkte nicht öffentlich machen? Sie erklären dazu, daß einige frauenspezifische Diskussionen nicht für gemischte Zusammenhänge bestimmt seien. Deswegen hätten sie z.B. einen inhaltlichen Beitrag nur zum Teil in der *radikal,* vollständig aber in der autonomen LesbenFrauenzeitschrift *Amazora* abdrucken lassen. Die ex-Frauenredaktion findet ein Einmischen in gemischte linksradikale Gruppen immer noch wichtig, plädiert aber bei der Organisationsfrage für eine eigenstädige Frauenorganisierung. Sie kündigen für die *radikal* weitere Beiträge unter dem Namen Skoda (= Schade) an. Ausfindig gemacht haben wir diese Texte in den nachfolgenden Ausgaben nicht.

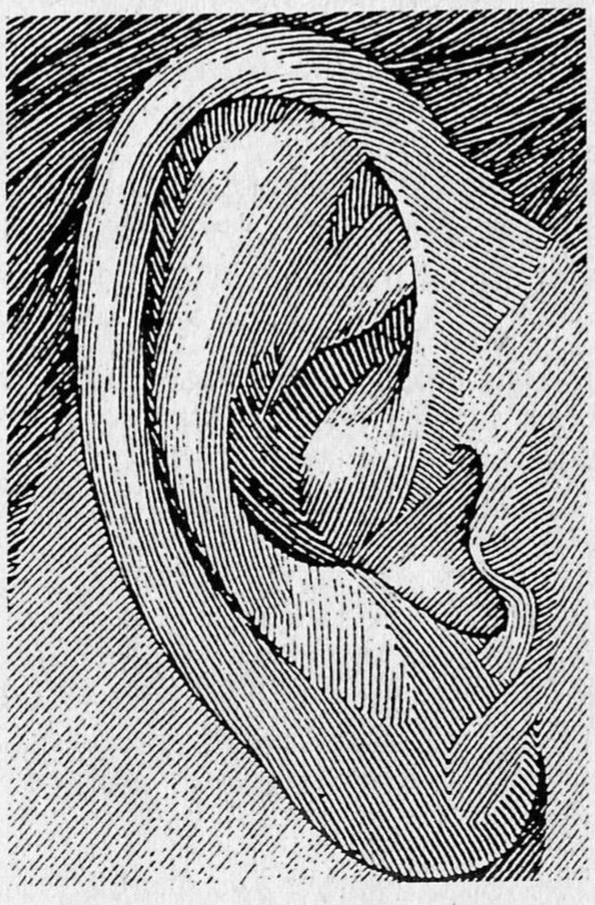
Wie geht es mit Fraueninhalten in der *radikal* weiter? Es erscheinen immer wieder frauenspezifische Artikel. So ist in Heft Nr.150 vom Juli 1994 eine Rede der Gruppe *Gretchens Faust* aus Aachen zum internationalen Frauentag abgedruckt. Darin werden deutsche Frauen kritisiert, die den 8.März als deutschen Frauenkampftag feiern, während sich Migrantinnen am 8.März 1994 nicht oder kaum beteiligen, da sie in Sammellagern sitzen oder abgeschoben werden. Zum 8.März in der BRD und weltweit gibt es etliche Aktionsberichte. Ein anderer Artikel beschreibt die Aktion autonomer Lesben und Frauen gegen *Emma* in Köln. In der März/Juni-Ausgabe der *Emma* hatte Cornelia Flitner Partei für Peter Singer, einen Befürworter der Euthanasie, ergriffen. In dem *radikal*-Artikel wird zum Boykott der *Emma* aufgerufen. Es folgt ein Inhaltsartikel zu Euthanasie, danach einer zu Bevölkerungspolitik (Abdruck aus *Die Beute).*

Dieser Frauenschwerpunkt im Heft 150 umfaßt die Seiten 5-15, das sind 10 von 80 Seiten. Inhalte der anderen Artikel dieses Heftes sind: Roma-Situation, Auseinandersetzung um die Kaindl-Aktion, Kurdistan, Illegalität. In dem Artikel zu illegal Leben/Abtauchen steht z.B., daß der beste Schutz vor Auslieferung vom Ausland an die BRD eine Heirat und dann noch ein Kind wären. Schöne Vorschläge für Frauen, insbesonder für Lesben! Lesben- und Frauenfrage kommen nicht vor, nur im Theorieteil 'Gegen das Vergessen' (GdV) sind sie behandelt. Seit Jahren umfaßt diese Rubrik viele Seiten der *radikal.* Das Thema der zehnten GdV-Folge im Heft 150 ist die Zeit der Aufklärung und Geschlechterpolarisation.

In der *radikal* Nr.152 von April 1995, outet sich die Schreibergruppe des 11.GdV als rein männlich, aber stark patriarchatskritisch. Insofern fällt die Abhandlung über Pädagogik und Sexualität sehr geschlechtsspezifisch und -kritisch aus. Auch in diesem Heft sind die ersten Seiten Frauenseiten. So wird von einer Straßenumbenennungsaktion von Frauen/Lesben zum 8.März 1995 berichtet, außerdem ist ein Bekennerinnenschreiben einer Gruppe namens *Kabelbeißerinnen* abgedruckt, die einen Anschlag auf Privatfernsehsender verübt hatten und die Frauenfeindlichkeit und Vermarktung der Sexualität durch Kabelsender analysieren und verurteilen.

An dieser Stelle wollen wir uns der neuesten *radikal,* der Nr.153 vom November 1995, die in zwei Hefte unterteilt ist, zuwenden, da sie den aktuellen *radikal*-Frauenstandpunkt wiedergibt.

Im ersten Heft findet sich ein frauenspezifischer Text (von sieben Texten), das ist das Bekennerinnenschreiben der *Roten Zora* zu ihrem Anschlag auf die Lürssen-Werft in Bremen. Die *Rote Zora* beschreibt die Situation und die Kämpfe von Frauen in Kurdistan. Dieser Text ist der letzte des Hefts, unkommentiert und sehr klein gedruckt. In den 'gemischten' inhaltlichen Artikeln (einer über die verfolgten Gruppen des 13.6.95, einer über den Balkankrieg und einer über Kurdistan) sind Lesben- oder Frauenaspekte



nicht eingearbeitet, genausowenig im Vorspann, in dem es um den 13.6. und seine Folgen geht. Die *radikal*-Redaktion merkt an, daß der 13.6. ein "*Angriff gegen die linksradikale und feministische Szene*" war, allein die Ausführungen zu "*feministisch*" fehlen. Nur in dem Artikel zu 'Osteuropa und MigrantInnen' werden Frauen erwähnt, d.h. die Zunahme von Gewalt gegen Frauen und die besonderen Bedingungen von Migrantinnen.

Im zweiten Heft dieser *radikal,* dem Infoteil namens OLGA, kommen Frauen so gut wie gar nicht mehr vor. Wir wollen jetzt genau beschreiben, wo die Lücken für uns sind:

1. Beispiel: In einem Text über vier Selbstmorde in der Antifa-Szene in Passau wird die 15jährige Martina, die vierte, die sich zwischen April und Juni 1995 in Passau umbrachte, erwähnt. Zu ihr stand nichts weiter, als daß sie in der Punk- und Antifa-Szene gewesen sei, liiert war mit einem Antifa-Aktivisten (der sich vor ihr umgebracht hatte), und daß der Passauer Polizeisprecher ihren Tod als Verkehrsunfall bezeichnet. Zu den drei Typen steht, was sie politisch gemacht haben, daß sie Verfahren am Hals hatten, und wie sie ihre letzten Tage verbracht hatten. Obwohl eine Antifa/Fantifa-(feministische Antifa)-Erklärung abgedruckt war, stand auch da nichts über Martina. Sind Mädchen/Frauen nicht so wichtig?

2. Beispiel: In dem Artikel zu Repression gegen Antifas aus Weimar wegen mehrerer Brandanschläge auf die Union-Druckerei, Kioske und einen Pressegrossisten, die die faschistische Zeitung *Junge Freiheit* drucken oder vertreiben, wird benannt, daß u.a. revolutionäre Frauen/Lesbengruppen an den Brandanschlägen beteiligt gewesen seien. Im Zuge der Ermittlungen der BAW nach 129a wurde anfangs in Weimar im "*Intimleben*" von offen lesbisch lebenden Frauen "*herumgeschnüffelt*" (O-Ton *radikal).* Zu diesem lesbenfeindlichen Vorgehen der BAW, dessen Erwähnung allein schon eine ziemlich bedrohliche Situation für Lesben andeutet, gab es in dem Artikel weiter keine Ausführungen. Dafür Einzelheiten zu Verhören und eine Einschätzung, in der von Frauen/Lesben kein Wort zu lesen war.

3. Beispiel: In dem Bericht über den *Autonomie-Kongreß* im Frühjahr 1995 in Berlin wird die Kritik autonomer Lesben/Frauen im Vorfeld erwähnt: Der Kongreß sei ein autonomer Männerkongreß ohne feministische Themen, wie z B. die Kampagne gegen Sexismus in der Linken, Öffentlichmachung von Vergewaltigern und Kindesmißhandlern, feministische Perspektiven von Befreiung oder anderes. Die oder der BerichterstatterIn erwähnt die Patriarchats-AG, in der sich über Erfahrungen in Männergruppen ausgetauscht wurde. Insgesamt fiel der Bericht nicht sehr differenziert aus, z.B. wurde ein "*obligatorisches Redeverhalten von Männern*" ohne Erläuterungen erwähnt. Im Resumee fragt sich der Autor bzw. die Autorin nicht, ob der Pessimismus der Feministinnen berechtigt gewesen war. Er oder sie fragt sich lediglich, ob sich die autonome Bewegung immer mehr aufspalte.

4. Beispiel: Im Artikel zu Exil/Untergrund wird das Für und Wider von Exil und 'freiwilligem' Knast (sich stellen oder nicht) analysiert. In diesem Text genauso wie in dem Interview mit zwei Untergetauchten kommt nicht ein einziges Mal ein frauen- oder lesbenspezifischer Aspekt vor.

Unsere Schlußfolgerung ist kurz formulierbar: In den zwei bis drei Jahren der Frauenredaktion nahm der Anteil der Frauen-Artikel in der *radikal* stark zu. Frauenaspekte fanden in den restlichen Artikeln, außer dem GdV, keinen oder kaum Eingang. Das Verhältnis von Frauenartikeln zu 'gemischten' war nach dem Rausgang der Frauenredaktion fast wie in alten Zeiten, ca. 1:8. Sehr schade fanden wir, daß die Frauenredaktion ihre Kritik an den Genossen nicht offen gemacht hat.

Eine Anmerkung zu unserem letzten Teil, der Analyse des letzten Heftes: Es könnte das Argument geben, die *radikal* würde eben Texte veröffentlichen, die ihr zugeschickt werden, und demzufolge auch Texte, die Frauenfragen auslassen. Dem müßte, unserer Meinung nach, durch gezieltes Nachfragen und Nachrecherchieren begegnet werden. Auch könnte nach Zusatztexten zu bestimmten Themen und Artikeln, die einen Frauenaspekt vermissen lassen, gesucht werden, um sie als Ergänzung mitzuveröffentlichen. Eine Gruppe, die eine Zeitungsausgabe vorbereitet und macht, auch eine illegale, bestimmt Themen oder Schwerpunkte und kann Texte mit eigenen Kommentaren und Einschätzungen versehen, eine Praxis die in der *radikal* bei anderen Themen durchaus üblich ist.

Die *radikal* ist Spiegel der radikal-linken Bewegugn. Wie in andere Gruppen haben Feministinnen versucht, ihre Inhalte darin einzubringen und sind gescheitert. Nicht umsonst wurde eine eigenen radikale feministisch lesbische Zeitschrift, die *Amazora,* gegründet.

Um am Ende dieser Suche nach feministischen Inhalten in der *radikal* konstruktiv zu sein, wollen wir hier nur einige lesben- und frauenspezifischen Fragen zum Thema Illegalität, Exil und Knast aufzählen, die gerade heute gut in der *radikal* behandelt werden könnten:

- Was passiert mit Kindern (sie können eventuell ins Exil mitgenommen werden, in den Knast nicht)?
- Wie sieht Sexismus im Knast aus?
- Wie geht es geouteten Lesben im Knast?
- Was gibt es für Ungerechtigkeiten im Besuchsrecht (die verlobte Lesbe?)?
- Lesben und das Zeugnisverweigerungsrecht (die lesbische verlobte Zeugin?)
- Wie ist die Situation einer untergetauchten Frau im Vergleich zu einem Mann (z.B. mögliche stärkere Konfrontation mit Sexismus in einem fremden Land, größere Abhängigkeit von Männern/männlichen Helfern im allgemeinen [finanziell] und potentiellen Ehemännern im besonderen, mit der Gefahr, sexuell bedroht oder ausgebeutet zu werden, größere Schwierigkeiten an Jobs ranzukommen und vieles mehr!)?

Einige Lesben aus dem ID

Sexueller Mißbrauch von Jungen

Auch Indianer kennen Schmerz

Daß sexueller Mißbrauch gegenüber Kindern und Jugendlichen nicht nur Mädchen betrifft, ist noch relativ wenig bekannt. Neuere Untersuchungen hingegen gehen von einem relativ hohen Anteil von betroffenen Jungen aus. Täter sind zu 90 Prozent Männer. Werden Fälle von Mißbrauch von Jungen aufgedeckt, so ist die allgemeine Reaktion eher lau, die öffentliche Empörung hält sich in Grenzen, wie der vorliegende Fall zeigt. Sicher hat das auch mit dem Jungen- und Männer-Bild zu tun, das in dieser patriarchalen Gesellschaft nach wie vor dominiert, die Opfer-Rolle paßt eben nicht zu unseren "kleinen Helden" (1).

Frauen konnten in der Vergangenheit feststellen, daß die Dimension von Mißhandlungen gegenüber Mädchen erst deutlich wurde, als sie das Thema immer mehr in die Öffentlichkeit gebracht hatten: Erst eine halbwegs entwickelte Sensibilität machte es möglich, die Fakten zu sehen und zu benennen. In Bezug auf Jungen steht diese Arbeit noch bevor. Ein kürzlich in Bremen bekanntgewordener Fall macht deutlich, wie schwer sich Beteiligte und Betroffene tun, mit sexualisierter Gewalt umzugehen. Diesen Umgang exemplarisch zu beleuchten, darum soll es in diesem Artikel gehen.

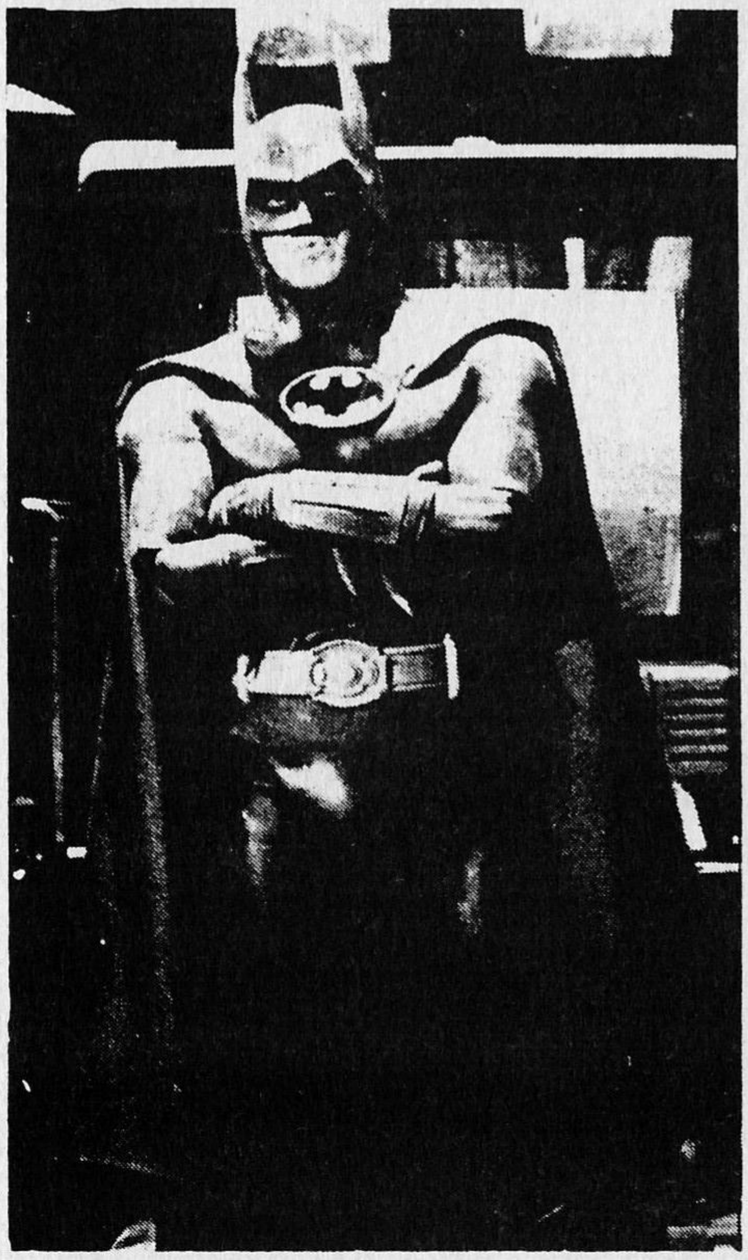
ATSV - hinter diesem Kürzel verbirgt sich ein Allgemeiner Turn- und Sportverein, ansässig in Sebaldsbrück. Anfang September wurde bekannt, daß ein Jugendtrainer der Fußball-Abteilung über Jahre hinweg sexualisierte Gewalt gegenüber Jungen ausgeübt hat. Soweit bekannt, betatschte er die ihm anvertrauten Jungen und zeigte Pornos, ließ gemeinsam onanieren. All das geschah beim Duschen nach dem Fußballtraining, auf Vereinsfahrten und in der Privatwohnung des Trainers, wohin regelmäßig Jungen zum Übernachten eingeladen wurden - mit Wissen ihrer Eltern. Fast 30 Jahre war der Mann aktiv und es ist kaum anzunehmen, daß seine sexualisierten Übergriffe nur die 20 Jungs betreffen soll, um die die Kripo sich nun kümmert. Eltern kannten Gerüchte, daß da was war, aber niemand wollte es für möglich halten und wahrhaben, niemand traute sich, den ungeheuerlichen Verdacht auszusprechen, die Vereinsverantwortlichen schon gar nicht. Ex-Jugendliche meldeten sich nun beschwichtigend zu Wort mit dem Hinweis, das ginge schon 20 Jahre so. Als der Täter mit den Vorwürfen konfrontiert wurde - zuletzt hatte er mit einem 21jährigen Kollegen gemeinsame Sache gemacht -, warf er sich vor einen Zug.

"Opfer" und Opfer

Ein erster Eindruck vom Charakter öffentlicher Reaktion und Unfähigkeit, mit sexualisierter Gewalt gegen Jungen umgehen zu können, entsteht bei Betrachtung der lokalen Berichterstattung *(Weser-Kurier,* 8.9.95, und *taz,* 11.9.95, berichteten). "*Daß die Sache ausgerechnet jetzt veröffentlicht worden ist*", wird der Vereinsvorsitzende zitiert, "*nächste Woche hätte ich nichts gesagt - aber ausgerechnet jetzt vor dem Fest.*" Gemeint sind die Feiern zum 90jährigen Vereinsjubiläum und damit sind wir bei der einen Version von Opfern: der Verein, die Betreuer und Trainer, die Mitglieder, die sich so auf das Fest gefreut hatten. Sogar der Täter, der sich "*für den Verein aufgeopfert habe*", wird mit einbezogen. Von den Mißbrauchten ist nur am Rande die Rede, nicht die Spur von Empörung vermitteln die Artikel; kein Wort über die Gewalt, mit der sich der Täter seine Opfer gefügig machte; keine Erwähnung, welche Konsequenzen solche Gewalterfahrungen für Jungen verursachen, wie schwierig es ist, das Erlebte zu verarbeiten. Jungen als Opfer - ist das wirklich so schwer vorstellbar?

Verarbeitung oder nicht

Wenn Jungen sexualisierte Gewalt erlebt haben, stehen sie vor einer spezifischen Problematik. *(Die folgenden Beschreibungen gelten zum Teil auch für Mädchen, es soll an dieser Stelle jedoch um Jungen gehen. In diesem Text nicht von Mädchen zu reden, hat nicht Ignoranz als Hintergrund, vielmehr geht es um Ergänzung des bestehenden öffentlichen Wissens; Vergleiche zu ziehen und/oder vergleichend zu werten, ist nicht mein Interesse.)* Sexualität in patriarchalen Gesellschaften ist immer auch ein Instrument der Herrschaft, sie bedeutet für Männer oftmals Macht, für Frauen auch Unterwerfung und ständige Bedrohung. Männer sind die Aktiven, die Ausübenden und nicht die Hinnehmenden, die Opfer. Dies lernen Jungen von klein auf. Jungen also, die eine relativ 'typische' Sozialisation hinter sich haben ("ein Junge weint doch nicht"), haben besondere Probleme, mit einer Mißhandlungssituation fertig zu werden. Nach ihrem geschlechtsspezifischen Rollenverständnis kommt für sie ein Opfer-Status nicht in Frage. Sie können sich also nicht als Opfer sehen. Viele nehmen das Erlebte deshalb nicht als Gewalt wahr, versuchen es umzudeuten, fühlen sich schmutzig oder mitschuldig.



Klassische Jungen-Sozialisation hält als Lösungsstrategie für Probleme die Cowboy-Methode bereit: selbst klarkommen oder aggressiv nach außen tragen, selten vertrauliche Gespräche und Rat suchen. Eine erlebte Gewalterfahrung, besonders in sexualisierter Form, kann zu einem traumatischen Erlebnis werden. Hilfestellung in Form von Gesprächen oder Therapie wäre deshalb dringend nötig, um das Erlebte aufzuarbeiten. Wesentliche Voraussetzung bei Aufdeckung, Beratung, Therapie, Anklage ist immer die freiwillige und aktive Mitarbeit des Opfers, vorauseilende Hilfe von Eltern oder PädagogInnen wird mehr schaden als helfen.

Jungen, die sich bei den Mißhandlungen in irgendeiner Weise wohl gefühlt haben, fühlen sich leichter mitschuldig, weil sie ihre Rolle nicht mehr als passiv einordnen können und mehr mit dem eigenen Anteil am Geschehenen konfrontiert sind; manche entwickeln Schuldgefühle, weil sie interpretieren, sie seien schwul oder hätten den Täter schwul gemacht. Nach wie vor sind Jungen heute von Homophobie geprägt, die Aufarbeitung von erlebter sexualisierter Gewalt ist deshalb um so schwieriger (2). Männer, die in ihrer Jugend Mißbrauch erlebt haben, neigen zu Depression und Abspaltung (Schizophrenie).

Traumatisierend bei sexualisierter Gewalt ist nicht allein die physische Gewalt (Schläge, blaue Flecken, erzwungener Verkehr), sondern genauso die Atmosphäre, in der das alles geschieht: Täter(innen) arbeiten häufig mit subtiler Gewalt, indem sie das Auseinanderbrechen der Familie nahelegen, so tun als sei die Mißhandlung etwas "normales" oder deutlich machen, daß den Kindern im Fall von Aufdeckung sowieso niemand

glauben wird (was leider allzu häufig auch der Fall ist). Die Tatsache, daß sexualisierte Gewalt gegen Jungen häufiger außerhalb der Familie stattfindet (im Vergleich zu Mädchen), macht Aufdeckung und Aufarbeitung weniger schwierig.

Verschärfend kommt in diesem Fall der Selbstmord des Täters hinzu; anstatt Wut gegen den Täter entwickeln und sich abgrenzen zu können, fühlen sich die Jungen auch noch mit der Verantwortung für den Suizid konfrontiert, empfinden Schuldgefühle. Auf perfidere Art hätte der Täter seine Opfer für das Ausplaudern der 'Geheimnisse' nicht ein letztes Mal treffen können. Auf den zweiten Täter wird mit ziemlicher Sicherheit ein Prozeß zukommen. Die betroffenen Jungen werden vor einer mehr oder weniger großen Öffentlichkeit ihre Geschichte erzählen müssen. Es ist zu hoffen, daß dabei nicht Wunden wieder aufreißen, die wenig oder kaum vernarbt sind.

An dieser Stelle ist es angebracht, mit einigem Schwachsinn aufzuräumen, der sich hartnäckig bis in PädagogInnenkreise hält:

- Es wird behauptet, Jungen als Opfer sexualisierter Gewalt hätten eine besondere Neigung, später zu Tätern zu werden. Sie würden damit ihren erlebten Mißbrauch ausagieren. Statt dessen ist richtig: Vergleichen wir mißhandelte und nicht-mißhandelte Manner, so ist der Anteil derer, die zu Tätern werden, bei beiden Gruppen gleich groß. Die Erfahrung, sexualisierte Gewalt erlebt zu haben, prädestiniert also nicht in besonderer Weise, zum Täter zu werden. Im Gegenteil diffamiert und stigmatisiert diese falsche Folgerung die Betroffenen und fügt ihnen ein zweites Mal Schaden zu.
- Behauptet wird, sexueller Mißbrauch sei ein Unterschichtproblem. Tatsache ist, daß die Betroffenen in allen gesellschaftlichen Schichten zu finden sind (wie auch die Täter); dieses falsche Argument kann also nur den Zweck haben, die Frage zum Randproblem zu machen und einen ohnehin gebeutelten Teil der Gesellschaft einmal mehr zu stigmatisieren.
- Falsch ist auch die Behauptung, aggressives Verhalten sei generell die Reaktion mißbrauchter Jungen, dieser Unsinn ist gefangen im klassischen Jungen-Klischee.
- Es ist nicht ausgeschlossen, daß Jungen allein und ohne äußere Hilfe die Gewalterfahrung angemessen verarbeiten, dies darf aber eher als Ausnahme betrachtet werden. Der allzu häufige Hinweis auf die "*Selbstheilungskräfte*" ist jedoch nichts als Ausdruck blan- ker Ohnmacht oder die Weigerung, Wirklichkeit zu sehen wie sie ist. (Solches war leider auch vom Kinderschutz-Zentrum zu vernehmen, der einzigen Beratungsstelle in Bremen, die bislang Fachberatung für mißbrauchte Jungen und ihre Eltern anbietet.) (3).

Vieldeutige Hinweise

Auch wenn Jungen, die einen noch nicht aufgedeckten Mißbrauch erleben, das Geschehende nicht benennen können, so geben sie doch immer verschlüsselte und sehr unterschiedliche Hinweise auf ihre Notsituation. So bitter es für Eltern und PädagogInnen ist - keiner dieser Hinweise stellt einen ausreichenden Anhaltspunkt dar, daß sexualisierte Gewalt vorliegt. Statt dessen erfordert es große Mühe und Genauigkeit, Signale zu sehen, richtig zu verstehen und angemessen darauf zu reagieren.

Mehr an allgemeiner Information kann und soll dieser Artikel nicht vermitteln, dafür gibt es Literatur (s.u.). Gehen wir statt dessen noch einmal zurück nach Sebaldsbrück, zu den dort ansässigen Vereinsignoranten des ATSV.

Verdrängungsleistungen

Was sich nach Bekanntwerden der Gewalthandlungen und der Selbstbestrafung des Täters von Seiten der Vereinsrepräsentanten abspielte, war hektischer Reinwasch-Aktionismus. Schon die Sätze gegenüber der Presse zeugten nicht von der Bereitschaft, sich ernsthaft mit den Tatsachen auseinanderzusetzen, zeigten gegenüber den Betroffenen keinerlei Feinfühligkeit (*"Keiner kann glauben, daß er das gemacht haben soll"*). Nachdem die Öffentlichkeit schon mal informiert war, ging mann in die Offensive. Mann plante eine Elternversammlung, die "*zur Klärung der Sachverhalte*" dienen sollte. Und um zu demonstrieren, daß mann nichts zu verbergen hatte (vielleicht auch, um Eltern einzuschüchtern, die unbequeme Fragen hatten), wurde gleich noch das Fernsehen eingeladen. Eine ganze Schwadron PädagogInnen wurde aufgefahren, um den zu befürchtenden elterlichen Ansturm zu bremsen (Kinderschutz-Zentrum, Erziehungsberatungsstelle), dazu die Kripo.

Präsident Schneider und sein Vize Siebrecht übernahmen die Initiative, ohne zu benennen, worüber sie sprachen. Sie sprachen über "*Dinge, die sich außerhalb des Sportgeschehens abgespielt hatten*" - der vielzitierte heiße Brei war kräftig am dampfen. Eine volle halbe Stunde dauerte es, bis zum ersten Mal - aus dem Publikum - die Worte "*sexueller Mißbrauch*" fielen (auch die Podiums-PädagogInnen hatten auf diese Benennung verzichtet). Schneider wiederholte seine Behauptung aus der Zeitung, nie sei "*etwas*" während der Vereinsaktivitäten geschehen und "*was in den Wohnungen unserer Mitglieder passiert, dafür können wir nicht geradestehen*". Er wurde korrigiert von Eltern und einem Kripobeamten, der positiv auffiel durch seine treffenden Formulierungen (*"Es war ein Idealzustand für die Täter". "Die Täter sind teilweise gemeinsam vorgegangen und haben sich die Jungen regelrecht zugespielt."*). Einen Sturm von Widerspruch erntete Schneider auf seinen Vorwurf, die meisten Eltern würden ihre Jungs nur deshalb zum Verein schicken, um sie los zu sein und keine Verantwortung übernehmen zu müssen (*"Wir sind kein Aufbewahrungsort für Kinder."*). Sie träfe Schuld, wenn sie ihre Jungs einfach auswärts übernachten ließen, warum also solle jetzt der Verein Verantwortung übernehmen für das Geschehene. Der Mann buhlte um Absolution.

Ortswechsel: Stuttgart. Der Eislauftrainer Fajfr wurde "*wegen Mißhandlung und sexuellen Mißbrauchs von Schutzbefohlenen*" zu zwei Jahren auf Bewährung verurteilt. Ein Detail dieses Prozesses könnte dazu führen, daß Schneider in den Wochen vor dem Sebaldsbrücker Prozeß schlechter schläft als gewöhnlich. Wenn

er den Weser-Kurier genau gelesen hat, der am 5.12.95 berichtete: *"Dem Urteil zufolge sind Funktionäre und ehrenamtliche Vereinsmitarbeiter für das Wohl ihrer Sportler mitverantwortlich, auch wenn sie sich nicht an Straftaten beteiligen"*.

Die Sebaldsbrücker Funktionäre gingen nicht nur jeglicher Verantwortung aus dem Wege, sondern vergaben auch die Chance, Jungen in der Zukunft ähnlich schmerzhafte Erfahrungen zu ersparen, anderen Vereinen und Betreuern eine Erfahung weitergeben zu können. Es wurde nicht gefragt: Welche Strukturen haben es möglich gemacht, daß die Mißhandlungen so lange unentdeckt bleiben konnten? Durch welche Maßnahmen kann ähnliches in Zukunft verhindert werden?

Nach dem offiziellen Ende der Veranstaltung hatte *Buten und Binnen* Gelegenheit, nochmal nachzufragen. Neben empörten Eltern kamen verunsicherte Betreuer zu Wort, die jammerten, daß sie sich nicht mehr trauten, Kindern beim Sprung über den Kasten Hilfestellung zu geben, weil das ja als unsittliche Annäherung interpretiert werden könnte.

In Karlsruhe wurde vor Jahren ein Fall von sexueller Gewalt bekannt, bei dem Geld und Geschenke im Spiel waren; der Täter hatte das Opfer und dessen Eltern immer wieder reich beschenkt und Geld verliehen. Eine Art Schweigegeld sozusagen. Dies ist eine Art, sich das Stillhalten von Jungs zu erkaufen, im Sebaldsbrükker Fall hatte der Täter Erfolg mit Erpressung: Wenn du nicht mitmachst, darfst du am Samstag nicht spielen! Welche Dimension diese Drohung hat, wird erst deutlich, wenn wir uns die Beziehungen betrachten, die Männer/Väter zu Jungen pflegen. Vor allem glänzen sie durch Abwesenheit. Für Jungen gibt es meist wenige Männer, von denen sie sich ernstgenommen und beachtet fühlen, und die zum Vorbild taugen. Viele Väter kümmern sich gewöhnlich kaum um ihre Jungen, haben selten emotionale Beziehungen. Umso wichtiger für die Jungen sind die wenigen Momente, wo ihre Väter präsent sind. Fußball ist eine dieser Situationen. Wie stolz sind Väter, wenn sie am Wochenende ihre Sprößlinge auf dem Spielfeld auflaufen sehen - wie froh sind umgekehrt die Jungs, wenigstens bei dieser Gelegenheit die Aufmerksamkeit ihrer Väter auf sich ziehen zu können. Vielleicht wird damit deutlicher, unter welchem Druck Jungen stehen und warum sie sich womöglich mehr gefallen lassen als gut ist.

Gesellschaft oder Getto

Am Ende der Verdrängstaltung sollte es nochmal peinlich werden. Aus dem Nichts geholt stellte der Vereinsvorsitzende zusammenhanglos fest, daß das Vertrauen in den Verein noch da sei und dankte Trainern und Betreuern mit: *"Wir haben viel gelitten."* *"Wir sollten uns hiermit wieder dem zuwenden, was eigentlich unsere Aufgabe ist"*, mit diesem Schlußsatz verabschiedete sich Sportkamerad Schneider dann aus seiner Inszenierung. Den allerwenigsten der Anwesenden wird in diesem Moment bewußt gewesen sein, welch ungeheurer Zynismus gegenüber den betroffenen Jungen in diesen Worten steckte.

Jahrzehntelang haben sich vor allem Frauen, weniger Männer, damit beschäftigt, die patriarchalen Strukturen dieser Gesellschaft zu begreifen, zu brandmarken und dagegen vorzugehen. Wesentliche Einsichten wurden dabei gewonnen, das Phänomen sexualisierter Gewalt war eine der letzten Erkenntnisse. Leider blieb ein Teil dieser Erkenntnisse häufig im linken Dunstkreis hängen. Es ist ziemlich logisch, daß die 'böse Gesellschaft' nicht viel übrig hat für Kritik, die sie fundamental in Frage stellt, wie antipatriarchale Analysen dies tun. Mit dem gewonnenen Wissen jedoch in gesellschaftlichen Nischen zu verharren, bringt wenig Veränderung. Solange Linke nicht auf derartiges Geschehen reagieren (Telefonnummer und Adresse von Verein und Verantwortlichen stehen in jedem Telefonbuch), den Schneiders oder Siebrechts gegenüber keine unliebsamen Fragen stellen und/oder ihnen die Hölle heiß machen - solange werden solche Sätze auf solchen Veranstaltungen selbstverständlich sein und unwidersprochen hingenommen werden. Gesellschaft oder Ghetto ist auch hier die Frage.

Gerd Altus

Anmerkungen:
(1) Zum Begriff "sexuelle Gewalt": Genauer ist es, von "sexualisierter Gewalt" zu sprechen, denn es geht hier nicht um Sexualität, sondern Machtausübung/Gewalt steht im Vordergrund. Der Begriff "sexueller Mißbrauch" könnte den Umkehrschluß nahelegen, daß es als Gegenstück zu Mißbrauch einen "Gebrauch" gibt, was fragwürdig ist und sicher nicht im Interesse derer liegt, die sexualisierte Gewalt thematisieren.
(2) Interessanterweise gab es während des Entstehens dieses Textes eifrige Diskussionen darüber, ob Homophobie weniger geworden ist in den letzten 10 bis 20 Jahren oder eher zugenommen hat; für beide Positionen gab es einleuchtende Argumente.
(3) Die Beratungssituation in Bremen ist damit ganz schlecht. Ganz anders in Städten wie Köln, Hamburg oder Kiel. Entweder Frauen- oder gemischte Initiativen haben da vor Jahren bereits angefangen, zum Thema "sexuelle Gewalt gegen Jugendliche" (also Jungen eingeschlossen) zu arbeiten und haben damit wichtige Qualifikationen, Beratungskompetenzen und Hilfsangebote geschaffen.

Literaturhinweise:
* Auch Indianer kennen Schmerz (Sexuelle Gewalt gegen Jungen), Handbuch von Dirk Bange und Ursula Enders, Verlag Kiepenheuer & Witsch, 1995, DM 19,80.
* Zart war ich, bitter wars (Handbuch gegen sexuelle Gewalt an Mädchen und Jungen), Ursula Enders (Hg.), Verlag Kiepenheuer & Witsch, 1995, DM 24,80.

DASA & Dolores

Deutsche Waffen - deutsches Geld

In Deutschland ist eine eigenartige Debatte über die nationale Rüstung und die Rüstungsindustrie aufgekommen. Einerseits geht es nur um Kriegsgerät: Eurofighter, Militärairbus, Spionagesatelliten usw., um politische Beschlußfassungen, auf welche Sorten Krieg sich Deutschland mit welcher Rüstung vorbereitet. Andererseits wird das ganz zivil, als Wirtschaftsfrage abgehandelt: Was tun gegen die roten Zahlen bei Daimler, was tun für den High-Tech-Standort Deutschland, was tun für Daimler und Deutschland in der internationalen Konkurrenz?

Zum einen geht's dem deutschen Staat zu gut: Mit politischer Kritik an Rüstung und Zweifeln an einer Nation mit so hochfliegenden Kriegsplanungen hat er sich offenbar nicht herumzuschlagen. Davon ganz unbehelligt schlägt sich der deutsche Staat aber zum anderen mit einem Staatsproblem herum. Er muß das Verhältnis von deutschen Waffen und deutschem Geld, von Rüstung und Geschäft in Ordnung bringen. Das ist das Thema.

Das Thema ist schon fast komisch auf die Tagesordnung gekommen. In einer Straßenbahn wollen Daimler-BetriebsrätInnen ein Dolores-Programm gefunden haben. Dollar low rescue, dieses Rettungsprogramm der DASA gegenüber Währungsverlusten plant zur Kostensenkung 15000 Entlassungen und die Schließung von DASA-Standorten in Deutschland. Das darf nicht sein, rufen die Gewerkschafter und verlangen vom Staat - Rüstungsaufträge. So erfährt man mal wieder, daß Massen von Leuten und ganze Wirtschaftregionen im friedlichen Deutschland an der Aufrüstung hängen und was eine deutsche Gewerkschaft ist.

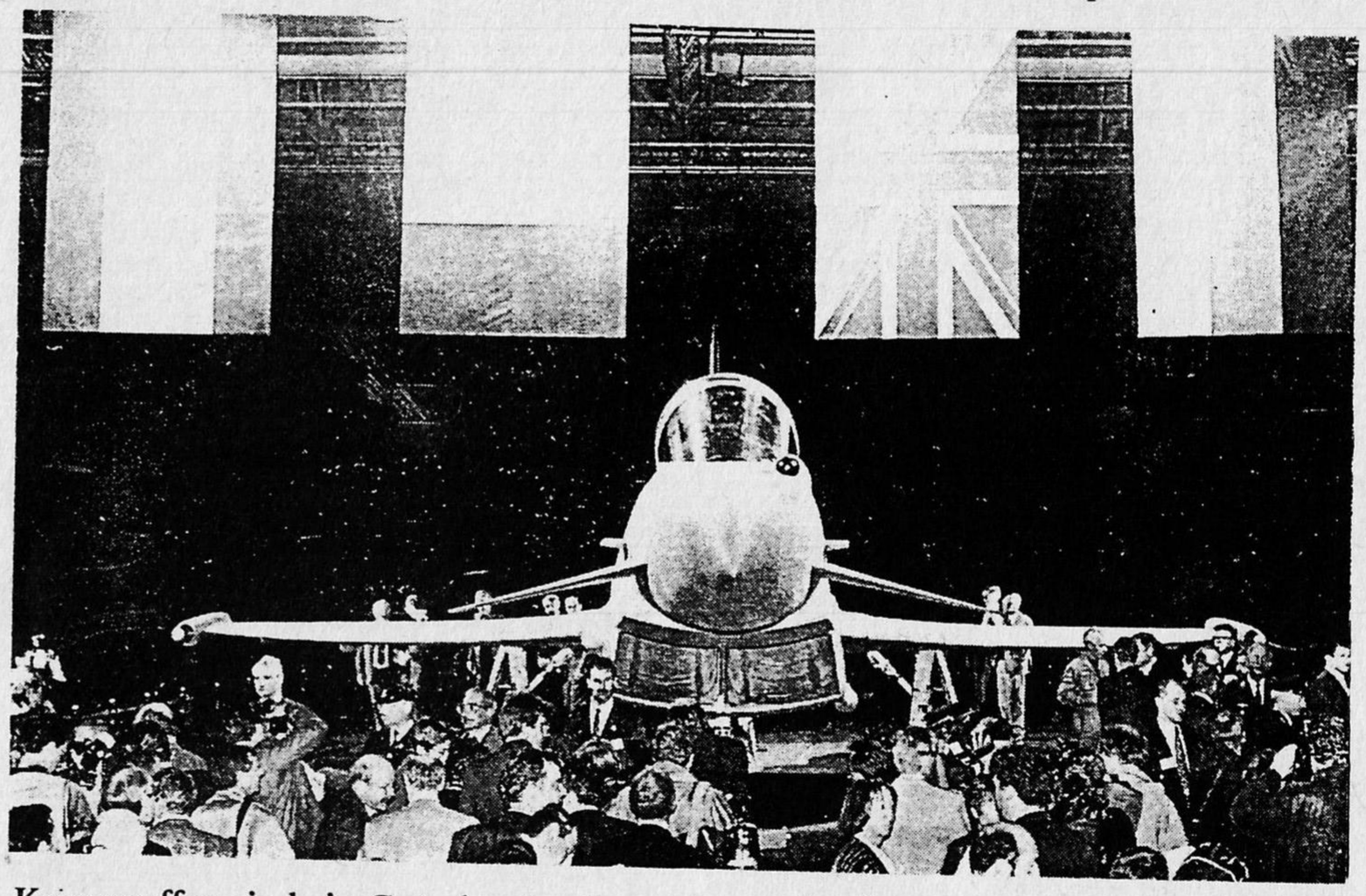
Der DASA-Vorstand geht auch an die Öffentlichkeit, rechnet Milliardenverluste vor und bekennt sich zu diesem Plan. Diese Ehrlichkeit eines Mörders gehört zu den sozialen Sitten in Deutschland. Unüblich ist die Fortsetzung. Auch diese privaten und freien Unternehmer legen ihre Dolores dem Staat vor und verlangen "Planungssicherheit" bei Rüstungsaufträgen. Und ganz unüblich ist: Der deutsche Staat geht auf diese Sozialpartner ein. Er stellt sichere Aufrüstungspläne in Aussicht und macht den Staatshaushalt für den "Erhalt von Kernfähigkeiten" der

DASA in Deutschland haftbar. Wo sonst Gewerkschafter abgebügelt werden, daß nur "rentable Arbeitsplätze" für Deutschland zu erhalten sind. Und wo sonst der "Erhalt unrentabler Betriebe" als Todsünde gegen die Marktwirtschaft und die Stabilität der DM gilt.

Aber es geht eben nicht um's ordinäre Geschäft eines Privatunternehmens, es geht um die nationale Rüstung als nationalen Geschäftszweig in den Händen des militärisch-industriellen Konzerns Daimler.

I. Die staatliche Rüstung und das kapitalistische Geschäft

1. Rüstung und kapitalistisches Geschäft: Die *Rüstung* des Staates ist unentbehrlich fürs kapitalistische Geschäft. Das Unentbehrliche ist die Unanfechtbarkeit der Staatsgewalt, ohne die Privateigentum und Geschäft mit anderer Leute Arbeit und Zahlung für Bedarf nicht geht; die Staatsgewalt sichert den Geschäftsleuten auch auswärts die »Weltwirtschaftsinteressen«, wie man locker von Bundeswehrstrategen liest. Aber das *Rüsten* des Staates und das kapitalistische Geschäftsleben passen erst mal nicht zusammen.



Kriegswaffen sind ein Gut, das der Staat als **Gewaltmonopolist** haben will. Gewaltmonopol verbietet, daß Rüstung als Ware für einen freien Markt produziert wird und von jedem Zahlungsfähigen gekauft werden kann - egal, ob es da überhaupt eine Nachfrage gibt. Denn die Rüstung soll ja gerade in Kombination mit Soldaten, die ja auch ganz unkapitalistisch in Dienst genommen werden, den nationalen Gewaltmonopolisten gegenüber anderen Staaten souverän machen. Für diese äußere Souveränität, den **Zweck des Rüstens,** gibt's Definitionen imperialistischer Politik, aus denen sich die Definition des Bedarfs an Rüstung, die staatlichen Anforderungen an ihren Gebrauchswert und ihre Masse erschließen lassen: »Unerpreßbarkeit« und »Handlungsfreiheit«. Sicherstellen soll die Rüstung also das grenzübergreifende Interesse des Staates an anderen Staaten und zwar frei von deren Interessen und Bedingungen, ja sogar gegen deren seinerseits bewaffneten Willen - imperialistisch eben. Das **Maß nationaler Rüstung** bestimmt ein imperialistischer Staat also aus dem Kräfteverhältnis:

- Welche Staaten fallen in seine Interessenssphäre? (übrigens Deutschland: alle!)
- Was können die militärisch und wollen sie politisch? - in dieser Reihenfolge!

Dagegen muß Rüstung wappnen. Rüsten ist Wettrüsten als Daueraufgabe, wobei das maßlose Maßnehmen an der Rüstung der anderen von den nationalen Politikern und Militärstrategen dauernd auf ein Maß umgerechnet wird: Die nationale Rüstung muß qualitativ-quantitativ hinreichende militärische Überlegenheit sachlich sichern. Damit verlangt die staatliche Nachfrage nach Rüstungsgütern allerhand. Vom kapitalistischen Geschäftsleben zumindest Un-Kapitalistisches:

- a) Bei Kriegswaffen gilt Gebrauchswertqualität und insbesondere technischer Fortschritt unbedingt. Wo sonst Lebensmittelverfälschung eine Kostenstrategie der Unternehmer für den Markt der armen Massenkonsumenten ist. Wo sonst bessere Produktionstechnik an Kapitalisten nur zu verkaufen ist, wenn sie stückkostensenkend/profitsteigernd wirkt.
- b) Wieviel Waffen der Staat wann will, entscheidet er ausschließlich nach den »Konjunkturen« seiner nationalen Interessen und der staatlichen Kräfteverhältnisse. Wo sonst im Kapitalismus alle Nachfrage vom Auf und Ab der Geschäftskonjunktur geregelt wird.
- c) Rüstung verlangt also auch das permanente Vorhandensein der passenden Entwicklungs- und Produktionskapazitäten. Wo sonst die Geschäftsaussichten und die Anarchie der Konkurrenz die »Allokation« von produktivem Kapital bestimmen.
- d) Und Rüstungskapazitäten müssen in der Nation ihren Standort haben. Da dürfen die Standortkalkulationen freier Unternehmer nicht dazu führen, daß von »Billiglohnländern« Deutschlands Kriegsfähigkeit abhängt.

2. **Geldbeschaffung** und **Rüstungseinkauf.** Derselbe imperialistische Staat, der rüsten will, will die kapitalistische Produktionsweise: In der gibt es nur die Güter, die als Waren gewinnbringend zu verkaufen sind; Produktion findet nur als Vermehrung privaten Kapitals statt. Der Staat erledigt also alle seine Rüstungsnotwendigkeiten nach seinem Prinzip, daß nur für Geld, für Geld aber alles zu haben ist - solange das geht.

Geld beschafft sich der Staat geschäftswidrig. Ohne Gegenleistung - Arbeit oder Ware - zieht er mit Zwang Steuern der Bürger ein. Vom Standpunkt des Portemonnaies: Raub; vom Standpunkt eines Kapitalisten: falsche Kosten = Geld weg, aber nicht als Investition, die zurückkehrt, geschweige mit Gewinn. (Dasselbe passiert, wenn der Staat Steuerabzug durch Kreditaufblähung ersetzt und mit der Geldentwertung allen alles etwas teurer macht.) Der staatliche **Geldabzug** belastet das Wachstum des Geldes der Kapitalisten; und die Waffen wie alle Taten von Rühes Ressort machen sich auch **in keiner Geschäftstätigkeit** nützlich - durchaus im Unterschied zu anderen Staatstaten wie z.B. Straßenbau im Warenmarkt oder Volksimpfung im Arbeitsmarkt.Die Rüstung selbst verbraucht der Staat exklusiv. Und: Im Rüstungshaushalt orientiert sich der Staat auch nicht am wirtschaftspolitisch Erfolgversprechenden, sondern nur an anderen Staaten. Allerdings bestärken die Rüstungsbedürfnisse den Staat in seinem Interesse am Kapitalismus. Dessen Wirtschaftsprinzip: Geldüberschüsse, eben nicht verbesserter Konsum und Zurückdrängen der Maloche, steht dem staatlichen Geldabzug offen; und nur die Zahlungskraft entscheidet in dieser Wirtschaftsweise, was produziert wird. Bleibt ein quantitatives Problem: Der staatliche Geldabzug verlangt ein groß genuges privates Wirtschaftswachstum. Im permanenten kalten Krieg des Wettrüstens sortieren sich Staaten glatt daran, wie gelungen sie ihre militärischen Konkurrenzmittel einem dadurch ungebrochen konkurrenzfähigen Wirtschaftwachstum entziehen.

Bleibt der ganz geschäftskonforme **Einkauf von Rüstung.** Der Staat offeriert der privaten Geschäftswelt Zahlung und übereignet bei Vollzug dem Anbieter Geld. Koste es, was es wolle, der Staat **zahlt ein Kapital,** das die gewünschte Rüstung macht. Alle marktunüblichen Sonderwünsche des rüstenden Staates wissen Kapitalisten durch einen Vergleich mit marktüblichen Kosten in Sonderkosten umzurechnen: das Forschen und Entwickeln waffentechnologischen Vorsprungs jenseits von Kostensenkung, das Verarbeiten kriegstauglicher statt kostengünstiger Rohstoffe, das Auseinanderfallen militärischer Stückzahlen und bereitgehaltener Produktionskapazitäten: da will totes Kapital ausbezahlt sein, die Festlegung auf den nationalen und politisch-strategisch kalkulierten Produktionsstandort: da wollen »entgangene« Kostenvorteile kompensiert sein. Und obendrauf ein Profit, der sich in der Konkurrenz sehen lassen kann - fertig ist der sehr politische **Preis der Rüstung.**

Der kommt in Verhandlungen zwischen Staat und Kapital zustande - ein Markt findet ja nicht statt.

3. Von Rüstung und Geschäft: Das verändert das allgemeine Geschäftsleben. Der staatliche Nachfragemonopolist nach Rüstung **stiftet Rüstungs-Kapital.**Dabei bringt der Sicherstellungsbedarf des Staates auch alle unentbehrlichen Zulieferer unter das Dach eines nationalen militärisch-industriellen Komplexes.

Dieses Kapital seinerseits hat ein **Monopol zugeteilt** bekommen: Sein Profit und der Umschlag seines Vorschusses ist gegen alle Konkurrenz und Konjunktur garantiert. Eine besondere Anlagesphäre mitten im Auf und Ab der Märkte: Für flüssiges Kapital hinreichender Größe interessant.

Ein Staat, dessen Kapitalismus so was hergibt, hat etwas geschafft. Nicht nur sein Militär, seine Rüstungsschmiede unterscheidet ihn von Staaten, die es dazu nicht im gleichen Maße bringen. Damit hat er ein Mittel sowohl zur gründlichsten Einflußnahme auf andere Staaten wie zur Veränderung der nationalen Rüstungsunkosten: **Rüstungsexport.** Bei höheren Stückzahlen der Rüstungsgüter drängt er auf Senkung des nationalen Stückpreises; und jede exportierte Waffe bringt echtes kapitalistisches Geld des Auslandes in die Nation, vermehrt deren Kapital - aus dem Abzug in der anderen Nation. Militärpolitisch ist Rüstungsexport ein schwieriges Stück Staatskunst: Einerseits macht man fremde Staaten im letzten Mittel ihrer Souveränität abhängig, andererseits liefert man ihnen die letzten Mittel staatlicher Handlungsfreiheit.

Aus der Sicht des Rüstungs-Kapitals, dem der Staat hier mal im Wortsinn Auslandsmärkte schafft, hat der Rüstungsexport gleich wieder den Haken, politisch statt frei zu sein. Schließt die Politik hier mal einen Rüstungskunden aus, ist das zwischen dem Rüstungs-Kapital und seinem Staat deshalb gleich ein geldwertes Politikum, jedenfalls nicht einfach Weltmarktschicksal.

Wo die Rüstungsindustrie zur Anlagesphäre gereift ist, können sich Staat und Kapital über einen weiteren Weg verhandlungseinig werden: die Kombination von Staats- und Marktproduktion in einem **militärisch-zivilen Komplex.** Kapitalisten rechnen eh so: Warum soll *Rüstungs*-Kapital als *Kapital*vorschuß bloß die sicheren Rüstungseinnahmen einspielen statt jeden Umsatz und Gewinn, für den man Waren herstellen kann. Da würden sie sogar Kapital nachschießen. Für den Staat interessant: Ein größeres Kapital mit eigenen Geldquellen stellt die industrielle Basis seiner Rüstung; manche staatliche Rüstungsausgabe wirkt nun doch als Wirtschafts- und Standortförderung in der zivilen Plusmacherei, wofür der Staat das Recht anmeldet, daß gewisse Preisbestandteile bei den Waffen sinken müßten. Zur guten Nachricht nun die schlechte: »Zivile« Geschäftsverluste dieses privaten Konzerns und nicht erst allgemeiner Geschäftseinbruch samt staatlichen Einnahmeausfällen riskieren das Rüstungs-Kapital, unausgelastete Rüstungskapazitäten zählen als tote Kostenbelastung des Gesamtkonzerns und gehören nach Geschäftsrechnung weg. Kurz: Im Interesse einer sicheren nationalen Rüstungsbasis muß der Staat am individuellen Geschäftserfolg dieses Misch-Konzerns in allen seinen Geschäftsfeldern noch ganz anders interessiert sein, als es dieser ideelle Gesamtkapitalist ohnehin schon ist. Mitten in der freien Marktwirtschaft verlangt ein Daimler-Manager: »Planungssicherheit« vom Staat.

II. Das deutsche Verschmelzungsprojekt DASA

So ein deutscher militärisch-industrieller Komplex-Konzern ist die DASA - und noch viel mehr. 1989 wurden sich Staat und Daimler verhandlungseinig. Das erwiesen weltmarktfähige Großkapital kauft staatlich hochgezüchtete Rüstungsindustrien und und organisiert sie als kapitalistische Geschäftsfelder des Konzerns. Damit nicht genug. Daimler übernahm auch die als Staats-AG hochgezüchtete Luft- und Raumfahrt-Industrie der BRD.

Die Ziele waren klar: Das des BRD-Staates: Die Wucht des Daimler-Kapitals, ein privatwirtschaftlicher Inbegriff des Aufstiegs der BRD zur DM-Weltwirtschaftsmacht neben den USA, mit der Fähigkeit, Kapital in der Größenordnung mittlerer Staatshaushalte zu mobilisieren, sollte die BRD in den fortgeschrittensten Sphären des Wettrüstens von den USA unabhängig machen. Und es sollte das US-Monopol in der Luft- und Raumfahrtindustrie auf dem einschlägigen Weltmarkt brechen. Das Ziel des Daimler-Kapitals: An diesem nationalen Programm, dessen sachliche Voraussetzungen vorhanden und käuflich waren, wollte es gerne verdienen.

Die Geschäftssphäre und der eigenartige »Markt« bestanden aus lauter politischen Bedingungen:

- 1. Die **Rüstungsnachfrage** hatte eine qualitative und eine noch sichere quantitative Linie: Gegen den *einen* Feind Warschauer Pakt wettrüstete *ein* Nato-Bündnis, *darin* der europäische Pfeiler mit der BRD als *Frontstaat* für *ein* Weltkriegsszenario. Klar konnte die Sowjetunion die strategischen Planer überraschen, aber nur sie. Der DASA-Plan eines deutschen Wettrüstens gegenüber den USA für eine nationale Rüstungsschmiede und mehr militärische Definitionsmacht des Ernstfalles war den Bündnispartnern voll bewußt und als NATO-Beitrag berechnend zugelassen. Für Daimler ein Markt nach Plan.
- 2. Die DASA stieg in eine **europäische Rüstungskooperation** der BRD ein. Rüstungskooperation ist ein Sonderkapitel. Rüstung als Kooperation zwischen Staaten ist nämlich ein Widerspruch, den nur Sondergründe auf die Welt bringen. Der Widerspruch: Die Fähigkeit zur Herstellung nationaler Überlegenheit *gegen* soll man *mit* dem Ausland teilen, gar von dem abhängig machen? Die Sondergründe: Eine Nation BRD definiert ein Rüstungsziel, also -maß, das die nationalen Wirtschaftsmittel übersteigt *und* wird sich darin mit europäischen Partnern einig: Das einigende Ziel gab es gleich doppelt: Weltkriegsfähigkeit gegen den Warschauer Pakt - unabhängig gegenüber der verbündeten Supermacht USA. Das hat den Widerspruch Rüstungs-Kooperation verwirklicht. In der ging es den beteiligten Staaten also immer um dreiererlei: die national-autarke Rüstungsfähigkeit zu sichern und zu stärken, durch unentbehrliche Könnerschaft den gleichgesinnten Partner auch materiell an die Rüstungskooperation zu fesseln, die Partner möglichst viel blechen zu lassen. Da konnte Daimler auf enorme deutsche Staatsknete spekulieren, die fremdländische erschließt.
- 3. Die DASA stieg in den einen antisowjetischen **Rüstungsexportmarkt** der Staatenwelt ein.Das »Hauptsache, die 3., 4. Welt kann nur westlich, also ostwärts schießen« garantierte einen antisowjetischen Wachstumsmarkt bei Nato-gemäßigten Einsprüchen gegen deutsche statt europäische,-europäische statt amerikanische »Markteroberungen«.
- 4. Von dieser NATO-Weltordnung parasitierte sogar das deutsch-europäische Projekt, die Luft- und Raumfahrtindustrie aufzumischen. Die Luftfahrt ist nämlich schon wieder aus zwei Gründen ein enorm politischer »Markt«. Kapitalistische Staaten halten es für ihre Pflicht, den (Schmier-)Geldkofferträgern des Wachstums schnelles Zirkulieren national zu garantieren: Lufthansa als

Staatsgesellschaft; und das Rumfliegen über ihrem Territorium ist auch aus letzten Souveränitäts-Sicherheitsfragen heraus nationale Genehmigungssache. Die NATO-Staaten waren sich einig, daß der Rest der Staatenwelt ein offener Himmel für sie und ihr Kapital sein muß. Der amerikanische Ärger über Airbus statt Boeing war schon wieder gebremst durch das Argument: besser als geschlossene Himmel und Tupoljew-Flieger.

All das waren für die BRD und Daimler Bedingungen für den Erfolg ihres Projekts DASA, den es auch gab.

III. Die Geschäftsschwierigkeiten der DASA und die Rüstungssorgen Deutschlands

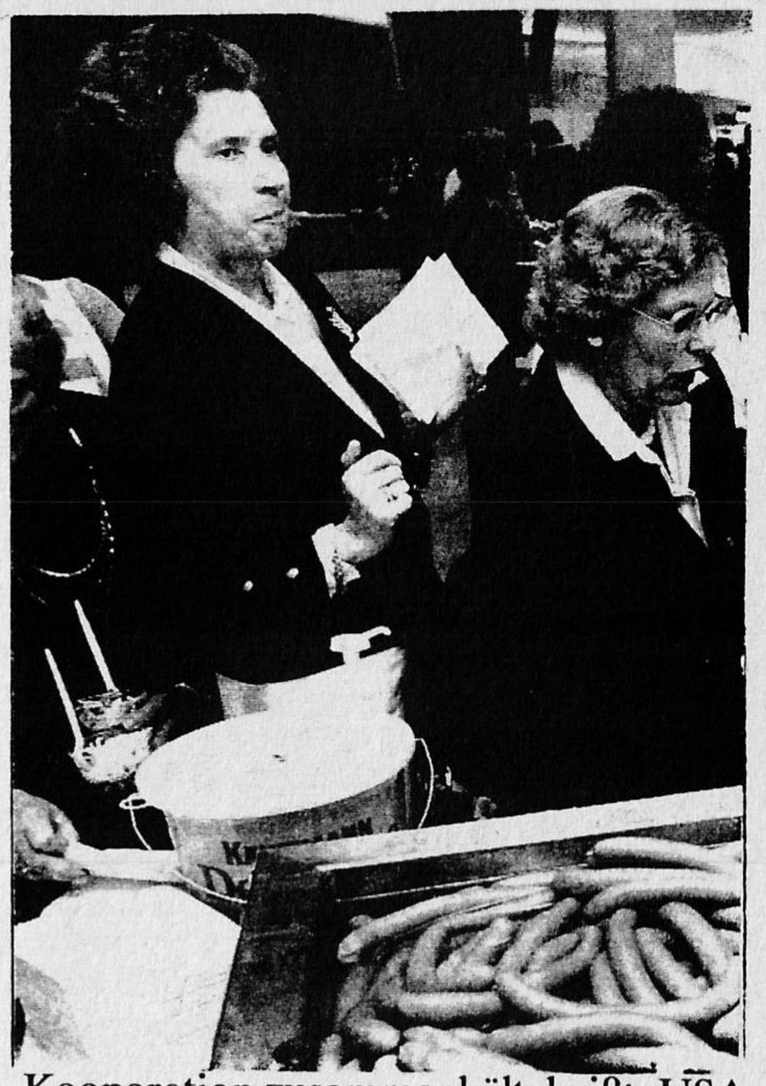
Alle diese *politischen* Erfolgsbedingungen werden nach dem Ende der antiöstlichen Ordnung des einen Freien Westens von den Staaten infragegestellt. Das *Geschäft* der DASA verbucht, weil es so hochpolitisch ist, rote Zahlen.

1. Die Dolores-Diagnose betrifft zunächst den **Zivilfliegermarkt:** der sinkende $ läßt die Einahmen in diesem $-Weltmarktsegment sinken; die steigende DM macht alles, was am Fluggerät im DM-Raum zu DM-Kosten produziert wird, zu teuer gegen die $-Flieger. Eine kleine Ironie des kapitalistischen Weltmarktes: Der Erfolg der DM, an dem die DASA mit ihren Einbrüchen in den $-Markt mitgemacht und mitverdient hat, zieht einem DM-Kapital jetzt Schranken. Die DASA-Chefs wissen noch Grundsätzlicheres vom Weltfliegermarkt zu berichten: er schrumpft allgemein. Auf ihm ist die allgemeine Weltmarktkrise durchgeschlagen: die Zahlungsfähigkeit ziviler Luftgesellschaften, die von Staatslinien, ja die ganzer Staaten ist dezimiert - also hat auch DASA überakkumuliert. Umso härter läuft die Verdrängungskonkurrenz in der LRI. Mit *Staaten* wie den USA an der Spitze, die da keine Rücksicht mehr auf NATO-Partner nehmen. Dabei betreiben diese Staaten nicht nur die allgemeine Standortkonkurrenz: Wenn die USA die LRI zur »strategischen Exportindustrie« erklären, dann wollen sie der amerikanischen das Weltmarktgeschäft reservieren, um sie als unmittelbar *nationale* Industrie zu sichern. Genau diese imperialistische Aufgabe legt Dolores mit dem Plan, man müsse wohl mehr im $-Raum produzieren, der deutschen Politik auf den Tisch. Und wenn Stoiber unkt, die DASA könne in »fremde Hände« geraten, eine Allparteienkoalition »Kernfähigkeiten« auf deutschem Boden halten will und Rexroth/Kinkel Airbus-Diplomatie verspricht, dann hat der deutsche Staat den Kampfauftrag angenommen. »Sicherung von Mitarbeitern«? Ach was, deren Entlassung und Verbilligung erklären Politik und DASA zu einer Waffe.

2. Der Weltmarkt für **Rüstungsexport** ist auch nicht mehr der alte, wirtschaftlich und weltpolitisch. Wirtschaftlich betreiben die großen Friedensstifter unverhohlen Waffenexport als Hebel und Beitrag der Währungskonkurrenz, während etlichen Staaten das Geld ausgeht und gestrichen wird. Weltpolitisch hat die NATO-Lizenz »Hauptsache antikommunistisch« ausgedient. Das Heikelste am Waffenexport ist heute nicht, daß ein Empfänger wie die Türkei sich einfach nicht vom Lieferanten Deutschland kommandieren lassen will. Viel brisanter ist es, wenn der neue Weltordner USA z.B. hinter Sadam »europäische Lieferanten des Todes« angreift. Der Waffenexport ist zur Konkurrenz der Imperialisten geworden.

3. Die DASA als **deutsche Rüstungsschmiede.** Mit dem Abdanken des kommunistischen Wettrüsters sind bei der DASA einige Vorschüsse abzuschreiben, weil die deutschen Kriegsplaner nur auf diesen Feind berechnete Waffenpläne und -ausgaben streichen. Das scheint abgewickelt zu sein, wenn die DASA »Planungssicherheit« nach vorn anmahnt. Bloß: Gegen wen, für welche Sorten Krieg sich das neue Deutschland rüsten muß, steht für deutsche Politik konkret ebensowenig fest wie, mit wem, ja ob Deutschland das im Bündnis macht. Da muß deutsche Diplomatie erst praktisch Ansprüche und Rechte des »endlich souveränen« Deutschlands gegen die Staatenwelt vorspielen und die an ihren Reaktionen nach Freunden und Feinden neu sortieren. Dann können die militärischen Aufklärer und Strategen Kräfteverhältnisse und Konfliktszenarien berechnen, Feldversuche auf dem Balkan inclusive. Abstrakt steht allerdings etwas fest: Aus der alten Rolle: Mitglied beim NATO-*Weltordner* übernimmt das neue Deutschland das ungeheure nationale Rüstungsmaß: Fähigkeit zur militärischen *Weltkontrolle.* Das kann man studieren am Umbau der Bundeswehr: Zentrum einer »europäischen Sicherheitsordnung« und weltweit einsetzbare »Krisenreaktionskräfte«. Enger am Thema: Die DASA-Kapitalrechner und die deutschen Politiker sagen unisono: Die perspektivischen Rüstungsvorhaben übersteigen die Mittel Deutschlands und seiner nationalen Rüstungskapitale.

4. Damit sind wird beim verzwickten Thema: **Rüstungs-Kooperation** heute. Da geht's um vier Sachen gleichzeitig: wieder welche Sorten Krieg gegen wen, dann die Bündnisfrage, dann die nationale Rüstung und Rüstungsfähigkeit im Bündnis, schließlich die gar nicht dekkungsgleichen Kriterien von Staatskooperation und internationaler Unternehmenskooperation. Die Bündnisfrage heißt hier gleich: echte materielle Bindung und Abhängigkeit, wo will man das?. Bsp. Aufklärungssatellit: Die USA haben Deutschland nicht nur einen preiswerten Kauf angeboten. Sie haben Deutschland eine in der alten NATO nicht übliche militärische Freiheit eingeräumt: nationale Weltspionage. Damit wollten die USA Deutschland als Führungspartner in die NATO binden und ihr militärisches wie wirtschaftliches Monopol beim Satellitenbau wahren. Gegen massiven diplomatischen Protest der USA hat sich Deutschland für einen kerneuropäsischen Satellitenbau mit F entschieden. Ebenso diplomatisch unmißverständlich. »Europa müsse unabhängiger in seiner Aufklärung werden und dürfe den Anschluß an die Technologie nicht verlieren.« Das politische Ziel und Rüstungsmaß, das diese europäische



Kooperation zusammenhält, heißt: USA. Das europäische Rüstungsbündnis hat deswegen noch lange nicht dieselbe Unverbrüchlichkeit, wie das gemeinsame NATO-Rüsten gegen den *Feind* SU, der kein europäischer Imperialist allein gewachsen war. Zum einen will sich gerade Deutschland den *Konkurrenten* USA zugleich als NATO-*Helfer* bewahren. Zum andern gehts in der europäischen Rüstungskooperation jedem Staat ums Freischwimmen der *nationalen* Rüstungsfähigkeit. Jeder Staat verfolgt verbiestert zwei sich widersprechende Ziele: bei sich sollen möglichst viele entscheidende Rüstungsfähigkeiten (ent)stehen und die anderen sollen möglichst viel von den Rüstungsunkosten tragen. Damit beharken sich die Staaten und damit suchen sie sich materiell zu binden. s. Eurofighter und Militärairbus. Deswegen passen den politischen Kooperationsstrategen nicht automatisch die Geschäftstrategien der DASA, die nach Kostengesichtspunkten Verlagerungen und nach Kapitalabhängigkeiten Fusionen einfädelt.

Gruppe GegenStandpunkt

Vortrag auf der Veranstaltung 'DASA & Dolores - Deutsche Waffen - deutsches Geld" Ende 1995 in Bremen (Hervorhebungen durch die Verf.)

GegenStandpunkt & Diskussion

Die politische Vierteljahreszeitschrift *GegenStandpunkt* lädt ein zur öffentlichen Diskussion ihrer Thesen. An folgenden Abenden soll ein Vortrag Rede und Widerrede eröffnen (Themen: s. Tagespresse):

- Donnerstag, 29.Februar, 19 Uhr
- Donnerstag, 14.März, 19 Uhr
- Donnerstag, 18.April, 19 Uhr
- Donnerstag, 30.Mai, 19 Uhr
- Donnerstag, 20.Juni, 19 Uhr

Ort: Bürgerhaus Weserterrassen, Osterdeich 70b

Besser spät als nie

Aus verschiedenen Gründen haben wir vom Infoladen Umschlagplatz es nicht geschafft, etwas zu den Ereignissen seit den Razzien und Festnahmen vom 13.06.95 zu Papier zu bringen. Seitdem ist viel geschehen, geändert hat sich für einige alles - wir sind uns dessen sehr bewußt und nichts und niemand wird vergessen.

Bespitzelungen und Durchsuchungen waren schon immer Mittel, zu denen der Staatsschutz gern greift, um linke Gruppen und Projekte in deren Arbeit zu behindern und einzuschüchtern. Die Räume des *Infoladens Umschlagplatz* (IL) und des *BBA-Ladens* wurden in den letzten sechs Jahren fünfmal durchsucht. Das letzte mal am 13.06.95, zeitgleich mit den Durchsuchungen von über 60 anderen Projekten und Privatwohnungen in der BRD. Neu an der Razzia im IL am 13.06. war, daß es diesmal nicht wie bei vorherigen Durchsuchungen in erster Linie um das Projekt Infoladen ging, sondern um eine Einzelperson, der unterstellt wird, Mitarbeiter unseres multimedialen Konzerns zu sein. Matthes, der seit dem 13.06. gesucht wird, wird u.a. vorgeworfen, redaktionelles Mitglied der Zeitschrift *radikal* zu sein. Er sowie drei andere Personen konnten sich glücklicherweise dem Zugriff der Bullen entziehen und sind seit dem 13.06. abgetaucht. Was es für diese Leute bedeutet, abgeschnitten von allem, was ihnen lieb und wichtig ist, leben zu müssen, ist nur schwer vorstellbar. Sicherlich waren und sind sie nicht verbannt aus den Köpfen und Herzen der 'Zuhausegebliebenen', auch wen es mangels ausreichender Öffentlichkeitsarbeit so wirken mag. Wir senden allen Gesuchten - und nicht nur denen aus den *radikal*-Verfahren - viele Grüße und wünschen weiter ganz viel Kraft und Mut, besonders Matthes (STAY RUDE) und Jutta aus Bremen.

13.06.95

An diesem Tag schlugen die BAW und ein riesiges Aufgebot an Bullen zeitgleich in acht Bundesländern gegen den linken Widerstand zu. Sie durchsuchten über 60 Wohnungen, Arbeitsplätze und linke Projekte. Ermittelt wurden hier gegen das K.O.M.M.I.T.E.E., die Anti-Imperialistischen Zellen, die Zeitschrift *radikal* sowie gegen die RAF: Vier Leute kamen noch am selben Tag in U-Haft und vier weitere ließen sich ab diesem Tage nicht mehr blicken, da die Knäste eh voll genug sind.

Diesen acht Leuten wird vorgeworfen, Verantwortliche der Zeitschrift *radikal*, angeblich eine kriminelle Vereinigung, zu sein. Am 5./6.12.95 kamen die vier Inhaftierten unter Auflagen auf freien Fuß: DM 20.000 mußten pro Person an Kaution gezahlt werden; dreimal die Woche bei den Bullen zu melden und ein Kontaktverbot (!) unter einander.

Am 19.12.95 folgten die nächsten Durchsuchungen. In Bremen, Oldenburg und Münster wurden vier Wohnungen wegen des Verdachts der "*Unterstützung einer kriminellen Vereiniegung*" durchsucht.

Inzwischen wurde das Kontaktverbot zwischen den ehemaligen Gefangenen aufgehoben und sie müssen sich nur noch einmal die Woche melden, doch ein Ende der ganzen Ermittlungen ist und soll wohl auch nicht abzusehen sein.

Heimliche Entenjagd

Daß der Infoladen durch seine Arbeit (dazu später mehr) dem Staatsschutz ein Dorn im Auge ist, zeigen unter anderem die Durchsuchungen. Und daß der Laden von Bullen bespitzelt wird, ist nichts neues, da aber seit Ende November beinahe regelmässig Cops in Zivil im Laden rumschleichen, halten wir es für angebracht, zwei von ihnen, wo wir 100prozentig sicher sind, hier näher zu beschreiben: Beide sind mittelgroß (ca. 175 cm), Mitte 30 und wirken äußerst sportlich. Einer von ihnen hat hellbraune, halblange Haare, der andere mittelblonde, kurze Haare und ein etwas spitzes, blasses Gesicht. Daß diese Typen bei uns nix verloren haben, ist klar: Wir haben keine Lust, uns in unserer Arbeit ausspionieren zu lassen: SCHERGEN VERPISST EUCH. Es liegt auf der Hand, daß die Präsenz der Cops im IL nicht zufällig zeitgleich mit dem Erscheinen der neusten Ausgabe der *radikal* (Nr.153) ist. Schwierigkeiten dieser Art hat auch der Infoladen Schlagloch in Dresden, wo die Schergen am 13.12.95 gleich eine Hausdurchsuchung veranstalteten und zwei anwesende Leute kurzzeitig verhafteten. Der Tatvorwurf bei dieser Aktion wurde mit dem Verkauf der *radikal* begründet, was ein " *Werben für eine kriminelle Vereinigung* " darstelle. Doch davon lassen wir uns nicht schokken!

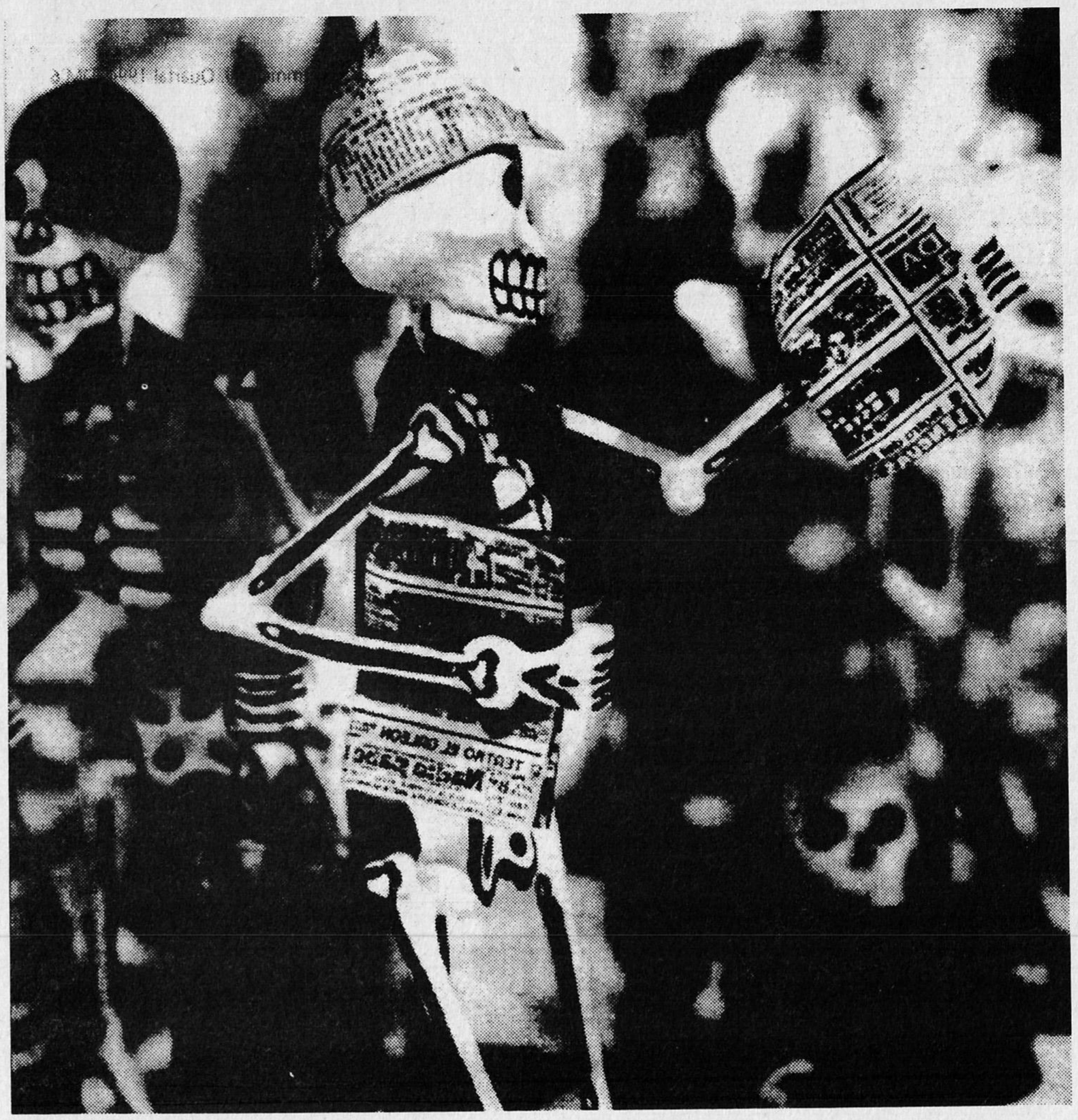
2 CV

Trotz massiver Kriminalisierungsversuchen seitens der BAW ist die *radikal* seit 1976 kontinuierlich erschienen. Da sie sich Mitte der 80er Jahre heftigster Kriminalisierung und Verfolgung gegenüber sah und es neben einem illegalen Erscheinen nur die Alternativen eigene Zensur, d.h. bestimmte Themen nicht mehr zu veröffentlichen, oder die Zeitung ganz einzustellen gab, machten sie sich daran, unter aufwendigen Produktions- und Vertriebsbedingungen die Zeitung weiterhin zu erstellen. So konnten sie ohne Beachtung der rechtsstaatlichen Meinungskontrolle weiterhin linksradikale/militante Positionen veröffentlichen. Die *radikal* berichtet sowohl über militante Politik und Aktionen als auch über Organisierungsprozesse, antifaschistische Themen, Sexismus etc. in einer Form, wie es in anderen Zeitungen nur schwer möglich ist. D.h. sie ist nicht nur als Dokumentation zeitgeschichtlicher Ereignisse, sondern auch als Diskussionsforum für linke militante Politik nicht mehr weg zu denken. Deshalb ist sie als unzensiertes Medium außerhalb staatlicher Kontrolle unentbehrlich für das Angebot jedes Infoladens. **Aus diesen Gründen wird die Zeitschrift 'radikal' auch weiterhin im IL erhältlich sein!**

Wir lassen uns nicht einschüchtern und werden wie bisher das verbreiten, was keinen Platz in der bürgerlichen Presse findet oder dort verfälscht wiedergegeben wird !!!

Zu unserem Projekt

Der *Infoladen Umschlagplatz* in der St.-Pauli-Straße existiert nunmehr seit sechs Jahren. Wie bei vielen anderen Infoläden in der brd geht es uns dabei um einen Versuch, Gegenöffentlichkeit zu schaffen und als offene Anlaufstelle linksradikale Politik auch außerhalb der Scene bekannt zu machen. Seit der Entstehung des damaligen Antifa-Infoladens aus drei Antifa-Büchertischen hat sich vieles verändert, sowohl im Laden als auch in der linksradikalen Szene. Von dem anfangs eindeutigen Schwerpunkt auf anti-faschistischer Politik ist das Repertoire des IL inzwischen um viele Bereiche erweitert worden.



radikal

Die seit 1976 in Berlin erscheinende *radikal* entwickelte sich Anfang der 80er Jahre zu einer bedeutenden bnudesweiten Zeitung der autonomen Hausbesetzerbewegung. In ihr wurde über Erfahrungen und Strategien - aber auch über Aktionen und militante Anschläge des linken Widerstands - berichtet. Nachdem reihenweise 129a-Verfahren wg. Erscheinens von Anschlagserklärungen der Guerilla (was die BAW mit werben für eben diese gleich setzt) eröffnet wurden, sind zwei angebliche Herausgeber 1984 verurteilt worden. Da sie ihre langjährige Haftstrafe nur durch die Berufung ins Europaparlament entgehen konnten (parlamentarische Immunität), entschlossen sich die Macher/innen, die Zeitung verdeckt aus dem Untergrund herauszugeben. Es gab fort an kein Impressum mehr und die Adresse befand sich nun im Ausland. Die Staatsschützer konnten so die Produktion der *radikal* nicht mehr verhindern und versuchten jetzt, die Vertriebsstruktur zu zerschlagen. 1986 gab es bundesweit zahllose Durchsuchungen in linken Buch- und Infoläden sowie bei Privatpersonen. Doch von den 87 Ermittlungsverfahren wg. 129a gelang es nur bei wenigen, eine Verurteilung zu erreichen. Auch die *radikal* erschien weiterhin in unregelmäßigen Abständen bis zum heutigen Tage....

Den Sinn und Zweck des Ladens sehen wir darin, interessierten Leuten eine große Bandbreite an Informationsmaterial zugänglich und so Diskussionen über linke Politik möglich zu machen. Oft gestaltet es sich schwierig, dem Anspruch gerecht zu werden, alles abzudecken, was es zu den verschiedenen Themenbereichen gibt. Es besteht jedoch immer die Gelegenheit, über den IL Dokumentationen, Broschüren oder Bücher zu bestellen, die nicht zu unserem Angebot gehören, d.h. wir sind offen für neue Anregungen.

Aber die Struktur, die der IL bietet, soll nicht nur von vielen genutzt, sondern auch von vielen gestaltet werden. Wir verstehen uns nicht als reines Dienstleistungszentrum, sondern als Anlaufpunkt für Leute, die sich informieren, austauschen und einbringen wollen. Gruppen bietet der IL die Möglichkeit, aktuelle Termine wie z.B. Demonstrationen, Veranstaltungen, Prozeßtermine, bevorstehende Abschiebungen usw. kurzfristig bekannt zu geben. Durch den bundesweiten Kontakt zu anderen Infoläden kann eine schnelle Verbreitung der Infos gewährleistet werden. Vorraussetzung ist natürlich, dass Infos schnell an uns weiter gegeben werden. Deshalb nochmal die Aufforderung an euch: **Nutzt die Struktur des Infoladens! Dafür ist sie da!**

Durch Büchertische bei Konzerten und Veranstaltungen versuchen wir, an Leute heranzutreten, die vieleicht noch nie etwas vom IL gehört haben; außerdem versuchen wir, Leute aus dem Umland, wo es nur kleine oder gar keine linken Strukturen gibt, mit Material für eigene Büchertische so gut es geht zu unterstützen. Auch für die Erarbeitung von Referaten für Schule, Hochschule und Uni bietet unser Angebot einiges an Hintergrundinformationen, z.B. über faschistische Strukturen, zu Kurdistan, zum Jugoslawien-Konflikt. Wenn es Fragen gibt, wo wir nicht weiterhelfen können, können wir auch an Gruppen, die zu bestimmten Themen arbeiten, weitervermitteln.

Wir geben unser Bestes!

Vorsicht Werbung

Hier noch mal eine Auswahl der Themenbereiche, zu denen im Infoladen Material erhältlich ist:

- ANTIFA: Dokumentationen zu Parteien, Organisationen; regelmässige Broschüren etc.
- INTERNATIONALES: Kurdistan, Nordirland, Osteuropa, usa, Euskadi etc.
- AUTONOME BEWEGUNG: Szene-Blätter aus verschiedenen Städten und Regionen
- FEMINISMUS: Eugenik, Internationaler Frauenkampf etc.
- POLITISCHE GEFANGENEN/REPRESSION
- BEHINDERTEN-BEWEGUNG
- DROGENPOLITIK
- MILITANTE POLITIK
- SOWIE: Flugblätter zu aktuellen Ereignissen, T-Shirts, Aufnäher, Schlekkies, Aufkleber, Postkarten und Musik

Desweiteren gibt es noch zu den Verfahren vom 13.06. ein INFOBÜRO. Dort ist eine Anlaufstelle für Leute, die evtl. Schwierigkeiten mit Justiz und Strafverfolgung haben, oder erwarten. Desweiteren gibt es dort den aktuellen Stand der Verfahren, der laufenden Soli-Arbeit und kommenden Aktionen.

INFOBÜRO 13.06.

St. Pauli Str. 10-12

28203 Bremen

TEL. u. FAX: 0421/ 75682

Mo., Di., Fr. von 16-19 Uhr zu erreichen.

INFOLADEN UMSCHLAGPLATZ

UNSERE ÖFFNUNGSZEITEN SIND MONTAG, MITTWOCH, FREITAG VON 16-19 UHR

TEL. und FAX: 0421/ 75682

Eine Kritik der Nachhaltigkeits-Ideologie[1]

Effektivierter Industrialismus

»Nachhaltigkeit« ist zum Lieblingswort neuer ökologischer Biederkeit geworden Gemeint ist damit in der Regel ein schonender Umgang mit natürlichen Ressourcen, der die natürlichen Voraussetzungen der Gesellschaft nicht durch Übernutzung und ökologische Schädigung selbst untergräbt. Die in der Empfängnisverhütung wenig erfolgreiche Methode des »Aufpassens« soll, demzufolge, in der Wirtschaftspolitik plötzlich erfolgreich sein.

Kennzeichnend für den Ansatz der Ökologen und Alternativen ist, daß sie sowohl das Mann-Frau-Verhältnis als auch das Verhältnis zwischen Industrieländern und Dritter Welt hauptsächlich als moralische und nicht als materielle Verhältnisse, als Produktionsverhältnisse verstehen" (2) - diese Einschätzung trifft auf die meisten Nachhaltigkeits-Positionen und ihre Sichtweise des Gesellschaft-Natur-Verhältnisses zu. Im Gegensatz dazu soll hier im folgenden dargelegt werden:

- daß Naturzerstörung und Nicht-Nachhaltigkeit zum sozialen Programm des industriellen Kapitalismus (wie auch der realso-zialistischen Entwicklungsvariante) gehört und nicht einfach bewußt weggelassen werden kann;
- daß Ökologie und Nachhaltigkeit heute zu einem Herrschaftsdiskurs geworden sind und Teil einer Strategie sind, den industriellen Kapitalismus zu »entschlacken« und zu effektivieren, ohne den naturzerstörenden Kern seines Programms anzutasten;
- daß nicht gutgemeinte Refomvorschläge gefragt sind, sondern der schwierige Verständigungsprozeß über eine soziale Bewegung, die den Kern des Problems angreift.

Industrialisierung und Hausfrauisierung

Was passiert eigentlich. wenn eine Gesellschaft sich industrialisiert? Praktisch gesehen, entsteht eine wachsende Gruppe von Menschen, die nicht mehr in der Lage ist, sich selbst zu ernähren und zu reproduzieren. Mit der Trennung von Arbeit und Wohnung, Produktion und Reproduktion müssen alle Funktionen von der Koch- und Hausarbeit bis zur Kindererziehung und kulturell-psychischen Reproduktion von anderen geleistet werden. Die feministische Theorie hat deutlich gemacht, daß Industrialisierung nur möglich ist in Verbindung mit einem Prozeß, der Hausfrauisierung genannt wird: jedem Arbeiter und Bürger mußte tendenziell eine Ehefrau als Hausfrau zugeordnet sein, die für das konkrete Überleben von ihm und den Kindern sorgt. Nach den Katastrophen der Frühindustrialisierung setzte sich deshalb das Prinzip des Ehemann-Gehalts durch, d.h. eine Bezahlung, die für den Kauf der notwendigsten Güter für mehrere Personen ausreichend ist. Die an internationalen Entwicklungsfragen orientierte neormarxistische Theorie hat herausgearbeitet, daß ein industrieller Komplex immer abhängig ist von der Umgestaltung anderer geographischer Zonen. Die sog. Peripherie versorgt das industrielle Zentrum mit »Natur«: mit Rohstoffen, Nahrungsmitteln, mit neuen Arbeitskräften und mit Platz. Dieses Verhältnis tritt als Stadt-Land-Gegensatz, als Erschließung neuer Gebiete und als internationaler Gegensatz zwischen Zentrumsländern und Peripherieländern oder -regionen in Erscheinung (3). Die Industrie bricht ohne ihr geographisches Hinterland zusammen, ebenso wie der männliche Erwerbsarbeiter ohne sein familiäres Hinterland. Es ist daher ihre Überlebensfrage schlechthin, wie der industrielle Komplex sein Hinterland effektiv kontrollieren kann, um nicht selbst verletztlich und erpreßbar zu sein. Die geschicht- liche Erfahrung zeigt, daß die Kontrolle durch direkte Gewalt und unmittelbaren Zwang zwar historisch vorausgeht, auf die Dauer aber allein unzureichend und uneffektiv ist. Daher muß die Zulieferungsarbeit des Hinterlands für die LieferantInnen alternativlos gemacht werden. Dies geschieht durch die Manipulation von Natur. Die natürlichen Zusammenhänge und produktiven Naturbezüge, auf die sich die vorgefundene Subsistenzwirtschaft stützen konnte, werden systematisch zerstört. An ihre Stelle tritt eine künstliche Umwelt, die ohne den industriellen Input nicht mehr existieren kann. Deshalb lohnt sich Naturzerstörung. Um ein Beispiel zu geben: die Prärien im mittleren Westen der USA, die Great Plains, waren zum Zeitpunkt ihrer Erschließung ein hochproduktives Ökosystem. Es ist geschätzt worden, daß die riesigen Büffelbestände eine jährliche Produktivität an Fleisch und anderen tierischen Rohstoffen hatten, die durch die spätere landwirtschaftliche Nutzung nie wieder erreicht wurde. Trotzdem wurde dieses Ökosystem nach dem Bürgerkrieg in wenigen Jahrzehnten zerstört. Die Herden wurden bis 1875 abgeschlachtet und an ihrer Stelle züchteten reiche Grundbesitzer dort in großem Stil Rinder Die Longhorns weideten die empfindliche Grasnarbe der Prärie binnen kurzer Zeit ab. Im Winter 1885/86 gingen sie massenhaft an Hunger ein. An Stelle der Longhorns wurden nun SiedlerInnen in die Plains gelassen. Die erste Generation machte mit der Dürre 1896 pleite, da der Anbau von Aussaatgetreide für die regenarmen Plains ungeeignet war Die zweite Generation, die sog. sod-busters, pflügten ab 1910 die Prärie mit Traktoren

um und arbeiteten mit industriell produziertem Saatgut und künstlichen Düngemitteln. Diese Methode öffnete den Boden der Erosion und führte zu den gefürchteten Staubstürrnen, den "Schwarzen Blizzards" 1935. In den folgenden zwei Jahrzehnten mußte mit großem Aufwand versucht werden, durch Hekkenanpflanzungen, Windschutz etc. die Erosion wenigstens abzumildem (4).

Politische Ökologie des Industrialismus

Eine Abfolge von Katastrophen, sollte man meinen, ein warnendes Beispiel zugunsten einer angepaßt-nachhaltigen Nutzungsweise. Und dennoch ein typisches Beispiel einer erfolgreichen Erschließung, an der sich die fünf Hauptaspekte der politischen Ökologie des Industrialismus zeigen lassen:

- *Naturzerstörung als Enteignung von Gebiet.* Es war ein offenes Geheimnis, daß die Büffelausrottung die Existenzgrundlagen der in den Plains zusammengedrängten IndianerInnenvölker vernichtete. Diese ökologische Kriegsführung war die wirkungsvollste Methode, das Land in Besitz zu bekommen.
- *Umformung von Natur zum Hinterland,* das auf die komplementären Bedürfnisse des industriellen Sektors zugeschnitten wird. Die Produktivität des vorgefundenen Ökosystems war hoch, aber nicht nutzbar für die Versorgung der Industriearbeiterschaft an der Ostküste. Rinder ließen sich über weite Entfernungen zu den Schlachtstationen an den Eisenbahnstrecken treiben und entsprachen den Konsumgewohnheiten der Bevölkerung.
- *Der Zeitfaktor überwiegt die Bedeutung nachhaltiger Nutzung.* Bis 1890 hatten die »Rinderbarone« soviel Profit gemacht und die versorgte Ostküste soviel Schwerindustrie und Rüstungsproduktion aufgebaut, daß die Hinterland-Funktion nach Lateinamerika verschoben werden konnte: dort wurden jetzt Flächen angekauft und politische Verhältnisse durchgesetzt, die für den Rindfleischexport in die USA sorgten.
- *Naturerschließung als Sozialimperialismus und Reformersatz.* Die Siedlungspolitik seit dem Homestead Act versprach jedem männlichen Familienoberhaupt billiges Land im Westen, das behalten werden durfte, wenn es fünf Jahre rentabel bewirtschaftet wurde (natürlich unter Ausnutzung der unbezahlten familiären Arbeitskraft). Dieses soziale Ventil minderte den gesellschaftlichen Reformdruck im industrialisierten Osten und exportierte die dort entstehende Armut in die freien Gebiete.
- *Scheinbare Produktivität der Landnutzung.* Trotz der ökologisch katastrophalen Politik wurde der mittlere Westen zum Wheat Belt, zum Weizengürtel, der bis heute die USA zum weltweit größten Getreideexporteur macht. Der Schein trügt jedoch: unter den Bedingungen räumlicher Abgeschlossenheit würde diese moderne landwirtschaftliche Produktion zusammenbrechen. Es ist eine künstliche Landwirtschaft, in der "*die Natur kaum mehr eine Rolle spielt* " (5); die mehr einer Fabrik ähnelt, deren Faktoren von außen zugeführt werden: Saatgut, Maschinen, Kunstdünger, Pestizide usw. Der ökologische Raubbau macht die vorfindliche Natur zu Geld und wird in weltpolitische Macht umgesetzt, die wiederum den Zustrom von Öl, Metall etc.organisiert, ohne den die industrielle Landwirtschaft gar nicht funktionieren würde. Naturzerstörung, Nicht-Nachhaltigkeit, ist im industriellen Kapitalismus also kein Irrtum, sondern eine höchst erfolgreiche Strategie. Die genannten fünf Aspekte lassen sich bei verschiedensten Erschließungsprozessen ausmachen: bei der Kolonisierung von Regionen der »Dritten Welt« ebenso wie bei der industriellen Erschließung der »inneren Natur« der Menschen, bei der Nutzung weiblicher Arbeitskraft in der Hausfrauisierung des 19. Jahrhunderts und bei der Verschleißnutzung von Arbeitskraft in den Freien Produktionszonen des 20. Jahrhunderts (6). Um die politische Ökologie des industriellen Kapitalismus zu erkennen, muß man sich von den Fortschrittsmythen steigender Produktivität ebenso freimachen wie von der Vorstellung, Industriekapitalismus vorrangig als Wirtschaftssystem zu sehen. Im Kern handelt es sich um ein soziales Programm, Herrschaft zu organisieren. Es geht um die Durchsetzung und Verteidigung von Versorgungs- und Dienstleistungsketten, in denen die industrielle Produktion nur ein Instrument (unter mehreren) ist, die notwendigen Abhängigkeitsprozesse zu erzeugen. Die jeweiligen Spitzen der großen und kleinen sozialen Pyramiden - die Spitzen, zu denen hin sich der Konsum verdichtet und die unmittelbare, naturnahe Subsistenzproduktion und Reproduktionsarbeit abnimmt - müssen die Basis der Pyramide, nämlich die »kolonisierten« Menschen und deren Umwelt, dafür permanent attackieren und ihre Möglichkeit zu unabhängiger Existenz aushebeln. Katastrophen machen sich bezahlt. Zerstörung von Natur und ihre Überführung in künstlich-kontrollierte Natur ist daher ein Kernelement der politischen Ökologie des Industrialismus und der bürgerlichen Gesellschaft. Dies betrifft die Natur des Menschen - ihre Psyche, ihre Körperlichkeit und ihre soziale Identität - ebenso wie die natürliche Umwelt. Deshalb kann, wer »Nachhaltigkeit« will, den industriellen Kapitalismus nicht einfach »besser«, ökologischer, weniger verschwenderisch machen, sondern er muß das soziale Programm ändern.

Globale »lean production«

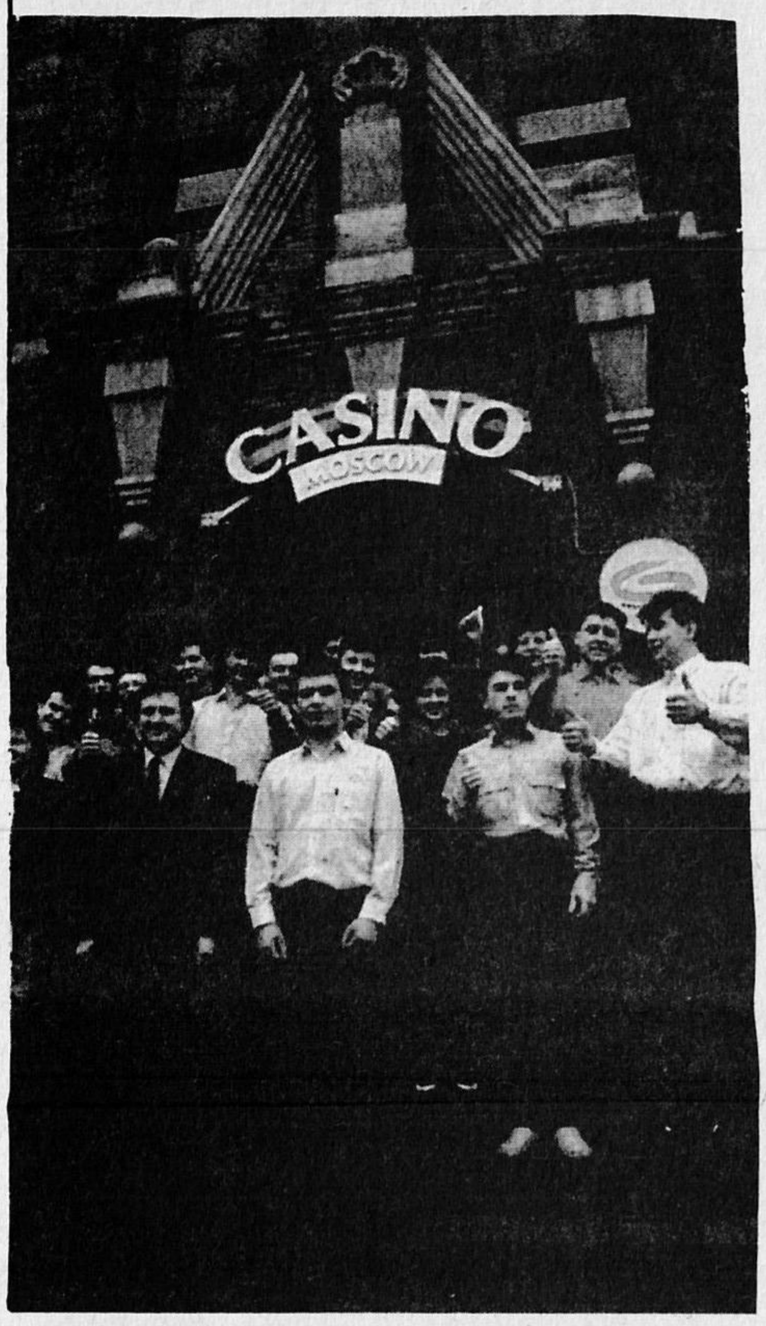
Nun passiert zweifellos trotzdem eine ganze Menge an ökologischen Maßnahmen und Strategien für »Nachhaltigkeit«, gerade in den hochindustrialisierten Zentrumsnationen und auf der Ebene internationaler Entwicklungsprogramme. Nur ist dieser Prozeß nicht das, was er scheint. Was sich ökologische Modernisierung nennt, ist der Versuch eines Umbaus des sozialen Herrschaftssystems im Sinne einer globalen lean production: einer Entschlackung, Verschlankung und Flexibilisierung. So, wie der großbetrieblichen Produktion heute mit dem Konzept der »schlanken Produktion« effektivierende Diäten empfohlen werden, soll auch dem globalen Produktions- und Herrschaftssystem eine schlankere, effektivere Gestalt verliehen werden. Diese ist notwendig geworden, weil das Herrschaftsmodell des Fordismus sich seit geraumer

Zeit in einer lethalen Krise befindet.

Wirtschaftlich gesehen ist Fordismus die historische Weiterentwicklung des industriellen Kapitalismus mit folgenden Kennzeichen: Übergang zur angebotsorientierten industriellen Massenproduktion; Steigerung der Arbeitsproduktivität durch Intensivierung der Arbeit (Stichwort Fließband); ökonomische und politische Integration der Lohnarbeiterschaft in den Staat (»Wohlfahrtsstaat«); große Konsumgüterindustrie verdrängt die kleine Warenproduktion (7). Der Fordismus gilt weithin als verantwortlich für die globale ökologische Krise, aufgrund seines ungehemmten Produktionswahns um jeden Preis und aufgrund seines verschwenderischen Konsummodells. Aber auch das ist, notabene, nur die halbe Wahrheit. Als soziales System ist der Fordismus, der sich zwischen den 30er und 50er Jahren des 20. Jahrhunderts voll durchsetzt, ein Organisationsprinzip von nationaler und internationaler Herrschaft und Abhängigkeit.

Mit dem Fordismus tritt die *Bevölkerungsmehrheit* der hochindustrialisierten Großmächte zur Bevölkerung der abhängigen Nationen und zu marginalisierten Bevölkerungsgruppen im eigenen Land in ein Verhältnis, wie es zuvor zwischen industriellem Sektor und dem Rest herrschte. Dies entsprach grundsätzlich dem, was der NS-Wirtschaftstheoretiker Hans Kehrl propagiert hatte: "*Im Großraum können deutsche Arbeiter in Zukunft nur für hochwertige und bestbezahlte Arbeit, die den höchsten Lebensstandard ermöglicht, angesetzt werden; Produkte, die diese Voraussetzungen nicht erfüllen, werden wir in immer zunehmendem Maße den Randvölkern überlassen müssen ... Aus dieser Notwendigkeit ergibt sich auch die Notwendigkeit einer steigenden technischen Rationalisierung und daraus folgt die Möglichkeit, höhere Löhne zu bezahlen.*" (8) Die faschistische Variante scheiterte jedoch am ganzen Ausmaß des militärischen und sozialen Widerstands der "Randvölker" (und in zweiter Linie am inneren Widerstand). Die integrativen Angebote waren zu schwach, die offene Vemichtungspolitik auf Dauer nicht durchhaltbar. Erfolgreich waren dagegen die liberal-kapitalistische und die realsozialistische Variante. Beide verbanden ein höheres Maß an Emanzipationsangeboten im Inneren mit Entwicklungsversprechen nach außen. Die Ausbeutungsverhältnisse nach Geschlecht, Ethnie und sozialer Schichtung wurden internationalisiert und gleichzeitig in den Metropolenstaaten abgemildert, zugunsten einer höheren Partizipation und sozialen Integration in die fordistische Nation. Nach außen hin boten beide Varianten kooperationswilligen nationalen Eliten in der »Dritten Welt« die Chance, durch den Aufbau eigener industrieller Sektoren Zonen fordistischer »Erster Welt« auch bei sich zu etablieren.

Dieses Modell von nationaler und globaler Herrschaft war machtpolitisch sehr effektiv (durchschlagend), aber ökologisch und ökonomisch nicht besonders effizient (kostengünstig). Die ökologische (und ökonomische Krise des fordistischen Modells hat ihren Ursprung darin, daß immer ee-waltigere Mengen an Produktion, immer riesigere Stoff- und Energieströme, immer radikalere Naturausbeutungen notwendig wurden, um dieses Herrschaftsmodell aufrechtzuerhalten (9). Die Implosion der realsozialistischen Staaten bedeutet unter diesem Gesichtspunkt nichts anderes, als daß der Preis einer Annäherung als Nation an die »Erste Welt« unbezahlbar geworden ist und diese Perspektive nur für einzelne Gruppen realisierbar ist: für bestimmte Unternehmensgruppen, für Teile der qualifizierten und westlich gewandten LohnarbeiterInnenschaft oder für neue wirtschaftskriminelle Männerbünde.



Croupiers in Moskau

Wenn der Westen heute globale Ökologie und Nachhaltigkeit als neues Paradigma vertritt, so ist dies gemeint als ein Lösungsversuch der ökologischen Krise der fordistischen Herrschaftsvariante. Der Kern der High-Tech-Produktion soll keineswegs angetastet werden, aber die ökologischen und ökonomischen Kosten zur Befriedung der Peripherie sollen gesenkt werden. Den Eliten der »Dritten Welt« wird der Abschied von der nachholenden Entwicklung abverlangt; mit Emissionen, Abholzungen und Rohstoffverbrauch »auf eigene Faust« sollen sie sich künftig zurückhalten. Sie sollen die Zahl der Armen durch Bevölkerungspolitik begrenzen, damit die Kosten der sozialen Befriedung gesenkt werden können.Und auch in den Zentrumsnationen kann ja ein »Umdenken« nicht schaden, das die zunehmende soziale Marginalisierung zur Befreiung vom Konsumterror verklärt.

Ökologie und Nachhaltigkeit sind in diesem Kontext Codewörter für eine neue globale lean production, die dieses Betriebsmodell auf den gesamten Globus überträgt. Wie betrieblich das mittlere Management und seine Abteilungen weggespart werden, so werden global die Regierungen der »Dritten Welt« und ihre Industrialisierungserwartungen tendenziell ausgeschaltet. Statt dessen werden »nachhaltige« Entwicklungsprogramme an der gesellschafllichen Basis gefördert (häufig mittels Unterstützung von Nicht-Regierungs-Organisationen).

Dies bedeutet aber keineswegs, daß Subsistenzstrukturen und Autonomie gestärkt werden, sondern lediglich, daß die Einbindung in den Markt mit weniger Aufwand durchgesetzt wird. Die betriebliche lean production orientiert auf den modernen Heimarbeitsplatz mit einem eigenen Computer auf dem häuslichen Schreibtisch (was die Kosten für ein Büro und einen Parkplatz einspart). Der globale Trend geht dahin, nicht mehr in jedem Fall Fabriken bauen zu müssen, um Arbeitskräfte einzubinden, sondern über Geld für »einkommenschaffende« Arbeiten eine moderne Verlagsproduktion aufzubauen.

Erinnert sei z.B. an die Projekte nach dem Muster »jeder Frau eine Kuh«: In bestimmten afrikanischen Regionen wurde mit westlicher Entwicklungshilfe Frauen Geld zum Kauf eine Kuh geliehen, das sie mit dem Verkauf der Milch zurückzahlen sollten; gleichzeitig mußten sie an Aufklärungsveranstaltungen über Verhütungsmethoden teilnehmen. Wenn sie trotzdem schwanger wurden, wurde der Kredit gestrichen und sie mußten die Kuh zurückgeben; ansonsten ging sie nach Abzahlung in ihr Eigentum über. Wer genau hinsieht, wird bei allen offiziell geförderten Projekten »nachhaltiger Entwicklung« solche Elemente ökonomischer Anreize zur Einbindung in die Marktabhängigkeit finden. Dies ist die Konsequenz daraus, daß eine Einbindung über das Modell der fabrikmäßigen Industrialisierung ökologisch nicht mehr tragbar ist bzw. die Metropolen zwingen würde, ihre ökologischen Verschmutzungs- und Verschwendungs-»Rechte« zu teilen.

Kapitalismus auf Diät?

Die alten Herrschaftseliten und ihre Denkfabriken wüßten also schon, wo's langgeht in einen »nachhaltigen Kapitalismus«, der zwar mitnichten umweltfreundlich und schonend wäre, aber die Hauptprobleme der fordistischen Krise des Herrschaftssystems löst:

- *Die stofflichen Engpässe* lassen sich überwinden: mehr Recycling, mehr Substitution durch »nachwachsende Rohstoffe«, Übergänge auf nichtfossile Energieträger (nicht gerade Wind und Wasser, wohl aber Biomasse z.B.) - das erfordert zwar einen noch skrupelloseren Zugriff auf den Platz, den bisher Menschen zum Leben benötigen, »spart« aber die Ressourcen für den Kern des industriellen Systems auf Kosten des Konsums.
- *Die künstlichen Abhängigkeiten* der weltweiten »Lieferanten« lassen sich noch verstärken: über Gen- und Biotechnik kommt die Befriedigung der Grundbedürfnisse weltweit unter Monopolkontrolle, die Computerisierung ermöglicht flotte Produktionsverlagerungen und erpreßt die »Standorte«.

- Nationen als Anspruchs-Bollwerke des *Wohlfahrtsstaates* lassen sich desintegrieren, solange sich komplizierter werdende Mehrheiten konstruieren lassen, für die es sich »lohnt« - und solange peinlich darauf geachtet wird, daß Umweltkatastrophen nur die Schwächsten treffen.
- Die *integrativen Anreize* des Fordismus lassen sich durch einen konsequenten Leistungsrassismus retten. Absolut ist zwar weniger Platz im Boot, und die korporativen Garantien werden abgebaut (die Frauenbeschäftigung geht zurück, das Asylrecht wird demontiert, die Sozialleistungen gestrichen). Aber der/die einzelne kann sich gleichzeitig durch eine individualistische »Gleichstellungspolitik« verbesserte Chancen ausrechnen, seine Diskriminierung (nach Geschlecht, Ethnizität, sexueller Orientierung usw.) durch Leistungsbezug und Anpassung zu kompensieren. Das schwächt die soziale Renitenz in den Metropolen ebenso wie den nationalistischen Widerstand in »Dritte Welt«-Ländern gegen die Zumutung der »Entwicklungsbegrenzung«. Umgekehrt wissen wir seit den ersten Studien zur Nachhaltigkeit im Norden, daß auch bei uns nicht die Lichter ausgehen müßten, wenn wir auf den zerstörerischen Zugriff auf Umwelt und Ressourcen der gesamten Welt verzichten würden (10). Das meiste schluckt scheint's die pure Hypertrophie des Herrschaftssystems selbst, das Unmengen nutzloser Güter produzieren muß, um die notwendigen Abhängigkeiten zu erzeugen (11).

Freilich lassen uns diese Studien allein mit der Frage nach dem, wie man denn verhindern soll, daß ein paar Spar-Rosinen aus diesen Ideen herausgepickt werden und ansonsten nichts passiert. Das ist nämlich keine Frage guter Vorschläge mehr, sondern eine Frage sozialer Kämpfe - deren wichtigste (analog zum obigen Programm) darum gehen werden:

- 1. ob die zunehmende Brutalität nach außen (die direkten Angriffskriege und UN-Interventionen gegen Länder der »Dritten Welt« und die Verteidigung blutiger Grenzen gegen die Migration) am sozialen Widerstand hier wie dort Grenzen findet;
- 2. ob es gelingt, die totale Vermarktung von Leben und Natur (Umstellung auf Nahrungsmittelproduktion mit patentierten genmanipulierten Bio-Materialien) zu verhindern und die rechtsfreien Räume der neuen Weltmarktfabriken aufzubrechen;
- 3. ob sich hier alle gemäß ihrer pluralistisch gebrochenen Multi-Identitäten beliebig aufspalten und gegeneinander ausspielen lassen, oder ob sich neue solidarische Organisationsformen quer zur bisherigen Identitäts-Politik bilden werden;
- 4. ob die bislang zentralen sozialen Kämpfe und Widerstandshandlungen von Frauen, Nicht-Weißen und dequalifiziert Beschäftigten sich aushöhlen, weil mehr einzelne »rübermachen« können - wenn sie nur mitmachen bei einem Leistungsrassismus, der sich powerfeministisch, multi-kulturell und flexibel gibt. Oder ob diese klassischen Kämpfe zu einer neuen Zuspitzung hinführen, nämlich gleiche Lebensrechte ohne leistungsrassistische Vorbedingungen durchzudrücken.

Das klingt nicht besonders ökologisch. Aber zukünftige Katastrophen werden sich nicht verhindern lassen durch bessere Vorschläge, wie die ökologischen Kosten an der gesellschaftlichen Peripherie gesenkt werden können. Es wird allein darauf ankommen, ob es einer neugruppierten und internationalen sozialen Bewegung gelingt, den Kern des kapitalistischen Industrieregimes zu Abstrichen und Beschränkungen zu zwingen.

Christoph Spehr

Anmerkungen:
(1) Jegliche Ähnlichkeiten mit lebenden oder toten Artikeln, z.B. denen in der spw79 oder der Politische Ökologie Sonderheft 6, sind rein zufällig.
(2) Claudia Werlhof: Frauen, die letzte Kolonie, Reinbek 8.Aufl. 1988, Einleitung.
(3) Maria Mies: Patriachat und Kapital, Zürich 2.Aufl.1989; Immanuel Wallerstein: Der historische Kapitalismus, Berlin 1989.
(4) David Worster: Dust Bowl, in: Rolf Peter Sieferle (Hrsg.): Fortschritte der Naturzerstörung. Frankfurt/M. 1988.
(5) Pat Mooney und Cary Fowler: Die Saat des Hungers, Reinbek 1991.
(6) Eine interessante Darstellung zur britischen Kolonisierung Indiens unter ökologischem Aspekt ist z.B. Michael Mann: Ökonomie und Ökologie, in: Jürgen Osterhammel (Hrsg.): Asien in der Neuzeit. Frankfurt/M. 1994.
(7) Thomas Hurtienne: Fordismus. Entwicklungstheorie und Dritte Welt, Peripherie 22/23, 1986.
(8) zitiert nach Horst Kahrs: Von der "Großraumwirtschaft" zur "Neuen Ordnung", in: Modelle für ein deutsches Europa, Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik 10, Berlin 1992.
(9) Für eine mehr ökonomische Annäherung an die Transformation "Vom fordistisclten zum »postfordistischen« Staat" ist das gleichnamige Kapitel bei Joachim Hirsch: Kapitalismus ohne Alternative, Hamburg 1990, ganz interessant.
(10) Die Pilotstudie "Sustainable Netherlands" von Friends of the Earth Niederlande ist in deutscher Übersetzung beim Institut für sozial-ökologische Forschung erschienen; zur Zeit wird eine entsprechende Studie für Deutschland erarbeitet vom Wuppertal Institut für Klima - Umuwelt - Energie in Zusammenarbeit mit dem BUND.
(11) Diese Tendenz drückt sich auch darin aus, daß der Warenaustausch zwischen den Metropolen relativ zunimmt (und zwar immer schneller), während der Ressourcentransfer aus der »Dritten Welt« in die Metropolen absolut immer noch zunimmt (aber immer langsamer).

BUKO-Stellungnahme

"Zukunftsfähiges Deutschland" - Ein Technokratenmärchen

Fit, schlank und mit gutem Gewissen - Das "Wuppertal Institut" präsentiert den Kapitalismus fürs 21. Jahrhundert

Neue kulturelle Leitbilder entfalten, neue politische Strategien zur öko-sozialen Gestaltung der Produktions- und Lebensweise in Deutschland entwerfen - dies ist der Anspruch, welchen die AutorInnen der Studie des "Wuppertal Instituts" (WI) formulieren.

Ein Hinweis vorab: Die Zitate im folgenden Text beziehen sich - soweit nicht anders vermerkt - auf den vorläufigen und internen Endbericht, da weder die auftraggebenden Organisationen BUND und Misereor, noch das WI selbst auf Anfrage dazu bereit waren, uns die offizielle Endfassung vorab auszuhändigen und wir uns daher die Studie anderweitig beschaffen mußten.

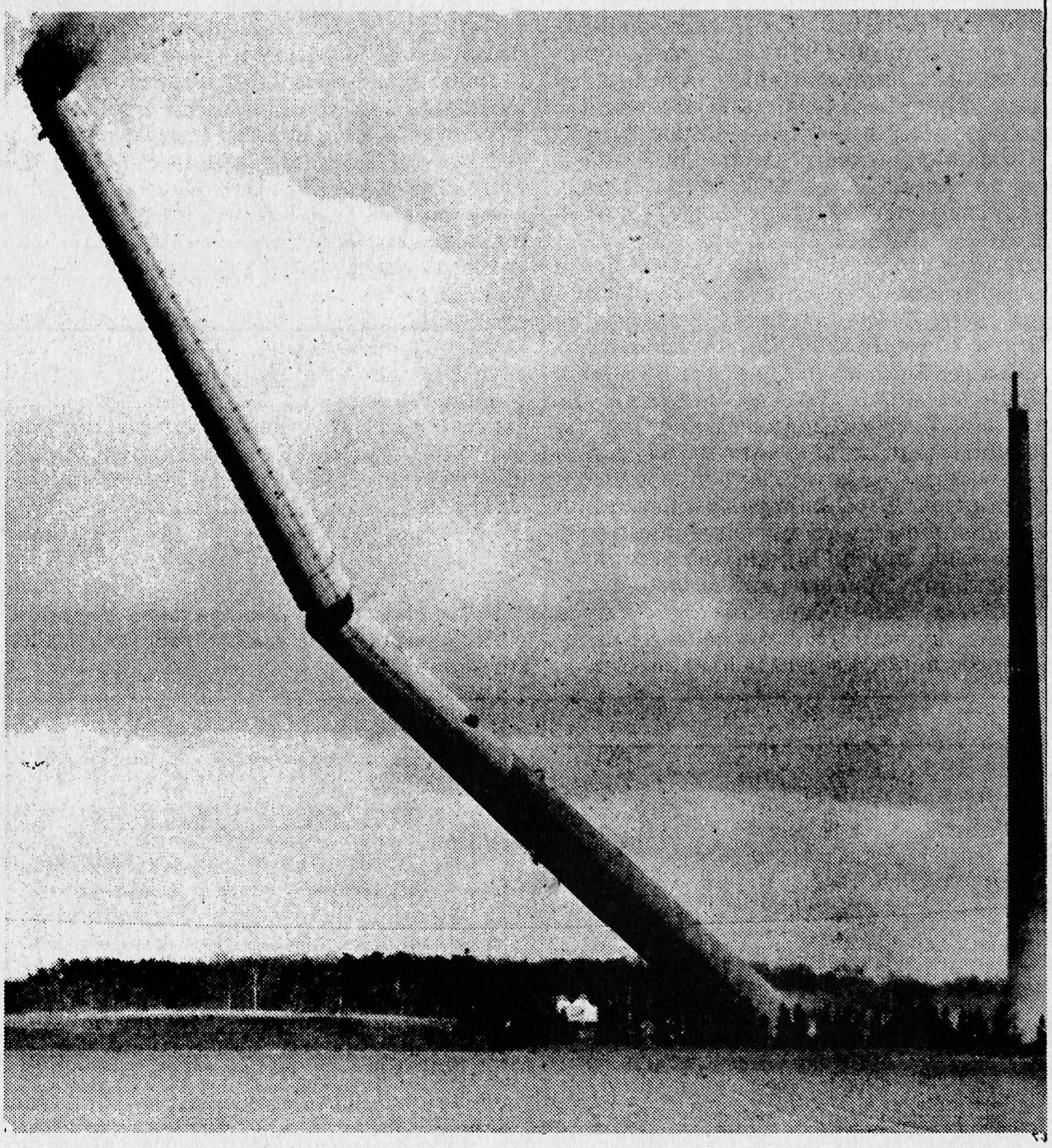
Wir wollen mit unserer Stellungnahme deutlich machen, daß es in der hiesigen internationalistisch orientierten Szene auch kritische Stimmen zum Leitbild "*nachhaltige Entwicklung*" ("*sustainable development*") gibt. Schon auf den ersten Blick stellt sich die Frage, was an diesem Leitbild und speziell der Studie des WI eigentlich so neu und weiterführend sein soll. Die verschiedenen Wendeszenarien in den einzelnen gesellschaftlichen Bereichen (Energie, Verkehr, Dezentralisierung des sozialen Zusammenlebens etc.) gehen auf die Alternativbewegung der 70er-Jahre zurück; "*Gut leben statt viel haben*" (215) kennen wir bereits aus Erich Fromms Schrift *Haben oder Sein* aus den 50er-Jahren. Dies bereits stimmt uns ge-

genüber der Studie skeptisch. Wer jahrzehntelange Diskussionen und den damit einhergehenden Widerstand sozialer Bewegungen schlicht ignoriert, wird auch nicht aus deren Erfolgen und Fehlern lernen und folglich auch keine besseren Alternativen entwickeln können.

Die im Nachhaltigkeitsdiskurs suggerierte Hoffnung auf zivilisatorische Bändigung des Kapitalismus ist angesichts globaler Zerstörungsszenarien und fehlender herrschaftskritischer Alternativen verführerisch, gewiß. "*Die Studie will im besten Sinne des Wortes Mut zur Zukunftsgestaltung machen*" (5); "*die wesentlichen Quellen für eine zukunftsfähige Gesellschaft sind die Stimulierung menschlicher Fähigkeiten und ein Frieden mit der Natur*" (3) - das klingt hoffnungsvoller als unsere These, daß innerhalb des gegenwärtigen Weltsystems eine sozial gerechte und ökologisch verträgliche Lebensweise schlicht nicht realisierbar ist und dieses - sollen die globalen Probleme gelöst werden - von daher überwunden werden muß. Viele mögen unserer nachfolgenden Kritik daher zwar im Stillen zustimmen, sich aber dennoch weiter an den reformpolitischen Strohhalm "*Nachhaltigkeit*" klammern.

Eine neue "Zukunftsdebatte"?

"*Zukunft*" ist das Zauberwort in der Studie des Wuppertal-Instituts (WI). "*Die Schieflage der Zukunftsdebatte besteht in ihrer einseitigen Ausrichtung auf Technologien, Wettbewerbsfähigkeit und Weltwirtschaft.*" (3) Der gegenwärtigen Umwelt- und Entwicklungsdebatte fehle es an zivilisatorischen Utopien und kulturellen Leitbildern, die vermeintlich Berge versetzen können: "*Andere solche Leitgedanken haben in anderen Zusammenhängen (Wirtschafts-) Wunder bewirkt, wie etwa der Wiederaufbau nach dem zweiten Weltkrieg.*" (243) Und so gälte es auch heute wieder, "*neue Wohlstandsmodelle*" (4) zu entwerfen, welche nicht mehr zu Lasten der Natur und der Länder des Südens gehen. Die AutorInnen lavieren in der Begründung dieser Forderung ständig hin und her zwischen Appellen an den "*Eigennutz*" (deutsche Standortsicherung durch "*ökologische Effizienzrevolution*") und an ethische Prinzipien (gleiche Lebenschancen für alle Menschen und kommende Generationen). "*Eigennutz*" und Ethik sollen also Hand in Hand gehen - was gut für 'Deutschland' ist, ist künftig auch wieder gut für die Welt. 'Wir Deutsche' werden demnach künftig in einem ökologischen high-tech-Paradies leben, dessen Wohlstand mit einem deutlich geringeren Verbrauch an natürlichen "*Ressourcen*" produziert wird und wo 'uns' niemand mehr nachsagen kann, daß wir auf Kosten anderer leben. Um die Vision dieser schönen, neuen Welt zu verbreiten, scheuen die AutorInnen vor keiner Peinlichkeit und Selbstwidersprüchlichkeit zurück. Ein Beispiel ist der Verkehrssektor: obgleich die Studie durchaus eindrucksvoll belegt, daß bereits vom Flächenverbrauch her gesehen der Privat-PKW ein ökologisch unverantwortliches Verkehrsmittel darstellt, sucht man die Forderung nach dessen schlichter Abschaffung vergeblich - dies könnte ja Automobilindustrie und die Autofetischisten unter den Politikern und Wirtschaftsführern verschrecken. Anstatt also diese einzig ökologisch schlüssige, wenngleich realpolitisch derzeit nicht durchsetzbare Forderung zu erheben, werden die geneigten LeserInnen mit Werbesprüchen abgespeist: "*Im Design behutsam motorisierter Fahrzeuge und Antriebsaggregate findet so die Utopie des 21.Jahrhunderts ihren technischen Ausdruck, mit Eleganz in der Lage zu sein, innerhalb von Grenzen zu leben*" (133). Und: "*Technik und Design der neuen Automobilgeneration wird die Aspirationen einer Gesellschaft widerspiegeln, die ihren Ehrgeiz darin setzt, Maßhalten mit Intelligenz und Ästhetik zu verbinden*" (134). Wir haben verstanden.



Ein anspruchsvolles Programm, aber ...

Die Studie geht von der ökologischen Problematik aus, will dabei aber ökonomische, soziale und politische Aspekte von Beginn an miteinbeziehen. In einem ersten Schritt seien "*ökologische Schutzziele*" (3) zu formulieren um dann in einem zweiten Schritt kulturelle "*Leitbilder*" (4) und realpolitische Maßnahmenkataloge zu erstellen. Die Vorrangstellung der Ökonomie für die gesellschaftliche Entwicklung wird in Frage gestellt: "*Aus Deutschland ist ein 'Standort' geworden, in dem Leben, Arbeiten und Haushalten zunehmend mit den Augen eines imaginären investitionswilligen Unternehmens betrachtet werden*" (1). Die "*Stimmung im Lande [sei] kälter geworden*" (2); ein neuer "*Wirtschaftsfundamentalismus*" (1) breite sich aus, in dessen Kontext " *der schwarze Peter jeweils den 'anderen' zugespielt wird: Arbeitslosen, Alten, Frauen, Umweltschützern und Ländern des Südens*" (3). Die angestrebte "*Zukunftsdebatte*" solle diesen Vorrang der Ökonomie zugunsten einer "*ganzheitlichen*" Betrachtung der "*Wechselwirkungen*" (7) zwischen ökologischen, sozialen, politischen und ökonomischen Prozessen in Frage stellen.

Ein anspruchsvolles Programm, das sicherlich immer nur ansatzweise realisierbar ist. Unsere Kritik an der Studie bezieht sich von daher auch nicht so sehr auf Details, als vielmehr auf die Herangehensweise des WI, die jede Auseinandersetzung mit den Ursachen und Bedingungen unserer gegenwärtigen Wirtschafts- und Lebensweise vermissen läßt. Warum hat 'unsere' vermeintliche "*Marktwirtschaft*" denn überhaupt die gegenwärtige öko-soziale Krise hervorgerufen? Was ist der Nährboden für die Ausbreitung wirtschaftsfundamentalistischer Einstellungen? Wenn "*ökologische Schutzziele*" erreichbar sind, warum werden sie dann nicht schon längst umgesetzt? Die 'Umweltkrise' ist hierzulande schließlich seit über zwanzig Jahren in der öffentlichen Diskussion. Diese 'Warum-Fragen' verlangen nach einer Analyse der ökonomischen Funktionsprinzipien der Gesellschaft, ihrer Herrschaftsstrukturen und ihrer kulturellen Prinzipien. Es sind

genau diese Fragen, die vom WI tabuisiert werden.

Was steckt dahinter?

Wenn eine derartige, stellenweise zunächst unglaublich naiv anmutende Analyse von einem Forschungsinstitut mit dem Gestus der "Wissenschaftlichkeit" und des "Expertentums" vorgetragen wird, dann drängt sich der Verdacht auf, daß hier ganz andere als die proklamierten Ziele verfolgt werden. Es fehlt der Studie nicht einfach nur "wissenschaftlicher Sachverstand", sondern hier wird durchaus bewußt Ideologie produziert. Und dies ist auch der eigentliche Kern unserer Kritik: Die vom WI initiierte "*Zukunftsdebatte*" ist ein ideologisches Scheingefecht, das nichts zur Lösung gegenwärtiger öko-sozialer Probleme beiträgt. Ziel der Studie ist vielmehr die Politikberatung der auftraggebenden *Nicht-Regierungs-Organisationen* (NGO) *BUND* und *Misereor*, die beim WI Orientierungen für ihre Lobbypolitik nachgefragt und vertragsgemäß erhalten haben. Solche Organisationen können mit gesellschaftskritischen Analysen des patriarchalen Weltkapitalismus nunmal nichts anfangen, sie wollen "*politikfähig*" sein. Im Klartext heißt dies, daß sie nur solche Forderungen an die politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsträger herantragen, die deren Macht- und Herrschaftsinteressen, bzw. ihr Profitstreben nicht in Frage stellen. So etwas nennt man dann wohl 'Realpolitik'.

Sind die VerbraucherInnen schuld?

"Der hier gewählte Ansatz ist nachfrageorientiert. Das bedeutet nicht, daß wir die angebotsseitige Dynamik unterschätzen oder daß bestehende Verantwortlichkeiten der Wirtschaft und der Politik ... vernachlässigt werden sollen." (251) Doch, genau das bedeutet es! Insoweit in der Studie überhaupt von Wirtschaft die Rede ist, wird diese nach "*wichtigen Sektoren wie Energie, Verkehr, Landwirtschaft und (teilweise) Industrie*", anstatt z.B. nach Besitzverhältnissen oder nach volkswirtschaftlicher Funktion (Investitions-/Konsumgüterproduktion etc.) gegliedert. Mit der löblichen Ausnahme einer knappen Analyse der EG-Agrarpolitik (329 ff) findet sich in der ganzen Studie kein einziger Bezug auf die Macht wirtschaftlicher Interessenverbände, den Monopolisierungsgrad bestimmter Wirtschaftssektoren sowie deren unterschiedliches Maß an Weltmarktorientierung und -integration. Auf diese Weise werden "*bestehende Verantwortlichkeiten der Wirtschaft und der Politik*" entgegen den Beteuerungen der AutorInnen in der Tat systematisch unter den Teppich gekehrt, da gar nicht danach gefragt wird, wer wo unter welchen Bedingungen und mit welchen Zielen agiert.

Diese Strategie setzt sich in der Fixierung der Studie auf die Verantwortung der privaten Haushalte fort. So wird z.B. der Verbrauch von Energie- und Material in Deutschland untersucht, wobei deren 'letzte Verwendung' zum Maßstab gemacht wird: "*'Güter der letzten Verwendung' sind Produkte und Dienstleistungen am Ende des Wirtschaftsprozesses, die dem privaten oder dem Staatsverbrauch zugeführt, exportiert, in Produktionsanlagen investiert oder dem Vorrat zugeführt/entnommen werden.*" (45) Hätte sich das WI bei seinen Berechnungen wenigstens konsequent an diese, ihrerseits wiederum durchaus nicht unproblematische

Definition der 'letzten Verwendung' gehalten, so bliebe im vorgelegten Zahlenmaterial noch ansatzweise erkennbar, welcher Anteil des hierzulande verbrauchten natürlichen Reichtums von Staat und Wirtschaft vernutzt, und was demgegenüber in der Tat dem privaten Endverbrauch zugeführt wird. Solche Zahlen könnten verdeutlichen, wieviel natürlicher Reichtum in diesem Lande einfach für die Aufrechterhaltung des Systems ver(sch)wendet wird, ohne daß dabei 'Bedürfnisse' befriedigt würden. Stattdessen aber gehen die AutorInnen ohne Begründung davon aus, daß der komplette Material- und Energieverbrauch schon irgendwie "*menschlichen Bedarfsfeldern*" zugerechnet werden könne. Mit diesem Taschenspielertrick wird suggeriert, daß der Verbrauch von Staat und Wirtschaft letztlich nur deswegen erfolgt, damit 'wir alle' ein Dach überm Kopf, genug zu essen und Spaß in der Freizeit haben. Staat und Wirtschaft wollen stets nur unser Bestes, und dafür ist ihnen kein "*Energieeinsatz*" zu hoch.

Nun bedarf es nur noch einer weiteren kleinen Unseriösität, um das Bild abzurunden: die rein fiktive Zurechnung des gesamten Verbrauchs an natürlichem Reichtum auf "*menschliche Bedarfsfelder*" wird nun einfach ganz den privaten Haushalten zugeschustert. Dies zeigt die Überschrift von Kapitel 5.3 in aller Eindeutigkeit: "*Am Anfang war die Endnachfrage: Private Haushalte 2010*". Oder: "*Die Material-Inputs der Wirtschaftsbereiche wurden dann ... der Letzten Verwendung - speziell dem privaten Endverbrauch - zugerechnet.*" (58) Erneut also der gleiche Taschenspielertrick: aus der 'letzten Verwendung' wird - simsalabim - die private Endnachfrage. Staat und Wirtschaft verbrauchen nun scheinbar gar nichts mehr. Diese Ausblendung des Staats- und Wirtschaftsverbrauchs samt der Zurechnung des vernutzten natürlichen Reichtums auf "*menschliche Bedarfsfelder*" und "*private Haushalte*" soll nur eine einzige Botschaft transportieren: Schuld an Material- und Energieverschwendung ist nicht die kapitalistische Produktionsweise, schuld sind die VerbraucherInnen! Politische Handlungsempfehlungen haben sich folglich auf sie zu konzentrieren; die Menschen sind somit auch weiterhin Objekte, nicht Subjekte der Politik.

Dualwirtschaft als Gesellschaftsmodell

"Mit der Mobilität der einen ist gleichzeitig die Immobilität der anderen gewachsen. Beschleunigt werden in erster Linie berufstätige Männer im Alter von 20 - 60 Jahren mit ausreichendem Einkommen, verlangsamt aber Frauen, Heranwachsende und alte Menschen. Mit anderen Worten: Schnellverkehre vertiefen die in einer erwerbszentrierten Gesellschaft angelegte Spaltung zwischen den 'produktiven' und den 'nicht-produktiven' Teilen der Bevölkerung. ... Denn die Infrastrukturen der schnellen Distanzüberwindung sind auf die Erfordernisse der Erwerbsökonomie hin ausgelegt." (130)

Es ist demnach die Erwerbsökonomie, welche unsere Kultur in "*produktive*" und "*unproduktive*" Arbeiten spaltet, diese Arbeitsfelder nach patriarchalen Kriterien geschlechtsspezifisch zuordnet und die Menschen in einen zerstörerischen 'schneller-größer-besser'-Lebensrhytmus hineintreibt. Was also läge näher als eine Fundamentalkritik dieser Art 'gesellschaftlicher Arbeitsteilung'? Wieso fordert die Studie nicht die Aufhebung solch künstlicher Trennungslinien und Diskriminierungen? Dies wäre jedenfalls die Perspektive einer grundsätzlichen Patriarchats- und Kapitalismuskritik, wie sie beispielsweise in der feministischen Subsistenzperspektive von Mies, v. Werlhof und Bennholdt-Thomsen vertreten wird. Stattdessen plädieren die AutorInnen für eine 'Dualwirtschaft', in der ein weltmarktorientierter "*Hochlohnsektor*" mit einem für soziale und ökologische Aufgaben zuständigen "*Niedriglohnsektor*" (231) verkoppelt werden soll. Diese beiden Teilsektoren bilden dann gemeinsam den "*formellen Sektor*" der Ökonomie, der durch den "*informellen Sektor*" von Eigenarbeit und Subsistenzproduktion ergänzt wird. Solche Dualwirtschaftskonzepte sind, salopp gesagt, alte Hüte und wurden von Beginn an vor allem von Frauen scharf kritisiert. Das Lippenbekenntnis, alle Personen sollten im Laufe ihrer Lebenszeit in beiden Sektoren tätig sein, wurde in der diesbezüglichen Diskussion schnell als blankes Wunschdenken ent-

larvt, wird aber dennoch auch in dieser Studie erneut kolportiert: "*Realisiert wird dies mit einer guten Portion selbstbestimmter Eigenarbeit, die besonders die Männer genießen, die jahrzehntelang in abhängigen bezahlten Verhältnissen arbeiten mußten*" (191) - und jetzt endlich, so möchte man fortfahren, mit Freude Tag für Tag unbezahlt, dafür aber 'selbstbestimmt' kochen, Wäsche waschen und Babys wickeln werden; alles kreative Tätigkeiten, die ihnen bisher unverschämterweise von 'ihren' Frauen vorenthalten wurden.

"Ökologieführerschaft" - der 'Norden' hat weiterhin das Sagen

Ebensowenig wie es in der bundesdeutschen Dualwirtschaft der Zukunft so etwas wie soziale Gerechtigkeit geben soll, wird sich die Abstufung der Weltwirtschaft in Zentren und Peripherien verändern - auch wenn die AutorInnen dies an einigen Stellen zu vermuten scheinen, etwa mit ihrer These einer "*Dematerialisierung*" der Weltwirtschaft, d.h. einer teilweisen Entkopplung des Material- und Energieverbrauchs vom Wirtschaftswachstum. Der damit verbundene Trend zur 'Dienstleistungsgesellschaft' z.B. gilt aber gegenwärtig ausschließlich für die kapitalistischen Zentren im Norden wie auch im Süden und hat die Auslagerung 'schmutziger' Grundstoffindustrien in die südlichen Peripherien der Weltwirtschaft zur Bedingung. Die fehlende Analyse weltkapitalistischer 'Arbeitsteilung' führt die AutorInnen hier zu fragwürdigen Annahmen über den bloßen Nachvollzug einer 'zukunftsfähigen Entwicklung' des 'Nordens' durch den 'Süden'. Eine derartige Angleichung wird es selbstverständlich nicht geben, vielmehr gilt das, was das WI hinsichtlich der Konkurrenz zwischen einzelnen Unternehmen schreibt, ebenso für das Nord/Süd-Verhältnis: "*Das frühzeitige Anstreben einer 'Ökologieführerschaft' erlaubt es Unternehmen, Markteintrittsbarrieren für andere zu schaffen ... Potentielle Konkurrenten, die nicht in der Lage sind, die ... hohen Standards zu erfüllen, sind dann keine Bedrohung mehr für die existierenden Wettbewerber.*" (164) Vermittels dieser "*Ökologieführerschaft*" der kapitalstarken Industrienationen können also auch weiterhin "*Markteintrittsbarrieren*" für den Süden errichtet werden; alles bleibt beim alten. (...)

Den Bock zum Gärtner machen - Die Politikempfehlungen des WI

"*Da das ökonomische Teilsystem die beiden anderen, Gesellschaft und Ökologie, zu zerstören droht, sind ganzheitliche Denkansätze erforderlich, und damit auch neue Wirtschafts- und Managementformen. Das wird nicht gegen die Unternehmen und wirtschaftlichen Institutionen gehen, sondern nur mit ihnen*" (Kurzfassung: 20). Da muß man erstmal drauf kommen! Die Profiteure kapitalistischer Zerstörungswut sollen, nachdem sie diesen Planeten über Jahrhunderte hinweg ruiniert haben, nun also davon überzeugt werden, daß es so nicht weitergeht; ebensogut hätte sich Marx darum bemühen können, die Kapitalisten seiner Zeit vom Kommunismus zu überzeugen. Mit einer ausgefeilten nationalstaatlich definierten Wirtschafts- und Ordnungspolitik soll eine Verteuerung der Produktionsfaktoren Energie und Rohstoffe sowie eine deutliche Senkung der Lohn(neben)kosten erreicht werden. Teilzeit- und Heimarbeit sollen den Einsatz der Arbeitskraft in den Unternehmen flexibler gestalten, der geforderte Niedriglohnsektor tut ein übriges. Es scheint die AutorInnen nicht

weiter zu stören, daß sie hier jener neoliberalen Deregulierungsstrategie zuarbeiten, die seit mehr als einer Dekade weltweit zu wachsender Erwerbslosigkeit, massiven Einkommensverlusten der ArbeitnehmerInnen und ebensolchen Gewinnsteigerungen der Unternehmen führt. Wir wollen an dieser Stelle keine detaillierte Kritik einzelner Handlungsempfehlungen, etwa der geforderten "*ökologischen Steuerreform*", vorlegen, sondern uns auf grundsätzliche Einwände gegen den Ansatz des WI beschränken; zumindest dreierlei wäre hierbei zu bedenken:

- 1) Eine nationalstaatliche Ordnungs- und Wirtschaftspolitik ist prinzipiell nicht in der Lage, ökologisch und sozialverträgliche Wettbewerbsbedingungen zu schaffen, da sie die Konkurrenzbedingungen des weltmarktorientierten Wirtschaftssektors und des international 'vagabundierenden Finanzkapitals' nicht kontrollieren kann. Sie muß darüber hinaus um die Sicherung von "*Standortvorteilen*" für das eigene Land bemüht sein, was die Chancen wirksamer internationaler Vereinbarungen zu "*Umwelt und Entwicklung*" gegen Null bringt (z.B. Rio-Gipfel und Umsetzung).
- 2) Die Staatsfixierung des WI verschleiert den Prozeß politischer Entscheidungsfindung. Politiker handeln in einem Spannungsfeld organisierter und unterschiedlich mächtiger gesellschaftlicher Interessen. Sie können und wollen nicht als eine Art Schiedsrichter zwischen diesen Interessen um das 'Gemeinwohl' ringen, sondern sind im wahrsten Sinn des Wortes selbst Partei. Das Bedürfnis nach Erhalt des natürlichen Reichtums und nach Schaffung sozialer Gerechtigkeit ist in diesem Kräftefeld nicht gerade übermächtig, das Sagen haben eher die Wirtschaftsverbände.
- 3) Kapitalistische Unternehmer wären Selbstmörder, würden sie nicht versuchen, soviel Kosten wie irgend möglich zu externalisieren, d.h. auf den Staat, die Gesellschaft oder die nachfolgenden Generationen abzuwälzen. Sie sind zugleich einer Dynamik ständig wechselnder Verhältnisse von 'In-Wert-Setzung' und 'Ent-Wert-ung' von Menschen, Räumen und 'Natur' ausgesetzt: Während mit Afrika zur Zeit beispielsweise ein ganzer Kontinent vom monetär sichtbaren Weltmarktgeschehen abgekoppelt wird, entwickelt sich die Artenvielfalt der 'Dritten Welt' als 'genetische Ressource' zum Zukunftsmarkt schlechthin. Diese 'Anarchie kapitalistischer Marktwirtschaft' (Marx) läßt sich politisch und im Rahmen des Nationalstaates weder in der Richtung (hin zur ökologischen Produktion) planen, noch im Ausmaß (i.S. eines Wachstumsstopps) begrenzen; im Gegenteil ist sie es, die sowohl der Politik als auch den einzelnen Unternehmen ihren Stempel aufdrückt.

Technokratie statt Widerständigkeit

Überall da, wo es im bisherigen historischen Verlauf zu wirklichen Verbesserungen der Lebenssituation benachteiligter Gruppen und sozialer Klassen gekommen ist und wo in den letzten Jahrzehnten punktuell einmal substantielle Schritte gegen die Zerstörung des ökologischen Reichtums getätigt wurden, geschah dies im Zusammenhang mit sozialen Kämpfen und durch die Widerständigkeit sozialer Bewegungen. Letztere kommen in der schönen neuen Welt des WI allerdings gar nicht mehr vor - die Vorstellung, daß Freiheit nicht erbettelt, sondern erstritten wird, ist den AutorInnen ein Greuel. Der gesellschaftliche Widerstreit von Herrschenden und Beherrschten verschwindet im "*buy-in*" der Mächtigen: "*Buy-in bedeutet, sich die Mitarbeit und Unterstützung wichtiger Akteure zu 'erkaufen', indem diese von Anfang an Verantwortung für die Umsetzung eines Projekts haben, am Planungsprozeß teilnehmen, so daß sie die Ergebnisse des Projekts nicht mehr bestreiten werden*" (165). So funktioniert Herrschaftssicherung und genau auf diese laufen sämtliche 'realpolitischen' Handlungsempfehlungen der Studie letztendlich auch heraus. Wie wenig Momente sozialer Selbstbestimmung in diese 'realpolitisch'-dirigistische Expertenherrschaft eingehen, zeigt sich nicht zuletzt in der Forderung nach Errichtung eines "*Ökologischen Rates*", der die sich im hektischen Tagesgeschäft aufreibenden PolitikerInnen kontrollieren soll, dessen eigene Legitimation aber völlig im Unklaren bleibt.

Wir wollen die fast unbegrenzt fortsetzbare Kritik an dieser Stelle abbrechen und abschließend zumindest noch umrißhaft unsere eigene Sicht auf die ökosoziale Krise des modernen Weltsystems erläutern.

Sichtwechsel

Die Kritik am WI führt uns nicht zur Forderung nach einer besseren, 'objektiveren' oder kapitalismus- und patriarchatskritischeren Studie, sondern berührt das im Nachhaltigkeitsdiskurs generell sichtbar werdende wissenschaftliche und politische Grundverständnis. Man(n) stößt mit diesem Diskurs in jenes Vakuum hinein, welches das Scheitern überkommener sozialistischer Utopien und Strategien in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen - innenpolitisch wie auch weltweit - hinterlassen hat. Während antikapitalistisch-linke wie auch antipatriarchal- feministische Strömungen gegenwärtig um die Erarbeitung eines Politikverständnisses bemüht sind, das der historischen Situation wieder gerecht wird, und sich von daher momentan nicht gerade in der 'gesellschaftlichen Offensive' befinden, befriedigt der Nachhaltigkeitsdiskurs das Bedürfnis vieler 'umwelt'- und 'entwicklungspolitisch' engagierter Menschen nach 'realpolitischem' Handeln: Es muß etwas geschehen, egal was! In dieser Situation wirkt das Versprechen von Studien wie der vorliegenden, die Absicherung bestehender innergesellschaftlicher wie auch globaler Herrschaftsverhältnisse mit weitgehenden öko-sozialen Reformen unter einen Hut bringen zu können, nicht zuletzt auch als Instrument zur Befriedung sozialer Konflikte.

Die Studie kann daher auch nicht isoliert vom gesamten Nachhaltigkeitsdiskurs gelesen werden. Sie ist Teil eines Herrschaftsdiskurses, an dem z.B. auch Weltkonzerne teilnehmen, die in der Öffentlichkeit nicht unbedingt für öko-soziale Sensibilität stehen. Zu Stefan Schmidheinys "*Business council for sustainable development*" (BCSD) gehören z.B. Firmen wie Shell, Höchst oder der für die Katastrophe in Bhopal verantwortliche Konzern Dow Chemical. Wir hegen irgendwie doch gewisse Zweifel daran, daß die öko-sozialen Probleme mit solch sauberen 'Bündnispartnern' zu lösen sind.

Eine weitere Differenz betrifft das in der Studie zum Ausdruck kommende Natur- und Gesellschaftsverständnis. Es ist schon erstaunlich, wie selbstverständlich die AutorInnen "*Natur*" auf den Status einer bloßen Ressource für die Produktion reduzieren und ihr irgendwelche Produktions-, Regelungs-, Informations- und ästhetische Eigenschaften (10) andichten - letztere wohl zur Gewissensberuhigung beim auftraggebenden Umweltverband. Für uns hingegen ist Natur weder eine Ressource noch Anlaß zu romantischer Schwärmerei: sie ist vielmehr ein von Menschen erfundener und mit historisch wechselnden Bedeutungen besetzter Begriff, der von Beginn an zur Legitimierung von Herrschaft diente. Zur "*Natur*" gehörten in der 'Wiege der Demokratie', dem antiken Griechenland, noch die SklavInnen und Frauen. "*Natur*" ist in einer Herrschaftsordnung also immer das, was ohne jegliches Recht auf Selbstbestimmung und Integrität vernutzt werden darf; zur "*Gesellschaft*" gehören hingegen all jene, die gefragt werden müssen, weil sie Macht besitzen. Natur und Gesellschaft sind daher keine gleichrangigen Begriffe, vielmehr ist es so, daß die Gesellschaft - also letztlich die Mächtigen - darüber bestimmen, was aktuell als Natur klassifiziert und in der Folge ausgebeutet werden darf.

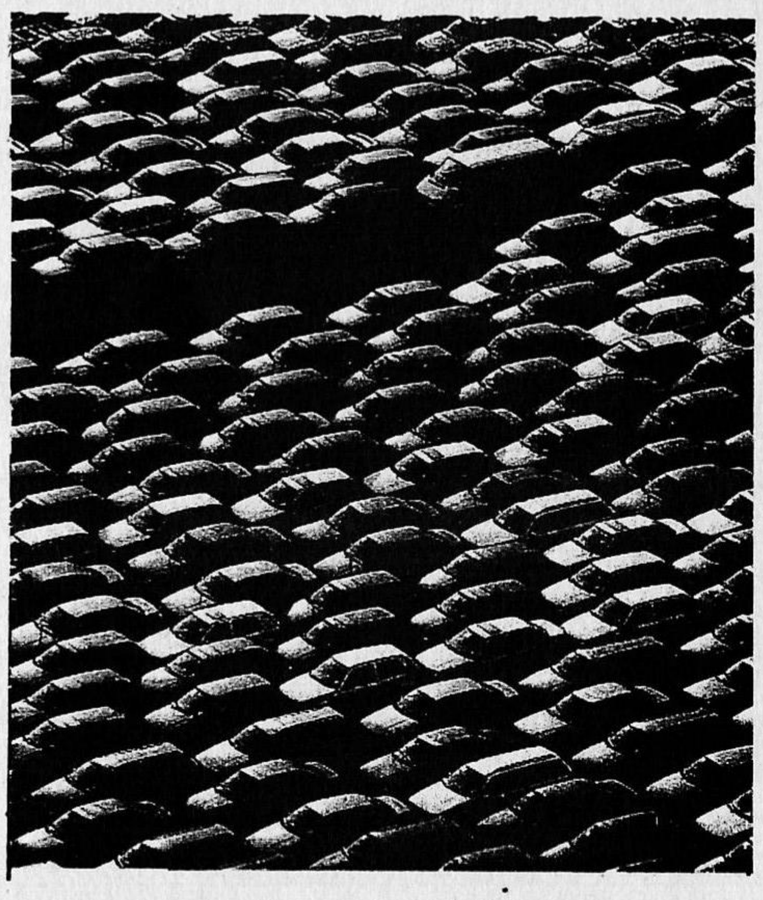
Darauf basierend ergibt sich für uns nun auch ein anderes Verständnis von "*gesellschaftlicher Entwicklung*". Die Studie legt, wie bereits erwähnt, einen Machbarkeitswahn an den Tag, gegen den seinerzeit wohl jeder realsozialistische 5-Jahres-Plan verblasst wäre. "*Gesellschaft*" wird als Feld politischer Regulierungen verstanden, als eine Art hochkomplexer, kybernetischer Mechanismus, den nur noch Experten steuern können. Auch die Gesellschaft wird somit letztlich zum Objekt der Beherrschung, die Grenzen zum Naturbegriff beginnen zu verschwimmen. Für uns ist das soziale Zusammenleben von Menschen demgegenüber kein Gegenstand von Regulierung und Quantifizierung, wir brauchen keine "*Wohlstandsindikatoren*" um zu erfahren, wie gut es uns denn gegenwärtig zu gehen hat.

Einiges von dem, was die AutorInnen der Studie zur Aufwertung von Lokalität und Subsistenzwirtschaft sagen, geht in die Richtung unserer Suche nach Perspektiven eines herrschaftsfreien Zusammenlebens. Die herrschaftskritische Dimension von Lokalität und Subsistenzwirtschaft ist mit gesellschaftlicher Regulierung und Naturvernutzung wie sie in der Studie propagiert wird, unvereinbar, "dissident" (v. Werlhof). Das WI instrumentalisiert Subsistenzproduktionen als Notstopfen für all jene gesellschaftlich notwendigen Arbeitsfelder, hinsichtlich derer in den letzten Jahren die Rede vom gleichzeitigen "*Staats-*" und "*Marktversagen*" die Runde macht. Auch die in der Studie angesprochene "*Regeneration der Orte*" und des städtischen wie auch des ländlichen Nahraums gilt den AutorInnen nicht als Perspektive für ein künftiges dezentralisiertes, herrschaftsfreies Zusammenleben, vielmehr soll die Effektivität dieses 'lebensweltlichen' Nahraums für die Kapitalverwertung erhöht werden; das Einhergehen von Profitinteressen und öko-sozialen Reformen sei dabei "*eine glückliche Fügung*" (141), welche zur realpolitischen Übereinstimmung zwischen sozialen Bewegungen und Herrschenden genutzt werden könne.

Da wir doch alle im gleichen Boot, bzw. 'Raumschiff Erde' sitzen, fällt sogar noch ein Happen für die systemkritischen Strömungen ab: "*Der Expansionsdrang der heutigen Wirtschaft und ihm gegenüber das Prinzip natürlicher Zyklen, denen grenzenloses Wachstum fremd ist, sind langfristig ebenso wenig vereinbar wie ökonomischer Globalismus und kulturelle wie ökologische Vielfalt.*" (141) 'Wir' modernisieren also kurz- und mittelfristig alle gemeinsam die kapitalistische Weltwirtschaft, vertiefen dabei ihre patriarchalen Herrschaftsstrukturen innergesellschaftlich wie auch zwischen Nord und Süd - dies aber selbstredend nur, weil wir sie langfristig abschaffen wollen. "*In the long run we are all dead*" - dieser Satz des Ökonomen Keynes, mit dessen Ansichten wir ansonsten wenig gemein haben, mag als bündige Antwort auf derlei Metaphysik ausreichen.

Den Widersprüchen und Unvereinbarkeiten zwischen kapitalistischem Verwertungsprozeß und patriarchaler Herrschaftssicherung einerseits, der Perspektive eines sozial gerechten und einer ökologisch verträglichen Lebens- und Produktionsweise andererseits, müssen wir uns hier und jetzt stellen! Wer in diesem Sinne von der eigenen Lebensform und von sich selbst ausgeht, vollzieht dabei einen Sichtwechsel, der aus internationalistischer Perspektive z.B. in eine Fundamentalkritik von Entwicklungsdenken und -hilfe i.S. Gustavo Estevas führt. Den 'Norden' nicht zum nachhaltig-kapitalistischen high-tech-Paradies ausbauen, sondern ihn "*gastlicher*" (Esteva) gestalten; dem 'Süden' keine fragwürdige 'Hilfe' zur "*nachholenden Entwicklung*" (Mies) geben, sondern sich soweit raushalten, daß dort wieder eigenständige kulturelle Ansätze verfolgt werden können und nur da ein Stück Wiedergutmachung für jahrhundertelange Ausbeutung leisten, wo dies von den dort lebenden Menschen selbst gewünscht wird - das wären nur einige jener Handlungsansätze, die sich erst aus einem solchen Sichtwechsel ergeben. Von der Erkenntnis auszugehen, daß kulturübergreifend jede historisch bekannte Form von Herrschaft auf der systematischen Diskriminierung von Frauen beruht und den Blick dabei auch auf unsere eigenen Geschlechtsrollenidentität(en) zu richten, kann uns zu weiteren Handlungsperspektiven hinführen, etwa im Hinblick auf die Kritik von Gen-, Reproduktions- und Biotechnologien, zu denen sich das WI sehr uneindeutig verhält, bzw. deren immense strategische Bedeutung für die künftige Entwicklung des Weltsystems es nicht analysiert. Wir diskutieren diese und andere - etwa rassismuskritische - Fragen im Moment unter dem Oberbegriff "*Patriarchale Dominanzkultur*" (Rommelspacher). Zur Beendigung der so bezeichneten Dominanz wäre vielleicht gerade dies ein erster Schritt: Daß der "*weiße Mann*" (Mies) und seine Mittäterinnen (Thürmer-Rohr) endlich ihren eigenen Machbarkeitswahn kritisch hinterfragen und ganz einfach innehalten, anstatt die Welt mit immer neuen Konzepten à la "*Nachhaltigkeit*" zu beglücken.

Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) [leicht gekürzt]



Greenpeace als Institution der globalen Öffentlichkeit

Wale und Atome

»Brent Spar war ein Symbol. Auch Frau Müller und Herr Meier haben es verstanden. Jedes Gurkenglas tragen sie zum Recyceln, und Shell versenkt eine ganze Ölplattform.«

I. Harald Zindler, Mitbegründer von Greenpeace Deutschland, gefällt sich in der Rolle, multinationalen Konzernen und nationalen Regierungen auf die Finger zu klopfen, wenn sie aus Gewinnsucht oder Uneinsichtigkeit das Problem der Ökologie ignorieren. *»Greenpeace ist heute das schlechte Gewissen des Globus«*, kommentierten drei *Zeit*-AutorInnen in der Ausgabe vom 14.Juli die Aktivitäten in der Nordsee und auf dem Weg zum Mururoa-Atoll. Und sie bewunderten, wie aus einer *»Handvoll Blumenkinder«* über die Jahre eine *»schnelle Eingreiftruppe«* geworden ist, die *»mit halsbrecherischen Schlauchbootfahrten die Mächtigen herausfordert«*. Die liberale Presse schloß sich dieser Einschätzung an, korrespondiert sie doch mit dem eigenen Berufsethos, als vierte Gewalt die Machenschaften der *»Mächtigen«* zu kontrollieren. Der Gesichtsverlust der weltweit drittgrößten Unternehmensgruppe sei der erste Sieg einer globalen oder zumindest europäischen Öffentlichkeit, die nun langsam Konturen annehme. Des einen Freud, des anderen Leid. Konrad Adam jammerte in der *FAZ* über den Souveränitätsverlust der Nationalstaaten, der im Konflikt zwischen Öl- und Umweltmulti manifest geworden sei.

Allerdings, so erfolgreich die Aktion gegen Shell hinsichtlich der Popularisierung von Umweltschutz und Greenpeace war, so viele Unzulänglichkeiten barg sie in sich. Das bedauert auch Greeppeace. Herrn Meier und Frau Müller muß es einfach gemacht werden. Shell-Tankstellen zu meiden fällt leichter, als ganz aufs Tanken zu verzichten. Die Verschmutzung durch die Versenkung der Ölplattform ist belanglos im Vergleich zur alltäglichen Kontamination durch die circa 420 restlichen Plattformen, die in der Nordsee noch in Betrieb sind. Selbst daß Verschrottung an Land umweltverträglich sei, ist keineswegs bewiesen. Brent Spar ist tatsächlich nur ein Symbol. Seine Überzeugungskraft lag darin, Umweltsünden auf einen einfachen Nenner mit klar verteilten Rollen und erreichbarem Ziel zu bringen. Shell und die britische Regierung spielten die Bösewichte, Benzinkonsumenten das ökologische Weltgewissen.

Es war sicher nicht der Konsumentenboykott, der den schnellen Rückzieher von Shell verursachte. Solcherlei Maßnahmen wirken bekanntlich nur äußerst langsam, siehe Südafrika, Nestle oder Philip Morris. Wichtiger dürfte gewesen sein, daß die Bundesregierung an dieser Stelle die Seite wechselte, ohne daß es viel kostete - und zudem hoffen durfte, den darniederliegenden Werften neue Aufträge zuschustern zu können. Zugleich profilierte sich die CDU hierzulande als so grün, daß sie der Koalition mit den Grünen nicht bedarf. Im internationalen Kontext gehört die billige Exemplifizierung des bundesdeutschen Selbstverständnisses als Vorreiter in Sachen Umwelt, wie es auf dem Klimagipfel in Berlin lauthals proklamiert wurde, zur Legitimation wie zum Ausbau der hegemonialen Position. Daß die britische Regierung sich nun Ende Juli die Erlaubnis einer Verschrottung an Land erst noch vorbehalten will und Shell prompt die Versenkungsoption wieder im Rennen um die Minimalbelastung sieht, spricht ebensowenig für die Herauslösung transnationaler Unternehmen aus dem Korsett nationalstaatlicher Politikformen. Die globale Öffentlichkeit samt ihrer Institutionen steht dem internationalen politischen System nicht abstrakt gegenüber, vielmehr rekurriert sie auf das staatliche Gewaltmonopol und muß zugleich als integraler Bestandteil der internationalen Ordnung verstanden werden.

II. Mit dem Souveränitätsverlust der Nationalstaaten ist es also nicht allzu weit her. Eine Grenze der Machtvollkommenheit bildet ohnehin die Existenz anderer Staaten, eine andere das bürgerliche Prinzip der entpersonalisierten Herrschaftsverhältnisse, auch auf globaler Ebene. Und in Greenpeace materialisiert sich eine internationale Institution, die zu

Die »Ur-Vega« von Greenpeace: 1972 drangen die Leute um David McTaggert mit dieser Yacht erstmals in eine französische Atomtest-Sperrzone ein.

einem politischen Machtfaktor geworden ist.

Eine Allensbach-Erhebung von 1990 stützt diesen Anspruch: 77 Prozent der Befragten zählen Greenpeace zu einem der Verbände, die sich am stärksten für die Umwelt einsetzten. Die Konkurrenzverbände BUND, WWF und Robin Wood auf den folgenden Plätzen können jeweils gerade die Hälfte der Prozentzahl für sich verbuchen. Der Bundesverband der Bürgerinitiativen liegt abgeschlagen mit 15 Prozent selbst hinter dem Umweltministerium. Greenpeace ist der potenteste Umweltverein in Deutschland, sammelt mit über 70 Millionen DM den mit Abstand größten Teil an Spenden und hat die meisten Mitglieder. Wer mit der Macht liebäugelt, wird angesichts dieser Dimensionen leicht die mangelnde Radikalität und falsche Akzentuierung der Greenpeace-Forderungen verdammen. Die Frage ist nur, ob die Halbherzigkeit des Programms schlicht falscher Vereinspolitik geschuldet ist oder ob sie notwendige Bedingung und notwendiges Resultat des Erfolgs darstellt.

Die Anfänge von Greenpeace unterscheiden sich kaum von anderen Protestbewegungen Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre. Die biederen Politikformen der klassischen Naturschutzverbände entsprachen nicht mehr den Vorstellungen einer neuen Protestgeneration. Im Milieu von Hippies, basiskirchlichen Gruppen und Pazifisten, die vor der drohenden Einberufung in die Armee und vor dem Einsatz im Vietnamkrieg nach Kanada geflüchtet waren, entstand in Toronto die Idee, den größten Atombombenversuch aller Zeiten zu stoppen. Dieser Sprengsatz sollte im Sommer 1971 von der US-Army auf den Aleuten in der Bering-See (Nordpazifik) gezündet werden. Um den Bürgern die Bedrohung möglichst eindrucksvoll zu vermitteln, malten die Atomgegner das Schreckgespenst einer riesigen Flutwelle an die Wand. Der Versuch, mit einem Schiff möglichst nahe an die Insel heranzufahren und so die Zündung zu verhindern, mißlang zwar, aber die Grundidee, mit Hilfe des internationalen Seerechts staatliche Exekutivorgane in Schwierigkeiten zu bringen, war gefunden. Jede Störung ausländischer Schiffe außerhalb der 12-Seemeilenzone, die zum Hoheitsgebiet der jeweiligen Landmassen gehört, stellt in rechtlicher Hinsicht einen kriegerischen Akt dar.

Obwohl die prognostizierte Flutwelle ausblieb, gelang es zumindest, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf den Atomtest zu lenken. Aber Horrorszenarien, die sich nicht einstellen, verlieren mit der Zeit an Glaubwürdigkeit - nicht nur für die zu agitierenden Massen. Versinnlicht das Spiel mit der Apokalypse die Angst vor dem eigenen physischen Verfall, und motiviert es anfänglich die selbstlose Aufopferung der Aktivisten, so bietet es doch kaum eine Grundlage für dauerhaftes Engagement.

In den folgenden Jahren dümpelte Greenpeace vor sich hin. Fehlen Motivation, Resonanz und Geld, gedeihen Revalitäten um das richtige Konzept. Neben der obligatorischen Debatte übers Rauchverbot verlief der Richtungsstreit zwischen den eher pazifistisch orientierten, inzwischen in den USA gegründeten Depen dencen und der Zentrale in Toronto, die sich seit längerem der Rettung der Wale verschrieben hatte. In Toronto dominierten Ex-Hippies, die sich in der Tradition des Rainbow-Warrior fühlten, einer mythischen Indianerfigur, die dereinst die Menschheit retten soll. Die Organisation stand vor ihrem Ende, da sich weder die eine noch die andere Fraktion hatte durchsetzen können. Keiner der Entwürfe bot die Grundlage für neuen Schwung, wachsende Bedeutung und dauerhaften Einfluß.

Während der Richtungsstreit 1978 vor Gericht zu eskalieren drohte, gelang es McTaggert, den Verein dadurch zusammenzuhalten, daß er ihn mit einem Programm der radikalen Kommerzialisierung und Professionalisierung, der Basis des heutigen Erfolgs, völlig umkrempelte. Als ausgestiegener Bauunternehmer in der Südsee schippernd, war McTaggert schon 1972 zu Greenpeace gestoßen und hatte für die Behinderung französischer Atomtests auf Mururoa sich und sein Segelboot zur Verfügung gestellt. Nach seinen Plänen sollte Greenpeace von nun an Katastrophismus und Mystizismus durch wissenschaftlich haltbare Argumente ersetzen, konkrete Rettungsaktionen mit Lobbyarbeit in nationalen und internationalen Gremien verbinden, international expandieren und dem Spendenerwerb eine zentrale Rolle einräumen.

Nachdem die streitenden Fraktionen entmachtet waren, integrierte McTaggert wesentliche Elemente aus früheren Tagen in das neue Konzept: die Liebe zum Wal und die Anti-Atom-Kampagne, die spektakulären Aktionsformen, den Habitus der selbstlosen Kämpfer für die gerechte Sache und die mystizistische Naturverbundenheit. Der Aufkleber mit dem Vermächtnis eines alten Indianerhäuptlings *(»Erst wenn der letzte Baum ... «)* verkaufte sich weltweit hervorragend - selbstverständlich unter Lizenz. Die Verwertung und Vernutzung dieser Elemente aus dem Protestmilieu der frühen Siebziger ist der auffälligste Unterschied zu den klassischen Lobbies und zugleich das Geheimnis des enormen Erfolgs von Greenpeace.

III. Die Umweltschutzgrupen und die Ökologiebewegung in der Bundesrepublik konnten zu Beginn der achtziger Jahre schon auf eine kleine Geschichte zurückblicken. Nach anfänglich lokal begrenzten Aktionen von Bürgerinitiativen der Anwohner und Anwohnerinnen geplanter atomarer Anlagen, entwickelte sich die Anti-AKW-Bewegung Mitte der siebziger Jahre über diesen Rahmen hinaus: Angriffsziel sollte nicht mehr nur das jeweils benachbarte Atomkraftwerk sein, sondern das gesamte Atomprogramm, das die SPD-geführte Regierung in der Folge der sogenannten Ölkrise 1973 aufgelegt hatte. Geplant war, den fossilen Brennstoff durch eine Energiewirtschaft zu ersetzen, die neben dem zügigen Bau weiterer Reaktoren mit »Schnellem Brüter« und Wiederaufbereitungsanlage wie ein geschlossener Kreislauf fungieren sollte. In den linken Szenen der Städte gründeten sich Anti-AKW-Gruppen, die zwar nicht selten nach dem Modell der Bürgerinitiativen dezentral organisiert waren, aber mit dem Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz in ständigem Streit um die angemessenen Widerstandsformen lagen. Um die Realisierung des Atomprogramms zu verhindern, favorisierte die radikale Linke wie in Brokdorf, Grohnde und Kalkar das Konzept der Bauplatzbesetzung auch gegen den massiven Einsatz von Polizei- und Bundesgrenzschutzeinheiten durchzusetzen. Massendemonstrationen, Militanz und ausgefallene Aktionsformen garantierten nicht nur eine mediale Präsenz der Bewegung, sondern verbreiterten auch die Basis für weitere Aktivitäten. Neben der saturierten Öffentlichkeit bildeten netzartig verbundene Gegenstrukturen aus Stadtzeitungen, K-Gruppen, Sponti-Szene und informellen Zusammenhängen von lokalen Bürgerinitiativen und Arbeitskreisen eine eigene dezentrale Öffentlichkeit, die zudem die bundesweit straff hierarchisierten Naturschutzverbände, in denen sich unter anderem die sogenannten Wertkonservativen und die Ökofaschisten tummelten, zurückzudrängen vermochte. Ohnehin blieben neue Protestformen bei ihnen ebenso weitgehend außen vor wie die neuen Inhalte im etablierten Parteienspektrum. Setzten sich militante Aktionsformen auch in den achtziger Jahren etwa an der

Startbahn West und in Wackersdorf noch fort, so bewirkten die teils repressive Auflösung der linksradikalen Szene nach 1977 in den Städten und die strikte Orientierung eines großen Teils ihrer Aktivi-

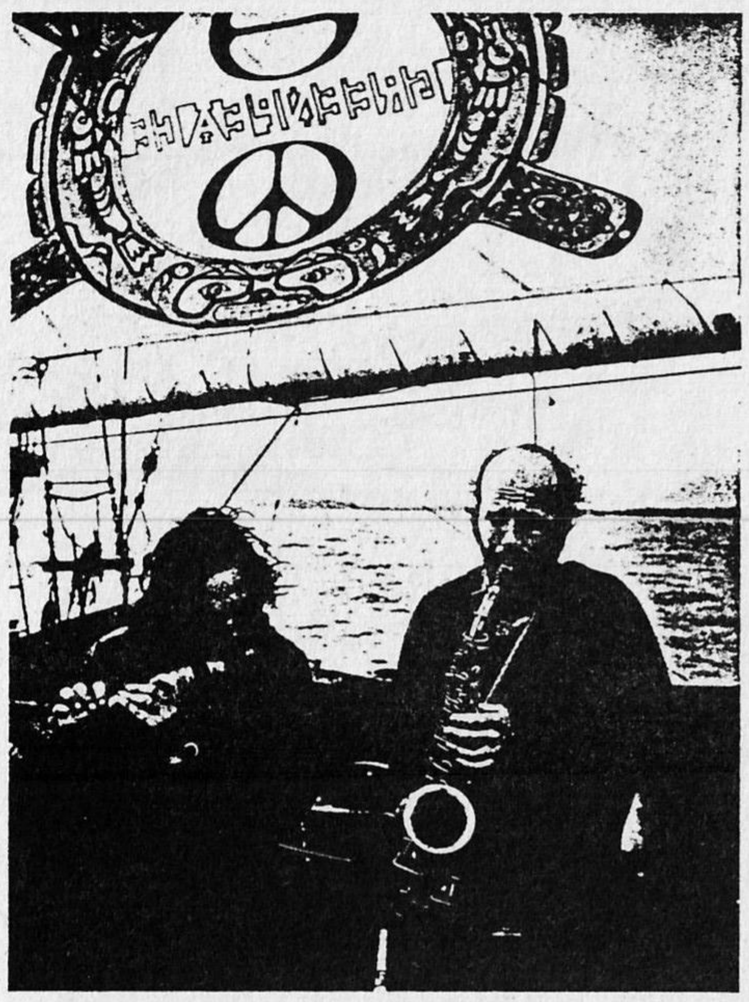
sten auf die parlamentarische Arbeit als Konsequenz der in ihren Augen unzulänglich gewordenen Aktionsfähigkeit eine grundlegende Veränderung der Formen von Gegenöffentlichkeit. In der Folge gelang es den neuen Aktivisten nicht mehr, vergleichbare Strukturen herzustellen.

Die klare Grenze gegenüber etablierten Politikformen sollte sich dann mit der doppelten Professionalisierung des Widerstands in Form der grünen Partei und Greenpeace zunehmend verwischen. In beiden Institutionen keimte der Glaube, mit einer einheitlichen Organisation Widerstand effektivieren und Einfluß erlangen zu können, ohne daß dabei bestimmte Inhalte verloren gehen müßten. Die Grünen setzten auf die parlamentarisch-staatliche Variante, Greenpeace auf die lobbyistisch-gesellschaftliche. Bei den gelang es in unterschiedlicher Weise, die Reste der Bewegung zu verwerten, deren Niedergang zu verewigen und das Image der Radikalität zu übernehmen.

Greenpeace löste die spektakulären Protestformen aus ihrem Kontext heraus, um sie bürokratisch zu effektivieren. Diese Kombination traf den Punkt: spektakuläre, aber gewaltfreie Aktionsformen; Massenwirksamkeit ohne Massenengagement; überparteiliche Lobby fürs Überleben überhaupt. Im Herbst 1980 schoß anläßlich einer gemeinsamen Aktion zweier lokaler Umweltinitiativen mit Greenpeace Niederlande gegen die Dünnsäureverklappung von Bayer in der Nordsee der deutsche Greenpeace-Ableger förmlich aus dem Boden, binnen Jahresfrist hatte der Verein bereits 2000 Mitglieder. Greenpeace Intemational, mit dem ein Lizenzvertrag zur Verwendung des Namens und des Regenbogen-Logos geschlossen werden mußte, dirigierte den Aufbau nach eigenem Erfolgsrezept.

Die straffe Führung von Greenpeace Deutschland hat sich seit den Anfängen nicht verändert. Etwa 650.000 Mitglieder zählt der Verein heute, circa 2.000 gehören ehrenamtlich regionalen Kontaktgruppen an, aber nur 31 Personen sind vollberechtigte aktive Mitglieder des Vereins, wählen den Vorstand, der wiederum über die Aufnahme als aktives Mitglied entscheidet und die Geschäftsführung bestimmt. Die jeweiligen Kampagnen werden von der Geschäftsführung in Absprache mit dem internationalen Vorstand, der ähnlich hierarchisch organisiert ist, beschlossen. Der derzeitige Geschäftsführer Thilo Bode, seit 1991 im Amt, war zuvor als Manager im mittelständischen Metallhandel tätig. Sein Motto: *»Wir sind kein Unternehmen, aber wir arbeiten so.«*

Mit dem basisdemokratischen Anspruch der Alternativen vertrug sich die auf effiziente Führung abgestellte Konzernstruktur schon früher schlecht. Den lokalen Freiwilligen mißfiel die ihnen zugeteilte Rolle. Ohne Mitspracherechte, sahen sie sich zu Aufkleberverkäufern und Spendeneintreibern degradiert. Eigenverantwortliche Arbeit der Ehrenamtlichen war und ist unerwünscht. Während Greenpeace International Anfang der achtziger Jahre eine Marketingfirma beauftragte, eine neue Kampagne zu entwickeln, und diese herausfand, daß Delphine am besten der Imagewerbung und damit dem Spendenaufkommen dienen, drängten die lokalen Kontaktgruppen auf dem Kampf gegen Dioxin und Waldsterben sowie auf Bündnisse mit anderen Gruppen. Allein, schwer zu vermarktende Ökoprobleme sind aus betriebswirtschaftlicher Sicht ebenso schlicht Fehlinvestitionen, wie Beteiligungen an breiteren Protesten, die nicht mit dem Markennamen Greenpeace verbunden werden können, unnütze Subventionen darstellen. Und Bode kann heute im Altemativ-Jargon vergangener Tage befriedigt feststellen, daß *»nicht mehr ewig rumgelabert«,* sondern effektiv geführt und entschieden wird. Greenpeace versteht sich als Lobbyorganisation, nicht als praktizierender Umweltschutzverein.



Unter dem Namen Robin Wood versuchten die Abtrünnigen erneut, die abenteuerlichen Aktionsformen mit Basisdemokratie zu kombinieren, doch wieder ohne Erfolg. Wenn Gegenstrukturen erst einmal zugunsten einer optimierten Verwaltung der Protestformen in die Marginalität abgedrängt worden sind, wird das Unterfangen, Demokratie über Effizienz zu stellen, zur menschelnden Farce: Robin Wood kämpft gegen sein eigenes Vorbild. Greenpeace gibt heute die ökologischen Themen in der Gesellschaft vor, Robin Wood läuft den Kampagnen seit Ende der achtziger Jahre regelmäßig hinterher.

IV. Ähnlich den Medien ist Greenpeace eine Vermittlungsinstitution zwischen Staat und bürgerlicher Gesellschaft. Beide stellen sie sich als nichtstaatlich dar und beteuern trotzdem ihre korrektive Funktion als vierte Gewalt in der bürgerlichen Demokratie. Beiden ist das Ethos eigen, das Walten der Mächtigen nur unter dem Paradigma des Allgemeinwohls und der Vernunft zu kontrollieren. Man distanziert sich umgehend, spricht von *»kriminellen Handlungen«* und dergleichen, wenn etwa autonome Gruppen (wie am 15. Juli in der Schweiz geschehen) durch Manipulationen an der Oberleitung den französischen Hochgeschwindigkeitszug TGV stoppen. Der Protest soll sich in den von der Organisation vorgegebenen Bahnen halten. Das Wichtigste sei, so zitiert die *WoZ* vom 21.Juli die Pressesprecherin von Greenpeace Schweiz, *»mit allen Kräften die weltweite, gewaltfreie Greenpeace-Kampagne gegen die geplanten französischen Atomversuche weiterzuführen«.* Kampagne ja, die Aktion aber soll den Schlauchboothelden vorbehalten bleiben.

Ob angesichts solcher Distanzierungen, die schon in den Auseinandersetzungen um den Bau der Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf üblich waren, oder etwa anläßlich des Abtauchens beim Konflikt um die Castor-Transporte zu Beginn des Jahres nun die Schaffung einer kritischen Öffentlichkeit bloß als Nebenprodukt oder als Zweck des Unternehmens Greenpeace angesehen werden muß, ist eigentlich belanglos. Nur mit ausreichenden finanziellen Ressourcen und Fachkräften statt Feierabendaktivisten sollen sich extravagante Aktionen angeb lich durchführen und durchhalten lassen.

Greenpeace löste die spektakulären Protestformen der Öko-Bewegung aus ihrem Kontext heraus, um sie bürokratisch zu effektivieren. Dies traf den Punkt: Massenwirksamkeit ohne Massenengagement.

Erst fotogene Greenpeace-Happenings bürgen für Medienpräsenz. Ohne Bekanntheit keine Spenden. Der Erfolgskreislauf 'Spenden - Aktionen - Öffentlichkeit - Spenden' offenbart das gesammte Dilemma des verwalteten Protests. Greenpeace ist zwar meinungsmachend, andererseits auf das Wohlwollen der Bevölkerung, vor allem der finanzkräftigen Kundschaft, angewiesen. Solch demokratischen Impetus entspricht der abstrakten Gleichheit auf dem Markt. Der Mächtige bestimmt sicherlich die Bedingungen künftigen Handelns mit, bleibt aber der prinzipiellen Konkurrenz unter Androhung des Bankrotts ausgeliefert. Umgekehrt konnte Greenpeace nur entstehen, weil es eine ökologische Bewegung schon gegeben hatte. Schaffen kann sie ein Outsider nicht.

Um eine einflußreiche Lobby zu bleiben, muß Greenpeace sich also auf dem Markt der Meinungen durchsetzen. Für ausgefeilte Argumentationen bleibt da wenig Platz. Wichtiger ist es, schon bekannte komplexe Probleme auf einen klaren Gegner zu reduzieren. Daß dieser nicht die Mehrzahl der potentiellen Kunden und Spender umfassen darf, ist selbstverständlich. Der Freund des Individualverkehrs wird daher als Buhmann ungeeignet bleiben. Marktforschung, Kundenbetreuung, aggressives Marketing und PR-Arbeit stehen neben der stetigen Rationalisierung der Protest-Produktion im Mittelpunkt des Managements. Veröffentlichte 1981 noch fast jede Zeitung ein

Photo der ersten Schornsteinbesetzung, so verschliß der Neuigkeitswert solcher Bilder recht schnell. Greenpeace baute verbindlichere Kontakte zu den Redaktionen auf, versorgte sie mit Bildmaterial und wissenschaftlich haltbaren Hintergrundinformationen. Überhaupt gestaltet sich seither das Verhältnis zu den Medien freundschaftlich. Hinter dem identischen Ethos verbirgt sich eine Vernunftehe. Die einen produzieren eine verkäufliche Nachricht, die anderen verkaufen das Produkt. Greenpeace terminiert Aktionen so, daß sie noch ins *heute-Journal* gelangen, und stellt den Journalisten schon mal seine eigene Infrastruktur zur Verfügung. Die Medien halten sich dafür mit Kritik, sei's an gescheiterten Aktionen, sei's an der Organisation, äußerst zurück. Etliche Zeitungen drucken Greenpeace-Anzeigen kostenlos.

Konzert für die Wale

Allen Bemühungen zum Trotz trägt das althergebrachte Aktionskonzept Züge des Verschleißes. Auf internationaler Ebene gehen die Spendeneinnahmen seit ein paar Jahren zurück. Allein die deutsche Sektion schippert weiter auf Erfolgskurs. In der internationalen Dachorganisation dominiert sie inzwischen: Sie finanziert deren Etat zur Hälfte. Mit fast einem Prozent der Bevölkerung als Fördermitgliedern und potentieller Käuferschaft im Rücken setzt Thilo Bode nun zunehmend auf die Strategie der grünen Zwangsberatung für Unternehmen, die er im Gegensatz zur klassischen Entlarvungsstrategie die *»technologische Konfrontation«* nennt. Beispiele sind der FCKW-freie Kühlschrank und das 2,5-Liter-Auto. Indem praktikable alternative Produkte entwikkelt und angeboten werden, sollen die anderen Produzenten nachziehen müssen. Falls sie sich trotzdem weigern, kann noch immer auf die klassische, spektakulär inszenierte Brandmarkung als Ökosau zurückgegriffen werden. Positives Denken entspricht gewiß der heutigen kaufkräftigen Klientel des Vereins, indem es die Möglichkeit bietet, durch Konsum das grüne Gewissen zu beruhigen. Voraussetzung aber bleibt, daß Greenpeace als ökologische Instanz allgemein akzeptiert wurde. Für Bode ist das Neinsager-Image nicht mehr zukunftsträchtig, nicht länger mehrheitsfähig.

V. Im Dachverband Greenpeace International dominieren die Sektionen der Industriestaaten. Greenpeace-Freunde mögen das bedauern, aber eine solche Vormachtstellung resultiert zwangsläufig aus dem Erfolgsprinzip. Man kann es sich schlicht nicht leisten, gegen maßgebliche Interessen seiner Finanziers, der wohlhabenden Teile der Zentrumsbevölkerung, zu verstoßen. Trotzdem hat die Organisation den Ruf und das Selbstverständnis, jenseits aller Profitinteressen und Machtgier, allein im Dienste des Allgemeinwohls tätig zu sein. Ihr Anspruch, nur die Rechte unschuldiger Natur zu vertreten und nebenbei das Überleben der gesamten Menschheit zu sichern, spricht per se vom Vorwurf frei, schnöde Einzelinteressen zu verfolgen. An Konsequenzen und Nebenfolgen muß kein Gedanke verschwendet werden, denn die Ideologie des von allen Menschen gleich stark bedrohten Gemeinwohls legitimiert noch jede politische Tat. Indem Politik so von egoistisch diffamierten Interessen gleichsam gereinigt erscheint, wird eine Gleichheit suggeriert, die jeden Blick auf Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse verstellt. Unter dem Banner des Allgemeinwohls kann sich das besondere Interesse der herrschenden Metropolenklassen prolongieren.

Die Tatsache, daß Greenpeace neben anderen Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs) inzwischen einen offiziellen Beobachterstatus in der UN einnimmt, ermöglicht einen Blick auf die Anatomie eben nicht nur der deutschen (Jürgen Elsässer in *konkret* 8/95), sondern der globalen Öffentlichkeit. Sicherlich, internationale Abhängigkeiten, Konkurrenz und Dominanz werden durch Greenpeace nicht abgebaut, sondern bestätigt. Daß dabei ein Rest Willkür der Nationalstaaten im Einzelfall beschnitten werden kann, widerspricht nicht der Reproduktion von hegemonialen Strukturen auf einer erweiterten Stufe.

Greenpeace stellt kein Gegenmodell zur staatlichen Herrschaft dar, sondern eine vermittelnde Ergänzung. Die Kampagnen erfüllen die Funktion eines gesellschaftlichen Indikators für die Herrschaftsansprüche derMetropolen auf der Ebene internationaler Beziehungen. Sog. NGOs verdoppeln den integrativen und korrigierenden Mechanismus der Herrschaftsabsicheru wie ihn die Institutionen der Öffentlichkeit im Nationalstaat bieten. Neu ist, daß das politische Gleichheitsversprechen durch die abstrakte Gleichheit auf dem Markt ersetzt wurde. Für emanzipative, gar anti-staatliche und anti-kapitalistische Inhalte ist in diesem Verfahren erst recht kein Platz - und Greenpeace der falsche Adressat.

International agierende NGOs hängen am Tropf der Regierungen und können ihre Konzepte nur durchsetzen, wenn maßgebliche Nationalstaaten sie übernehmen.

Denn stärker noch als die nationalen Institutionen der bürgerlichen Öffentlichkeit, die zwar selbständig, aber Bestandteil des Nationalstaates sind, hängen international agierende NGOs am Tropf der Regierungen. Diese allein vergeben die Beobachter-Posten bei internationalen Konferenzen, und es bleibt letztlich ihre Enscheidung, welchen Lobbies sie Gehör schenken. NGOs können ihre Konzepte nur durchsetzen, wenn maßgebliche Nationalstaaten sie übernehmen. In den seltensten Fällen eignen sich Regierungen tatsächlich deren politische Ziele insgesamt an. Es genügt ihnen durchaus, wenn sich einzelne Forderungen als strategisches Mittel für andere Zwecke nutzen lassen.

Wenn die Institutionalisierung einer globalen Öffentlichkeit das internationale politische System verändert, dann im Sinne einer neuen Aufgabenteilung: Während NGOs mehr und mehr die Funktion zuwächst, das Interesse der Allgemeinheit zu vertreten, wird immer selbstverständlicher akzeptiert, daß Regierungen in erster Linie nationale Interessen zu verfolgen haben.

Frieder Dittmar

aus: Die Beute

Interview mit Ulf, Irmtraud und Luise

"Und das war klar: Es war Sommer und ich wollte sowieso nicht in den Knast..."

Ende Januar führten zwei Männer aus der kassiber-Redaktion ein Interview mit Ulf B., der fünf Monate in Beugehaft im baden-württembergischen Heimsheim gessesen hatte, sowie Imtraud und Luise, zwei befreundeten Frauen, die in dieser Zeit - mit anderen - Solidaritätsarbeit geleistet und sich um diverse andere Dinge gekümmert haben. Wie immer heißen die am Gespräch Beteiligten ganz anders; dieses Mal aber mit einer Ausnahme - Ulf.

kassiber: Du warst von Anfang Juli bis Ende November fünf Monate in Beugehaft, weil Du als Zeuge im sog. radikal-Verfahren vorgeladen wurdest und die geforderte Aussage verweigert hast. Was wollten Polizei und Staatsanwaltschaft damals von Dir wissen?

Ulf: *Ja, die Fragen, die sie gestellt haben... In der ersten ging's immer darum, was der derzeitige Aufenthaltsort von Matthias G., also meinem Mitbewohner, ist. Aber, sie haben andere Leute auch vernommen in diesem Zusammenhang; zum Teil drei, vier Stunden lang. Von daher war eigentlich klar, daß sie mehr wissen wollten als diese erste Frage, die sie halt gestellt haben.*

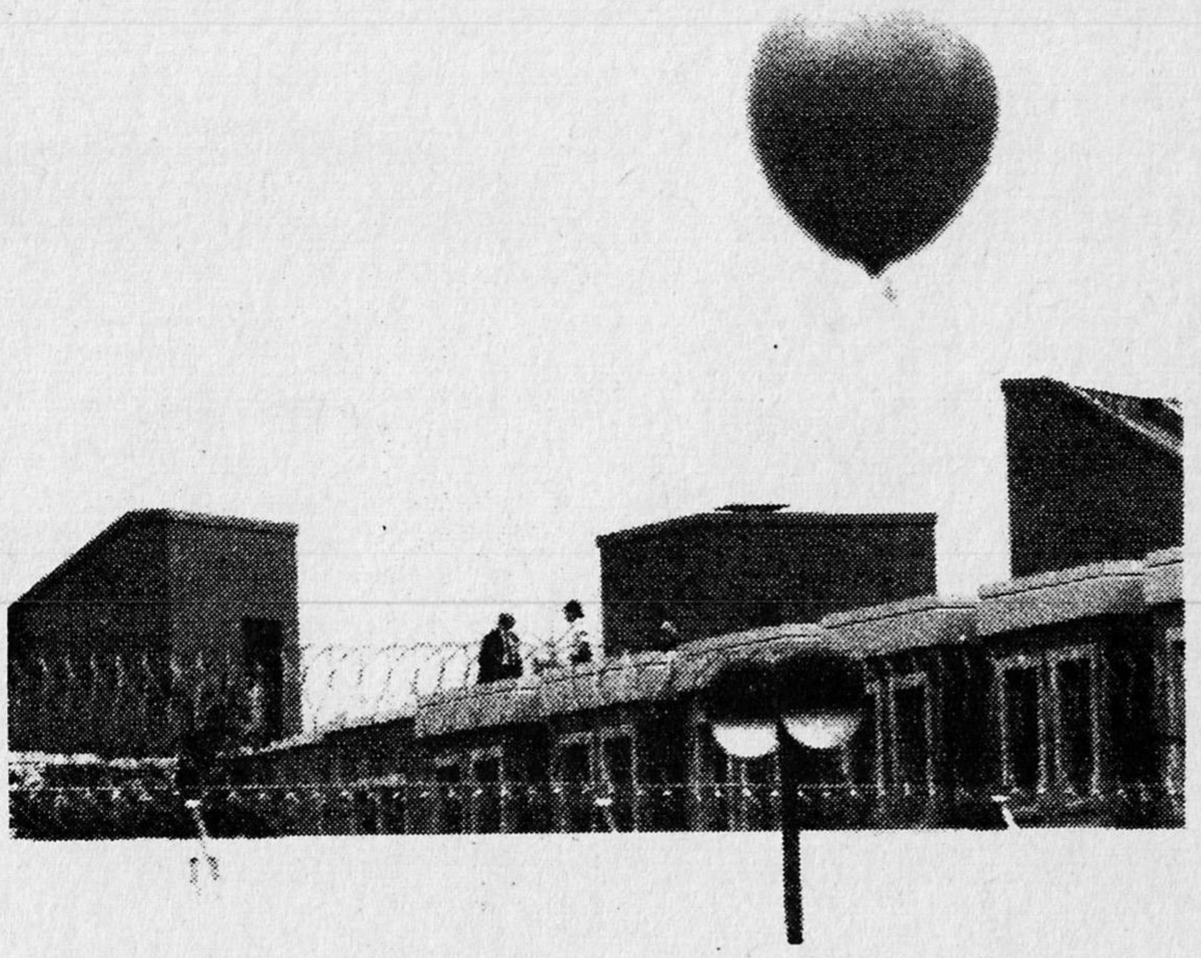
kassiber: In einem Vorgespräch hast Du erzählt, daß von der Polizei auch Versuche gemacht worden sind, Dich reinzulegen, was den Aufenthaltsort von Matthes angeht...

Ulf: *... das waren diese Telefonate. Also, die ham halt gesagt, wir müssen uns in Verbindung setzen, um unser Auto, das sie bei der Durchsuchung mitgenommen haben, wieder zurückzugeben und dann ham sie halt angerufen, permanent: 'Ja, wie sieht's denn aus? Das Auto steht jetzt da ...', und sie wollten das ja auch loswerden: Wann ich das denn abholen kann ... Und fingen dann aber so an, von wegen, daß ich 'ne Bescheinigung anbringen müßte, von Herrn G., weil auf dessen Namen das Auto zugelassen ist. Und daß ich überhaupt berechtigt bin, das Auto zu führen. Sonst könnten sie mir das nicht aushändigen.*

Und ich dann so: 'Ja, wie soll ich'n das machen? Sie wissen doch, der ist im Urlaub! Ich hab' keine Ahnung, wie ich den erreichen kann. So'ne Bescheinigung kann ich nicht anbringen.' Und er dann nur: 'Ja, is' egal, nur eben was ganz kurzes. Zwei Sätze, wo er eben schreibt, sie dürfen das Auto überhaupt führen.' Das ging halt'n paarmal so, also wir haben zwei-, drei-, viermal telefoniert. Und bei einem Telefongespräch, wo ich dann wieder sagte: 'Ich kann die nicht anbringen, diese bescheinung. Sie wissen doch, der Herr G. ist im Urlaub', da meinte er auf einmal: 'Ja, dann rufen Sie doch eben mal in Ulm an.' Und ich: 'He, wie, wo soll ich anrufen?' 'Ja, rufen Sie doch mal eben in Ulm an', meinte er. Und ich: 'Wie kommen Se denn auf Ulm?' 'Ja, sie haben doch eben gesagt, der Herr G. wär in Ulm.' Da hab ich irgendwie schon gecheckt, daß da irgendwas nich ganz sauber läuft und meinte: 'Nee, nee, hab ich nicht gesagt.' Und er meinte noch: 'Ah ja, Entschuldigung, da hab ich mich verhört.' Aber da war irgendwie klar, die tricksen da was. Da hab ich dann gesagt: 'Sie ham sich nicht verhört, sondern Sie spiel'n hier so'n Spiel mit mir - da mach ich nicht mit', und hab aufgelegt.

"..., d.h. sie haben so was lapidares für sich direkt als Verhör eingestuft."

Dann bin ich halt am nächsten Tag hin, das Auto abholen - vorher war ich noch mal kurz beim Anwalt. Dann meinte der da: 'Ah, Moment mal. Da is' noch was wegen der Vernehmung.' Und ich: 'Wie, Vernehmung? Ich sag' nichts.' Und er: 'Ja, Moment. Bleiben Se mal hier. Ich hol mal den Herrn von Bock und Polach (damaliger Politstaatsanwalt, Anm.). Er holt den Bock und Polach und dann, bababa, Vernehmung und ich: 'Nee, ich sag nichts ... erstmal mit meinem Anwalt telefonieren.' Dann hab' ich beim Anwalt angerufen und meinte: 'Die wollen jetzt 'ne Vernehmung machen und ich weiß gar nicht warum und blablabla.' Dann hat mein Anwalt



Knastkundgebung am 29.Oktober 1995 in Heimsheim

mit dem Bock und Polach geredet, was jetzt los is. Bock und Polach hat dann gesagt: 'Ja, es geht um den Aufenthaltsort von Matthias G. und der Herr B. hat sich letztens am Telefon verplappert. Der hat gesagt, Herr G. wäre in Ulm.' D.h., das Telefongespräch, wo sich der Maas (Polizist am Telefon, Anm.) entschuldigt hat, das Ding haben sie halt als Vorwand genommen, zu sagen, ich wüßte, wo Herr G. ist, und deshalb gibts jetzt die Vernehmung. Das war ganz klar 'n ziemlich billiger Trick.

Und bis nach Karlsruhe stand in der Begründung drin, ich hätte halt da und da gesagt, der Herr G. wäre in Ulm. Ich wüßte, wo der ist und würde jetzt halt mauern. Naja, was ich danach fand ist, daß halt jedes Gespräch mit denen 'n Verhör ist. Wo sie sich mit dem Auto bemüht haben, so zu tun, als wenn das eben so'n Gespräch auf 'ner voll niedrigen Ebene ist. Letztendlich heißt es dann aber, in dem Verhör hätt' ich halt gesagt, der Herr G. ist in Ulm. D.h., sie haben so was lapidares für sich direkt als Verhör eingestuft.

Luise: *Beim ersten Mal wurdest Du doch auch schon zu 500 Mark verurteilt, oder?*

Ulf: *Ja, hier in Bremen. Das war die Geldstrafe, die ich gekriegt hab' - und dann die Androhung, daß aus Karlsruhe was kommen wird.*

kassiber: Nach diesem ersten Termin mit Bock und Polach folgte dann nach 'n paar Tagen 'ne offizielle Vorladung zu 'ner Vernehmung, oder wie lief das dann ab?

Ulf: *Also das hat schon zwei Wochen gedauert, so zehn Tage bis zwei Wochen, dann hab ich die nach Karsruhe gekriegt. Also ich hab die Mittwoch Abend abgeholt von der Post und am nächsten Montag hätt' ich da sein müssen...*

kassiber: Beugehaft war ja, zumindest in den vergangenen Jahren, ein eher unübliches Vorgehen, in politischen Verfah-

ren... In Karlsruhe war Dir aber schon relativ klar, die würde verhängt werden oder gab's da die Hoffnung: Vielleicht lassen die mich da wieder ziehen?

Ulf: *Naja ... Im nachhinein hab ich das Gefühl, in der Zeit zwischen dem ersten Verhör, bis ich den Brief bekam, hab' ich mir relativ wenig 'n Kopp darüber gemacht. Ich wußte halt irgendwie nur, ich will nich' in'n Knast - aber erstmal abwarten, locker bleiben. Da lief relativ wenig. Die eigentliche Auseinandersetzung lief erst, als ich die Vorladung schon in der Tasche hatte. Ich wußte nur, es gab 'n paar Daten im Sommer, wo ich unbedingt hier sein wollte ... Und das war klar, es war Sommer, ich wollte sowieso nicht in'n Knast. Die Situation war eh ... - es war 'ne tierische Hasselei: Da war die Durchsuchung bei uns. Dann kriegste mit: tierisch viele Durchsuchungen in Bremen und der BRD. Dann war'n sie bei uns ja wegen Matthes, der im Urlaub war, wo nicht klar war, ob es jetzt 'n Haftbefehl gibt - weil ja auch Leute aus anderen Städten direkt am 13.6 eingefahren sind. Dann wurd' klar, es gibt 'n Haftbefehl gegen ihn, die Situation von Jutta war auch schwer einzuschätzen. Da ist das mit der Vorladung und Vernehmung 'n bißchen in den Hintergrund getreten. Da war zwar Rödelei, aber nicht so das DAS Thema, weil erstmal andere Sachen wichtiger waren.*

kassiber: Nochmal zur Beugehaft. Der Gedanke, sechs Monate im Knast verbringen zu müssen, ist erstmal 'ne unerfreuliche Vorstellung. Das bedeutet erstmal, von Leuten hier isoliert zu sein - Lebens- und Wohnzusammenhänge. Bedeutet, eventuell 'n Job zu verlieren, wie das bei Leuten aus der Fritze jetzt der Fall ist (s. Artikel in dieser Ausgabe). D.h., daß man sich zumindest nochmal verschärft Gedanken darüber machen muß, was passiert in so'nem halben Jahr Abwesenheit, was heißt das für mich?

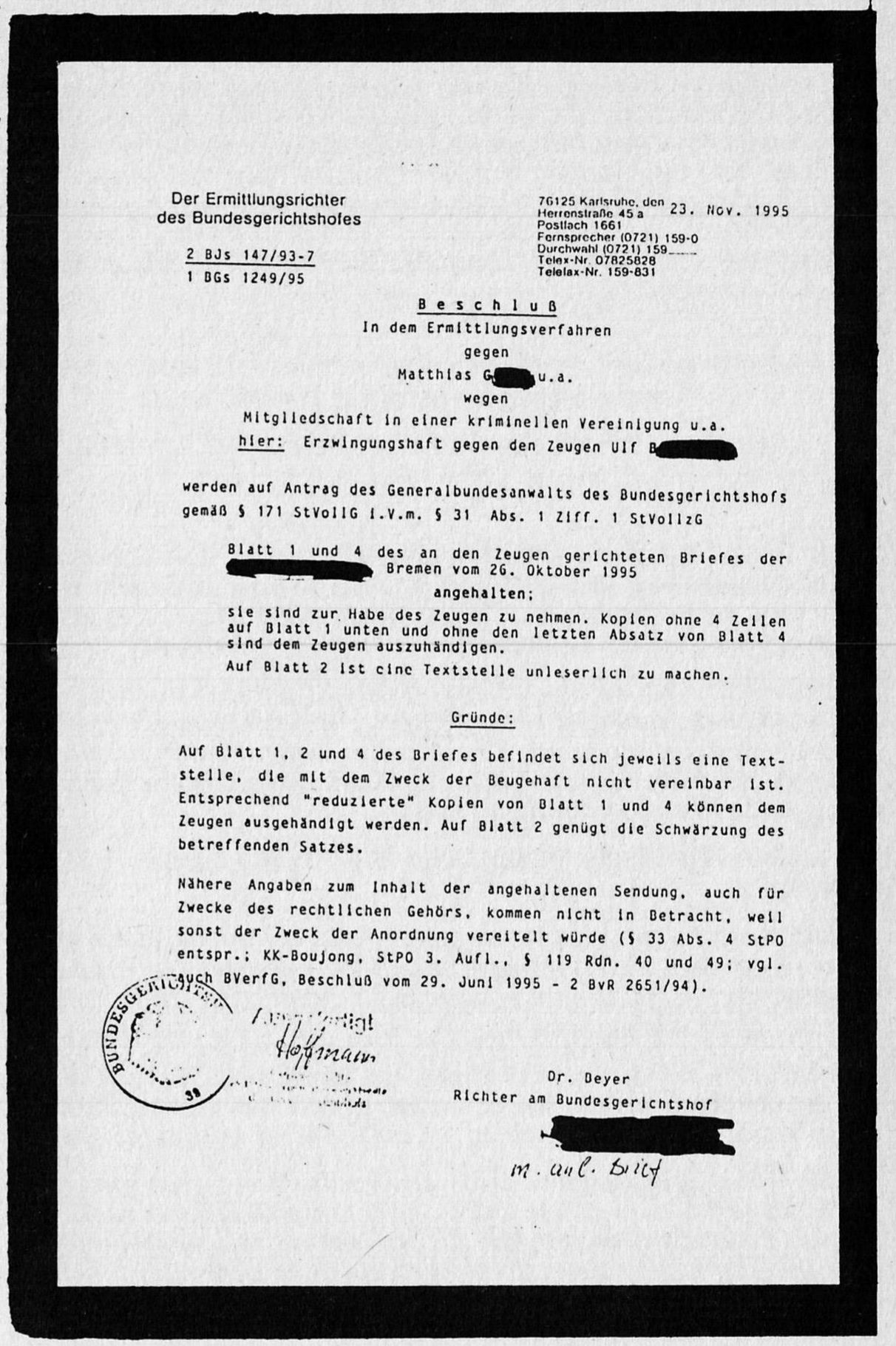
Ulf: *Ja klar, der erste Gedanke, das war nur, ich geh' nich in'n Knast, so. Dann hab ich halt überlegt, was zu machen wär'. Naja, du kannst halt abhauen, aber dann hätte ich die Sachen, die ich hier hätte machen wollen, auch nicht machen können. Aber du hast auch keine Perspektive, also wegen fünf Monaten in's Ausland zu gehen, ist auch 'n bißchen komisch ...*

Oder was ich auch gedacht hab: Rumtricksen, 'n bißchen was sagen und bei manchen Fragen rumdrucksen, irgendwie versuchen, die Vernehmung zu überstehen, ohne in'n Knast gehen zu müssen - so'n Eiertanz halt. Beim Reden mit Leuten wurde da aber immer klarer, das geht nicht, da kommt nichts bei raus, das funktioniert nicht. Ich kann nicht Leuten, deren Job das ist, die voll die Profis sind, irgendwelchen Scheiß erzählen, quasi das Verhör für mich entscheiden - sie kriegen immer irgendwas raus. Dann sagste was, eigentlich 'n unbedeutendes Teil, aber das fehlte denen irgendwo und das ist dann genau das, was ihnen dann nochmal neue Sachen eröffnet oder wo führ sie was klarer wird. Dann ist nachher der Prozeß gegen Matthes und ich werde dann aufgerufen, als Zeuge der Anklage, muß das da wiederholen und diene dazu, ihn da fertig zu machen... Das war auch 'ne ekelige Vorstellung, wo ich gedacht hab', das geht nicht.

"... war eben auch nicht so, daß ich gedacht hab': Logisch, Anna und Athur halten's Maul, dann mach' ich das auch...

kassiber: Es gibt ja immer die großen Appelle, an Aussageverweigerung... Aber die Erfahrung, gerade auch der letzten Monate, hat ja gezeigt, daß das bei vielen Leuten so wahnsinnig klar ja wohl nicht ist ...

Irmtraud: *... wobei, da würd' ich auch gern nochmal was zu sagen. Also, die Entscheidung zu treffen und dann aber auch durchhalten zu können - da denk ich ist das Umfeld, das diese Forderungen aufstellt: 'Anna und Athur halten's Maul', auch sehr stark mit verantwortlich. Also z.B.: Was passiert, wenn einer seinen Job verliert, wer kümmert sich um allen möglichen Kram, wer zahlt die Miete. Da kann man halt nicht nur von jemanden fordern, er soll die Schnauze halten, sondern da muß man sich dann auch verantwortlich darum kümmern. Sonst werden die Appelle ja auch hohl. Und für die einzelnen, die betroffen sind, die plötzlich so 'nen Brief in der Hand halten und wissen, ich geh' jetzt 'n halbes Jahr in'n Knast, die trifft das natürlich immer wesentlich konkreter und brutaler als alle drumherum. Da kann man sich vorstellen, wie das wär' - 'n halbes Jahr Knast - und am nächsten Tag kann man sich halt wieder was anderes vorstellen. Da ist es dann leichter, coole Sprüche zu bringen. Aber wenn man in der Situation ist, ist das natürlich ein Hammer. Deswegen mein' ich das, daß da eben nicht nur die einzelnen Personen sind, sondern deren Freunde, Genossen, politische Zusammenhänge mit verantwortlich sind, wie die Entscheidung getroffen wird und wie sie halt auch ausgeführt werden kann.*



Der Ermittlungsrichter
des Bundesgerichtshofes

2 BJs 147/93-7
1 BGs 1249/95

76125 Karlsruhe, den 23. Nov. 1995
Herrenstraße 45 a
Postfach 1661
Fernsprecher (0721) 159-0
Durchwahl (0721) 159-
Telex-Nr. 07825828
Telefax-Nr. 159-831

Beschluß

In dem Ermittlungsverfahren
gegen
Matthias G[redacted] u.a.
wegen
Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung u.a.
hier: Erzwingungshaft gegen den Zeugen Ulf B[redacted]

werden auf Antrag des Generalbundesanwalts des Bundesgerichtshofs gemäß § 171 StVollG i.V.m. § 31 Abs. 1 Ziff. 1 StVollzG

Blatt 1 und 4 des an den Zeugen gerichteten Briefes der [redacted] Bremen vom 26. Oktober 1995

angehalten;

sie sind zur Habe des Zeugen zu nehmen. Kopien ohne 4 Zeilen auf Blatt 1 unten und ohne den letzten Absatz von Blatt 4 sind dem Zeugen auszuhändigen.

Auf Blatt 2 ist eine Textstelle unleserlich zu machen.

Gründe:

Auf Blatt 1, 2 und 4 des Briefes befindet sich jeweils eine Textstelle, die mit dem Zweck der Beugehaft nicht vereinbar ist. Entsprechend "reduzierte" Kopien von Blatt 1 und 4 können dem Zeugen ausgehändigt werden. Auf Blatt 2 genügt die Schwärzung des betreffenden Satzes.

Nähere Angaben zum Inhalt der angehaltenen Sendung, auch für Zwecke des rechtlichen Gehörs, kommen nicht in Betracht, weil sonst der Zweck der Anordnung vereitelt würde (§ 33 Abs. 4 StPO entspr.; KK-Boujong, StPO 3. Aufl., § 119 Rdn. 40 und 49; vgl. auch BVerfG, Beschluß vom 29. Juni 1995 - 2 BvR 2651/94).

BUNDESGERICHTSHOF

Hoffmann

Dr. Deyer
Richter am Bundesgerichtshof

[redacted]

m. w. l. Brief

Ulf: *Das ist eben auch was, diese Parole zu füllen. Wenn du die den Leuten so um die Ohren haust, fühlen die sich unter Druck gesetzt - nur, wenn die nicht von anderen Leuten auch gefüllt wird, dann bleibts halt 'ne Parole. Die ist zwar richtig, aber es ist eben etwas komplexer, was da dann abgeht: Was hier draußen abgeht und was für mich dann drinnen abgeht. Und da hatte ich aber eigentlich 'n ziemlich gutes Gefühl nach den Tagen. Es gibt schon Leute, die, über dieses phrasenhafte hinaus, halt konkrete Sachen übernehmen. Mit so 'nem Gefühl von Rückendeckung bin ich dann auch nach Karlsruhe gefahren. Und das hat zu der Entscheidung auch tierisch viel beigetragen. Es war eben auch nicht so, daß ich gedacht hab: Logisch, Anna und Athur halten's Maul, dann mach' ich das auch...*

Luise: *Aber die Diskussion darüber hat ja wirklich ziemlich spät angefangen und zwar eben erst zu dem Zeitpunkt, als Du die Vorladung hattest. Es war'n eben nur'n paar Tage und es haben auch alle drüber diskutiert, aber einfach zu spät, es war alles unter so 'nem Zeitdruck. Deshalb muß jetzt auch noch weiter darüber diskutiert werden, denn diese Möglichkeit, daß sowas wieder kommt und man selbst betroffen sein könnte, besteht halt. Ich finde aber,*

daß die Forderung auf jeden Fall richtig ist, auch die Notwendigkeit zu so 'nem kollektiven Vorgehen besteht, letztendlich ist es aber ne persönliche Entscheidung... Die Verhältnismäßigkeit zwischen den Konsequenzen einer Aussageverweigerung und den Konsequenzen einer Ausssage, daß man jemanden belastet, die muß halt abgeschätzt werden.

kassiber: Das Problem dabei ist ja auch nicht nur, daß du dann'n Schwein bist, sondern daß Leute aufgrund solcher Aussagen viel länger einfahren als fünf oder sechs Monate.

Ulf: *Mmh, ja du hilfst denen dann ja auch irgendwie, machst ihnen den Job 'n bißchen leichter.*

Luise: *Außerdem steckt da ja auch noch vielmehr dahinter. Das ist ja nicht nur das Ermittlungsinteresse selbst, daß sie wissen wollen, wo bestimmte Personen sind oder ähnliches, bzw. später Aussagen im Prozeß verwendet werden können, sondern daß ein Teil der politischen Szene oder des Zusammenhangs durchleuchtet werden soll, ßas bestimmte Sachen aufgedeckt werden sollen - daran haben sie natürlich 'n Interesse, auch an den persönlichen Verbindungen. Und letztendlich, wenn sie Erfolg haben, kann sich die politische Szene daran spalten. Gerade in dieser Sache gibt es ganz viele verschiedene Meinungen darüber, ob ausgesagt werden soll, oder nicht.*

"Und das war dann im Knast aber alles gar nicht so, das war alles viel besser..."

kassiber: Sind da, in den Diskussionen vorher, Erfahrungen im Zusammenhang mit dem sog. Kaindl-Prozeß in Berlin eingeflossen, wo es ja über die Diskussion um Aussageverweigerung sehr, sehr große Auseinandersetzungen gegeben hat?

Irmtraud: *Also wir sind eher von den Erfahrungen beim Strobl-Prozeß und Startbahn ausgegangen. An der Startbahn hab'n se quasi die ganze Szene einmal aufgerollt - aufgrund der ganzen Aussagen, wo dann eine zur anderen gekommen ist, bis se dann halt 'ne ganze Menge in der Hand hatten.*

kassiber: Startbahn meint jetzt die Erschießungen von den beiden ...

Irmtraud: *Ja, die Schüsse an der Startbahn und was dann in der nachfolgenden Zeit alles abgegangen ist. Aufgrund der Erfahrung wurde damals ja auch die Kampagne 'Anna und Athur halten's Maul' überhaupt entwickelt.*

kassiber: Und wie war das dann eigentlich in Karlsruhe? War'n die verärgert, als du da ankamst, gleich mit deinen Sachen? Haben die deswegen auch so 'ne hohe Strafe ausgesprochen?

Ulf: *Das is Spekulatius ... Das ham wir uns dann auch gefragt, ob ich deswegen mehr kassiert habe. Aber letztendlich ist es nicht klar, und ich fand's wichtiger, die Sachen da mit reinzunehmen, vom ersten Tag an, als dann irgendwie darauf zu vertrauen, zu versuchen, 'nen Deal mit denen hinzukriegen, also nichts mitzunehmen und sie dadurch milder zu stimmen, und dann zu hoffen, daß sie einem weniger geben. Na ja, und die in Frankfurt haben auch alle fünf Monate gekriegt ... Der Typ ..., genervt hat den, daß ich nichts gesagt hab'! Und ob ich jetzt mit oder ohne Tasche ...*

kassiber: Thema Knast: Wie hast Du da vorher versucht, dich drauf einzustellen?

Ulf: *Grundsätzlich hatte ich schon ziemlich gruselige Vorstellungen, was mich da jetzt erwartet. Ja, was weiß ich, Glasbausteine, Klimaanlage und total schweinische Schließer. Ich kann mich noch erinnern an so einen Brief, von jemanden aus Preungesheim, wo er meinte, daß wär' alles so super-rassistisch organisiert, daß das unter den Gefangenen da ganz übel abgehen würde ... Und das war dann aber alles gar nicht so, das war alles viel besser. Die erste wirklich gute Überraschung war, das es da 'n Fenster gab, so'n richtiges Fenster, was ich ganz aufmachen konnte, mit 'nem normalen Gitter vor, so'n paar Streben. Ich konnte halt rausgucken, konnte mich mit Leuten unterhalten, konnte Transporte hin- und herpendeln, das war alles total easy.*

kassiber: Aber du hast 'ne Einzelzelle gehabt, oder?

Ulf: *Ja, ich hab 'ne Zelle für zwei Leute gehabt, aber ich war alleine in der Zelle.*

kassiber: Wie groß war der Knast?

Ulf: *Das war'n zwei Bereiche, einmal gab's den T-Bau, dann den E-Bau. In dem einen saßen die Strafhäftlinge, das waren ungefähr 400-500 Leute, glaub' ich, und in dem T-Bau, U-Haft, wo ich auch war, da waren ungefähr 200 Leute.*

kassiber: Und so vom Tagesablauf her, was so Aufschluß oder Umschluß angeht, war das eher so, daß Du den ganzen Tag da allein warst oder ...?

Ulf: *Ja, ich war hauptsächlich allein, also Umschluß gibts in der U-Haft gar nicht. Also es gibt Duschen, drei mal die Woche für 'ne Stunde - und oft war's halt so, daß sie den ganzen Flur aufgeschlossen haben und dann war halt eine Stunde die Zelle auf. Dann gab's noch Freizeit - nannte sich Freizeit, ist halt Fernseh gucken: zwei Stunden. Sie schließen dann auf und fragen, ob Du Fernsehen gucken willst und wenn Du willst, wirste in 'n Raum geschlossen, mit zwanzig, dreißig Leuten und da läuft halt die Glotze. Und das ist dann halt Freizeit. Das beknackte war, daß das dienstags und donnerstags von 9-11 Uhr morgens und sonntags von 14-17 Uhr lief - also ich bin da ganz, ganz selten hingegangen.*

"Du kannst kaum was vor denen geheimhalten, kaum was zurückhalten ..."

kassiber: Deine Anwältin hat in einem Interview, was wir in der letzten Ausgabe abgedruckt haben, gesagt, daß eigentlich bei der Erzwingungshaft nicht die U-Haft-Bedingungen gelten, sondern die des normalen Strafvollzugsrechts. Was heißen würde, daß das etwas liberaler oder lockerer ist als in der U-Haft ...

Ulf: *Ja, das stimmt schon, eigentlich hätt' ich nach Strafhaft-Bedingungen da sein müssen. Aber der Beyer (Ermittlungsrichter am Bundesgerichtshof, Anm.) hat das einfach an sich gezogen und gesagt, nee nee, er is' hier der Chef und er regelt das alles ab, also Postkontrolle und Besuchserlaubnis. Eigentlich, wenn ich so gesessen hätte, wie es hätte sein sollen, dann hätt' ich halt Besuch gehabt, viermal eine Stunde im Monat, hätt' telefonieren können, die Post wär' nur stichprobenartig kontrolliert worden und ich hätt' Umschluß gehabt und, naja, es wär' mir wirklich besser gegangen. Und bei den Frankfurtern ist es jetzt so, daß, nachdem der Beyer die Zuständigkeit abgegeben hat, für die 'n anderer Richter die übernommen hat. Der hat gleich alles an die Anstalt abgegeben, d.h. die sind jetzt verantwortlich dafür, wie die Post kontrolliert wird, wie die Leute untergebracht werden - nämlich in Strafhaft - und die haben die ganzen Verbesserungen jetzt. Also, auf jedenfall ist es so, daß nur der Beyer das so gemacht hat, sein Nachfolger hat gleich gesagt: 'Beugehaft, da hat die Anstalt zu entscheiden, wie da verfahren wird.'*

Irmtraud: *Die Postkontrolle, das ist auch 'ne Sache, mit der man draußen zu tun hat, weil durch diese ständige Zensur, natürlich die Kommunikation erschwert wird. Daß sie alles lesen, gut, das weiß man, aber es ist eben nicht so, daß du weißt: du schreibst halt bestimmte Formulierungen nicht, dann kommt der Brief aber durch, sondern es ist die absolute Willkür. Und dann dauert es einfach*

Knastkundgebung in Heimsheim

Vor der JVA Heimsheim (Baden-Württemberg), in der seit Anfang Juli Ulf B. aus Bremen in Beugehaft saß, fand am 29.Oktober eine weitere Knastkundgebung statt. Rund 150 Frauen und Männer, viele von ihnen aus Bremen, hörten Redebeiträge zur Situation der im Juni Verhafteten, zur Aussageverweigerung, zur Beugehaft sowie zu Ayhan Recber (ein 21jähriger Kurde, der mittels eines Kronzeugen zu 5 Jahren und 6 Monaten verurteilt wurde und in Heimsheim sitzt). Aus einigen der wenigen sichtbaren Fenster sind auf die Beiträge, Musik, Rufe und Sprechchöre lebhafte Reaktionen zu hören und zu sehen.

zwei Wochen oder so, bis der Brief ankommt. Da ist die Bundespost echt schneller. Auf jeden Fall hilfreich ist es, die eigenen Briefe zu datieren und zu kopieren, damit man selbst noch weiß, was man vor vier Wochen geschrieben hat.

Luise: *Viel einschneidender fand ich, daß die halt alles mitkriegen. Also persönliches haste natürlich auch keinen Bock mehr, zu schreiben. Politische Sachen, wenn die durchkommen, ist auch nicht so toll - und dann schreibst du auf dem superoberflächlichen Niveau, was dann natürlich dem Betroffenen im Knast überhaupt nicht viel bringt.*

kassiber: Wie, einfach über den Lautsprecher ...

Ulf: *... ja, über den Zellenlautsprecher ...*

kassiber: ... gar nicht mal selbst vorgesprochen?

Ulf: *Nee, nee, da war ich auch mega-erleichtert drüber. Weil er hatte gesagt, damals nach dem Verhör, er würde sich auch ab und zu mal bei mir melden. Das hab' ich mir auch ziemlich eklig vorgestellt, wenn ich irgendwie gerade sonstwas mache und auf einmal steht da diese Figur wieder in der Zelle und fängt wieder an mich zu besabbeln. Da war ich auch echt schon heilfroh, daß das nicht passiert ist, weil ... - na ja, mußt den halt wieder rausschmeißen. Mir war das halt genug, daß ich da im Knast sitze und mit'm Knast halt zu tun hab'. Ich wollt' da nicht noch irgendwelche anderen Scherze von denen da miterleben.*

Knastkundgebung am 29.Oktober 1995 in Heimsheim

kassiber: Das war wahrscheinlich bei den Besuchen auch nicht anders ...

Ulf: *... Besuche war'n echt ganz schlimm, die ersten beiden war'n echt ganz schlimm. Also, die haben natürlich erstmal die ganzen Besuchsanträge verschleppt. Ich bin ja Anfang Juli reingekommen und es gab im August den ersten Besuch, nach vier Wochen: 'ne halbe Stunde! Und ich war natürlich mega-aufgeregt, wollte tausend Sachen wissen, wollte tausend Sachen erzählen, hab' da gesessen völlig unter Strom. Diese Scheiß-Situation, sitzt da so'n Typ direkt daneben, hört zu ... Die ganze Situation war halt neu und total anstrengend - und erstmal nur 'ne halbe Stunde ... Ich hab mich irgendwie voll gefreut: Du sitzt da in der Zelle, und dann kommen se halt und holen dich runter, in den Besuchsraum, vorher noch Durchsuchung und dann geht's los ... Dann war der Besuch vorbei und ich war wieder in der Zelle und hab' gedacht: He, wie, das war jetzt der Besuch!?. Das war echt 'n Film, ganz kurz so'n Aufblitzen, von dem was eigentlich ist - und dann sitz' ich wieder in meiner Zelle. Ja, dann hat die Kollegin mir Süßigkeiten mitgebracht und so. Das war dann die Verlängerung des Besuchs, daß ich immer die Süßigkeiten gegessen hab' und an den Besuch gedacht hab', daß war'n so Versuche, den noch 'n bißchen zu verlängern. Und das war der Besuch, auf den ich mich wochenlang gefreut hab'.*

Ulf: *Das fand ich halt auch: 'n ziemliches Rumgeeier. Also, weil Briefe waren erstmal der Hauptaustausch nach draußen, also Besuche waren eigentlich ziemlich wenig und die waren ja auch überwacht. Und dann immer so'n abwägen, was will ich denen jetzt offen legen ... Wo ich halt auch wußte: Sie geiern darauf, daß es mir Scheiße geht - und dann kommen se wahrscheinlich nochmal an und löchern mich und sagen: Ja, Herr B., wie siehts denn aus? Wollen sie nicht doch lieber aussagen?' Da hatte ich natürlich überhaupt keinen Bock drauf. Dann ist halt klar, manche Sachen mach' ich nicht offen. Andererseits ist es halt wichtig, sich darüber auszutauschen, denen nach draußen zu vermitteln, das ..., Na ja, daß ich auch 'ne Reaktion darauf krieg', wie's mir halt geht. Und politisch dann eben auch Sachen nicht zu schreiben, weil klar ist, sie lesen alles mit. Das ist schwierig, das zu handhaben, weil diese Briefe halt der einzige regelmäßige Austausch sind - und trotzdem kannst du da nicht alles schreiben, was dir im Kopf rumgeht. Also weder, wie es dir so stimmungsmäßig geht, noch was du dir halt politisch so denkst. Du kannst kaum was vor denen geheimhalten, kaum was zurückhalten. Und wenn du's zurückhälst, dann kriegt's wirklich niemand mit und du frißt das nur in dich rein.*

kassiber: Und ist denn später nochmal 'n offitzieller Versuch gemacht worden, dich zur Aussage zu bewegen?

Ulf: *Es gab ein einziges Mal 'ne Anfrage, aber auch total locker - über'n Lautsprecher vom Stockwerkbeamten. Er meinte, da wär' jemand von der Staatsanwaltschaft Karlsruhe, ob ich mit dem reden wollen würde? Und ich hab' dann gesagt: 'Nee, will ich nicht!' Das war alles.*

Und der zweite Besuch, der war 'n bischen blöd gelegt, der war dann wieder vier Wochen später, das heißt nach zwei Monaten hab' ich dann meinen nächsten Besuch gekriegt und da war das wieder so: Ich hab' mich voll drauf gefreut und dann halt dreißig Minuten. Fünfzehn Minuten ist nur Checkerei: Dies brauch' ich, was ist damit, hast du davon gehört, das und das müßt ihr noch regeln. Dann haste 'ne viertel Stunde Zeit für persönliches, wo wieder so'ne Figur direkt daneben sitzt, die du überhaupt nicht abkannst. Da war ich so abgenervt von dem Besuch, da hab' ich gedacht, ich will keinen Besuch mehr haben, das is' ja nur Kosmetik - halbe Stunde, so'n Schwachsinn. Und dann hab' ich 'n Antrag gestellt auf Verlängerung der Besuchszeit und der ist auch gewährtr worden - von der Urlaubsvertretung von dem Beyer. Dann hab' ich zweimal 'ne Stunde im Monat gehabt. Dann konnte ich auch besser mit dieser Besuchssituation umgehen, kannte das schon, da wurd's dann irgendwie besser.

Luise: *Diese ganzen Sachen, um die Besuche herum, haben schon genervt: Also erst die Antragstellung und dann kriegste halt das Ja-Wort von denen. Dann fährste dahin und dann nerven die voll rum ... Die meisten haben ja Sachen zu den Besuchen mitgebracht - Anziehsachen, Bücher und was weiß ich, CDs ... Manchmal nehmen sie die und manchmal nicht, das weißte halt nicht - und sie finden immer irgenwelche Ausreden dafür, daß sie die halt nicht nehmen. Auch, daß die dabei sitzen, da kannst dich halt nicht so offen unterhalten. Und dann gehste raus, weißt genau, er sitzt wieder in seiner Zelle, wir laufen frei rum und so - is' schon komisch, auf jeden Fall ...*

Irmtraud: *... wobei total angenehm war, daß Leute aus anderen Städten, die in der Nähe des Gefängnisses wohnen, äußerst hilfsbereit waren, viele kleine, ganz banale Sachen erledigt haben; daß die Besucher da halt jeweils auch schlafen konnten, das war schon hervorragend, das mitzukriegen, daß da Personen da waren, ansprechbar waren, Sachen organisiert haben. Weil das ja auch immer 'n gewisser Akt war, überhaupt darunter zu fahren - um die nochmal lobend zu erwähnen.*

kassiber: Kam das denn auch vor, daß, wenn Besuche da waren, der Schließer, der dann dabei war, gesagt hat: 'Das dürft ihr jetzt hier aber nicht sagen' - oder den Besuch rausschmeißen wollte, oder so?

Ulf: *Also, die ganze Situation ist halt schon so, wie Luise sie eben beschrieben hat, daß sie super von Willkür geprägt ist. Also du kannst dich da auf nichts verlassen. Das war auch einmal so, wo ich mich unterhalten hab' mit meinem Besuch - über das Verfahren, so'n bischen -, wo er dann auf einmal meinte: 'Sie müssen das Thema wechseln, sie dürfen da nicht drüber reden.' Da war aber eigentlich schon alles gesagt, da war'n wir schon durch damit. (allgemeines Gelächter)*

Irmtraud: *Das waren aber auch Justizvollzugsbeamte und keine LKA-Beamten, das macht auch 'n Unterschied aus. Also, von daher konnte man eigentlich schon relativ locker reden.*

kassiber: Mit was für Leuten hast Du da im Knast zu tun gehabt, außer dem Besuch und Schließern und Beyer und ähnlichen? Was hast Du so für'n Eindruck gehabt vom Umgehen da, den Strukturen, war'n das alles Deutsche?

Ulf: *Nee, also überhaupt nicht ... Da waren vielleicht 10-15 Prozent Leute mit 'nem deutschen Paß und sonst ... - ja, Türken, Kurden, Leute aus'm ehemaligen Jugoslawien, viele Leute aus'm Ostblock ...*

kassiber: Aber keine Abschiebehaft, sondern alles U-Haft?

Ulf: *Ja, manche Leute sind halt wegen Diebstahl oder Drogendelikten im Knast gesessen und haben dann währenddessen ihr Ding gekriegt. Das war jetzt nicht so echte Abschiebehaft, daß sie, weil sie abgeschoben werden sollten, in Haft genommen wurden. Das hat sich oft halt so ergeben aufgrund dessen, was ihnen sonst so vorgeworfen wurde, daß da halt 'ne Abschiebung eingeleitet wurde. Die meisten waren wegen BTM (Betäubungsmittel, Anm.) da, drei Viertel mindestens ...*

kassiber: Ja, das ist normal in den hiesigen Knästen ... Ja, und das Umgehen mit Leuten oder Kontakte, liefen da irgendwie Gespräche ...?

Ulf: *Ja, natürlich. Also, es ist erstmal so: Wenn du da rein kommst, da is' halt die pure Langeweile. Und wenn du da neu bist, interessieren sich erstmal alle: Kommst gerade von draußen, hast was zu erzählen. Da is'ne neue Story, warum du da bist ... Und was irgendwie witzig war, irre viel Leute sitzen da wegen Aussagen, weil die von anderen Leuten belastet worden sind. Zum Teil von den Kollegen, mit denen sie halt irgendwelche Deals gemacvht haben, zum Teil aber auch von Leuten, die gesagt haben, ja, ..., die sich halt irgendwas ausgedacht haben, um sich freizukaufen. Und von daher hatte ich da 'n ganz guten Stand, als ich da ankam mit Aussageverweigerung. Da war das für viele Leute klar, daß das eigentlich gut ist, die Aussage zu verweigern. Das war schonmal 'n ganz guter Ausgangspunkt. Und dann, viele konnten das gar nicht glauben, daß man nur deswegen, weil man nichts sagt, in'n Knast kommt.*

Also, ich fand die Atmosphäre, die war hilfsbereit. Ich hatte von nichts 'ne Ahnung, wie so Knastalltag abläuft, wo's drauf ankommt und die war'n echt total ... Ich hatte auch befürchtet, es gibt 'ne Mega-Hackordnung und ich werd' halt abgezogen und verarscht - und muß mich da erstmal entweder ausklinken oder halt versuchen, mich in so'ner Hackordnung hochzuarbeiten, beides ziemlich ätzende Vorstellungen. Und das war halt nicht so: Ich bin da relativ gut aufgenommen worden, mir sind Tee und Tauchsieder und so Sachen gegeben worden, die ich halt noch nicht hatte, weil ich noch keinen Einkauf hatte. Mir ist viel erklärt worden.

Was genervt hat: Das war halt im Sommer und du konntest dich am Fenster unterhalten. Es haben sich natürlich auch tierisch viele unterhalten, weil: Du sitzt ja den ganzen Tag in der Zelle ... Und da geht echt der Mega-Sexismus ab, also du hörst das den ganzen Tag, wie die Leute da am rumprahlen sind, Storys erzählen, Potenzgeprotze und irgendwie sowas - das war schon abnervend. Naja, aber es war auf jedenfall lockerer, als ich befürchtet hatte ...

kassiber: Gab's denn für dich feststellbare Reaktionen, Solidaritätsbekundungen von Leuten oder Gruppen, die du nicht kennst? Stichwort: Liberale Öffentlichkeit ....

Ulf: *... liberale Öffentlichkeit - also, eigentlich nicht. Es gab' so'ne Postkartenserie aus'm Ruhrpott, das war'n aber auch irgendwie AntiFa-Gruppen oder Kurdistan-Solidarität, das war'n aber keine Leute, die so in der liberalen Öffentlichkeit liegen, also Grüne oder Gewerkschaften oder so, da hat sich niemand gemeldet.*

"... ich hab' mich halt nicht beugen lassen, das ist auch 'n gutes Gefühl ..."

Luise: *Ich finde das eigentlich auch nicht verwunderlich, weil gerade Aussageverweigerung, Beugehaft, die ganze Geschichte ... beziehungsweise das ganze radikal-Verfahren, in diesem Fall, anscheinend für die Szene schwer zu vermitteln war. Und natürlich auch diese liberale Öffentlichkeit sich nicht angesprochen fühlt ...*

kassiber: Ich hab' teilweise so den Eindruck, daß es auch mehr 'n Fehler von uns ist, und daß das in Bremen nochmal besonders miserabel ist, von Info-Strukturen her, bis also hier irgendwelche Infos rumkommen.

Luise: *Ja, klar, das eine ist ja eben dieser engere Kreis, der sich um die Person, die im Knast sitzt, kümmert, da viel macht. Dann der größeren Solidaritätskreis, die dann halt Geld sammeln usw. bzw. zu diesem ganzen Verfahren arbeiten - und dann muß es Leute geben, die Öffentlichkeitsarbeit machen. Das ist hier in Bremen wenig gelaufen.*

Irmtraud: *Die Frauen haben einige Veranstaltungen gemacht zu dem ganzen Verfahren und haben auch teilweise 'n gewissen Schwerpunkt auf Beugehaft, Aussageverweigerung gelegt. Und die Veranstaltungen waren auch ziemlich gut besucht, 60-70 Frauen. Also, da ist fast noch am meisten gelaufen ...*

Luise: *... es wurden natürlich schon Sachen gemacht, es gab 'ne Demo hier in Bremen, nachdem Ulf in Beugehaft kam, es gab mehrere Knastkundgebungen in Heimsheim, es gab Flugis, es gab schon Veranstaltungen usw., also vor allen Dingen auch von den Frauen/Lesben, aber es hat halt nicht ausgereicht, um weitere Kreise zu erreichen.*

kassiber: Zumindest bei der gemischten Szene hatte ich den Eindruck, insbesondere bei November-Veranstaltung oder der Demo im Juli ... Viele Leute haben sich wirklich die Frage gestellt, was jetzt diese Veranstaltung gebracht hat - weil dort sozusagen nur den schon Bekehrten nochmals gepredigt wurde ...

Irmtraud: *Das is' in gewisser Weise 'n allgemeines Manko, daß viele Veranstaltungen im Grunde für die Szene abgehalten werden, wo sich die Leute versammeln, die auch schon am ehesten was zu dem Thema wissen - oder, was heißt wissen? Wo halt die Kreise angesprochen werden, die die Positionen eh mehr oder weniger teilen. Also, das ist auch allgemein manchmal 'ne Schwäche, daß wenig offensiv mit den eigenen Anliegen umgegangen wird.*

kassiber: Ich fänd' es interessant, noch 'n bißchen näher zu erfahren, welche Versuche denn so unternommen wurden, sich z.B. an größere Zeitungen auch in Bremen zu wenden? Oder ist da gar nichts unternommen worden?

Irmtraud: *Welche größeren Zeitungen in Bremen? Ich kenn' keine größeren Zeitungen in Bremen ...*

Knastkundgebung am 29.Oktober 1995 in Heimsheim

Luise: *... Weser-Kurier ? Also ich würde sagen, der Weser-Kurier hat natürlich kein Interesse daran, und wenn, dann eben so wie's immer läuft ... Die junge Welt hat ziemlich viel berichtet, von Grüßen von Gruppen bis hin zur Beschreibung der Lage - das war schon ziemlich gut. Die taz hatte am Anfang auch schon Interesse daran, aber da is' auch nicht viel d'raus geworden ...*

Irmtraud: *Wobei man muß auch sagen, daß es in den letzten Jahren schwieriger geworden ist - sowas wie 'ne liberale Öffentlichkeit existiert kaum mehr. Auch dieses ganze Verfahren vom 13.6. hat kaum Reaktionen hervorgerufen. Bei früheren radikal-Verfahren haben sich Journalisten verhalten, Gewerkschaften, völlig andere Leute ... Das fällt alles weg, die fühlen sich davon nicht betroffen - und das erschwert es natürlich auch nochmal.*

Luise: *Also dieser Kreis, den du eben angesprochen hast, der wurde ja eher mit dem radikal-Verfahren selbst angesprochen - auf dieser Ebene von Presserecht und Pressezensur -, da gab's natürlich auch 'ne Riesen-Empörung. Aber darüber hinaus ... Was dann radikale Inhalte gewesen wären, da wurde dann auch wieder niemand erreicht, aber auch nicht unbedingt der Versuch unternommen ... Auch hier in Bremen zu 'ner gemeinsamen Einschätzung zu kommen von dem ganzen verfahren, auch von der Beugehaft-Geschichte, das war teilweise unmöglich ...*

Irmtraud: *Früher wurde das glaub ich auch eher noch als Angriff letztlich auf die eigenen Inhalte oder Arbeiten betrachtet. Und jetzt: AIZ, K.O.M.I.T.E.E., radikal - also die Distanz ist viel größer, es fühlen sich viele Leute überhaupt nicht berührt davon. Die sehen das nicht als Angriff auf das, was sie so tun. Man kommt da auch immer mehr in so'ne komische Ecke. In den letzten Jahren ist ja auch tatsächlich viel weggebrochen, — auch an Vermittlung. Deshalb wäre es auch wichtig, in der Öffentlichkeit präsenter zu sein, damit man sich nicht in so'ne Ecke drängen läßt - oder sich am Ende noch da wohlfühlt.*

Ulf: *Zum Verhalten der liberalen Öffentlichkeit wollte ich noch sagen, daß ich finde, linksradikale Gruppen aus Bremen haben sich auch kaum dazu verhalten. Ich hab' von zwei Gruppen im Knast Post bekommen - und von den ganzen anderen nicht. Die Leute verhalten sich zwar schon ganz viel dazu, auch korrekt, aber eher auf so'ner persönlichen Ebene als daß die Gruppen das politisch als ihr Ding begreifen mit den ganzen Durchsuchungen und mit dem Verfahren - und sich dazu verhalten. Also die Linksradikale hat als politische Kombo eher wenig reagiert.*

kassiber: Die abschließende Fragen wäre die zu Deinen Gedanken im nachhinein. Hast Du Dir die Abläufe seit Mitte Juni letzten Jahres nochmals überlegt? Bist Du zu Einschätzungen gekommen, daß da im größeren Maße was schief gelaufen ist, was anders laufen müßte?

Irmtraud: *Würdeste das wieder tun? (allgemeines Gelächter)*

"Die Leute verhalten sich zwar schon dazu, aber eher auf so'ner persönlichen Ebene als daß die linksradikalen Gruppen das politisch als ihr Ding begreifen ... und sich dazu verhalten"

Ulf: *Im Knast ging's mir so, daß ich mich gut versorgt gefühlt hab'. Im nachhinein ist zwar klar geworden, es sind schon einige Sachen verschlurt worden, aber im großen und ganzen hab' ich mich schon gut versorgt gefühlt, hab' viel Post gekriegt, um meine Sachen wurde sich gekümmert, was natürlich 'ne Super-Hilfe war. Ich fand's für mich letztendlich auch gut, daß ich die Aussage verweigert hab', weil ich im Knast auch gedacht hab': Du machst jahrelang was, setzt dich z.B. mit Haftbedingungen auseinander, mit Prozessen, machst dich schlau, wie so'n Repressionsapparat funktioniert. Und dann kommen se und sagen: 'Na, wie sieht's denn aus, jetzt woll'n wir mal gucken ... Entweder sie arbeiten mit uns zusammen oder sie komm' in'n Knast.' Und an dem Punkt dann zu sagen: 'Ich sage dann doch lieber aus und gehe nicht in den Knast', das ist schon 'ne weitreichende Entscheidung, die für 'ne persönliche Biographie ziemlich entscheidend ist. Und so ist es jetzt so, ich habe nicht ausgesagt. Und Beugehaft ... na ja, schon der Begriff Beugehaft ... - ich hab' mich halt nicht beugen lassen, das ist auch 'n gutes Gefühl.*

'N anderes Ding war auch noch ... Also, ich find's ja eh schon 'ne Sauerei, daß sie sich anmaßen, irgendwelche Aktionen nach Maßstäben zu messen und abzuurteilen, die ich ja eh überhaupt nicht akzeptier'. Zeitungsmachen is' dann auf einmal Mitgliedschaft in 'ner kriminellen Vereinigung - so'n Schwachsinn, eigentlich.

Und eh hätten sie jetzt auch noch in meinen Kopf 'reingewollt, das, was ich im Kopf hab', hätten sie auch noch wissen wollen - das geht sie ja überhaupt nix an. Das auch noch preiszugeben, und zu sagen: 'Na gut, Leute, da habt ihr auch noch ein Anrecht drauf. Den Zugriff muß ich euch auch noch zugestehen', das hat ja auch 'ne ziemlich große Nachwirkung ...

Und: Die Sachen, die ich nicht machen konnte, weil ich im Knast war, die lassen sich wieder auf die Reihe bringen. Auszusagen ist was, was da für immer steht. Und es ist auch 'ne Illusion zu glauben: Ich sag' was und dann lassen sie mich in Ruhe - sie wissen dann eben, daß ich zu packen bin und lassen mich nicht in Ruhe ... Es ist aber eben auch nicht durchzustehen, ohne die Leute von draußen. Das muß man sich bei der Parole "Anna und Athur halten's Maul" überlegen, das geht nicht nur die Person an, die den Zettel (die Vorladung nach Karlsruhe) da in der Hand hält, sondern viele Leute müssen das in der Zeit zu 'nem ganzen wichtigen Punkt machen, während jemand dann im Knast sitzt; sich verbindlich bereit erklären, Arbeit zu übernehmen - dann kann das laufen. Es ist natürlich auch Schwachsinn zu sagen, klar geil, die Kampagne hat gefruchtet, der hat nicht ausgesagt und nach fünf Monaten sehen wir uns wieder. Und wir machen hier aber weiter wie bisher.

kassiber: Wir danken für das Interview ...

Wir grüßen Matthes, Jutta, Uli und Frank sowie die Leute aus der Steffi in Karlsruhe!

Stand der Verfahren vom 13.Juni

Es gibt viel zu tun. Jetzt erst recht!

Zu unserer Riesenfreude konnten wir die Gefangenen im radikal-Verfahren, Andreas, Rainer, Ralf und Werner am 5. bzw. 6.Dezember von den Knästen abholen.

Auf Antrag der Bundesanwaltschaft (BAW) verfügte der Ermittlungsrichter am Bundesgerichtshof (BGH) die Außervollzugsetzung der Haftbefehle mit den Auflagen, daß

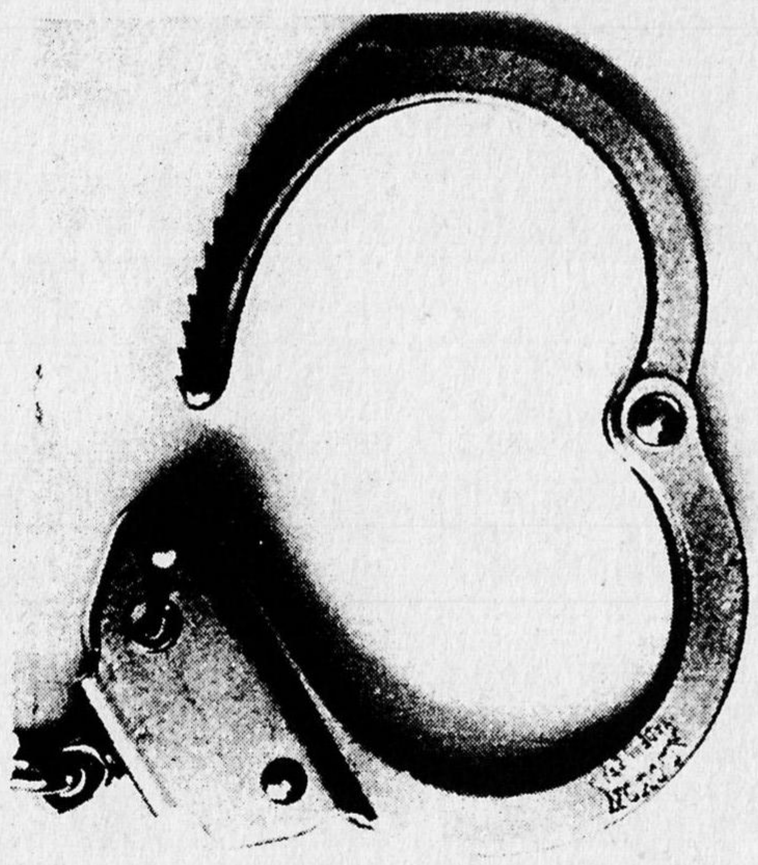
- 1. für jeden eine Kaution von DM 20.000 eingezahlt wird,
- 2. die Reisedokumente hinterlegt werden,
- 3. die vier sich donnerstags, samstags und montags bei den Polizeidienststellen ihrer Wohnorte melden müssen,
- 4. sie nicht ins Ausland reisen,
- 5. sie untereinander keinen Kontakt aufnehmen, auch nicht über Dritte.

Die AnwältInnen der vier hatten seit Beginn der U-Haft (Untersuchungshaft, Anm.) immer wieder zu den Haftprüfungsterminen die Aufhebung der Haftbefehle beantragt, hilfsweise die Außervollzugsetzung der Haft nach 116 Strafprozeßordnung. In diesem Paragraphen wird ein Katalog von Möglichkeiten aufgeführt, durch den "*der Zweck von Untersuchungshaft ... erreicht werden kann*". Aus diesem Katalog hat der Ermittlungsrichter in seinem Beschluß vom 5.Dezember die obigen fünf Auflagen zusammengestellt.

Die unmittelbare Freude und Erleichterung, die vier aus dem Knast raus und wieder unter uns zu haben, heißt nicht, daß wir uns jetzt zurücklehnen können. Die Verfahren vom 13.6. laufen weiter: In das Verfahren wegen Mitgliedschaft in der RAF gegen Ingrid aus Köln, deren Wohnung am 13.Juni durchsucht wurde, sind zwei weitere Leute als Beschuldigte aufgenommen worden. Sie gehören zu dem Diskussionszusammenhang, an dem auch ehemalige RAF-Gefangene beteiligt sind, und dessen Treffen in der Eifel abgehört werden sollte.

In dem Verfahren gegen die AIZ konnte die BAW bisher keine 'Erfolge' verbuchen. Jetzt greift sie auf ein Fahndungsszenario zurück, das an die 'Terroristen'-Hetze in den 70er Jahren gegen die RAF erinnert. In Autobahnraststätten und öffentlichen Gebäuden hängen Plakate aus, die 100.000 Mark Belohnung für "*sachdienliche Hinweise*" versprechen. In dem Verfahren gegen angebliche Mitglieder der Gruppe K.O.M.I.T.E.E. sollen jetzt Angehörige stellvertretend für die abgetauchten Beschuldigten vorgeladen werden, um mit Hilfe von Gen-Analysen den Beschuldigten Zigarettenkippen zuzuordnen, die in einem der PKW gefunden wurden. Die Haftbefehle gegen Bernhard, Peter und Thomas bleiben aufrechterhalten.

Auch im radi-Verfahren sind die Haftbefehle nicht aufgehoben, für die vier Gesuchten Frank, Matthias, Jutta und Ulli gibt es auch keine Außervollzugsetzung der Haftbefehle. Von den Auflagen für Andreas, Rainer, Ralf und Werner ist insbesondere das Kontaktverbot zueinander nicht hinnehmbar. Mit diesem Kontaktverbot bezweckt der BGH die Verhinderung der gemeinsamen Prozeßvorbereitung - gleichzeitig enthält es die Drohung erneuter Einknastung und anderen repressiven Maßnahmen. Dies entspricht der bisherigen Linie der BAW, die bis heute umfassende Akteneinsicht verweigert. Die Ermittlungen der BAW gegen die vier sind - laut BGH-Beschluß vom 5. Dezember - nahezu abgeschlossen. Formal ist die Außervollzugsetzung der Haftbefehle damit begründet worden, daß es sich bei den vorgeworfenen Taten um Taten im Bereich der "*mittleren Kriminalität*" handelt und ein weiterer Vollzug der U-Haft unverhältnismäßig sei. Tatsächlich dürfte der Entscheidung wohl eher



die Einschätzung zugrunde liegen, daß von fortdauernder Einknastung eher eine mobilisierende Wirkung für die Solibewegung ausgeht. Keinesfalls bedeutet die Haftaussetzung, daß die Verfolgung mit dem Vereinigungsparagraphen 129 fallengelassen wird. Näherliegend ist, daß die BAW noch unsicher ist, wie sie die Verfahren durchziehen will.

Dabei geht es gerade darum, die juristische Konstruktion "*Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung*" (129), deren Zweck die "*Werbung und Unterstützung für terroristische Vereinigungen*" (129a) sein soll, durchzusetzen, um sich ein weiteres Instrumentarium zu schaffen, linke Projekte, Zeitungen und Gruppen schneller und für sie unkomplizierter und effektiver zu kriminalisieren. Denn ist erst einmal eine Zeitung oder auch eine antifaschistische Gruppe (der Prozeß nach 129 gegen die Antifa [M] beginnt am 8.Mai in Lüneburg) als kriminelle Vereinigung verurteilt, können in Zukunft politische Verfahren nach 129 mit diesen Urteilen begründet und MitarbeiterInnen und UnterstützerInnen kriminalisiert werden.

Die Grundlage der Ermittlungen im radikal-Verfahren sind die Abhörmaßnahmen des LKA Rheinland-Pfalz in einem Haus in Baar-Wanderath (Eifel), bei denen das angebliche radikal-Treffen zufällig mitgeschnitten wurde. Eigentlich waren die Herren auf der Suche nach mutmaßlichen RAF-Mitgliedern, die sich in jenem Ferienhaus treffen sollten, das gerne mal von den verschiedensten Leuten aufgesucht wird, um sich zu treffen und sich zu erholen... Dieser schwerwiegende Eingriff in das Grundrecht auf Unverletztbarkeit der Wohnung ist nach geltendem Strafprozeßrecht nicht zulässig. Eine große Brisanz hat dieses Vorgehen auch auf politischer Ebene: Seit Monaten wird um den "*großen Lauschangriff*" im großen politischen Rahmen gestritten, währenddessen wird bereits hintenrum versucht, ihn als legitimes Mittel durchzusetzen.

Unabsehbar ist, wann die BAW ihre Ermittlungen abschließen und mit einer Anklageschrift rausrücken wird. Noch unklarer ist, wann ein Prozeß stattfindet.

Es gibt viel zu tun.
Aufhebung der Haftbefehle!
Weg mit den Paragraphen 129 und 129a!
Einstellung aller Verfahren!
An Ulf liebe, solidarische Grüße - er ist nach fünf Monaten ungebeugt aus Heimsheim entlassen worden!
An euch Gesuchte unsere Liebe und Kraft - Venceremos!!!

Arbeitsgruppe der bundesweiten Treffen zu den laufenden Verfahren

Grenzgängerinnen
Migrantinnen im Frauenknast

Eine Broschüre zur Situation von Migrantinnen im Frauenknast Plötzensee (Berlin)

Die Frauen des LAZ (Lateinamerikazentrum)-Frauenplenums besuchen seit 1991 Frauen ohne deutschen Paß im Frauenknast Plötzensee. In dieser Broschüre werden ihre Erfahrungen und Informationen über Ursachen und Ausmaß weltweiter Migrationsbewegungen, die Folgen des Ausländer- und Asylgesetzes, die Haftbedingungen in Plötzensee, die Berliner Abschiebepraxis sowie über (rassistische) Drogenpolitik und den Mythos der "organisierten Kriminalität" veröffentlicht.

Erscheinungsdatum Okt. '95, 72 S. (DIN A 4), 10,- (zzgl. Versand) · Wiederverkäufer/innen (ab 5 Ex.) erhalten 30% Rabatt!

ANARES Nord
Postfach 2011 · 31315 Sehnde

Briefe von Matthes und Jutta

Die beiden Briefe aus dem Dezember 1995 stammen von zwei BremerInnen: Von Matthes, einem der Gesuchten im Zusammenhang mit dem radikal- und AIZ-Verfahren, sowie von Jutta, einer der Gesuchten im Zusammenhang mit dem radikal-Verfahren. Der Brief von Matthes bezieht sich auf die Demonstration "links-radikal ins nächste Jahrtausend" am 16.Dezember in Hamburg:

Brief von Matthes

Hallo Leute,

als ich von dieser Demo gehört habe, habe ich mich entschlossen, dafür einen Redebeitrag zu machen! Einen schönen Gruß aus dem Exil! Hoffentlich seid Ihr viele und die Bullen sind nicht so heftig drauf! Vorweg will ich schnell einen Gruß loswerden, an alle BremerInnen, die sich zur Demo aufgerafft haben! Also viel Power und ich vermisse Euch, mit Euren Schwächen und Stärken! Dann will ich Werner, Ente, Cräcker und Rainer grüßen, die vielleicht auch da sind! Aber nun zum Redebeitrag:

Nun bin ich seit sechs Monaten nicht mehr zu Hause gewesen. In diesen sechs Monaten ist viel passiert. Es haben sich einige Solidaritäts-Komitees gebildet. Diskussionen finden statt und vieles mehr. - Von all dem will ich Teil sein, bin aber doch oft weit, weit weg.

Demonstration "links-radikal ins nächste jahrtausend" (Hamburg, 16.12.95)

Für Abgetauchte ist es schwer, öffentlich wahrnehmbar zu sein. Das hat verschiedene Gründe. Einer sagte mal: "*Es ist schlimmer als tot zu sein, denn über Tote kann man wenigstens reden.*" Damit hat er recht, weil niemand offen darüber sprechen kann. Somit ist es auch schwierig zu vermitteln, wie es mir gerade geht, was mich beschäftigt usw. Ich bin einfach von der Bildfläche verschwunden, nicht mehr wahrnehmbar. Dennoch ist es möglich, Kontakt zu Abgetauchten zu halten: Sie lesen nämlich Zeitungen und Bücher, hören Radio und gucken Fernsehen. Wenn alle ein wenig nachdenken, dann können sie dafür sorgen, daß die Abgetauchten weiterhin Teil des Widerstands sind!

Aber zurück zu mir - Von Anfang an hatte ich die Hoffnung wiederzukommen, und zwar so schnell es geht. Das hat sich aber im Laufe der Zeit als unmöglich herausgestellt, außer ich liefere mich selber der Knastmaschine aus. Da ich das nicht wollte und will, habe ich beschlossen, wegzubleiben, entweder, bis sie mich packen oder es einen Sinn macht, wieder aufzutauchen.

Zuerst war dieses Abgetauchtsein ein ungewöhnlicher Zustand. Mittlerweile kann ich sagen, daß ich mich eingelebt habe. Wo ich nun lebe, haben sich spontan Leute gefunden, die mir Wohnraum zur Verfügung stellten und auch einiges mehr. Durch die Hilfe vor Ort konnte ich eine neue Perspektive entwickeln - neue Freunde und Freundinnen kennenlernen.

Eine fette Umarmung und auch an einige Küsse, die mich bisher menschlich, finanziell und politisch unterstützten!!!

Trotzdem vermisse ich eine selbstgewählte Umgebung, und vor allem vermisse ich meine alten Freunde und Freundinnen. Oft hänge ich der Vergangenheit hinterher und versuche, mich zu erinnern, wie es vor dem 13.6. war. Für viele von Euch hat sich nicht soviel verändert; für mich und auch einige andere aber alles. Diese Veränderung haben die Bullen am 13.6.95 inszeniert. Ihnen hat wohl was nicht gepaßt. Sie sagen, es geht um die radikal, die AIZ und das K.O.M.I.T.E.E. und zum guten Schluß auch um die RAF. Eine feine Aufzählung! Ich werde gesucht, weil ich angeblich die radikal gemacht haben soll und weil ich in Verbindung gebracht werde mit einem Anschlag auf das FDP-Büro in Bremen. Das ehrt mich natürlich, nun bin ich nach ihrer Definition ein richtiger Terrorist! Ich schreibe böse Texte und lege dann entsprechend Bomben. Alles in einer Person vertreten. Zum Glück haben sie in Bremen und anderswo noch ein paar mehr gefunden, die genauso sein sollen, wie ich. Sonst würde ich mir auch ganz verloren vorkommen!

Diese ganze Lügerei der Schweine, alles in einen Topf geschmissen und dann umgerührt, ist in der Öffentlichkeit gut angekommen. Die Bürgerlichen von taz bis FAZ berichten erstmal nicht mehr darüber; nicht verwunderlich in Großdeutschland, andere Themen sind angesagt. Der Konsens der Demokraten hat sich durchgesetzt.

Schon der alte Bundeskanzler Schmidt, er ist hier in Hamburg zu Hause und für die sogenannten Selbstmorde in Stammheim mitverantwortlich, sagte in seiner Regierungserklärung am 20.April 1977: "*Mit Gesetzgebung allein schaffen wir den Terrorismus nicht aus der Welt. Wir müssen ihm jeden geistigen Nährboden entziehen. (...) Wo nach ruhigem Abwägen durch Politiker, durch Juristen und Fachleute der inneren Sicherheit die Instrumente nicht wirksam genug erscheinen, dort sollen sie verbessert und ergänzt werden. (...) Wir haben die Aufgabe, den Terrorismus ohne Wenn und Aber und ohne sentimentale Verklärung der Tätermotive zu verfolgen, bis er aufgehört haben wird, ein Problem zu sein.*"

Das sagt also der olle Helmut zum Problem Terrorismus. Obwohl er es hätte besser wissen müssen. Menschen greifen auf Gewalt als letztes Mittel zurück. Sie wollen auf Verhältnisse und Umstände

aufmerksam machen, wo die herrschende Macht sich über die Interessen von Menschen hinwegsetzt. Denn wo Macht ist, ist auch Widerstand. Diese Tatsache hat bei law-and-order-Strategen nicht zum Um-

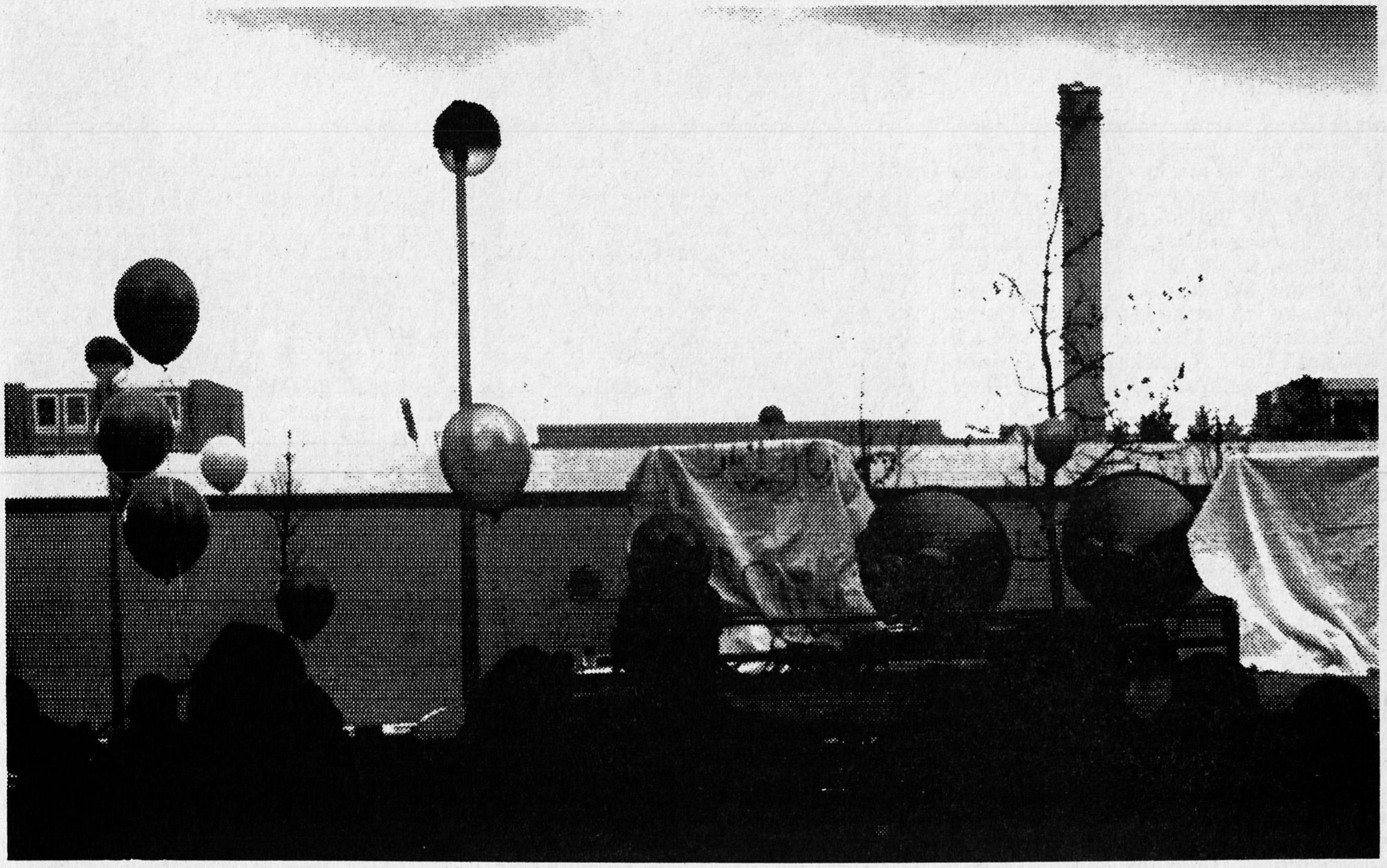
denken geführt. Diese Schweine haben gezeigt, daß sie Hochsicherheitstrakte bauen können, die heute unter anderem mit Drogis gefüllt werden; daß sie einen Bullenapparat aufgebaut haben, der den gläsernen Menschen entstehen ließ; daß sie eine Paragraphenvielfalt gegen die Linke entwickelt haben, von der Verschärfung des Demonstrationsrechts über die Ausweitung des Paragraphen 129 bis zur Einführung des Lauschangriffs und der Aushöhlung des Presserechts; und daß eine liberale Öffentlichkeit nahezu verschwunden ist

Ach ja, eins hätte ich bald vergessen, denn auch im Exil habe ich davon gehört: Die neue radi ist draußen! Haben die 'radikal'en es wieder geschafft, obwohl der Wasserschlag doch so niederschmetternd sein sollte. Einen schönen fetten Gruß von mir, und ich drücke Euch die Daumen, daß es weitergeht!

So, das war's, macht's gut und noch 'ne muntere Demo!

Tschau, Matthes

den frauen (und einigen wenigen männern), die ich am meisten liebe, hat mir am heftigsten zu schaffen gemacht und macht es immer noch. trotzdem war ich von anfang an glücklich darüber, ihnen entwischt zu sein. ich konnte also, so mehr oder weniger, in ruhe erst mal herausfinden, was eigentlich los ist und überlegen, was ich für das richtige halte zu tun. und ich halte es immer noch für das richtige, mich weiterhin der festnahme zu entziehen und abzuwarten, was aus der ganzen sache wird. es hat schon eine ganze weile gedauert, bis ich einigermaßen realisiert hatte, was das alles eigentlich bedeutet,



Knastkundgebung am 29.Oktober 1995 in Heimsheim

Dennoch sind einige Menschen übrig geblieben, die sich nicht haben einlullen lassen von der Gefährlichkeit von sogenannten Terroristen, sondern die Gefährlichkeit von Rassismus, Patriarchat, Faschismus und Imperialismus erkannt haben. Die sich gegen Unterdrückungsdynamiken zur Wehr setzen und nicht nur die scheinheiligen Worte der ach so ehrenwerten Politiker glauben.

Sind Terroristen diejenigen, die Abschiebeknäste in die Luft sprengen (oder es zumindest versuchen)? Terroristen sind die, die Abschiebeknäste bauen und verwalten.

Und zum Schluß will ich die ganzen Abgetauchten grüßen, die sich aus der BRD verpißt haben oder versteckt leben müssen. Und einige besonders: Cengiz, der wegen der Kaindl-Sache gesucht wird und sich in den Bergen Kurdistans dem Guerillakampf angeschlossen hat. Natürlich auch Jutta, Frank und Uli und auch Andrea aus Frankfurt.

Brief von Jutta

heute ist nicht alle tage - ich komm wieder, keine frage!!

da ich nie so sang- und klanglos verschwinden wollte, möchte ich hiermit - zumindest was meine persönliche situation betrifft - ein wenig licht in das dunkel meines verschwindens bringen.

es war ein zufall, daß sie mich damals nicht auch geschnappt haben, wie jene vier, die seitdem im knast sitzen.

hallo ralf, werner, rainer und andreas, ich grüße euch ganz herzlich, schicke euch viel power und solidarität!!! nun, wie gesagt, ein großer zufall, der mich in eine ganz andere welt katapultiert hat. erst mal war ich natürlich völlig durcheinander und hatte genug damit zu tun, mich einigermaßen zurechtzufinden. vor allem die plötzliche und vollständige trennung von

z.b. daß ich keine mal so eben anrufen kann, geschweige denn besuchen usw.

am meisten beeindruckt hat mich die selbstverständliche und solidarische hilfe von einer ganzen menge von menschen, die mir dabei geholfen haben, daß ich einigermaßen schnell wieder das gefühl hatte, boden unter den füssen zu haben. eine unschätzbare hilfe, die mir ermöglicht hat, bei dieser entscheidung zu bleiben und darin eine vorläufige perspektive zu sehen.

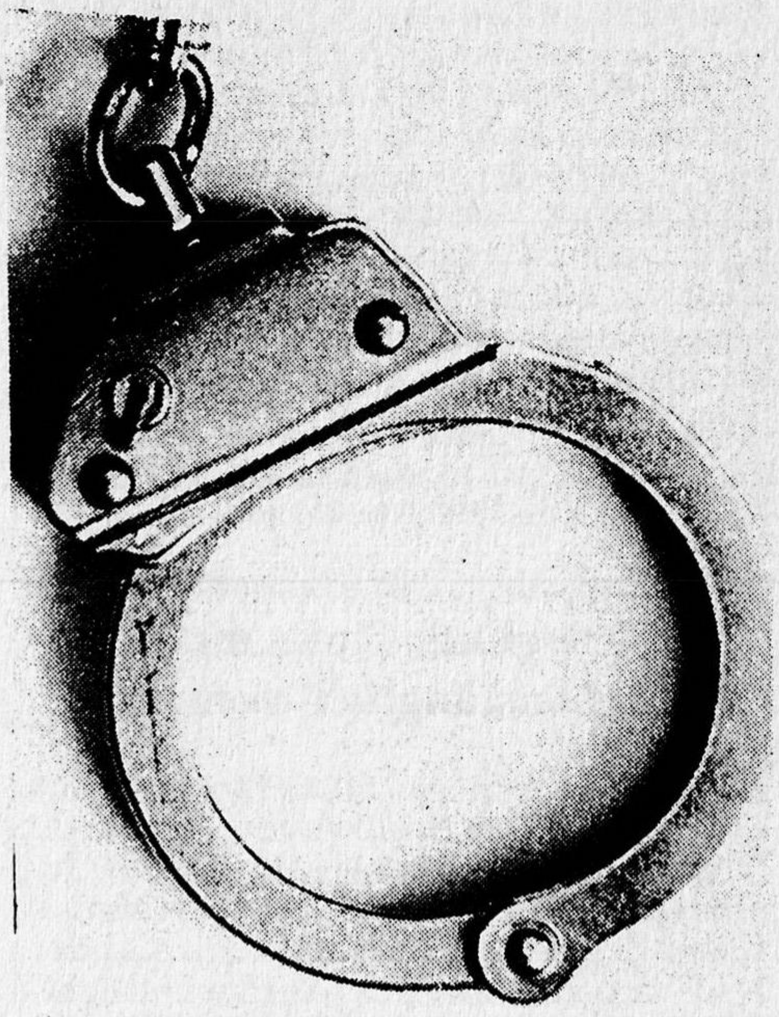
in dieser situation hatte ich zeit in rauhen mengen, mich mit meinen ängsten, wünschen, sehnsüchten und meiner wut auseinanderzusetzen. ich habe von anfang an versucht, möglichst eine struktur für den tag aufzustellen, woran ich mich tatsächlich weitgehend gehalten habe, um nicht in ein tiefes loch zu fallen, und auch das hat ganz gut geklappt. ganz wichtig dafür war bewegung und lesen. ich habe sehr gute bücher gelesen, die mir einen teil von

auseinandersetzung, von der ich ja weitgehend abgeschnitten war, wiedergegeben haben. es ist schon eine seltsame situation, so völlig abgeschnitten zu sein von dem, was mein normales leben ausgemacht hat. seien es die verschiedenen gruppen, wie schon gesagt vor allem meine freundinnen und viele kleinigkeiten, an die ich mich einfach gewöhnt hatte. aber ich habe auch eine menge kraft daraus geschöpft, selber ganz gut mit der situation fertig zu werden, aus der solidarität die ich erfahren habe, und aus dem wissen, daß meine freundinnen an mich denken.

ich schicke euch eine ganze menge power für die nächste zeit, von da, wo auch die nacht auf den tag folgt und der tag auf die nacht.

never give up!!!

Kurzmeldungen



Durchsuchungen und kein Ende

Erneut bundesweite Razzien durch das BKA

Mitte Dezember 1995 liefen im Zusammenhang mit dem Verfahren vom 13.6.95 (bezüglich der Zeitung radikal) erneut Durchsuchungen in verschiedenen Städten. Am 19.Dezember fanden in Oldenburg, Münster und Bremen Hausdurchsuchungen statt.

In **Oldenburg** wurden morgens um 6 Uhr auf Anordnung von Ermittlungsrichter Beyer die Wohnung nebst Nebenräumen und Kfz einer Frau durchsucht. (Der Durchsuchungsbeschluß lautete auf "*Unterstützung einer kriminellen Vereinigung*" u.a.) Die Durchsuchung dauerte zwei Stunden, die Frau wurde erkennungsdienstlich (ED) behandelt und es wurden einige Gegenstände beschlagnahmt. Während der Durchsuchung wurde die Frau nach Ulli (einer der gesuchten Personen im *radikal*-Verfahren) befragt.

In **Bremen** gab es zwei Durchsuchungen. Morgens um 6 Uhr wurde die Wohnung eines Mannes und seiner Mitbewohnerin durchsucht. Die Begründung war auch hier die "*Unterstützung der kriminellen Vereinigung radikal*". Der Mann wurde ED-behandelt (Foto, Fingerabdrücke), seiner Mitbewohnerin wurden Lichtbilder vorgelegt und sie wurde befragt. Nach Beendigung der Hausdurchsuchung um 14.30 Uhr fand im Anschluß eine weitere Durchsuchung statt. Trotz der Abwesenheit des Bewohners wurden wie bei der morgendlichen Durchsuchung diverse Gegenstände beschlagnahmt (in beiden Fällen Computeranlagen, Disketten etc.)

Auch in **Münster** fand morgens um 6 Uhr eine Durchsuchung bei einer Frau statt. Die Begründung ist ebenfalls der "*Verdacht auf Unterstützung der kriminellen Vereinigung radikal*". Beschlagnahmt wurden Computer, Disketten und persönliche Unterlagen.

In **Kiel** wurde am Nachmittag eine Wohnung vom Landeskriminalamt (LKA) in Abwesenheit der Bewohner durchsucht. Betroffen waren zwei Männer, einer als Beschuldigter (129/129a), der andere als Beteiligter. Auch hier wurden hauptsächlich Computer und Disketten beschlagnahmt. Außerdem interessierten sich die Beamten für Layout-Material. Das BKA hatte die Durchsuchung telefonisch angeordnet. Als Begründung mußte eine Postkarte herhalten, die angeblich in Bremen gefunden wurde. Als die Betroffenen später die Beschlagnahmeprotokolle bei der Polizei abholen wollten, wurde einer der beiden zur ED-Behandlung gebracht. Dabei wurde versucht, ihm Fragen über das Verfahren zu stellen.

Zusätzlich wurde in **Dresden** am 14.Dezember der Infoladen *Schlagloch* sechs Stunden von 20 LKA-Beamten durchsucht. Zwei anwesende Personen wurden formlos verhört. Die Durchsuchung - mit Beschluß des Dresdner Amtsgerichts vom 12.12.95 - fand mit der Begründung des Verdachts auf Werbung für eine terroristische Vereinigung nach 129a statt. Anlaß hierfür war das "*Ermittlungsergebnis*", daß der Infoladen *Schlagloch* die Zeitung *radikal* (laut BAW "*eine kriminelle Vereinigung mit Ziel der Unterstützung von terroristischen Vereinigungen*") vertrieben haben soll. Zwei Personen wurden vorübergehend festgenommen, diverses Info- und Organisationsmaterial beschlagnahmt.

Unsere Einschätzung, daß sich mit der Freilassung der Gefangenen nichts grundsätzliches im Verfahren und im Vorgehen der BAW ändert, wird dadurch leider bestätigt. Die neuesten Aktionen von der BAW zeigen deutlich, daß der Angriff vom 13.Juni ernst zu nehmen ist, die Ermittlungen weiterlaufen und das Verfahren immer noch ausgeweitet wird.

Deswegen nicht vergessen: Anna und Arthur halten's Maul - Pah, wir sagen nix. Keine Aussagen bei Justiz und Bullen!!!

aus: radikale Zeiten - Zeitung gegen die Verfahren wegen RADIKAL, K.O.M.I.T.E.E., AIZ und RAF, Nr.2, Januar 1996 (leicht überarbeitet)

Knut Folkerts ist frei

Nach 18 Jahren Haft, davon 15 Jahre in Hochsicherheitstrakten, wurde Knut Folkerts am 16.Oktober aus der JVA Celle entlassen. Der 43jährige Gefangene aus der RAF wurde 1977 in Utrecht (Niederlande) festgenommen und 1978 an die BRD ausgeliefert. 1980 wurde er wegen Beteiligung an der Erschießung von Generalstaatsanwalt Siegfried Buback und zwei Begleitern (1977) sowie wegen eines Überfalls auf einen Frankfurter Waffenhändler zu "lebenslänglich" verurteilt.

Hungerstreik gegen Verschleppung

Seit dem 20.November befindet sich Lutz Balding in der JVA Bruchsal im Hungerstreik. Er fordert seine sofortige Rückverlegung in einen hessischen Knast. Am 13.November wurde er, nachdem seine Haftbedingungen aufgrund eines gescheiterten Fluchtversuchs Anfang September bereits verschärft worden waren, ohne Vorankündigung von der JVA Schwalmstadt (Hessen) nach Bruchsal (Baden-Württemberg) verschleppt. Lutz sieht diese Maßnahme als weiteren Versuch, seine Persönlichkeit zu brechen. Er selbst schreibt in seiner Hungerstreikerklärung: "*Seit 1980 war ich in Hessen eingeknastet. Für mich und die Menschen, die mich besuchen, hat diese Verschleppung unmittelbare Auswirkungen: Alle Besucher kommen aus Kassel, jeder Besuch bei mir ist nun mit einem Hin- und Rückreiseweg von annähernd 900 km (!) verbunden, jeweils eine Stunde optisch/akustisch überwachten Besuch. Allein schon unter finanziellen Aspekten eine Unmöglichkeit. Die Beziehung zu den Menschen draußen, die in den Jahren entstanden, sind für mich*

nicht nur Lebensmittelpunkt geworden, ihre Freundschaft und Solidarität haben es mir ermöglicht, mit dem grundsätzlichen Wahnsinn meiner Situation ein Stück weit fertig zu werden: nach 6 1/2 Jahren Jugendknast für einen Raub und 'ne Handvoll Klauereien in den Jahren 73-80 soll ich für vier Überfälle auf Geschäfte und Banken weitere 39 Jahre (29 Zeitstrafen + 10 Sicherheitsverwahrung) eingeknastet bleiben." Das heißt für Lutz, daß er erst 2020 als 62jähriger wieder draußen sein wird. Selbstredend bedeutet die Verlegung nicht nur einen Einschnitt in Lutz' Beziehungen nach draußen, sondern auch den Verlust von Kontakten im Knast. (...)

Einige BesucherInnen (Kontakt über: Gruppe K.R.A.W.U.M. e.l., Bazille, Sickingenstr.10, 34117 Kassel, Fax: 0561-713458) [leicht gekürzt]

Sieglinde Hofmann zu "lebenslänglich" verurteilt

Der 5.Strafsenat des OLG Stuttgart verurteilte am 26.September Sieglinde Hofmann zu einer "lebenslänglichen" Gesamtstrafe. Die Verurteilung der inzwischen 50jährigen Gefangenen aus der RAF wegen fünffachen Mordes und achtfachen Mordversuchs (Schleyer-Entführung 1977) sowie ihrer Beteiligung beim fehlgeschlagenen Sprengstoffanschlag auf den damaligen NATO-Oberbefehlshaber Haig im Juni 1979 stützte sich wesentlich auf die KronzeugInnen-Aussagen der RAF-Aussteiger aus der ehemaligen DDR und - natürlich - Peter Jürgen Boock. Aber, so Rechtsanwalt Heinz-Jürgen Schneider: "*Keine/r von denen hat Frau Hofmann namentlich direkt belasten können. Es gibt weder Fingerabdrücke oder Augenzeugen noch anderes, was man so klassisch als Beweismittel versteht. Auch die in den spärlichen Medienberichten immer wieder erwähnte Kronzeugin Silke Maier-Witt ... konnte nur die Vermutung äußern, daß Sieglinde Hofmann an der Schleyer-Aktion beteiligt war. Weder ist sie selbst dabei gewesen, noch hat sich meine Mandantin ihr gegenüber in dieser Richtung geäußert.*" Trotzdem stimmen BAW und Gericht darin überein, daß Sieglinde den Kinderwagen geschoben hätte, in dem am 5.9.77 die Tatwaffen versteckt und mit dem Schleyers Wagenkolonne gestoppt wurde. Von den 107 Schüssen auf die vier Begleiter des Arbeitgeberpräsidenten und ehemaligen SS-Offiziers Schleyer hätte Sieglinde 39 abgegeben. Zwar habe der schon zu "lebenslänglich" verurteilte Rolf-Clemens Wagner später Schleyer erschossen, doch sei der Angeklagten eine führende Rolle bei der Planung und Ausführung der Tat zuzurechnen.

Sieglinde hatte gleich zu Beginn des Prozesses, bevor sie sich ausschließen ließ, erklärt: "*ich werde an dem verfahren hier nicht teilnehmen und es wird auch keine verteidigung geben in diesem schauprozess. mit dem neuen haftbefehl fünf tage vor dem ende der 15 jahre knast ... ist längst entschieden und vollzogen, wofür dieser prozess nachträglich einen rechtsstaatlichen schein bringen soll. (...)*" Denn ihre 15jährige Haftzeit, zu der sie 1982 vom OLG Frankfurt verurteilt wurde, war eigentlich am 5.Mai beendet (s. kassiber 26). 1980 wurde Sieglinde von Frankreich an die BRD ausgeliefert, damals an Bedingungen geknüpft, die ein "lebenslänglich" unmöglich machten. Die veränderte politische Situation in Frankreich und die Kronzeugenmannschaft aus der ehemaligen DDR machten es möglich, daß die BRD 1995 nachträglich eine "Auslieferungserweiterung" durchsetzte. Der neue Haftbefehl trat dann am 5.Mai in Kraft.

Quellen: Weser-Kurier 30.8.95, 7.9.95, 20.9.95, 27.9.95; Neues Deutschland, 20.9.95; Prozeßerklärung Sieglinde Hofmanns

Kriminalisierung kurdischer Solidaritätszeitungen

Nach dem Verbot der PKK und anderer kurdischer Organisationen, der Schließung kurdischer Kulturvereine ... geraten nun auch vermehrt kurdische Soli-Zeitungen wie *Biji, Kurdistan-Rundbrief* und *Kurdistan-Report* ins Visier staatlicher Verfolgung und Zensur. Am 11.11.95 bekam der presserechtlich Verantwortliche der wöchentlich erscheinenden *Biji* (Informationen aus Kurdistan und der BRD - hrsg. von der *Kurdistan Solidarität Nürnberg-Erlangen)* die mittlerweile sechste Vorladung vom Erlanger Staatsschutz, der Ermittlungsverfahren gegen die Ausgaben 59 und 60 wegen angeblicher Verstöße gegen 20 Vereinsgesetz, mithin wegen Unterstützung der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) einleitete. In der Vergangenheit sind bereits Ermittlungsverfahren gegen die Nummern 20, 47, 52, 55, 56, 57 und 58 eingeleitet worden. Im Falle der Ausgabe 22, in der zusätzlich noch wegen angeblicher Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole (90 StGB) ermittelt wird, ist Anklage bei der Nürnberger Staatsanwaltschaft erhoben worden: Der bloße unkommentierte Abdruck einer Presseerklärung der Volksbefreiungsarmee Kurdistans (ARNK) in der zum Tourismusboykott gegen die Türkei aufgerufen wurde, sei ein Verstoß gegen das Vereingsgesetz.

Ohne juristische Folgen blieben dagegen das vor kurzem stattgefundene Treffen, einschließlich Berichterstattung, zwischen dem ehemaligen Berliner Innensenator und jetzigen CDU-Bundestagsabgeordneten Heinrich Lummer und dem Generalsekretär der PKK, Abdullah Öcalan, ein *Stern*-Interview mit Öcalan im Sommer 1995 oder ein Interview der WDR-Sendung *ZAK* mit einem ERNK-Vertreter kurz darauf. Es gelten eben scheinbar doch unterschiedliche Maßstäbe. In einer von der Kurdistan Solidarität Nürnberg-Erlangen herausgegebenen Presseerklärung heißt es u.a.: " *20 (Verstoß gegen das Vereinsgesetz) ist ein Gummiparagraph, der dabei wie 129a im Falle der Berichterstattung und Meinungsäußerung zur RAF und dem revolutionären Widerstand angewendet wird: als Vorwand für Ermittlungen, die nicht immer zu Verfahren führen müssen, es aber den Repressionsorganen der Staatsgewalt erlauben, linke und fortschrittliche Zusammenhänge einzuschüchtern, auszuspähen, Veranstaltungen und Demonstrationen anzugreifen und kurdische Vereine zu überfallen und zu durchsuchen.*"

Neu aufgelegt im Okt. '95

Todesschüsse
Isolationshaft
Eingriffe ins
Verteidigungsrecht

Herausgeber: Pieter Bakker Schut u. a.

Diese Dokumentation wurde anläßlich der Anhörung der BRD-Regierung vor dem UN-Menschenrechtsausschuß geschrieben. Gegenstand der Anhörung war u. a. die Einhaltung des Rechts auf Leben, des Folterverbots sowie des Rechts auf einen fairen Prozeß. (...)
So ist die Dokumentation vor allem eins: authentische Information über die Haftbedingungen politischer Gefangener in den bundesdeutschen Knästen – nicht um die Situation zur Kenntnis zu nehmen, sondern um für ihre Veränderung einzutreten.

Verlag Rote Säge
Falckensteinstraße 46
10997 Berlin
Tel. 030/618 21 58
ISBN 3-931591-00-X
DM 24,80

Antiquariat Mitte

Weidenhammer:
Selbstmord oder Mord?
Todesermittlungsverfahren Baader, Ensslin, Raspe
früher 39,80 / jetzt **19,80**

Schneider/Gröhndahl (Hg.)
Was tun?
Der Konkret-Kongress
früher 42,80 / jetzt **8,95**

Rungestr. 20 10179 Berlin
(Nähe U-Bhf. Jannowitzbrücke)

Bereits Ende Juli erhielt der presserechtlich Verantwortliche des *Kurdistan-Rundbriefs,* Rüdiger Lötzer, eine Anklageschrift der Kölner Staatsanwaltschaft, vertreten durch Oberstaatsanwalt Dr. Bellinghaus, wegen "*Zuwiderhandlung gegen ein vollziehbares Vereinsverbot*" nach 20. Strafbar soll sein, daß in der Ausgabe 13/95 des *Kurdistan-Rundbriefs* vom 29.6.95 sowohl eine Grußadresse von Abdullah Öcalan an die damalige Demonstration in Bonn ("Für eine politische Lösung in Kurdistan"), an der 100.000 KurdInnen teilnahmen, dokumentiert wurde als auch eine ERNK-Erklärung, in der deutsche Behörden vor einem Provokationskurs gegenüber KurdInnen gewarnt werden, abgedruckt wurde. Die Staatsanwaltschaft vertritt die Auffassung, daß "*durch den Abdruck der beiden Artikel der Angeschuldigte die verbotene Tätigkeit der PKK und der ERNK im Inland gefördert hat*".

Dies ist bereits der vierte Versuch, den *Kurdistan-Rundbrief,* der seit 1987 existiert, zu kriminalisieren. Im Januar 1994 flatterte die erste Anzeige von Seiten der Kölner Polizei wegen "*Werbung für eine verbotene Vereinigung*" ins Haus des Herausgebers. Hintergrund war, daß zwei, vom Herausgeber mit "*zur Zeit verboten*" kenntlich gemachte, Organisationen, das Kölner Kurdistan-Komitee und der Dachverband Feyka Kurdistan mit im Impressum des *Kurdistan-Rundbriefs* auftauchten. Insgesamt drei Anklagen mißglückten, zuletzt erklärte das Oberlandesgericht Köln, daß nichtexistente Gruppen auch nicht unterstützt werden können. (...)

aus: radikale Zeiten, Nr.2, Januar 1996 (gekürzt)

Neuer Prozeß gegen Markus Wolf

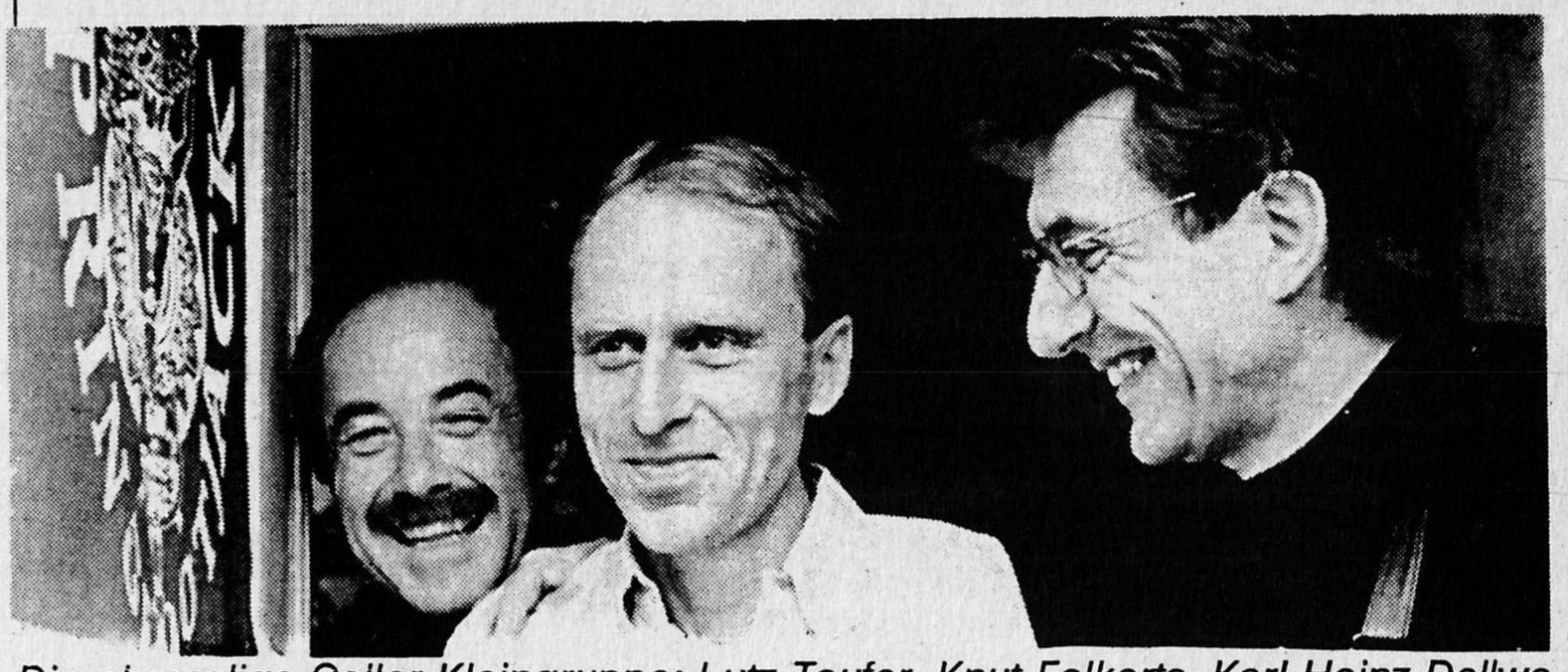
Der 3.Strafsenat des Bundesgerichtshofs (BGH) gab am 18.Oktober der Revision Markus Wolfs, ehemaliger Chef der Hauptverwaltung Aufklärung des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR, statt und hob dessen Verurteilung durch den Staatsschutzsenat des OLG Düsseldorf vom Dezember 1993 zu sechs Jahren Haft wegen Landesverrats (!!!) und Bestechung auf. Die Aufhebung war nach Auffassung von BGH, BAW und Verteidigung nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts über die Straffreiheit von DDR-AgentInnen geboten. Dieses hatte im Mai entschieden, daß hauptamtliche DDR-AgentInnen, die ausschließlich vom Boden der DDR aus gegen die BRD "spioniert" hatten, nicht mehr strafrechtlich verfolgt werden dürfen. Für DDR-BürgerInnen, die Spionage von Drittstaaten aus betrieben, müßten "*besondere Milderungsgründe*" berücksichtigt werden. Die BAW wolle jetzt prüfen, ob Markus Wolf noch wegen geheimdienstlicher Agentätigkeit belangt werden kann - etwa von Drittstaaten aus. Weiterhin sei Markus Wolf für unter seiner Leitung begangene Straftaten des DDR-Geheimdienstes strafrechtlich verantwortlich. Demgegenüber betonte sein Verteidiger Johann Schwenn, daß in der Neuverhandlung nur diejenigen Delikte geprüft werden könnten, die schon vor dem OLG Düsseldorf angeklagt wurden.

Die Anklage gegen Werner Großmann, Nachfolger Markus Wolfs zu DDR-Zeiten, wegen Landesverrats (!!!) und Bestechung hatte der Generalbundesanwalt schon am 22.August wegen des o.g. Bundesverfassungsgerichtsurteils zurückgezogen und das Verfahren eingestellt.

nach: Weser-Kurier, 23.8.95, 12.10.95, 19.10.95

Christel Fröhlich in Rom im Knast

Am 28.Oktober wurde Christel Fröhlich-Padula in Rom von einer Spezialeinheit widerrechtlich verhaftet. Sie war mit besonderer Genehmigung des italienischen Innenministeriums nach Rom gereist, um dort ihren inhaftierten Ehemann Sandro Padula zu besuchen. Nach ihrer Verhaf-



Die ehemalige Celler Kleingruppe: Lutz Taufer, Knut Folkerts, Karl-Heinz Dellwo (v.l.n.r.), jetzt alle nicht mehr im Knast

M - Eine Staatsschutzkammer sucht eine kriminelle Vereinigung

Dem *Göttinger Tageblatt* war zu entnehmen, daß die Staatsschutzkammer (SSK) Lüneburg am 18.Dezember der Presse gegenüber Auskunft gab, den Prozeß gegen 17 vermeintliche Mitglieder der *Autonomen Antifa (M)* wegen "*Bildung einer kriminellen Vereinigung*" (129) nicht nach Göttingen zu verlegen. Mit dem heutigen Tage sind gnädigerweise auch die VerteidigerInnen der 17 Angeklagten über die Entscheidung der SSK informiert worden. Obwohl die SSK "*volles Verständnis*" für den Unmut der VerteidigerInnen heuchelt, schmettert sie alle Anträge der Verteidigung ab.

1. Der Prozeß findet in Lüneburg statt. Bei den Angeklagten handele es sich "*laut Geburtsdaten*" um Personen in einem "*vergleichsweise jungen Alter*", so daß eine gewisse "*Mobilität*" erwartet werden könne. Die Generalstaatsanwaltschaft (GSA) Celle vermutet eine "*ungünstige örtliche Atmosphäre*" für einen Prozeß in Göttingen und prophezeit gar "*Unruhen*". Dies "*schließt eine Verlegung nach Göttingen aus*". Da das Landgericht Lüneburg keinen Sitzungssaal für 17 Angeklagte und ihre 34 VerteidigerInnen besitzt, soll in einer ehemaligen BGS-Kaserne, die z.Zt. noch als Zentrale Anlaufstelle für AsylbewerberInnen (ZAST) genutzt wird, verhandelt werden.

2. Es bleibt bei drei Verhandlungstagen pro Woche, den angesetzten 114 Prozeßtagen und dem Prozeßbeginn am 8.Mai 1996. Im übrigen seien die von der GSA "*eingeführten Beweismittel derart umfangreich, daß eine mehrjährige Verfahrensdauer durchaus im Bereich des Möglichen liegt*". Damit hat die SSK eine Verteidigung bereits im Vorfeld verhindert. Es gelang bislang nicht, die benötigten 34 VerteidigerInnen zu finden, die bereit sind, unter diesen miserablen Bedingungen ein Mandat zu übernehmen.

3. Laut SSK erfordere der bevorstehende Mammutprozeß zwei VerteidigerInnen pro Angeklagte/n. Sollten bis Mitte Januar 1996 keine weiteren VerteidigerInnen benannt werden, werde die SSK VerteidigerInnen zwangsweise zuweisen.

Die SSK behauptet in ihrem Ablehnungsbescheid vorsorglich, sie sei keine "*kriegführende Partei*". De facto soll aber mit allen Mitteln ein politischer Schauprozeß gegen antifaschistische Politik durchgezogen werden, der in diesem Ausmaß bislang einzigartig in der Geschichte der BRD ist. Der von der SSK jetzt bestätigte Eröffnungsbeschluß für den Prozeß bedeutet schon jetzt ein Jahr Freiheitsentzug plus astronomische Geldstrafe für die Angeklagten, deren Vergehen darin bestehen soll, fünf Jahre lang Demonstrationen, Veranstaltungen und Ausstellungen gegen Faschismus organisiert zu haben.

Spendenkonto für die Prozeßkosten: Antifaschistische Liste, Stichwort: "Solidarität", Konto 150497006, Sparkasse Göttingen (BLZ 260 500 01).

Autonome Antifa (M), zu erreichen über: Außenreferat, AStA der Uni Göttingen, T: 0551/394569, Fax: 394564

Vier FrankfurterInnen in Beugehaft

Am 12. und 14.Dezember hatte Ermittlungsrichter Beyer vom Bundesgerichtshof sechs unserer MitbewohnerInnen als ZeugInnen geladen. Gegen vier wurden jeweils fünf Monate Beugehaft und Ordnungsgeld verhängt. Der fünfte bezog sich auf sein Aussageverweigerungsrecht nach 52 (Verlobung) und der sechste Geladene wurde zu einem Ordnungsgeld von DM 1.000 verurteilt. Conny, Jens, Nick und Petra sind jetzt für fünf Monate im Knast, weil sie die Aussagen in einem Verfahren gegen Andrea, eine Mitbewohnerin, verweigert haben. Gegen Andrea wird wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung und Beihilfe zur Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion, gemeint ist Weiterstadt, ermittelt. Wurde sie zu Beginn der Ermittlungen noch als Zeugin geladen, so gilt sie jetzt als Beschuldigte. Da alles daraufhin deutet, daß Andrea sich im Fadenkreuz der Staatsschützer befindet, ist sie weggegangen. Wir grüßen Andrea und alle Untergetauchten und wünschen ihnen ganz viel Kraft.

Zur Erinnerung: Am 27.3.93 sprengte ein Kommando der RAF den Knastbau in Weiterstadt. Drei Monate später wurde Wolfgang Grams in Bad Kleinen von der GSG 9 erschossen und Birgit Hogefeld festgenommen. Bei dieser Geheimdienstoperation flog der Spitzel Steinmetz auf. Andrea hatte Kontakt zu ihm und kaufte nach Bad Kleinen sein Motorrad samt Zubehör. Im Mai 1994 begann die Hausdurchsuchungswelle in der Fritze. Die Motorradkoffer des Spitzels wurden im Flur einer Wohnung beschlagnahmt. Die Chemiker des BKA behaupten, darin Sprengstoffkomponenten in hoher Konzentration gefunden zu haben. Wir sagen: Wenn in den Motorradkoffern des VS-Spitzels Steinmetz Sprengstoffspuren gefunden wurden, führen diese zum rheinland-pfälzischen Verfassungsschutz und zu Steinmetz, aber nicht in unser Wohnprojekt.

Das BKA behauptet desweiteren auch, an anderen in unserem Haus gefundenen Gegenständen weitere geringe Spuren von Sprengstoffkomponenten gefunden zu haben. Sie selbst sagen in ihrem Gutachten, daß bei so geringen Mengen Fehleintragungen bei der Spurensicherung nie ganz auszuschließen sind. Trotzdem versucht Beyer, diese Sache Andrea zuzuordnen. Unter anderem fragte er in der ZeugInnenvorladung, ob die sichergestellten Gegenstände Andrea gehören würden. Die Aussagen wurden verweigert! Der Terror der Staatsschützer hörte aber noch lange nicht auf. Der dritten Hausdurchsuchung folgt die vierte und jetzt, Anfang Dezember, die fünfte Hausdurchsuchung. Die BKA-Bullen durchwühlten auf mündliche Anordnung von Bundesanwalt Griesbaum schon wieder alle Wohnungen des Projekts. Ein neues, mittlerweile das dritte Ermittlungsverfahren nach 129a ist eröffnet worden. Es richtet sich gegen unseren Mitbewohner Sven wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung.

Nach eineinhalb Jahren Staatsschutzterror ist das Ergebnis, daß gegen Andrea nach 129a ermittelt und sie gesucht wird, Sven nach 129a verfolgt wird und vier unserer MitbewohnerInnen in Beugehaft sind, weil sie nicht mit genau diesem Staatsschutz zusammenarbeiten wollen. Alle sechs, die vorgeladen waren, haben bewußt in Kauf genommen, für einige Monate aus ihrer Lebenssituation herausgerissen zu werden und die Konsequenzen zu tragen. Für Nick z.B. bedeutet das, die seit einem Jahr angefangene Lehre zu verlieren, für Petra die Trennung von ihrem einjährigen Kind. Diese Entscheidung, eher in den Knast zu gehen als Aussagen zu machen, ist keine Selbstverständlichkeit. Für uns in der Fritze ist es eine ständige Auseinandersetzung mit all unseren Widersprüchen, um ein einheitliches Vorgehen zu finden. Wir sind ein Lebenszusammenhang und keine organisierte politische Gruppe. Es geht uns nicht alleine darum, Haltung zu bewahren und auszudrücken. Wir denken grundsätzlich, daß wir unser gemeinsames Selbstverständnis überprüfen und wieder schaffen müssen, um der Beugehaft etwas entgegenzusetzen.

Wir konnten sie nicht verhindern, aber unsere MitbewohnerInnen haben mit ihrem Verhalten auch Punkte gesetzt: daß wir nicht erpressbar sind, daß wir uns nicht ihrem Druck unterwerfen und daß wir schon gar nicht mit ihnen zusammenarbeiten. Wir werden uns auch jetzt nicht ruhig verhalten und die Beugehaft stillschweigend hinnehmen. Wir sehen die Angriffe gegen uns im Zusammenhang mit den laufenden Verfahren gegen unterschiedliche linke Zusammenhänge und auch mit der Verfolgung kurdischer Organisationen. Auch wenn wir nicht viel in der Hand haben - wir haben unsere Überzeugung, unsere Hoffnung, unsere Wut und unseren Willen, *zu widerstehen*.

Wir grüßen Nick in Heimsheim, Jens in Rastatt, Conny in Bühl und Petra in Schwäbisch Gmünd und wünschen ihnen ganz viel Kraft! Wenn ihr ihnen schreiben wollt, geht das nur über: c/o Beyer, Herrenstr. 45a, 76125 Karlsruhe, Fax: 0721/159-831, T: 0721/159-0. Aktuelle Infos über: Infoladen, Leipziger Str. 91, 60487 Frankfurt, T: 069/774670 (So, 11-16 Uhr; Mo, 18-22 Uhr). AnwältInnen kosten Geld, Knast-Abos auch. Deshalb bitten wir um Spenden! Spendenkonto: (E.Bauer), Stichwort 'Fritze', Konto 3557853901, BfG Frankfurt-Bockenheim (BLZ 500 101 11)

Fritze (Fritzlarer Straße)

tung ging ein internationaler Haftbefehl der französischen Behörden gegen sie ein. Begründung für den Haftbefehl ist ein Sprengstoffanschlag aus dem Jahr 1982 in Paris, Rue Marboeuf, der gegen eine arabische Wochenzeitung gerichtet war (zu diesem Anschlag hat nie eine Organisation die Verantwortung übernommen).

Frankreich will einen Antrag auf Auslieferung von Christel stellen. Am 20.November reisten drei französische Polizeibeamte nach Hannover. Begleitet von Beamten des Bundeskriminalamtes, der hannoverschen politischen Polizei sowie einem hannoverschen Staatsanwalt traten sie in Aktion: Sie brachen Christels Wohnung auf und durchsuchten sie etwa fünf Stunden. Sie nahmen einen PC, Landkarten und persönliche Aufzeichnungen mit. (Christels Wohnung wurde bereits am 10.6.92 gründlich durchsucht. Das damalige Ermittlungsverfahren wurde 1993 eingestellt.) Auf Antrag der französischen Behörden wurden in Hannover zehn Personen als ZeugInnen geladen. Ziel war es, das persönliche Umfeld von Christel zu durchleuchten.

Der Staatsanwalt versicherte sich durch persönliche Telefonanrufe am Arbeitsplatz und zu Hause, daß die Geladenen auch erschienen. Eine Frau teilte per Fax mit, daß sie krankgeschrieben, also arbeitsunfähig sei und nicht käme. Sie wurde mit Hilfe der Beamten des BKA, der hannoverschen Polizei und einer Amtsärztin zur Vernehmung geholt. Nur drei ZeugInnenvernehmungen konnten bisher stattfinden, und zwar im Beisein der drei französischen Polizeibeamten sowie des BKA und Beamten der Polizeidirektion Hannover. Alle Einwände seitens der RechtsanwältInnen, daß es sich hier um eine staatsanwaltliche Vorladung handele, bei der im allgemeinen Polizeibeamte nicht anwesend seien, wischte der Staatsanwalt vom Tisch - der Staatsanwalt als Büttel der französischen Polizei. Soweit Fragen bekannt wurden, bezogen sie sich auf die persönlichen Beziehungen der ZeugInnen in den 70er Jahren. Welchen Zusammenhang sie mit Christels Haftbefehl haben, ist schleierhaft.

Augenscheinlich haben die Ermittlungen gegen Christel nicht zu Ergebnissen geführt, um hier in der BRD einen Prozeß gegen sie eröffnen zu können. Auch hätte Christel nach deutschem Recht nicht von hier nach Frankreich ausgeliefert werden dürfen. Christels widerrechtliche Verhaftung wurde nur möglich durch die Zusammenarbeit von deutschen, französischen und italienischen Behörden. Wir fordern: Keine Auslieferung nach Frankreich und Christels sofortige Freilassung!

Solidaritätskonto für Christel Fröhlich: Willms, Konto 32437196, Stadtsparkasse Hannover (BLZ 250 501 80).

Solidaritätsgruppe zu Christel Fröhlich, c/o annabee Buchladen, Gerberstr. 6, 30169 Hannover

Die Eltern von Wolfgang Grams auf einer Demonstration für ihren Sohn

"Bad Kleinen": Klageerzwingungsantrag gestellt

Nachdem der Generalstaatsanwalt von Mecklenburg-Vorpommern die Beschwerde der Familie Grams gegen die Einstellung der Ermittlungen wegen des Todesschusses in Bad Kleinen zurückgewiesen hat, haben wir heute [am 10.November, Anm.] im Auftrag der Eltern von Wolfgang Grams beim Oberlandesgericht (OLG) Rostock einen Klageerzwingungsantrag gestellt. Die Eltern von Wolfgang Grams wollen sich mit der staatlich verordneten Selbstmordversion über ihren Sohn nicht abspeisen lassen. Sie halten an dem Vorwurf fest, daß ihr Sohn anläßlich des GSG-9-Einsatzes am 27.6.93 in Bad Kleinen ermordet worden ist. Durch den Klageerzwingungsantrag wird erstmals ein ordentliches Gericht mit der Sache befaßt. Bisher hatte die Staatsanwaltschaft unter erheblichem politischen Druck aus Bonn entgegen den offen zutage liegenden Tatsachen daran festgehalten, daß Wolfgang Grams sich selbst erschossen hat, ohne dafür auch nur einen einzigen Zeugen aufbieten zu können. Demgegenüber haben drei Zeugen die tödlichen Schüsse auf den wehrlos im Gleis liegenden Wolfgang Grams bekundet: die Kioskverkäuferin, ein Angehöriger der am Einsatzort tätigen Polizeikräfte ('Spiegel-Zeuge') und ein Rentner aus Bremen [s. kassiber 26, Anm.].

Zahlreiche Zeugen haben unter Eid einen Geschehensablauf bekundet, nach dem ausgeschlossen werden muß, daß sich Wolfgang Grams unbemerkt erschossen hat. Schließlich ist durch renommierte Gerichtsmediziner die Behauptung der Staatsanwaltschaft widerlegt, daß eine Fremdbeibringung des Kopfschusses sicher ausgeschlossen werden kann und daß ein Selbstmord zwingend anzunehmen ist [s. kassiber 23, Anm.]. Die auch von der Staatsanwaltschaft eingeräumten zahlreichen eidlichen Falschaussagen der beteiligten GSG-9-Beamten sind vor dem Hintergrund der objektiven Befunde nicht anders zu erklären, als daß die tatsächlichen Geschehnisse verschleiert werden sollen. Zu den Verfolgungsmaßnahmen zählt auch, daß wichtige Spuren von den Polizeibehörden systematisch zerstört worden sind: Noch vor der Obduktion wurden auf Veranlassung des BKA die Hände von Wolfgang Grams gereinigt, die Tatwaffe wurde erstmals nach acht Tagen auf Fingerabdrücke untersucht, nachdem sie zuvor beim BKA beschossen und auf biologische Spuren untersucht worden war. Die blutbespritzte Jacke des hauptverdächtigen GSG-9-Beamten verschwand auf wundersame Weise im Institut für Rechtsmedizin in Zürich. Sogar der Generalstaatsanwalt von Mecklenburg-Vorpommern kam nicht umhin, in diesem Zusammenhang von "*Spurenvernichtung*" zu sprechen.

Als alarmierend werten wir die Tatsache, daß wir am Montag, den 6.11.95, feststellen mußten, daß das Büro von Rechtsanwalt Andreas Groß, in dem wir zuletzt an dem Klageerzwingungsantrag gearbeitet haben, vom Staatsschutz mit Videokamera, Fotoapparat, Richtmikrophonen und Telefonabhörmaßnahmen umfassend ausspioniert worden ist. Als ein Kamerateam des Hessischen Rundfunks diese Machenschaften dokumentieren wollte, wurden wir Zeugen des überstürzten Abtransports der Überwachungseinrichtungen. Es muß davon ausgegangen werden, daß die an den Vorgängen in Bad Kleinen unmittelbar beteiligten Staatsschutzbehörden sich mit dem Lauschangriff seit längerem Kenntnis über das gegen sie von uns ermittelte Beweismaterial und unser weiteres Vorgehen in dieser Sache verschafft haben.

Vom OLG Rostock ist nicht mehr und nicht weniger zu erwarten, als daß es die Staatsanwaltschaft Schwerin zur Anklageerhebung anweist, um die Vorgänge in Bad Kleinen vor einem ordentlichen Gericht klären zu lassen.

Presseerklärung der Rechtsanwälte Andreas Groß (Wiesbaden) und Thomas Kieseritzky (Frankfurt a.M.)

Prozeß wegen Kurdistan-Demo

Das Amtsgericht Wiesbaden verurteilte am 11.Dezember einen kurdischen Mann wegen schweren Landfriedensbruchs und Verstoßes gegen das Waffengesetz in einem besonders schweren Fall zu 18 Monaten Haft ohne Bewährung. Der 25jährige soll während einer verbotenen Demonstration am 20.März 1994 mehrfach eine Benzinflasche gegen Polizisten geschleudert haben. Das Gericht ging mit dieser Verurteilung weit über die von der Staatsanwaltschaft geforderte Strafe - sieben Monate auf Bewährung - hinaus.

nach: Weser-Kurier, 12.12.95

Hausdurchsuchungen bei "Castor"-GegnerInnen

Am Morgen des 26.Septembers haben Beamte der Ermittlungsgruppe "Castor" des Landeskriminalamtes Baden-Württemberg im Auftrag der Bundesanwaltschaft zwei Wohnungen von AtomkraftgegnerInnen in Karlsruhe durchsucht. Auch Wohnungen von Eltern, Bekannten und ein Arbeitsplatz der Betroffenen sowie zahlreiche Kraftfahrzeuge wurden zeitgleich durchsucht. Die Durchsuchungsbeschlüsse stützen sich auf ein Ermittlungsverfahren nach 129a im Zusammenhang mit Aktionen gegen den Castor-Transport abgebrannter Brennelemente von Philippsburg nach Gorleben. Den Papieren zufolge wurde auch nach sog. Hakenkrallen gesucht. Beschlagnahmt wurden bei den Durchsuchungen ... vor allem schriftliche Aufzeichnungen. Es ging vor allem um das Sammeln von Informationen über die Strukturen der Anti-AKW-Bewegung, insbesondere der Anti-Castor-Mobilisierung. Die Tatsache, daß gleich zum 129a gegriffen wurde (für eine Durchsuchung hätte es jeder Verdacht auf eine Straftat getan), verdeutlicht das zweite Ziel der Durchsuchungsaktion: Einschüchterung im Vorfeld des nächsten Castor-Transports. (...)

Initiative "Strom ohne Atom" (gekürzt)

Revision von Eva Haule verworfen

Der Bundesgerichtshof verwarf am 5. September die Revision von Eva Haule, Gefangene aus der RAF, gegen das Urteil des OLG Frankfurt vom April 1994 als "*unbegründet*". Das OLG hatte Eva wegen der Erschießung des US-GI Pimental und wegen des Sprengstoffanschlags auf die Rhein-Main-Air-Base zu "lebenslänglich" verurteilt.

Interview mit Monika Haas

"1976 die Entscheidung getroffen, den bewaffneten Kampf nicht zu führen"

Am 18.Januar begann vor dem 5.Strafsenat des OLG Frankfurt der Prozeß gegen Monika Haas. Die inzwischen 47jährige war am 10.November 1994 verhaftet worden und soll nun, 18 Jahre nach der Entführung der Lufthansa-Maschine "Landshut" durch das Kommando Martyr Halimeh, auf Grundlage der Aussagen der inzwischen von Norwegen ausgelieferten "Kronzeugin" Souhaila Andrawes wegen gemeinschaftlichen Mordes, erpresserischen Menschenraubes, Geiselnahme und Angriff auf den Luftverkehr verurteilt werden (s. kassiber 25 und 26).

In der Zeitschrift *Die Woche* erschien am 17.November ein Interview mit Monika Haas, das wir gekürzt dokumentieren:

Sie werden verdächtigt, daß Sie RAF-Mitglied waren oder der Roten Armee Fraktion zumindest nahe standen (M.H. nickt). 1975 tauchen Sie im Jemen unter. Sie heiraten Zaki Helou, damals im Jemen ein hoher Funktionär der palästinensischen Gruppe PFLP-Special Command, mit dem Sie bis 1982 in Aden leben. Er ist der Vater ihrer beiden jüngsten Kinder. In Nairobi sind Sie 1976 in die Vorbereitungen eines Anschlages verwikkelt. 1977 sollen Sie die Waffen für die Entführung der 'Landshut' nach Mallorca gebracht haben. Eine lupenreine Terroristen-Karriere ...

Tatsache ist, daß die Zeit in Aden meine bürgerlichste und unpolitischte Lebensphase war.

Warum werden Sie dann von den Medien als 'eine der geheimnisvollsten Gestalten aus der europäischen Terrorismus-Szene' geschildert?

Nicht von den Medien, sondern hauptsächlich vom 'Spiegel' und 'Spiegel-TV'. Im 'Spiegel' wurden haarsträubende Dinge über mich behauptet. Deshalb klagte ich auf Unterlassung, Widerruf und Schmerzensgeld. Die Reaktion kam von Stefan Aust (damals 'Spiegel-TV'-, heute 'Spiegel'-Chefredakteur; Anm.), der meinem Anwalt drohte: 'Entweder Ihre Mandantin zieht die Anzeige zurück, oder ich werde noch ganz andere Dinge über sie veröffentlichen.' Ich habe die Anzeige nicht zurückgezogen, denn die Behauptungen waren zu ungeheuerlich. Das Resultat war eine Kampagne, die sich fast ausschließlich auf die manipulierten Vorwürfe der Stasi im sogenannten 'Operativvorgang Wolf' gegen mich stützt. Diese Akte wurde mit dem Ziel angelegt, den 'Beweis' zu erbringen, ich sei eine Mitarbeiterin westlicher Geheimdienste.

Was hat Sie ursprünglich in die Nähe zum bewaffneten Kampf gebracht?

Mein Engagement im Komitee für die politischen Gefangenen aus der RAF Anfang der 70er Jahre. Diese legale Arbeit war starkem Druck ausgesetzt. Mitglieder des Komitees wurden kriminalisiert und mit Strafverfolgung bedroht. Diese Form staatlicher 'Aufmerksamkeit' wirkte ungeheuer identitätsstiftend. Ich habe 1975 die Bundesrepublik aufgrund der 'Winterreise' verlassen. Das war eine dieser Fahndungsaktionen, die genau dem von mir beschriebenen Zweck diente. (...)

Sie flogen im Januar 1976 nach Nairobi, um einem Kommando, das eine Aktion vorbereitete, einen Brief zu überbringen. Sie wurden von kenianischer Polizei festgenommen und verhört, Angehörige des Mossad waren dabei, in den Zellen nebenan wurden die anderen gefoltert. Ihnen gelang es, als einzige zu entkommen. Wie kamen Sie da raus?

Es ist richtig, daß ich beauftragt wurde, einen Brief nach Nairobi zu bringen, um ihn an einer bestimmten Adresse abzugeben. Es trifft auch zu, daß ich dabei bereits am Flughafen von der kenianischen Polizei verhaftet wurde, da - wie sich später herausstellte - die fünf Personen, die sich vor mir in Nairobi aufhielten, bereits verhaftet waren. Falsch ist jedoch Ihre Aussage, Angehörige des Mossad seien bei Verhören dabeigewesen, ich hatte zu keinem Zeitpunkt Kontakt mit dem israelitischen Geheimdienst. Drei Tage und Nächte wurde ich von kenianischen Polizisten verhört und gequält. Es war zwar meine Einschätzung, daß der Mossad im Hin-

Spiegel Nr. 3/95

tergrund die Anweisungen gab, aber selbstverständlich wußte ich nicht, ab welchem Zeitpunkt dies geschah. Den Kenianern waren jedenfalls einige Dinge bekannt. Dazu gehörte, daß zuvor bei den bereits verhafteten Personen eine weitere Person gewesen sein soll. Auf diese arabische Frau waren sie außerordentlich scharf. (...) Fakt war, daß die kenianischen Behörden sehr schnell begriffen, daß ich nur eine Funktion am Rande hatte und wirklich nichts wußte. (...) Mir wurde gesagt: 'Okay, du hast nur eine Chance, hier lebend rauszukommen, nämlich indem du jetzt zurückfliegst, wo du hergekommen bist, und dieser Frau sagst, daß die Leute darauf bestehen, daß sie selbst kommt.'

Und da stimmten Sie zu?

Ich sah keine andere Möglichkeit, da wieder herauszukommen. Ich habe in diesen Tagen nur aus dem Bauch heraus reagiert, denn ich hatte eine Todesangst. Deshalb waren sich die Kenianer auch so sicher, daß ich tun werde, was sie wollten, nämlich die arabische Frau in eine Falle locken. Sie haben mir auch sehr eindringlich versichert, daß sie mich kriegen und umbringen werden, wenn ich nicht gehorche - egal, wo ich mich verstecke. Ich wurde dann losgeschickt, über Daressalam. Von dort bin ich in das Land zurück-

geflogen, aus dem ich gekommen war - es war übrigens nicht Aden. (...) Dort traf ich aber niemanden mehr an. Bis ich dann einen Flug nach Aden bekam, hat es noch ein paar Tage gedauert; alles in allem war ich ungefähr zehn Tage unterwegs.

Waren Sie schon einmal auf Mallorca?

Der Ablauf weckte den Verdacht, Sie seien vom Mossad umgedreht worden. Der 'Spiegel' leitet daraus die Vermutung ab, Israel habe durch Sie im Vorfeld von Terroraktionen erfahren können, also auch von der 'Landshut'-Entführung, was auch erklären könnte, warum Sie 1982 nach Deutschland zurückkehren und bis 1992 unbehelligt in Frankfurt leben konnten. Sie werden außerdem immer wieder in Zusammenhang mit Stasi oder Verfassungsschutz gebracht. Wie erklären Sie sich das?

Wenn ich mir das schlüssig erklären könnte, hätte ich heute ein Problem weniger. Nach meiner Rückkehr aus Nairobi bin ich bei manchen auf großes Mißtrauen gestoßen, weil man sich nicht sicher sein konnte, daß meine Schilderung stimmt. Es war ja auch folgendes denkbar: Ich bin in Nairobi angekommen, verhaftet worden und habe dann die anderen verraten. Dieses Mißtrauen hat sich fast zwei Jahre gehalten, bis man an die Leute herangekommen war, die nach Israel verschleppt worden waren, und sie fragen konnte, wann sie festgenommen worden sind. Allerdings haben sich in dieser Zeit der Verdacht und die dadurch entstandenen Gerüchte verselbstständigt. Deshalb existieren sie heute immer noch.

Hatte der Vorfall in Nairobi für Sie bei den Palästinensern Konsequenzen?

Die Konsequenz habe ich selber gezogen. Ich bin bei dieser Geschichte an meine persönlichen Grenzen gestoßen. Dieser Form des Kampfes war ich nicht gewachsen. (...)

Es ist also nichts dran an dem Vorwurf, Sie hätten mit einem Geheimdienst zusammengearbeitet?

Ich habe noch nie mit einem westlichen oder östlichen Geheimdienst zusammengearbeitet. (...)

Waren Sie schon einmal auf Mallorca?

Nein. (...)

Hier der Kern der Aussage Ihrer Hauptbelastungszeugin Souhaila Andrawes: Am 7.10.77 übergab Monika Haas in einem Hotelzimmer auf Mallorca in einem Kinderwagen drei Bonbondosen mit Pistolen und Handgranaten sowie einen in einem Kofferradio versteckten Zündmechanismus an die Entführer der 'Landshut'. Hat sie sich das aus den Fingern gesogen?

Frau Andrawes mußte sich nichts aus den Fingern saugen. Sie hat aus den Angaben, die ihr von der Bundesanwaltschaft vorgegeben wurden, eine Geschichte konstruiert. Ursprünglich hat sie nur angegeben, daß sie mich aus dem Jemen kennt, weil sie dort einmal kurz zu einer Ausbildung war, und mich nie außerhalb des Jemens getroffen hat. Alle anderen Details, die sie später erwähnt hat, wurden ihr während der Vernehmung vorgehalten. (...)

Wo waren Sie in der Zeit, als laut Anklage die Waffen nach Mallorca geschmuggelt wurden?

1976 habe ich die Entscheidung getroffen, den bewaffneten Kampf nicht zu führen und auch nicht zu unterstützen. Das wird auch dadurch dokumentiert, daß ich meinen Sohn nach Aden geholt habe und weitere Kinder wollte. Ich hatte mich für die Familie entschieden. 1977 war hier in der Bundesrepublik ein traumatisches Jahr - für mich war es das nicht. Ich lebte quasi am Ende der Welt und mußte mich in Aden unter völlig unbekannten Bedingungen erst einmal orientieren. Ich war schwanger, und im Sommer 1977 habe ich meine Tochter geboren. Als erstes wurde ich nach der Geburt selbst krank. Nachdem es mir wieder besser ging, bekamen wir endlich eine eigene Wohnung, wir mußten umziehen, und es gab sehr viel zu organisieren. Danach erkrankte meine Tochter sehr schwer, sie ist mir beinahe an einer schweren Diarrhöe gestorben. Anfang Oktober 1977 bangte ich um ihr Leben und hatte wirklich große eigene Probleme... Von dem, was 1977 in Deutschland passierte, habe ich erst sehr viel später die Dimensionen erfahren.

Es waren aber doch andere RAF-Mitglieder in Aden ...

Zu dieser Zeit - da bin ich mir sicher - waren keine Deutschen da. Wenn jemand in Aden war, mit dem ich keinen Kontakt haben sollte, dann war für mich das 'Office' tabu ... Wir wollten nicht noch einmal in die Situation kommen, daß gesagt wird: 'Das kann nur sie verraten haben.'

Was muß man sich unter 'Office' vorstellen?

Das war ein Haus, wo Leute, die kurzzeitig nach Aden kamen, untergebracht wurden.

Die Bundesanwaltschaft will Sie, wie sie sagt, als Kronzeugin gewinnen. Worüber sollen sie aussagen?

Auf Mallorca waren außer den vier Leuten, die die 'Landshut' entführt haben, laut Akten noch mindestens sechs Personen, zwei Frauen und vier Männer. Welche Funktion die hatten, konnte nicht ermittelt werden, aber man hat mich gefragt, wer das war. Die andere Frage galt dem Verbindungsglied zwischen dem Kommando Siegfried Hausner, das die Schleyer-Entführung gemacht hat, und den Entführern der Lufthansa-Maschine. Das sind alles Dinge, die ich nicht weiß und auch nicht beantworten kann.

Für Sie kommt die Kronzeugenregelung also ohnehin nicht in Frage.

Ich könnte es natürlich so machen wie Frau Andrawes und Gewünschtes liefern, auch wenn es nicht stimmt. Aber ich werde mich nicht in dieser Art und Weise von der Bundesanwaltschaft mißbrauchen lassen.

Kronzeugin zieht Aussage zurück

Am 24.Januar, dem zweiten Verhandlungstag im Prozeß gegen Monika Haas, wurde eine Erklärung der Kronzeugin Souhaila Andrawes (Soraya Ansari) verlesen. In dem in englisch verfaßten Brief zieht Andrawes ihre 1994 in Norwegen über die Angeklagte gemachten Aussagen zurück. Es hätte zudem *"keinen Deal mit der Polizei"* gegeben, sie habe *"nicht gelogen"* und *"nicht erfunden"*, vielmehr hätten der Polizei alle Informationen bereits vorgelegen. Die mündliche Übersetzung des Briefes während der Verhandlung sorgte für Irritationen. Das *"holprige Englisch"*, so der Dolmetscher, ließe Interpretationsspielräume, die nur durch Befragung von Frau Andrawes geklärt werden könnten. Das soll am 15.Februar geschehen.

Die Zeugin bleibt weiterhin Dreh- und Angelpunkt der Anklage, da sie nicht generell die Aussage verweigerte, sondern nur bisher gemachte zurücknahm. Die Äußerung, es hätte keinen Deal mit der Polizei gegeben, schließt jedoch einen Deal mit der BAW nicht aus. Die BAW zur Aufforderung der Verteidigung, sich umfassend zu dem Zustandekommen der inzwischen zurückgenommenen Aussagen und etwaiger Absprachen zu äußern: *"Wir geben keine Erklärungen dazu ab"*, so Staatsanwältin Fischer.

Der dringende Tatverdacht gegen die Angeklagte hat laut Aussage ihrer Verteidiger nach der Rücknahme der Aussage *"jede Substanz verloren"*. Sie stellten deshalb den Antrag, *"Monika Haas sofort aus der U-Haft zu entlassen"*. Auseinandersetzungen gab es auch darüber, ob und wie die Operativvorgänge *Wolf* und *Golf* des MfS in den Prozeß eingeführt werden sollen. Die Verteidigung legte dagegen Widerspruch ein. Die Stasi-Akten seien in einem *"rechtsstaatlichen Prozeßverfahren nicht als Beweismittel geeignet"*. Zudem seien aufgrund der Herkunft erhebliche Zweifel an deren Wahrheitsgehalt angebracht. Das Gericht lehnte den Antrag ab. Erst nach Verlesung zentraler Passagen könne der Wahrheitsgehalt der Akten geklärt werden. Diese Entscheidung kommt vor allem der Anklagevertretung zugute. Nach dem Rückzieher der Hauptbelastungszeugin sind die MfS-Akten der Sockel, auf dem die Beschuldigungen ruhen. An dessen Demontage wollte das Gericht nicht mitwirken, käme dies doch einem Entzug der Prozeßgrundlage gleich.

Gottfried Oy, Thomas Kunz

aus: junge Welt, 26.1.95 (redaktionell gekürzt und überarbeitet)

LeserInnenbrief

Enthüllungen, die einiges verschleiert ließen: Wer "A" sagt, muß auch "B" sagen - Hintergründe zum Staatsterrorismus, nicht nur in Spanien

(Zum Artikel "Zur Situation in Euskadi/Spanien im Sommer #)5: Enthüllungen über den 'schmutzigen Krieg'; in: kassiber Nr. 27, Oktober 1995, S.48ff)

Im kassiber Nr.27 wurde ein Artikel zur Repression im NATO- und EU-Staat Spanien veröffentlicht, der nur die Hälfte dessen sagt, was zu sagen notwendig wäre. Mit diesem Beitrag soll, in solidarischer Kritik an der bereits geleisteten Arbeit, ein Teil der fehlenden Hälfte gesagt werden. Das, was fehlt, hat Bertolt Brecht so zusammengefaßt: "*Was nützt es (..), etwas mutiges zu schreiben, aus dem hervorgeht, daß der Zustand, in dem wir versinken, ein barbarischer ist (was wahr ist), wenn nicht klar ist, warum wir in diesen Zustand geraten? Wir müssen sagen, daß gefoltert wird, weil die Eigentumsverhältnisse bleiben sollen. Freilich, wenn wir das sagen, verlieren wir viele Freunde, die gegen das Foltern sind, weil sie glauben, die Eigentumsverhältnisse könnten auch ohne Foltern aufrechterhalten bleiben (was unwahr ist).*"

Das "*Stell dir vor...*", mit dem der Artikel in *kassiber* Nr. 27 beginnt, suggeriert, in der BRD wäre das alles so nicht möglich. Aus der Distanz heraus wird die Existenz einer staatlichen Todesschwadron in Spanien (die GAL) beschrieben, ohne Bezug darauf zu nehmen, in welchem größeren Zusammenhang der Staatsterrorismus gegen revolutionäre Opposition, die den herrschenden Staat bekämpft, steht. Hier in Westeuropa ist diese Form der Aufstandsbekämpfung koordiniert, und die Gremien, in denen solche Aktionen abgesprochen werden, sind z.B. TREVI, die Konferenzen von Bullen, Innenministern und anderen Funktionsträgern der westeuropäischen Staaten, Verträge wie das Schengener Abkommen und damit der ganze "Sicherheits"-Apparat der Europäischen Union. Sollten wir glauben, bei der Koordinationstätigkeit, die für die Erhaltung Macht der der westeuropäischen und transnationalen Monopole notwendig ist, sei die GAL nicht auch dort zur Sprache gekommen? Sollten wir glauben, die illegale Bekämpfung radikalen Widerstandes gab und gibt es nicht auch in der BRD und in anderen kapitalistischen Staaten?

Für die BRD seien hier nur ein paar Punkte genannt, um das Gegenteil zu belegen. Anfang der achtziger Jahre tauchten hier beispielsweise die sog. Millionenbriefe in Kreisen des antiimperialistischen Widerstandes auf, mit denen versucht werden sollte, einzelne dazu zu bewegen, Informationen über die RAF an die Bullen weiterzuleiten. Dafür wurden den möglichen DenunziantInnen hohe Geldbeträge und die Sicherheit ihrer Person versprochen. Irgendwo mußte die angebotene Kohle ja herkommen, und die gesamte Vorgehensweise ließ vermuten, daß da ein extralegales Vorgehen von Bullen/Verfassungsschutz und Geldgebern im Gange war. Ein Geheimfonds des Innenministeriums, finanziert mit Geldern des Großkapitals oder gar aus Steuern? Weiter: Die Shoot-to-kill-Fahndung in den Siebzigern, in deren Verlauf viele GenossInnen aus der RAF ermordet wurden (und auch Leute, die keine politischen AktivistInnen waren), ganz (il)legal. Ein anderer Fall, der nicht so lange zurückliegt: Die Ermordung von Wolfgang Grams im Juni 1993, der nach Aussagen einer Zeugin bereits überwältigt am Boden lag, als ihm das GSG-9-Kommando in den Kopf schoß. Der "Fall" ist noch nicht abgeschlossen, die Angehörigen klagen gerade erneut. Abgeschlossen auch nicht der Tod der drei politischen Gefangenen aus Stammheim, die 1977 in ihrer Zelle starben wie ein Jahr zuvor Ulrike Meinhof. Eine internationale Untersuchungskommission stellte damals fest, daß vieles darauf hindeutet, daß Ulrike ermordet wurde. Auch bei Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe 1977 wurde in der internationalen Presse von Mord gesprochen - eine Äußerung, die in der BRD noch immer unter Strafe steht. Wer aber kommt so ohne weiteres in einen Stammheimer Hochsicherheitsknast, um drei politische Gefangene umzubringen? Eine staatliche Todesschwadron im Kleinformat, niemand sonst. Zuletzt sei noch an den kurdischen Linken Halim Dener verwiesen, der 1994 beim Plakatieren von Bullen erschossen wurde, auch ganz (il)legal.

Hieraus sollte deutlich werden, daß der politsensationslüsterne Blick auf Spanien wichtige Strukturen verschleiern hilft, die sich nicht in der Wahl der legalen oder illegalen Mittel der Aufstandsbekämpfung ausdrücken, sondern in ihrem Zweck. Daß die GAL existierte und die Ermordung von BaskInnen in Frankreich 1983 eine organisierte Sache war, in der der spanische Staat mit drinhing, war im Baskenland schon in jenen Jahren klar. Der Hintergrund bestand darin, daß Frankreich zu dieser Zeit noch nicht bereit war, baskische Flüchtlinge auszuliefern. Allerdings, und das nennt der kritisierte Artikel sehr wohl, hinderte dies die französischen Bullen nicht daran, direkt mit der GAL zusammenzuarbeiten. Seit Frankreich die baskischen Flüchtlinge auslieferte, mordete auch die GAL dort nicht mehr. Sie hatte sich danach darauf verlegt, in Euskal Herria (Baskenland) selbst Terror zu verbreiten.

So sind die "*bösen Poltiker-Buben*", wie sie verharmlosend im o.g. Artikel bezeichnet werden, nicht einfach Max und Moritz im Nadelstreifenanzug, die sich einen Schabernack erlauben, sondern sie sind die Verantwortlichen für Morde, Staatsterrorismus und Folter, zur Aufrechterhaltung der herrschenden Ausbeutungs- und Eigentumsverhältnisse. Auf daß die spanische Verfassung geschützt werde, die jedem der im spanischen Staat lebenden Völker verbietet, um seine Unabhängigkeit zu kämpfen und die jeden Widerstand, der sich gegen das System oder Teile davon richtet, verfolgen läßt (1). Ubrigens geht die Clique deijenigen, die die Macht des Kapitals verteidigen, nicht nur bis zur Guardia Civil, dem Militär und dem (übrigens militärischen) Geheimdienst CESID, sondern auch der König hat eine wesentlich wichtigere Rolle als ihm gemeinhin zugeschrieben wird: Es geht gar nicht mehr darum, ob er von der Verbindung Staat-GAL gewußt hat, sondern er selbst, so wird in Teilen der spanischen Linken vermutet, hat an ihrer Existenz mitgebastelt. In diesem Zusammenhang ist auch das versuchte Attentat von ETA auf den König zu sehen; dabei mag es gar nicht so sehr um die Popularität eines solchen Anschlages gegangen sein, als vielmehr darum, dem herrschenden Kapital und seiner Politik der Aufstandsbekärnipung einen konkreten Schlag zu versetzen.

Eine letzte Anmerkung soll sich noch genau mit diesem "Erbe" des Franquismus beschäftigen, vom dem die Ernennung des Königs als Garant für Kontinuitäten aus der Diktatur ein Teil ist: Von "*Altlasten*" zu reden, die die Sozialdemokratie tragen müßte und die den "*Übergang*" des spanischen Staates zur Demokratie belasteten, trifft nicht den Kern. Seit Ende der Franco-Ära begann der spanische Kapitalismus zu prosperieren, und gerade unter der Regierung der PSOE-Sozialdemokraten wurden mit dem Anschluß Spaniens an die NATO (gegen den Willen weiter Teile der spanischen Bevölkerung und der Mehrheit des baskischen Volkes) und die EU wichtige Schritte gemacht, um den Kapitalismus neu zu strukturieren und zu verteidigen. Dies ist gerade das Konzept auch der internationalen Sozialdemokratie, wo sie an der Macht ist. Sie hat selbst kein antagonistisches Interesse, das gegen den Kapitalismus gerichtet wäre, und muß daher ihre Macht absichern gegen alle Bestrebungen, den kapitalistischen Staat zu bekämpfen. Dazu braucht sie, heute in Spanien wie in den 70ern in der BRD, die Schergen und Strukturen der vorhergeneden Regime, jeweils in ihrer historischen Unterschiedlichkeit, die in der Geschichte der einzelnen Staaten begründet ist. Es ist dies ein Verhältnis auf Gegenseitigkeit, das auch vom spanischen Militär akzeptiert wird, das in der vorfranquistischen Vergangenheit oft von den "pronunciamientos" Gebrauch machte, kleinen Putschversuchen, die der jeweiligen Regierung ihre Grenzen aufzeigen sollten.

Dies sind die Positionen, die Mittel, die Motive. Alle anderen Auseinandersetzungen sind Scheingefechte, die das wahre Gesicht der imperialistischen Strategen verbergen sollen. Lassen wir uns nicht davon verunsichen, stellen wir uns klar auf die Seite des Widerstandes, überall.

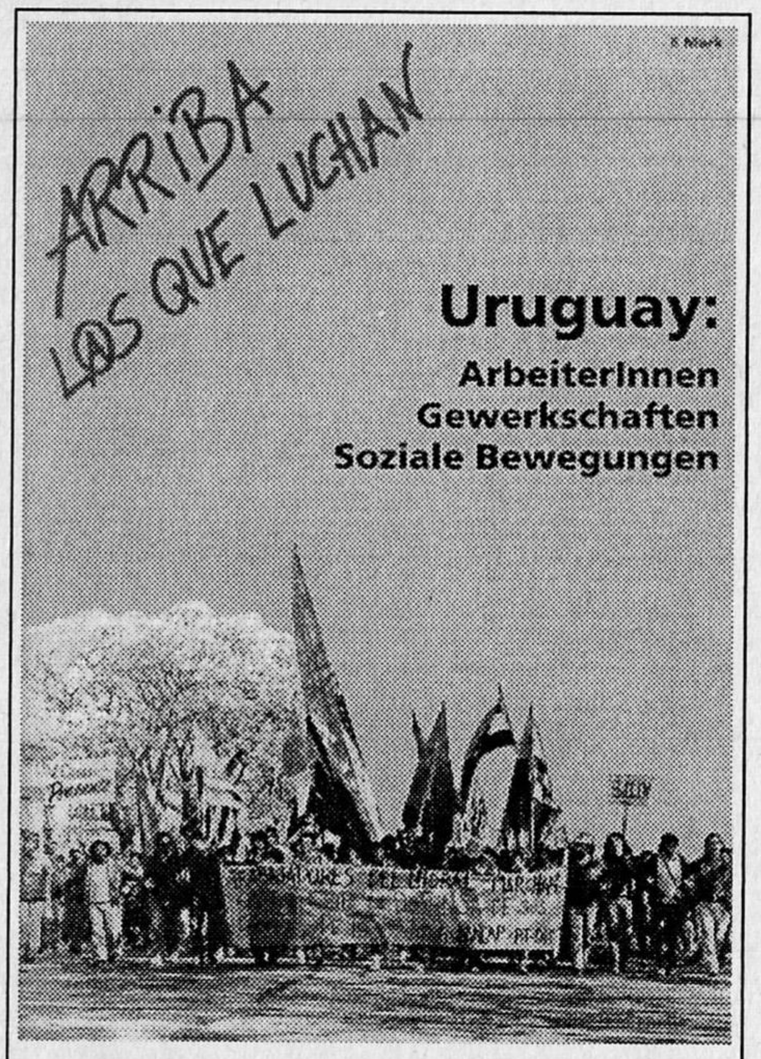
Momme Paysen

Anmerkung:
(1) Leider kann an dieser Stelle, aufgrund der gebotenen Kürze des LeserInnenbriefes, nicht auf die verschiedenen Bewegungen und Organisationen eingegangen werden. Grundsätzlich läßt sich staatliche Repression nur in der Dialektik von Revolution und Konterrevolution verstehen, die als Einzige in der Lage ist, Analysen über bloße Beschreibungen der Unterdrückäng hinaus zu leisten.

Türkisch/deutsche Rechtsinfobroschüre

In der zweisprachigen Broschüre geht es um Rechtshilfeinfos und konkrete Verhaltenstips für unterschiedlichste Konfrontationen mit dem Staatsapparat in der BRD: Verhaltenstips für Demos, Hausdurchsuchungen, Vernehmungen, daraus folgende ausländerrechtliche Fragen u.a. Die Broschüre wurde von einem Dolmetscher mit rechtlichen Kenntnissen ins Türkische übersetzt und versucht daher ziemlich genau auf wichtige Unterschiede einzugehen. Sie soll kurdischen/türkischen linken Frauen und Männern den Umgang mit der ihnen gegenüber stark zunehmenden Repression etwas erleichtern.

Zweisprachige türkische/deutsche Rechtsinfobroschüre, Tübingen, Juni 1995, 2 Mark.
Bestellungen: 2 Mark pro Broschüre plus Porto (für 1 Ex. DM 3,-, für 10 Ex. DM 6,-) in bar oder Briefmarken (nur gegen Vorkasse) an Rechtsinfogruppe Tübingen, c/o Infocafé, Schellingstrae 6, 72072 Tübingen.



In dem kleinen Ländchen im Süden Lateinamerikas entstehen heute noch Bewegungen, die eigentlich längst 'aus der Mode' sind, wie z.B. 1994 ein Generalstreik für das Asylrecht.
Die Broschüre enthält Artikel und Interviews ★ zur Geschichte der Klassenkämpfe in Uruguay ★ zur Vorgeschichte der Tupamaros: gewerkschaftliche und bewaffnete Kämpfe der ZuckerrohrarbeiterInnen ★ zum Bauarbeiterstreik 1993 ★ zu Arbeitsbedingungen, Streiks und Fabrikbesetzungen ★ zu Kämpfen im Gesundheitswesen ★ zur allgemeinen Lage und Perspektive der Linken ★ zur Freihandelszone MERCOSUR und ★ zur Erinnerung an den Tupamaro und Arbeiter Rony Scarzella, der 1993 von Todesschwadronen ermordet wurde.

64 Seiten, 6 Mark plus 1,50 für Porto,
als Scheck oder in Briefmarken. Bestellungen an:
Projektgruppe Internationalismus,
c/o Jugendclub Courage, Bismarckstr. 40, 50672 Köln

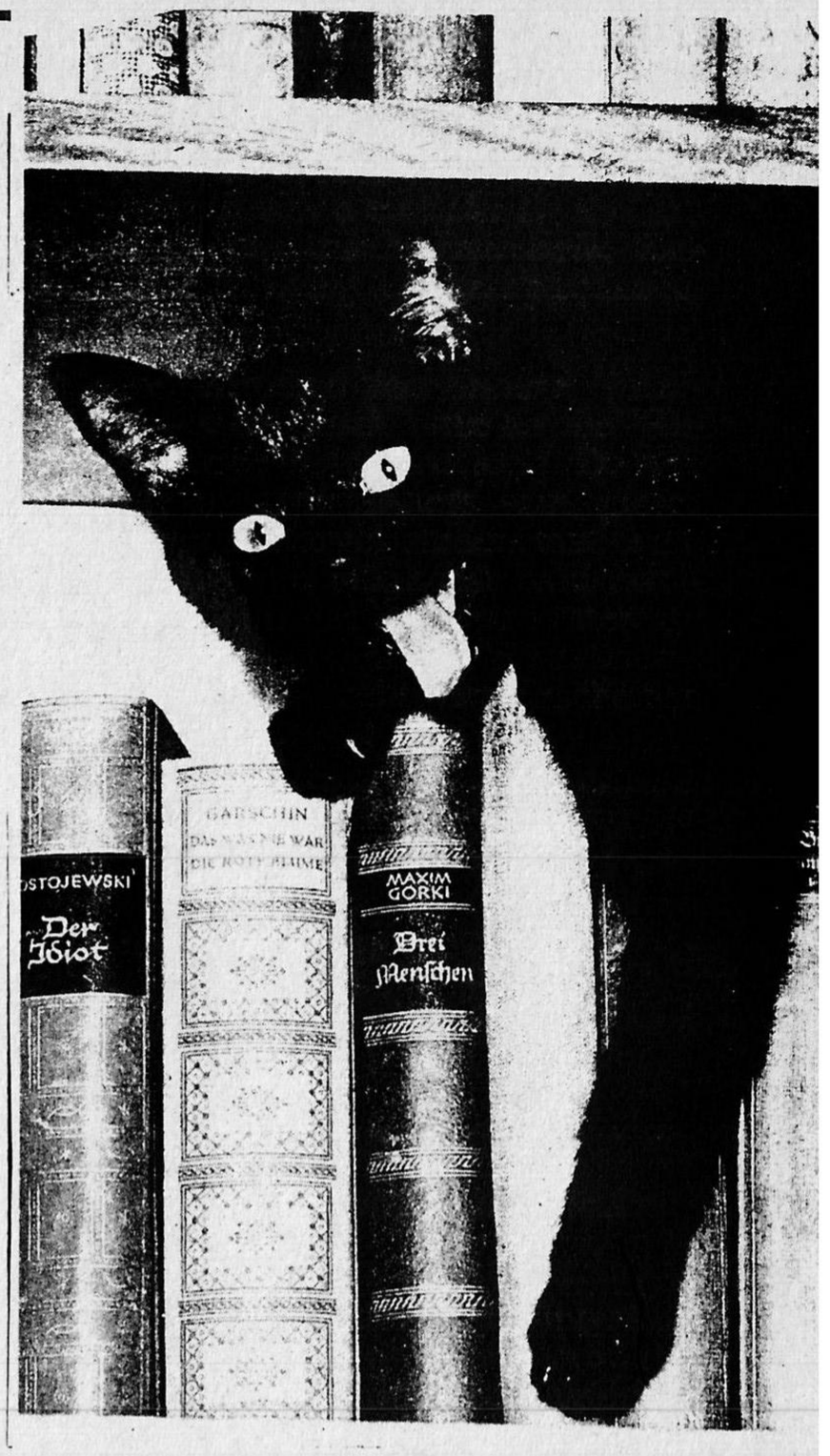
Vorankündigung: Buchprojekt zum Thema Endlager

Am 3.Mai 1995 hat die zweite Zivilkammer am Landgericht Lüneburg 14 TurmbesetzerInnen zu DM 126.901,10 Schadensersatzzahlung verurteilt - an das *Bundesamt für Strahlenschutz*. In dem Prozeß ging es um den Versuch, Widerstand über eine massive finanzielle Bedrohung klein zu kriegen. Im Juni 1990 besetzten wir die Türme der Gorlebener Atomkloschächte. Nach zehn Jahren Alibibohrerei sollte Schluß sein mit der Entsorgungslüge für den radioaktiven Müll aus den AKW. Die Buddelarbeiten wurden für einige Stunden unterbrochen. Um die demonstrationsbedingte Ausfallzeit als Schadensersatz einzutreiben, schickten die Atomgiftproduzenten das Bundesamt für Strahlenschutz gegen uns vor Gericht.

Das Lüneburger Gericht erklärte die Forderung in voller Höhe für gerechtfertigt. In der Urteilsbegründung, die im Prinzip nur die Argumente der klagenden Atommafia wiederholt, findet sich der aufschlußreiche Satz, "daß eine sonst bestehende Lücke im Unternehmensschutz geschlossen werden soll". Es gehört schon eine gehörige Lücke im demokratischen Denken dazu, auf eine "Lücke" im Unternehmensschutz" zu schließen, wenn sich Menschen durch die Atomkraft derart bedroht fühlen, daß ihr Widerstand die Geschäfte der Unternehmen stört. Gegen das Urteil haben wir beim Oberlandesgericht Celle Berufung eingelegt. Für uns hat dieses Vorgehen des Staates, Widerstand mit Schadensersatzklagen mundtot zu machen, eine so große persönliche und politische Bedeutung, daß wir gegebenenfalls auch den Bundesgerichtshof und das Bundesverfassungsgericht anrufen werden.

Wir, die direkt Betroffenen der "Schadens"ersatzklage über DM 126.901,10 + Zinseszins, arbeiten an einem Buch, daß inhaltlich nicht nur an die in unserer unter Zeitdruck entstandenen Dokumentation angerissenen Hintergründe und Probleme des Endlagerdebakels der AtomikerInnen anknüpfen soll. Auch die Backstage hinter den Kulissen wollen wir intensiver ausleuchten. Dazu haben wir folgende Schwerpunkte gesetzt (vorläufiges Inhaltsverzeichnis):

- Kapitel 1: **Die sogenannte Atommüllentsorgung.** Das Nadelöhr Gorleben - Andernorts - Politische Rahmenbedingungen - Wissenschaftliches zur Endlagerung - Zwischenlager als Endlager - Standortdebatte (Ausland?) - Endlagervorausleistungsverordnung
- Kapitel 2: **Der Filz.** Firmenbeteiligungen - Verknüpfung zwischen Vorständen, Aufsichtsräten und anderen Personen - PolitikerInnen in Vorständen und Aufsichtsräten - Behörden, BFS, GutachterInnen, TÜV etc. - Wer sagte was und warum - Gorlebengelder
- Kapitel 3: **Recht.** Turmprozeß... Unsere Einschätzung - Turmprozeß... Die Einschätzung unserer AnwältInnen - Demonstrationsrecht und Schadensersatzklagen - Demonstrationsverbote durch den Oberkreisdirektor und die aktuelle Castor-Schadensliste - Aktionen und Repression
- Kapitel 4: **Zusammenhänge.** Connections international - Militärischer Komplex - Soziologie, strategischer Rahmenplan
- Kapitel 5: **Gorleben.** Chronologie - Fast 20 Jahre Widerstand - Schlußbetrachtung - Fonds für Prozeßkosten



Diese Vorankündigung veröffentlichen wir,

- um Kontakt zu knüpfen zu Menschen, die auch gerade an diesen Themen arbeiten und Informationsaustausch wollen.
- um zu zeigen, daß wir (nicht nur) innerhalb des Prozesses weiterhin eine offensive Position einnehmen und der Versuch, uns durch finanzielle Existenzbedrohung einzuschüchtern, nicht aufgeht.

Für Infos, Beiträge und andere Unterstützung wendet Euch bitte an die "Redaktionsgruppe" (Adresse s.u.). Da wir, wie sollte es auch anders sein, gleich wieder unter Zeitdruck stehen, müßte die Kontaktaufnahme möglichst bald erfolgen, wenn sie für das Buch von Interesse ist. Wir gehen von einem "Redaktionsschluß" zum 1.Mai und einem Erscheinen des Buches im Herbst 1996 aus.

"Redaktionsgruppe", TurmbesetzerInnen, c/o Rondel, 29439 Lüchow

DIE STORY VOM STUDIENORIENTIERTEN GEHIRNWUCHS

ICH BIN KEIN GEHIRN + HAB' IN 'NEM COMIC ÜBER'S STUDIEREN NIX ZU SUCHEN!

BITTE HANDSCHRIFTLICH AUSFÜLLEN!

EINSCHREIBUNG

- ☐ ICH BIN ÜBERDURCHSCHNITTLICH INTELLIGENT
- ☐ ICH KANN MEINEN NAMEN SCHREIBEN
- ☐ ICH LESE NUR ERNSTZUNEHMENDE LITERATUR (Z.B. HOFMANN, KEINE COMICS O.Ä.)
- ☐ ICH HABE REICHE ELTERN / VERWANDTE
- ☐ ICH WÜRDE NIEMALS EINEM PROFESSOR WIDERSPRECHEN B.W!

BUNG

Zi 9

SEKRETARIAT

ERSTMAL ZUM BAFÖGAMT---

ES FEHLT NOCH IHR ABITURZEUGNIS, DIE VERSICHERUNG BESCHEINIGUNG, DIE LETZTE FRAUENÄRZTLICHE UNTERSUCHUNG, PASSBILD---

IHRE EINBERUFUNGSBESCHEINIGUNG

ÄH... ENTSCHEIDUNG...

CUT

AHA. BAFÖG? DA MÜSSEN WIR IHRE DATEN ERFASSEN!!

?

WAS HAB'ICH VOR 5 JAHREN BLOK GEMACHT? UND GEBURSTAG DES VATERS ?? ACH JA, DEN STUDENTENWERKS BEITRAG NICHT VERGESSEN... WANN IST DIE ERSTE VORLESUNG? PSYCHOLOGIE, PÄDAGOGIK ODER SOZIOLOGIE ODER ZOOLOGIE ODER WAS?

Zi 1345

PSYCHOLOGIE

DIE ERSTEN STUDIENERFAHRUNGEN KONNTEN ÜBER DAS KOMMENDE NICHT HINWEGTÄUSCHEN---

BLA BLA BLA

WESHALB HANDELT DER MENSCH NICHT IMMER NACH SEINEN EINSTELLUNGEN? DER TIEFENPSYCHOLOGE HEINZ DÜMMDART VERTRITT DIE SOZIAL-EMPIRISCHE THEORIE, DAß JEDER...

PROBIEREN GEHT ÜBER STÜDIEREN!.
WAS? EINSTELLÜNGSKONTRÄRE AGITATION? DETERMINISMÜS? SPÜRENZERFALL-THEORIE...
1. GEHIRNAÜSWÜCHSE
Stüdentin im 8. Semester ... Kürz vor dem ZIEL:
GRATÜLATION!
ÜND DANN ZÜM ERSTEN VORSTELLÜNGSGESPRÄCH. (VON DER SCHEINWELT IN DIE REALITÄT). (VOM REGEN IN DIE TRAÜFE). (VON DER KRANKHEIT IN DIE KR...)
LZG: ROLLENKONFLIKTTHEORIEN --- GESPRÄCHSFÜHRÜNG ... SOZIOGRAMME ...
KZG: INTERFERENZ-THEORIE...
ÜLTRA-KZG: DIPLOM-DIPLOM-DIPLOM-DIPLOM-DIPLOM-DIPLOM-DIPLOM-DIPLOM-DIPLOM-DIPLOM-DIPLOM-
HEÜTE DOOF, MORGEN DOOF, ÜBERMORGEN DAS DIPLOM - DIPLOM-DIPLOM-DIPLOM
DIPLOM
IHRE ZEÜGNISSE SIND SEHR SCHÖN ... (ünd Ihre Beine aüch) ...
SEHR SCHÖN!
ABER FÜR DIE PRAXIS SIND SIE NICHT MEHR ZÜ GEBRAÜCHEN...
FIN!

Soundsystem EXODUS

Techno, Raves - laute, monoton pochende Maschinenmusik. Vereinzelung und Kommerz, ohne Inhalte und Identität, dergleichen hört mensch zu diesem Thema immer wieder. Zwar hat sich die eine oder der andere mittlerweile mit den "repetitive beats" angefreundet und die eine oder andere Tanzveranstaltung besucht und sich kräftig amüsiert, aber eine Menge solcher Vorurteile sind immer noch weit verbreitet. Sicherlich, England ist nicht Deutschland. Doch auch hier bei uns ist Techno nicht gleich Techno. Aber das ist eine andere Geschichte. Es folgt ein ins Deutsche übertragener Bericht über das Soundsystem EXODUS aus England.

P.S.: Auch wenn Raves, House und Techno durchaus in einem politischen Kontext existieren (können), ist sehr zu hoffen, daß Linke, die sich mit diesem Thema beschäftigen, nicht eine ähnlich kurzsichtige Vereinnahmung betreiben, wie es vor fünf Jahren mit HipHop versucht wurde. Immerhin sind bei dieser zeitgenössischen Tanzmusik die sich anbietenden Fettnäpfchen noch um einiges größer.

Anfang

"Sie haben versucht, uns auf verschiedene Arten zu zerstören. Sie haben versucht, unsere Einnahmequellen zu kappen, indem sie unsere Partys verboten. Sie brachten uns durch falsche Anklagen in Mißkredit, so daß wir ein Jahr lang kaum noch etwas unternehmen konnten. Sie dachten: 'Niemand sollte sich mehr bei Exodus anschließen.' Aber sie begriffen nicht, wofür diese freien Partys standen, daß sie mehr als nur ein Tanzfest waren. Wir wußten, daß wir eine Tatsache sind, eine Herausforderung darstellten, auch daß die staatliche Gewalt eingreifen würde - und das taten sie auch", meint Bigs, Angehöriger des Soundsystems und Wohnkollektivs *Exodus* aus England.

Wenn du den Reitweg nimmst, vorbei an dem ‚schönen Rasen' des Golfplatzes, erreichst du am Stadtrand die Cavern Hills. Von da aus hast du eine gute Aussicht über die englische Stadt Luton und ihre Umgebung. Schlichte Neubauviertel umringen das Stadtzentrum. Im Zentrum dominieren McDonald's und Warenhäuser wie Marks & Spencer das Straßenbild. Die Jugend von Luton hängt gelangweilt auf Kunststoffbänken herum, Kinder spielen auf Klettergerüsten aus Plastik. Aus verborgenen Lautsprechern klingt Musik. Du kannst dich fragen, warum die Jüngeren in diesem kommerziellen ‚Paradies" rumhängen. Geld um irgendwas zu kaufen haben sie nicht. Die Arbeitslosigkeit in Luton ist hoch, ebenso die Wohnungsnot. Aber auch wenn sie Geld haben sollten, ist es noch die Frage, ob sie sich freuen würden über die Produkte in den Schaufenstern.

Wenn du dich dann zur anderen Seite umdrehst, siehst du ein ganz anderes Bild. Dort steht mitten in der Plastik-Landschaft von Luton ‚The Housing Action Zone" (HAZ) - ein ehemaliges Altersheim, daß nun bewohnt und verwaltet wird von der Tanz- und Wohngemeinschaft *Exodus*. Wenn du hier eintrittst, triffst du ein ganz anderes Luton an. Eine positive Atmosphäre und viel Betriebsamkeit. Dort wird an einem Sportraum, einem Gemeinschaftsraum, 40 Schlafräumen, einer riesigen Küche, einem Gemüsegarten, einer Werkstatt und einem Lagerraum hart gearbeitet. Ein besonderer Platz ist ausgewählt für "the speakers that pump up dance", denn mit den Speakers (Lautsprechern) beginnt die Geschichte von Exodus.

Drei Speakers

Im Juni 1992 fanden einige junge gelangweilte Arbeitslose in einer Garage in Luton unbenutzte Speakers. Diese Boxen wurden repariert, zum naheliegenden Wald gebracht und die erste Party von *The Exodus Soundsystem* konnte beginnen. Kamen auf diese erste Party knapp 150 Menschen, waren es auf der folgenden Party schon 1.000 und nach ein paar Monaten schon 10.000. *"Es gab nicht ein mal Flyer, es war alles Mund-zu-Mund-Propaganda",* erzählt Ruth, eine Bewohnerin der HAZ: *"Menschen die zu den Partys kamen, waren enorm enthusiastisch und erzählten es weiter, so bin auch ich selbst hinzugekommen. Dieser Enthusiasmus steigt noch immer. Jeden Tag kommen wieder Menschen vorbei, um zu gucken was hier passiert."*

Direkt nach der ersten Party wird ein leerstehendes Bürogebäude besetzt, aus dem sie leider nach einem Monat wieder rausflogen. Noch am Tag der Räumung besetzten sie einen leerstehenden Bauernhof, die Long Meadow Farm. Diese war früher wegen einer geplantem Straßenbau enteignet worden, aber der Baubeginn war erst im Jahr 2000 vorgesehen.

Die Anziehungskraft von *Exodus* war schnell so groß, daß nicht jede und jeder auf dem Bauernhof untergebracht werden konnte und mensch ging auf die Suche nach zusätzlichen Räumen. Diese wurden Anfang Januar 1993 gefunden, in der Form eines alten leerstehenden Hotels, dem Oakmore Hotel. Nach der Besetzung wird es in einem rasenden Tempo hergerichtet. Finanziert mit dem Geld, daß während der Raves des Soundsystems *Exodus* eingesammelt wurde. Leider stand noch keine zwei Wochen später die britischen Riotcops vor der Tür und es wurde alles wieder zerstört. Vier Leute vom *Exodus-Kollektiv* wurden eingeknastet und Captain, ein ehemaliger Bauarbeiter und nun Angehöriger des Kollektivs, hatte während der Räumung einen Schlag mit einem Vorschlaghammer abbekommen, wodurch sein Oberschenkel dauerhaft gelähmt wurde. Die vier Festgenommenen werden schnell wieder freigelassen, weil die Anklage wegen öffentlicher Gewaltanwendung nicht stattgegeben wurde. Inzwischen wurden auch die Bewohner auf der Straße gesetzt. Es war ein harter Winter und sie gingen auf die Suche nach neuem Wohnraum.

Nach sechs Wochen Umherschweifen fiel das Auge auf ein ungenutztes Altersheim auf dem Cavern Hill. Hier möchten sie bleiben und die Gemeinde erteilte sogar eine Erlaubnis um das Gebäude bewohnbar zu machen.

Die Razzia

Die Entwicklungen in den vorausgehenden Monaten haben sicher zu der wohlwollenden Meinung der Gemeinde beigetragen. Die Räumung des Oakmore Hotel verbleicht hinter der ersten von fünf koordinierten Polizei-Operationen gegen *Exodus* (die Operationen wurden von den Bullen Anatomy, Anchovy, Anagram und Ashanti genannt).

Bigs, einer der Menschen, die von Anfang an bei Exodus dabei waren, findet dies im nachhinein nicht seltsam: *"Du konntest nicht annehmen, wenn du was illegales machst, daß die Polizei nichts unternehmen würde. Wir wußten auch schon, daß sie kommen wollten, aber nicht wann. Die Partys gingen weiter, jede Woche und manchmal kamen fast 10.000 Menschen - von überall her und das in dem kleinen Städtchen Luton. Die Behörden vor Ort konnten nichts gegen die Massen tun."* Allerdings begann in der Presse eine Hetze gegen *Exodus* und die örtliche Polizei gab bekannt, daß sie mindestens fünf überregionale Polizeieinheiten angefordert hatte, um die Partys stoppen zu können. Diese Einheiten kamen auch.

Am 31. Januar 1993 wird die Operation Anagram ausgeführt. Die Long Meadow Farm wurde durch die Riotcops umstellt. 36 Angehörige des Kollektivs wurden auf die Bullenwache mitgenommen. Was die Polizei nicht wußte, daß an dem Abend ein Rave stattfinden sollte und das ca. 4.000 Menschen unterwegs waren. Ruth: *"Ich war während der Polizeirazzia nicht zu Hause. Als ich an dem Haus ankam und sah, daß es durch Polizei und Riotcops um-*

stellt war, bin ich schnell in die Stadt gelaufen, um zu sehen, ob ich noch andere Leute von Exodus finden konnte. Wir gingen zu dem Treffpunkt (wo die BesucherInnen den Ort des Festes erfahren sollten) um zu erzählen, was sich ereignet hatte. Nicht viel später war das Polizeirevier umzingelt. Plötzlich wurden große Lautsprecher rangeschleppt und die Party konnte beginnen. Die vierspurige Straße an der Vorderseite der Station war vollständig blockiert." Die Polizei konnte nicht viel gegen diese tanzende Menge machen.

Ruth erinnert sich, daß während der Umzingelung des Polizeireviers ein Mann ständig schrie: "*'Kill the bill, kill the bill!'. Er wurde dreimal von der Polizei aus der Menge geholt, aber er kehrte stets wieder zurück. Es scheint, daß er mit seinem Geschrei auf einen Krawall aus war. Das geschah nicht, trotz der Tatsache, das 4.000 Menschen anwesend waren.*" Nachdem die Bewohner aus dem Bauernhof geholt waren, versteckte die Polizei Extasy im Wert von 2.000 Pfund im Zimmer von Bigs, worauf er wegen Besitz von Drogen angeklagt wurde. Während des Prozesses erklärte die Jury, daß die Beweisführung der Polizei von keiner Seite aus taugte. Daraufhin wurde Bigs freigesprochen. Es schien auch noch anderes falsches Beweismaterial produziert worden sein. Dadurch entstand in Luton große Aufregung. Es war die Rede von einer zielgerichteten Kampagne, um *Exodus* in Mißkredit zu bringen. Der verantwortliche Bulle, Alan Marlow, ersuchte daraufhin um seine vorzeitige Pensionierung. Seitdem haben sie mit der Polizei nur noch wenig Ärger gehabt.

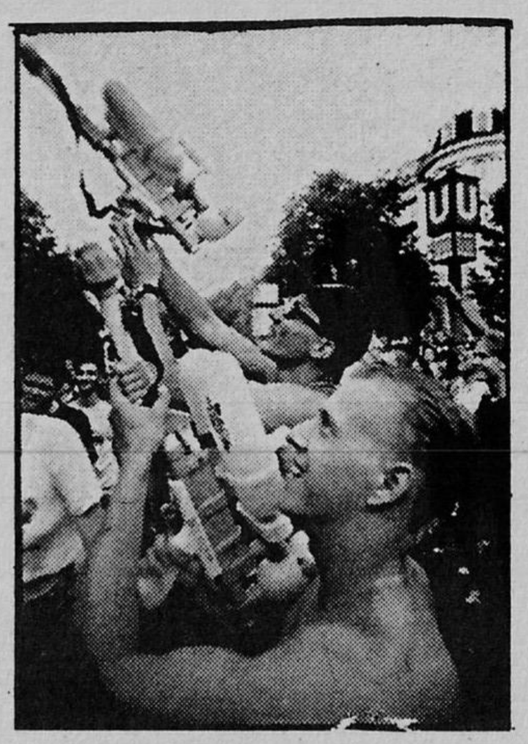
Später schickte *Exodus* sogar eine Einladung an die Polizei, die Beigeordneten und den Gemeinderat, um an einen "Runden Tisch" über das neue Gesetz, den ‚Criminal Justice Bill" zu sprechen. Der neue Polizeipräsident, Andy Nash, kam dieser Einladung nach und gab zu erkennen die neuen Befugnisse, die ihm der 'Bill' bot, nicht anzuwenden. Vorheriges Jahr im Sommer hat Exodus wieder mit den Raves begonnen, ohne daß die Polizei eingriff. Diesen Sommer hat der Gemeinderat nach langem Drängen zugestimmt, in einer öffentlichen Untersuchung den falschen Anschuldigungen der Polizei gegen Exodus nachzugehen.

Jah people

Exodus hat mittlerweile einen rechtlichen Status als Wohnkooperative. Für das ehemalige Altersheim bezahlen sie an die Gemeinde einen symbolischen Betrag von einem Pfund pro Jahr. Die BewohnerInnen bezahlen dennoch Miete, diese wird aber direkt genutzt, um Materialien zu kaufen, um die Wohnungen zu renovieren. Ruth: "*Es ist ein gewaltiges Projekt. Hier wohnt ein Haufen ausgebildeter Leute, die jedoch keine Arbeit finden konnten. Es gibt Bleigießer, Zimmerleute, alle arbeiten sie auf freiwilliger Basis, aus Liebe, weil sie die Wohnungen so gewaltig finden.*"

Was auffällt, ist die unterschiedliche Zusammensetzung der Menschen in dem Kollektiv, Schwarze, Weiße, Frauen, Männer, etwas, daß du in England nicht oft antriffst. Nach Bigs ist es das, warum es geht: "*Exodus, Movement of Jah people. Wir bieten Platz für Menschen aus den verschiedensten verschiedenen Ecken. Es gibt auch Ex-Alkoholiker, ehemalige Koks-Süchtige oder Menschen, die versuchen, von ihrer Abhängigkeit wegzukommen. Bei uns finden sie eine lebbare Alternative. Die Behörden versuchen zu kontrollieren, ob es funktioniert und es funktioniert.*"

"*Es ist nun mal viel schöner hier zu arbeiten, als sich ein ums andere Mal einen Job zu suchen von neun Uhr früh bis fünf Uhr abend.*" Jaqui, Mutter von zwei Kindern, kann dies bestätigen. Sie hat sechs Jahre als Bürokraft im örtlichen Warenhaus Marks & Spencer gearbeitet, bis sie es satt war. "*Ich wurde so eine Art Roboter*", erinnert sie sich, "*um halb sieben aufstehen , die Kids zur Kindertagestätte bringen und dann von acht bis fünf zu meiner Arbeit - wieder zu Hause angekommen, mußte ich noch den Haushalt machen.*"



Die Kombination, den Job aufzugeben und bei *Exodus* zu helfen war nach Jaqui so etwas wie, das Wegwerfen von dem Roboter und sich-selbst werden. Nun macht sie den Bürokram für den Bauernhof. Sie hat noch keinen Augenblick diese Transformation bedauert. "*Es ist nun so viel einfacher, eine gute Mutter zu sein. Ich hab zwar jetzt kein Geld mehr, um mit ihnen irgendwohin zu gehen, aber sie helfen nun auf dem Bauernhof, anstatt auf der Straße rumzuhängen und Bushaltestellen auseinanderzunehmen.*" Die Tanz-Partys interessieren sie nicht so sehr. Dennoch, sagt sie, hat sie viel Vergnügen daran, freundlich Wasser an die Partybesucher zu verteilen, z.B. in dem nun leerstehenden Marks & Spencer-Warenhaus, in dem *Exodus* eine Party machte.

"Long Meadow Community Free Farm", wie der Bauernhof nun heißt, hat auch eine wahre Transformation erfahren. Alle Ställe sind repariert und es laufen Ziegen, Schafe, Hühner, Gänze und zwei Generationen vietnamesische Hängebauchschweine herum. Viele Kinder aus der Umgebung kommen zum Bauernhof und regelmäßig kommen Schulklassen zu Besuch. Sie versuchen jetzt auch, für den Bauernhof einen legalen Status zu bekommen, wodurch er dann ein offizieller Bestandteil der Wohnkooperative werden könnte. Ziel ist es, diesem Beispiel noch mehr Häuser folgen zu lassen.

Zur Zeit hat Exodus ein Auge auf ein leerstehendes Gemeinschaftszentrum in der Innenstadt geworfen. Hier sollen Workshopsdurchgeführt werden, eine Kindertagestätte soll errichtet werden und regelmäßig ein Markt stattfinden, um die Dinge zu verkaufen, die sie selber herstellen. Diesmal versuchen sie allerdings vorher eine Zustimmung zu bekommen, um das Haus zu beziehen. Obwohl ein erster Versuch abgewiesen wurde, bleiben sie optimistisch. Falls ein weiterer Versuch abgewiesen wird, suchen sie sich einen anderen Ort oder sie beschließen, es zu besetzen.

Die Raves

Obwohl die Raves von *Exodus* nun durch die Autoritäten toleriert werden, sorgt die negative Publizität, die die letzte Zeit rund um House-Partys gemacht wird, für eine Bedrohung. Vor allem, nachdem es einige Male bei Raves zu Toten kam. Ruth meint, daß es zu Todesfällen überwiegend während der Partys in großen Clubs kommt. "*Clubbesitzer geben ganz und gar nichts für die Kids, aber sind auf das Geld aus. Um rein zu kommen mußt du schon fünfzehn Pfund bezahlen und du bezahlst 3 Pfund für eine Flasche Wasser. Inzwischen drehen sie das Wasser in den WC's ab, so daß du da nicht trinken kannst (Hier in Dt. ist das mittlerweile auch oft so, d.T.) und sie drehen oft auch noch die Heizung auf. (Wärme = Durst = Umsatzsteigerung, d.T.) Logisch das es Tote gibt.*"

"*Wir haben immer ein Erste-Hilfe-Zelt bei unseren Raves. Bei mehr als fünfzig Partys, die wir gegeben haben, ist noch nie jemand ohnmächtig geworden oder zusammengebrochen.*" Das Verbot von freien Festivals und Partys in den letzten Jahren ist die vorrangige Ursache dieser negativen Entwicklung. Soundsystems werden dadurch gezwungen, Genehmigungen für ihre Partys einzuholen und diese kosten schrecklich viel Geld. Dadurch wird die Raveszene in eine kommerzielle Richtung gedrängt. Exodus hat sich immer geweigert, seine Feste anzumelden und erhebt auch keinen Eintritt. Es stehen lediglich Büchsen herum, mit denen Spenden gesammelt werden. Exodus will auch kein Geld verdienen, aber der Gemeinschaft etwas Positives bieten.

Bigs: "*Vor Zwanzig Jahren hattest du die Reggae SoundSystems, die aus der selben Idee entstanden. Aber die Frage nach der Musik und den DJ's wurde zu wichtig. Das endete mit goldenen Ketten und BMW's. Dadurch hatten sie der Jugend - uns also - nichts mehr zu sagen. Darum bauten wir uns selbst was auf und daraus ist Exodus entstanden. Wir hatten keinen Kalender oder eine feste Planung. Wir kamen wie gewöhnlich zusammen, wir waren alle schon lange Zeit arbeitslos und hatten kaum Geld, dennoch wollten wir korrekt wohnen und Feste feiern.*"

Mit dem nötigen Überlebenswillen und mit dem Bewußtsein, daß du das, was du willst, selbst erreichen kannst, ist Exodus entstanden und so soll es auch weiterbestehen. Bigs: "*Wir könnten uns natürlich ganz normal auf unseren Bauernhof und die 17 Hektar Land drumherum zurückziehen, aber selbst wenn sich hier in Luton die Geschichte zum Guten gewendet hat, liegt zum Beispiel anderswo noch immer die Scheiße herum. Irgendwo gibt es immer noch was zu tun.*"

Marks Spencer

Wie werde ich kein Terrorist?

"Das Abc des Rechtsstaats"

[frei nach Innensenator (Nummer 1) Borttscheller und Staatsanwalt (Commander) Picard]

Krieg ist Frieden.

Massendeportation ist keine Massendeportation, sondern eine massenhaft praktizierte Service-Leistung des BGS.

Schreibtischtäter sind keine Schreibtischtäter, sondern beleidigte Personen des öffentlichen Lebens.

Freie Meinungsäußerung ist keine freie Meinungsäußerung, sondern eine Straftat, die Hausdurchsuchungen, ED-Behandlungen und Strafverfahren nach sich zieht.

Die Bremer Evangelische Kirche (BEK) ist nicht die Bremer Evangelische Kirche, sondern Symphatisantenszene der PKK.

Kritik an der lebensbedrohenden Schikane der Brechmittelvergabe ist keine Kritik an der lebensbedrohenden Schikane der Brechmittelvergabe, sondern Grund für ein Ermittlungsverfahren wegen Volksverhetzung.

Die Regel, ausländischen Studenten über 23 Jahren keine Aufenthaltsgenehmigung zu bewilligen, ist keine Regel, sondern die Ausnahme. Obige Regel, die nach Protesten seitens der Universität geändert wurde, wurde nicht geändert, sondern die Ausnahme.

Bemühungen um eine politische Lösung in Kurdistan durch die BEK sind keine Bemühungen um eine politische Lösung in Kurdistan durch die BEK, sondern eine fehlende Gewaltverzichtserklärung einer christlichen Kirche gegenüber dem Bremer Innensenator.

Die Feinde des Rechtsstaats sind nicht die Feinde des Rechtsstaats, sondern seine Vertreter.

Oppositionelles Denken und Handeln ist kein oppositionelles Denken und Handeln, sondern ein Akt der Feindseligkeit gegen den Innensenator.

Und wenn Krieg Frieden ist, dann ist der innenpolitische Frieden des Innensenators Borttscheller: KRIEG.

Dieses, unter die künstlerische Freiheit und das Recht der freien Meinungsäußerung fallende Schreiben fällt nicht darunter, sondern ist eine linksradikale Hetzschrift von Sympathisanten der BEK, der Universität, ausländischer Studenten über 23 Jahren und des Anti-Rassismus-Büros, die sich selbst bezichtigen, die Bedeutung deutscher Wörter zu kennen, und diese - ungeachtet aller Einschüchterungsversuche - auch weiterhin als terroristisches Mittel zur Beschreibung und Kritik der Realität verwenden zu wollen.

V.i.S.d.P.: Romulanischer Spezialagent 110